



PRINTED
IN GERMANY

Ungarn H 1,140,-
Zárem ZR 2,85

Spanien / Kanaren € 4,20
Thailand Bht 330,-
Ischsch, Republik Kc 145,-
Türkei TRL 8.100.000,- (YTL 8,1)

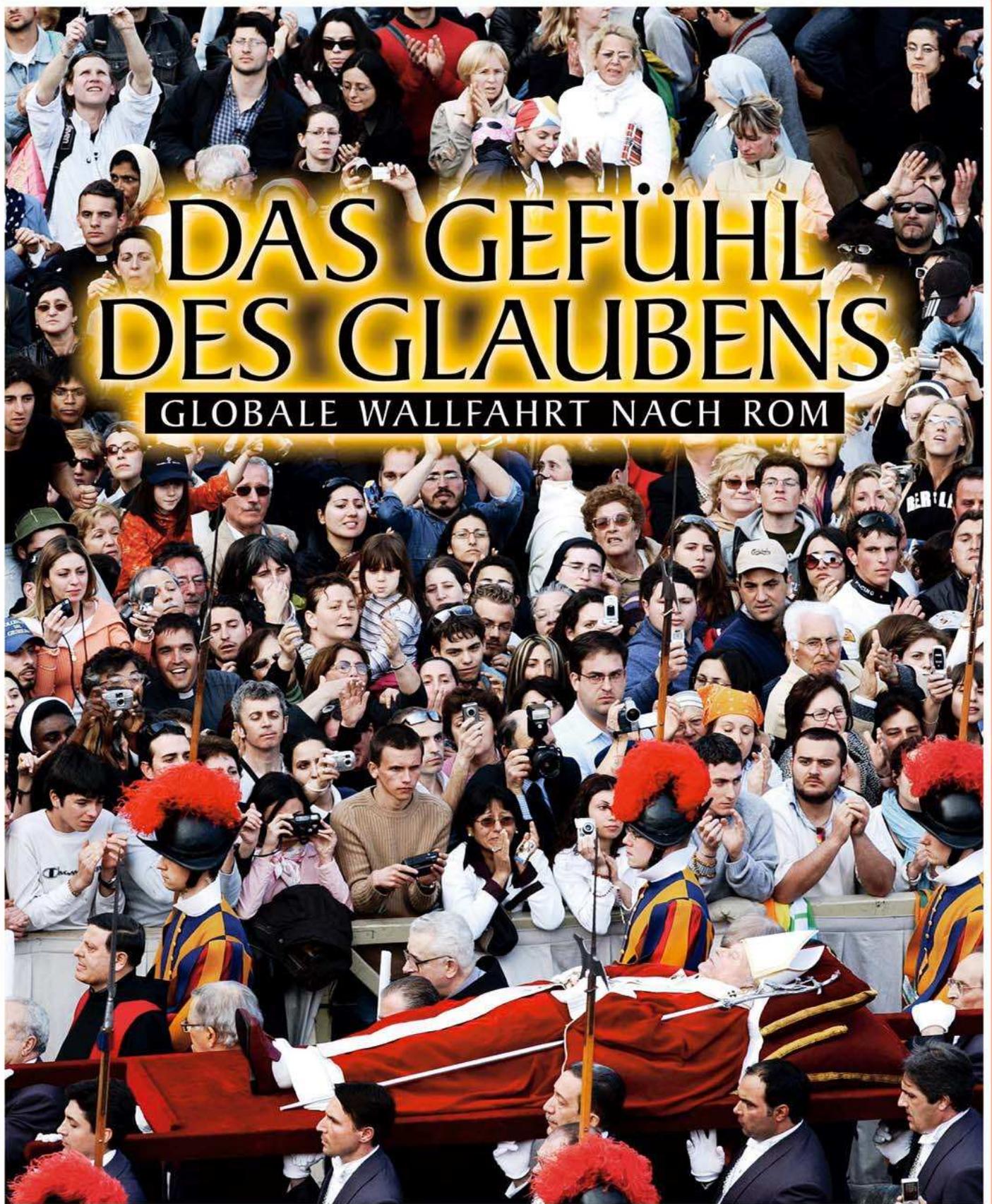
Schweden skr 42,-
Slowakei Sk 185,-
Slowenien SIT 950,-
Spanien € 4,-

Japan (inkl. tax) Yen 1.575
Norwegen nkr 42,-
Polen (ISSN 00387452) Zl 19,40
Portugal (cont.) € 4,-

Griechenland € 4,60
Großbritannien £ 3,10
Hongkong HK\$ 50,-
Italien € 4,-

Belgien € 3,50
Dänemark dkr 35,-
Finnland € 5,40
Frankreich € 4,-

Österreich € 3,20
Schweiz sfr 5,50



DAS GEFÜHL DES GLAUBENS

Globale Wallfahrt nach Rom

Hausmitteilung

11. April 2005

Betr.: Titel, McDonald's, SPIEGEL-Buch



RAFFAELE CELENTANO

Smoltczyk in Rom

In der vergangenen Woche führten alle Wege nach Rom – und fast alle waren heillos verstopft. Der Tod von Johannes Paul II. hat die größte Pilgerfahrt der Kirchengeschichte ausgelöst, Millionen Gläubige wollten dem Papst die letzte Ehre erweisen. „Auf dem Pflaster kampierten Pfadfinder, nachts liefen murmelnde Gruppen durch die Straßen, und überall waren polnische Stimmen zu hören“, sagt SPIEGEL-Korrespondent Alexander Smoltczyk, 46, dessen

Wohnung in Sichtweite des Vatikans liegt. In der Titelgeschichte beschreibt Smoltczyk gemeinsam mit Matthias Matussek, 51, und Ulrich Schwarz, 68, die plötzliche weltweite Explosion der Frömmigkeit, wie die katholische Kirche damit umgeht und welche Folgen das für sie haben kann (Seite 94). In einem Sonderheft von SPIEGEL special, das seit verganginem Donnerstag im Handel ist, würdigen SPIEGEL-Redakteure und prominente Gastautoren wie Ex-Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Fernsehmoderatorin Anne Will oder der Theologe Hans Küng das Lebenswerk von Johannes Paul II. – in seiner ganzen Widersprüchlichkeit. Es ist der „Nachruf auf einen Jahrtausend-Papst“.



Platte Fleischfladen im Brötchenmantel gelten nicht gerade als Synonym für gesundes Essen – ein Konzern wie McDonald's lebt dennoch prächtig davon: Im 50. Jahr seines Bestehens verdient der Fast-Food-Produzent so viel wie nie zuvor. Doch die Gegner von Big Mac und Co. formieren sich, überall in den USA werden mögliche schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit diskutiert, wie Washington-Korrespondent Georg Mascolo, 40, erfuhr. McDonald's bastelt bereits an einem radikalen Imagewandel: Im Versuchsrestaurant der Konzernzentrale bei Chicago testete Korrespondent Frank Hornig, 35, neue Produkte – es gab italienische Sandwiches und Apfelscheiben mit Karamellsauce. Ernährungsexperten des Unternehmens wollten Hornig, der zuletzt vor acht Jahren bei McDonald's gegessen hatte, von der Ausgewogenheit ihrer Speisen überzeugen. „Die Firma hat Angst, ein ähnliches Schicksal wie die Zigarettenindustrie zu erleiden“, so Hornig, „sie fürchtet Massenklagen von dicken Amerikanern“ (Seite 78).

Vor 60 Jahren ging in Europa der Zweite Weltkrieg zu Ende – der 8. Mai wird als Tag der Befreiung von der NS-Diktatur gefeiert. Etwa 60 Millionen Menschen waren im Verlauf des mörderischsten aller Kriege ums Leben gekommen, Ungezählte hatten ihre Heimat verloren oder waren auf der Flucht. Der materielle Schaden blieb unüberschaubar. Basierend auf einer SPIEGEL-Serie und ergänzt durch zahlreiche zusätzliche Reportagen, Berichte und Analysen, erscheint jetzt bei DVA ein SPIEGEL-Buch zum Thema: „Der 2. Weltkrieg – Wendepunkt der deutschen Geschichte“. SPIEGEL-Redakteure und namhafte Wissenschaftler beschreiben darin, wie es zu der Katastrophe kam, welchen Verlauf der Krieg nahm und wie er in der totalen Niederlage Nazi-Deutschlands endete.



Titel

Der Papst, der den Glauben stärkte	94
Warum der tote Papst jugendliche Pilger aus Deutschland fasziniert	100
Schriftstellerin Tanja Dückers über junge Papst-Fans in Krakau	104
Wie ein deutscher Pater in Simbabwe vom Freund zum Feind Robert Mugabes wurde	110
Die Dynamik des Islam	114
SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Rüdiger Safranski über die Spiritualität des Papstes	117

Deutschland

Panorama: Wie das Auswärtige Amt die Visa-affäre zu vertuschen versuchte / Neue Strategie im Ringen um deutschen Sitz im Uno-Sicherheitsrat / Bundeswehr schickt Soldaten nach Afrika	19
Konjunktur: Maue Zahlen, laue Prognosen – wie schlecht geht es dem Standort Deutschland wirklich?	24
Finanzminister Eichel will mit einer Neuordnung der Länder Geld sparen	27
Grüne: Das dubiose Finanzgebaren der Ökopartei	30
Regierung: Wiederkehr der verdrängten NS-Vergangenheit	34
Außenministerium strafe Honeckers Diplomaten härter ab als NS-Parteigänger	35
SPD: In der Fraktion wächst der Unmut über Franz Müntefering	38
Liberal: Interview mit dem FDP-Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff über freiheitliche Werte und den Führungstreit in seiner Partei	44
Fahnder: Wildwest-Schießerei setzt Thüringens Innenminister unter Druck	46
Zeitgeschichte: Nato-Geheimtruppe „Gladio“ half Terroristen und Verbrechern	48
Bergbau: Hochsubventionierte Zechen ersetzen deutsche Kumpel durch Billiglöhner aus Polen	52
Diäten: Wie ein FDP-Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen zum Topverdiener aufstieg	56
Gesellschaft	
Szene: Buch über Lebensmodelle von Prominenten / Verbot von Internet-Jagden auf lebende Tiere	59
Eine Meldung und ihre Geschichte	60
Globalisierung: Der Kampf um die wichtigste Ölpipeline der Welt von Baku zum Mittelmeer	62
Ortstermin: In Berlin urteilt der Rechtsstaat darüber, wann ein Terrorist ein Terrorist ist	72

Wirtschaft

Trends: Arzneimittelkosten steigen dramatisch an / Mercedes-Revision prüft neuen Verdacht auf Graumarktgeschäfte in Italien / Griechische Regierung storniert Eurofighter-Bestellung	75
Geld: Steigende Öl- und Stahlpreise befeuern Rohstoff-Fonds / Osteuropäische Börsen boomen weiter	77
Ernährung: Der weltgrößte Fast-Food-Produzent wird 50 – und arbeitet an einem radikalen Imagewandel	78
Interview mit McDonald's-Chef Jim Skinner über Wachstumsschwächen und Klagedrohungen	81
Konzerne: Bei DaimlerChrysler geraten neuerdings auch Aufsichtsräte unter Druck	82
Pharmaindustrie: Trotz Pannen und Pleiten feiert die Biotech-Branche Erfolge	84
Manager: Wie KarstadtQuelle-Chef Christoph Achenbach ins Abseits geriet	88

Ölpreis und Euro: Gift für die Konjunktur Seite 24



Während die EU in der vergangenen Woche die Wachstumsprognose für Deutschland erneut nach unten revidierte, mahnte Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, auch im Hochlohnland Bundesrepublik seien internationale Erfolge möglich. Wie steht es um den Standort wirklich? Klar ist: Der hohe Ölpreis und der starke Euro bedrohen den erhofften Aufschwung – und damit die Wahlchancen der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Wiedeking, Schröder

Verdrängte braune Vergangenheit Seite 34

Joschka Fischer will Botschaftern mit NS-Vergangenheit keine Nachrufe gönnen. Nun protestieren die Diplomaten – und erinnern damit zwangsläufig an die weitgehend verdrängte Kollaboration des Auswärtigen Amtes mit dem Nazi-Regime.

Subventionen für Billiglöhner Seite 52

Absurdes Beispiel deutscher Subventionspolitik: In die öffentlich alimentierten Bergwerke am Rande des Ruhrgebiets fahren immer mehr Arbeiter aus Osteuropa ein. Die Billiglöhner ersetzen häufig deutsche Kumpel, die zuvor mit Hilfe von Steuergeldern in den Vorruhestand geschickt worden sind.

Bergarbeiter beim Kohlenabbau



Die Supernova des Damentennis Seite 130

Sie bevorzugt knappe Sportkleider, hat blonde Haare und makellose Beine; und da sie zudem so schnell und aggressiv wie kaum eine andere Tennis spielt, ist Marija Scharapowa die Supernova des Damen-Circuit. Zehn Millionen Dollar kassiert die Russin allein von ihren Werbepartnern. Der Preis des Erfolgs: Drill, Einsamkeit und Kolleginnenneid.

Scharapowa



Trauerfeier für Johannes Paul II.

Die Macht des Menschenfischers Seiten 94 bis 117

Die Wallfahrt von Pilgern und Potentaten aus aller Welt zur Totenfeier des charismatischen Papstes zeigt die Macht – aber auch das Dilemma – des Kirchenführers Johannes Paul II.: Die Menschen, die der Missionar vor allem in der Dritten Welt für den Glauben gewann, verlor der Dogmatiker Wojtyla im säkularen Westen.

Die wichtigste Pipeline der Welt Seite 62

Von Baku bis ans Mittelmeer führt die wichtigste Pipeline der Welt, sie nimmt bald ihren Betrieb auf und soll die Abhängigkeit vom Öl Arabiens mindern. Den einen gilt sie als Symbol für die Allmacht der USA, den anderen als Beleg für die Cleverness von Konzernen.



Pipeline in Aserbaidschan



RONALD FROMMANN

Bildung für die Kleinen

Seite 142

Kinder sollen schon in der Kita das Lernen lernen, so schreiben es neue Bildungspläne vor. Doch die lassen sich kaum umsetzen: Das Geld ist knapp, das Personal schlecht ausgebildet. Unterstützt von privaten Initiativen, helfen Kitas sich selbst.

Biologiektion für Kita-Kinder

Rebellen der Frömmigkeit Seite 162

Sie suchten, Anfang des 19. Jahrhunderts, in Rom eine neue Innigkeit und eiferten Raffael nach: junge Künstler aus Wien, Nazarener genannt. Eine große Frankfurter Ausstellung feiert die Kunst der frommen, altmeisterlich malenden Rebellen.

Nazarener-Madonna von Johann F. Overbeck



THORVALDSENS MUSEUM/KOPENHAGEN; WOLDBRE

Ausland	
Panorama: Verfassungsdiskussion im Irak / Daniel Cohn-Bendit über sein Engagement gegen Franz Beckenbauer / Kriminelle tarnen sich als Tsunami-Opfer	91
Kaschmir: Busse für den Frieden	120
Österreich: Haiders Putsch gegen seine eigene Partei	121
USA: Ende des Sonderrechts im Kampf gegen Terroristen?	124
Spanien: Die Sehnsucht der Basken nach Unabhängigkeit	128
Sport	
Tennis: Marija Scharapowas harter Weg in die Weltspitze	130
Fußball: Ein Zivilgericht soll über Werbung auf Spielerhosen entscheiden	136
Wissenschaft · Technik	
Prisma: Chefchirurg fordert Ärzte-TÜV / Strom aus der Luft	139
Bildung: Lehrpläne für Kita-Kinder	142
Luftfahrt: Für 100 Euro mit dem Sportflieger über den Atlantik	146
Astronomie: Interview mit dem Jenaer Sternenforscher Ralph Neuhäuser über die Jagd nach fernen Planeten	148
Geologie: Anhand von Fossilienfunden rekonstruiert ein britischer Paläontologe die Weltkarte der Vergangenheit	150
Seuchen: Die Marburg-Krankheit wütet in Angola – woher stammt das Killervirus?	154
Automobile: Wie die neue S-Klasse von Mercedes Gefahren erkennt	156
Kultur	
Szene: Lorin Maazel vertont Orwells Roman „1984“ in seiner ersten Oper / Schriftsteller Hugo Loetscher über seinen Prozessserfolg gegen die Dürrenmatt-Witwe	159
Ausstellungen: Die Kunst der Nazarener in der Frankfurter Kunsthalle Schirn	162
Film: Das Drogendrama „Maria voll der Gnade“ von Joshua Marston	167
Musik: Die Blitzkarriere des mexikanischen Tenors Rolando Villazón	168
Literatur: SPIEGEL-Gespräch mit dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath über sein Überleben im Ghetto und seinen neu aufgelegten Armenien-Roman	170
Bestseller	175
Autoren: Die Erfolge des schreibenden Außenseiters Marc Levy	177
Medien	
Trends: Interview mit der Pulitzerpreis-gekrönten Fotografin Anja Niedringhaus über Krieg und Wahrheit / Ex-Fußballer Bodo Illgner präsentiert einen Schmuddelroman ...	181
Fernsehen: Vorschau/Rückblick	182
TV-Sport: Wie sich die großen Sender auf das globale Großereignis der Fußball-Weltmeisterschaft vorbereiten	184
TV-Konsum: Interview mit dem Medienpsychologen Peter Winterhoff-Spurk über die Wirkung des Fernsehens auf die Zuschauer	186
Briefe	10
Impressum, Leserservice	188
Chronik	189
Register	190
Personalien	192
Hohlspiegel / Rückspiegel	194
TITELBILD: Foto Massimo Sambucetti / AP	



SPiegel-Titel 14/2005

„Der besorgte Bürger muss sich nun wirklich ein paar Fragen stellen: Sind die Klageschriften gegen die Kommunen auf einem Laserdrucker ausgedruckt worden? Wann schaffen wir das Rauchen auf verkehrsreichen Straßen ab? Fällt die Grillsaison dieses Jahr aus? Werden wir zu einem Volk der Mundschutzmaskenträger? Absurdistan hat wieder zugeschlagen!“

Martin Keulertz aus Bangor in Großbritannien zum Titel „Fahrverbot, Rußfilter, City-Maut – Das Feinstaub-Gespens“

Ozonbelastung ist out

Nr. 14/2005, Titel: Fahrverbot, Rußfilter, City-Maut – Das Feinstaub-Gespens

Matthias Klingner vom Dresdner Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme sagt: „Über zwei Drittel der Staubbelastung weiß man fast nichts“, unter anderem, weil bei ihren Messungen der Grenzwert in der Stadt zehnmal so oft überschritten wurde wie auf der Autobahn, obwohl dort wesentlich mehr Verkehr stattfand. Man kann das Wissen aufmöbeln: Autobahnen befinden sich nie in Häuser-schluchten – der Dreck wird also sofort verteilt. Diese scheinbare Ahnungslosigkeit halte ich für ein Ablenkungsmanöver.

KARLSRUHE

KLAUS BUGGISCH

Angesichts unseres hypochondrischen Messwahns und notorischen Analysedenkens frage ich mich, wann wir die Gaskonzentration eines Furzes für die Umwelt für lebensbedrohlich halten.

INGOLSTADT (BAYERN)

PETER PORATH

Ozonbelastung ist out, Feinstaub ist in, und das tumbe Volk kann endlich wieder einem Hype hinterherlaufen. Wie glücklich haben wir vor dem 1. Januar gelebt, bevor der EU-Grenzwert in Kraft trat und man noch richtig durchatmen konnte. Irgendwie erinnert mich das alles an die Hysterie mit dem Acrylamid, Tausende von Jahren wurde am offenen Feuer gebrutzelt, doch dann wird ein Grenzwert festgelegt, und schon waren unsere Pommes giftig. Aber was soll's, in einigen Jahren wird eine neue Geißel die Menschheit drangsaliieren, ausgelöst durch die Festlegung eines Grenzwertes unserer EU-Beamten, und keiner wird mehr vom Feinstaub reden.

MENCKOPFEN (BAYERN)

ERICH STOLLER

Man hat zu danken für die Versachlichung des Themas und die Einordnung in größere Zusammenhänge. Die unerträgliche Panikmache in NRW – federführend einmal mehr die als grünes Muttchen agierende Bärbel Höhn – ist natürlich auf den Wahlkampf zurückzuführen: Frau Höhn prü-

gelte gleich mit 65 000 Feinstaubtoten und Sonntagsfahrverbot auf eine ängstliche Wählerklientel ein und tat so, als hätten die Grünen schon wieder einmal die Rettung parat.

DUISBURG

JÜRGEN SABARZ



Smog in München: Hypochondrischer Messwahn?

Ich habe mir im letzten Sommer einen Honda Accord Diesel für 30 000 Euro gekauft. Mit einem Partikelfilter ist das Fahrzeug nicht ausgestattet. Im „ADAC Eco-Test“ 04/2004 erhielt der Accord Diesel vier Umweltsterne und gehörte damit zu den besten Fahrzeugen überhaupt – ein Peugeot mit Partikelfilter erhielt nur drei Sterne. Jetzt bekomme ich durch die hysterische Feinstaubdiskussion den Eindruck vermittelt, ein übler Umweltsünder zu sein und verliere etwas den Spaß an dem Fahrzeug, obwohl ich eigentlich weiß, dass die Diskussion übertrieben ist. Ihr Artikel über

das Gespenst Feinstaub hat mir sehr gefallen, da hier endlich mal eine umfassende Information zu dem Thema gegeben wurde. Eigentlich hätte man aber nur den letzten Satz lesen müssen: Eine Zigarette erzeugt mehr Feinstaub als ein Dieselmotor in 100 Minuten.

OPPENHEIM (RHL.-PF.) GERHARD WALLBRECHT

Feiner Staub ist ärger als grober Dreck. Allmählich und fast unbemerkt hat die „Nachhaltigkeit“ (der Profite) den Umweltschutz abgelöst. Die vielgerühmte „Nachhaltigkeit“ ist zum Schutz des Wirtschaftswachstums vor dem Umweltschutz verkommen.

WIEN

DR. ERICH SCHÄFER

Mich wundert, dass niemand auf den Gedanken kommt, die Dieselfahrzeugkäufer und -besitzer die Kosten für den Rußfilter selbst übernehmen zu lassen. Das wäre ihnen doch zuzumuten. Schließlich profitieren sie bei jedem Tanken von der unsinnigen Mineralölsteuerermäßigung.

Es ist nicht einzu-sehen, dass der Staat sich an diesen Kosten beteiligen soll. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass jeder Bürger, ob er nun ein Dieselauto hat, ein benzinbetriebenes oder gar keines, die Aus- und Nachrüstung finanziell mittragen muss. Ist das nicht eine verkehrte Welt? Das oft zitierte Beispiel der Katalysatoreinführung taugt hier

nicht, denn die damals gewährte finanzielle Förderung war politisch genauso falsch und sozial genauso ungerecht, wie die jetzt diskutierte es wäre.

METZINGEN (BAD.-WÜRTT.)

ROLF VEIT

Ich finde es entsetzlich, wie sich eingespaltene Seilschaften von Verbalökologen, politischen Hinterbänklern und Weltuntergangsjournalisten nicht scheuen, dem Bürger zu suggerieren, der Tod stünde in Form einer Feinstaubwolke vor bundesdeutschen Türen. Die Freihändigkeit, mit der Todesfallzahlen hochgerechnet und

DER SPIEGEL



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 13. APRIL 1955

Geheimfonds für Schmieregeld aus NS-Zeiten Gewogenheit der türkischen Freunde. Wehrrüchtigung für DDR-Bevölkerung Fernsprechsport und scharfe Munition. Straßenbenutzungsgebühren in Ostdeutschland West-Alliierte verweigern Intervention. Prozess gegen den „Konnersreuther Kreis“ Wunder, Ekstase und CSU-Parteigelder. „An einem Tag wie jeder andere“ von Joseph Hayes Ausgangsposition voller Raffinesse. Selbstmord von Charlie Parker Der moderne schwarze Jazz ist tot. Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter www.spiegel.de oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Großbritanniens Ex-Premierminister Winston Churchill

Scheinlösungen präsentiert werden, ist widerlich, und die Unverfrorenheit, mit welcher die Feinstaubdiskussion als Alibi für Steuererhöhungen und als Vehikel für die deutsche Regelungswut bemüht wird, ist haarsträubend. Politiker, die angesichts der deutschen Gesamtsituation mit dem Thema Feinstaub Profilübungen veranstalten, anstatt sich mit ihrer ganzen Energie für Arbeitsplätze einzusetzen, sollte man nicht wählen.

HÖHR-GRENZHAUSEN (RHL.D.-PF.)
STEPHAN BLÄSNER

Je kleiner die Teilchen, desto mörderischer ihre Wirkung? Dann sind ja wohl gar nicht vorhandene Teilchen absolut tödlich! Im Übrigen erinnert mich die ganze Aufregung daran, dass ein großer Teil der Bevölkerung über Nacht krank wurde, als die Experten den Cholesteringrenzwert willkürlich auf 200 herabsetzten.

ESSEN
KLAUS MÜLLER

Demokratie lebt vom Wechsel

Nr. 13/2005, Debatte:
Bekenntnisse eines Rot-Grün-Wählers

Der meines Erachtens hervorragende Essay schließt mit der bitteren Feststellung, dass die derzeitige Opposition nicht erkennen lässt, warum sie an die Macht sollte. Das ist genau das Dilemma, das die Politik dem Wähler beschert hat. Eine Zwangslage, nämlich die Wahl zwischen zwei unfähigen Alternativen, die im Hinblick auf die nahen NRW-Wahlen im Mai ratlos und wütend zugleich macht. Machtgewinnung und Machterhalt sind die oberste Maxime. Wo immer Sachverstand, Vernunft und Weitsicht in die Politik eingebracht werden, holen die politischen Machthalter oder egoistische Verbandsfunktionäre den Weichspüler oder den als Zepher getarnten Knüppel aus dem Ärmel. Für Visionäre, die sich auch an ihren Entwürfen messen lassen, ist in der Realpolitik kein Platz mehr. Wenn sich daran nichts ändert, ist Deutschland im Jahre 2010 noch schlimmer dran als heute.

MÖNCHEGLADBACH
NORBERT METZER

In der Tat wirkt unsere Bundesregierung wie ein planloser Verein, zerrieben zwischen Einheitskosten und Globalisierung, ohne Vision und ohne Antwort auf die seit Jahrzehnten bekannten demografischen Probleme. Wengleich es auch traditionellen Linkswählern heute mühsamer denn je erscheint zu sagen, warum es lohnt, sich für Rot-Grün zu engagieren, so weiß ich nach der Lektüre dieses brillanten Artikels immerhin, warum es lohnt, jeden Montag den SPIEGEL zu lesen.

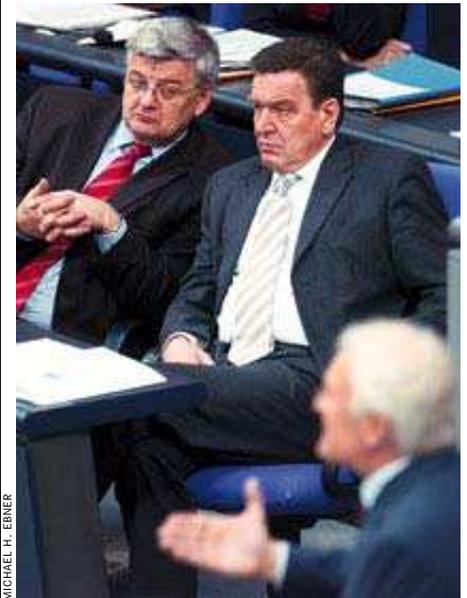
BAD OEYNHAUSEN (NRDRH.-WESTF.) VOLKER BRAND

Anstatt sich der allgemeinen Hetzjagd auf die Bundesregierung anzuschließen, sollte der SPIEGEL lieber die andere Seite der

Ehe zwischen Rot-Grün und den Deutschen an den Pranger stellen: Mit einer zunehmend entpolitisierten Gesellschaft, deren Bürger die geistige Verkümmern durch Talkshows und Boulevardpresse der anstrengenden politischen Bildung vorziehen und sich in ihrer gewollten Unmündigkeit („Die da oben sollen es richten“) von polemisch argumentierenden Interessengruppen indoktrinieren lassen, ist keine produktive Partnerschaft, geschweige denn Zusammenarbeit möglich. Genau diese Zusammenarbeit ist es aber, die die Demokratie aufrechterhält und politischen Fortschritt erst möglich macht.

GEISLINGEN A. D. STEIGE (BAD.-WÜRTT.)
ISABEL STEINWEG

Der – ansonsten – brillant geschriebene Essay hat kleine Schönheitsfehler. Die Vermutungen, dass die „anderen“ es ja ohnehin nicht besser können und der Aufschwung spätestens bis 2010 kommen wird, münden



Michael H. Ebner
Koalitionspartner Fischer, Schröder
Ohne Vision und ohne Antwort

in der Mutter aller Wahrheiten: Helmut Kohl ist an allem schuld. Dies mag einem chronischen Rot-Grün-Wähler ja noch vermittelbar sein, bei einer Mehrheit des Wahlvolkes verfangen solche Botschaften jedoch nicht mehr. Demokratie lebt vom Wechsel – und die Vision „16 Jahre Schröder“ dürfte auch bei Cordt Schnibben nicht wirklich einen Adrenalinstoß auslösen.

FREISEN (SAARLAND)
PETER SCHÄFER

Anfällige Diagnostik

Nr. 13/2005, Psychologie:
Interview mit dem Psychiatrie-Reformer Klaus Dörner über die Modediagnose Traumatisierung

Nach etwa 30 Jahren im Job und nun 13 Jahre im Land Brandenburg psychodiagnostisch tätig, kann ich mich nur über die



Deutsche Tsunami-Opfer (in Sri Lanka) *Empfindliche Störungen*

Ignoranz wundern, ärgern: Denn Traumatisierungen zu finden ist wirklich nicht neu. Die, die nur wegen des Mammons die Diagnose „Posttraumatische Belastungsstörung“ stellen, kann ich nur nach Brandenburg einladen: Es gibt viel zu tun und kaum Therapeuten mit Einsicht – und mit „Profit“, wie Herr Dörner aus seiner „heilen“ Welt fälschlich unterstellt, ist hier nichts. So ergänzen sich die PTSD-Diagnostiker und die Dörners: Es geht nicht um das zugefügte Leid und das Verstehen der Opfer.

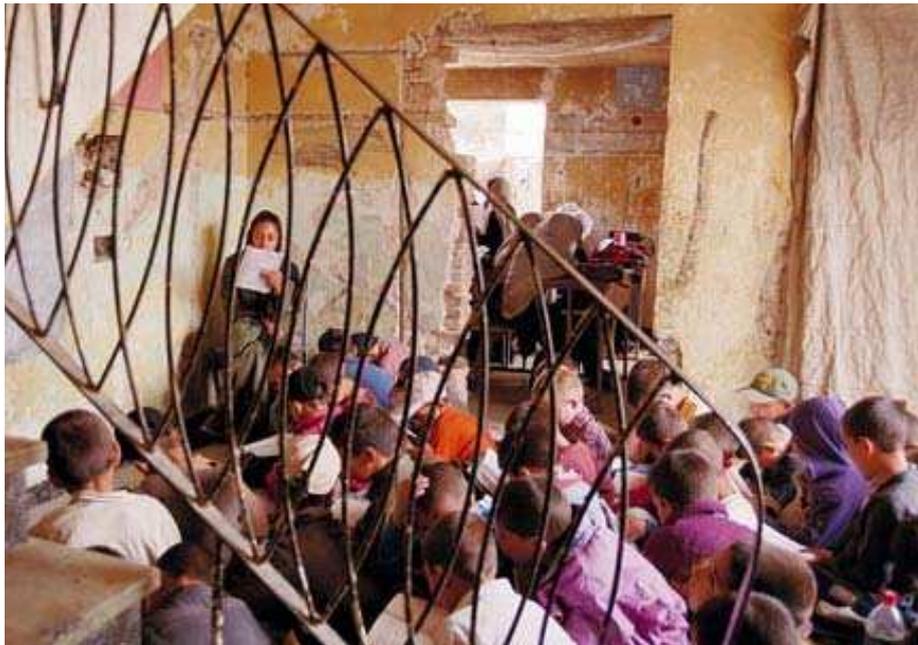
HIMMELPFORT (BRANDENB.) DR. BERND GÜDTER
PSYCHOLOGE

Hilfe und Sicherheit sind in der westlichen Gesellschaft inzwischen Beschäftigungsfelder geworden, in denen anscheinend unbegrenzt sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden können. In den Industrienationen selbst und auch global werden Hoffnungen auf Hilfsorganisationen und Medizin gelenkt und das Vertrauen in die Kräfte und Möglichkeiten der eigenen Kultur und des eigenen Ethiksystems zerstört.

BERLIN HORST JENSCH

Klaus Dörner bringt einmal mehr auf den Punkt, wie anfällig sich die psychiatrische Diagnostik gegenüber Modetrends zeigt. Während sich im Normalfall die Betroffenen nach Schicksalsschlägen durchaus in der Lage sehen, das Erlebte wegzunormalisieren, kann manchmal das seelische Gleichgewicht eines Menschen doch empfindlich durch traumatisierende Erfahrungen gestört sein. Der Patient muss jedoch nicht völlig in die passive Opferrolle versinken, sondern die notwendige Therapie kann von vornherein dialogisch anstatt interessengesteuert ausgelegt sein. Dörner vertritt eine Auffassung von Psychiatrie, die unbedingt im Gedankengut herkömmlicher Psychiater manifestiert werden sollte.

MANNHEIM CLAUDIA LENHART



JULIA KIMMIG / VISUM

Uno-geförderte Schule in Kabul: *Armutsbekämpfung als Vorwand für Karrieristen?*

Mit echter Hingabe

Nr. 13/2005, Afghanistan: Das große Geldverdien der Helfer – Dschihad gegen das Opium

Unbestritten ist, dass immense Summen Geld nach Afghanistan fließen. Unbestritten ist auch, dass es notwendig ist, diesem Land helfend, unterstützend und beratend zur Seite zu stehen. Da wäre es im Sinne einer ausgewogenen Berichterstattung ganz angemessen gewesen, die zahlreichen Vereine zu nennen, deren Mitglieder ehrenamtlich arbeiten und die die mühsam gesammelten Spenden ihren durchaus erfolgreichen Projekten in der Provinz direkt zukommen lassen.

HUDE (NIEDERS.)

BRITTA ANTON

In der Tat sieht man in Kabul bald mehr Toyota Land Cruiser als in Dubai, aber es gibt auch MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen, die bescheiden leben und arbeiten können. Ich selbst habe von Januar 2001 bis Februar 2004 mit der Deutschen Welthungerhilfe in zwei Trinkwasserversorgungs- und Bewässerungsbau-Projekten in Afghanistan gearbeitet. Die meiste Zeit habe ich mit afghanischen Kollegen zusammengewohnt, ich hatte ein Zimmer von etwa 15 Quadratmetern und ein ebenso großes Büro – alles ohne fließendes Wasser, aber dafür mit Plumpsklo. In dieser Zeit haben wir mehreren 10 000 Menschen in der Region Kunduz eine nachhaltige Trinkwasserversorgung und erweiterte und gesicherte Möglichkeiten zur Bewässerung ihrer Felder geschaffen.

BISCHKEK (KIRGISIEN)

STEFAN RECKER

Ihr Bericht belegt treffend, dass die Entwicklungsindustrie in erster Linie ganz eigene Interessen verfolgt. Das ist nicht nur

in Afghanistan der Fall. Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass Entwicklungsbürokratien vorwiegend damit beschäftigt sind, sich selbst zu beschäftigen. Mutige und integre Idealisten, egal wie fähig oder kenntnisreich, finden in diesem System naturgemäß keinen Platz. So fördert und erhält das System der „Entwicklungszusammenarbeit“ das von Ihnen exemplarisch beschriebene Raubrittertum. Armutsbekämpfung bleibt Vorwand für Karrieristen und Bürokraten. Deshalb wird es auch nichts damit.

SOEST (NRDRH.-WESTF.)

DR. MARTIN CHRISTIAN RÖSEBERG

Zuerst einmal Glückwunsch zu Ihrem Artikel. Ich denke, Sie haben mit vielen Aussagen den Nagel auf den Kopf getroffen. Allerdings hätte ich mir gewünscht, auch einige positive Seiten zu hören. So zum Beispiel, dass nicht alle NGOs Betrüger sind und Geld vom afghanischen Volk stehlen. Zumindest hätte ich erwartet zu hören, dass Mitarbeiter internationaler Organisationen täglich ihr Leben riskieren und manchmal auch verlieren. Und viele Mitarbeiter und Kollegen, die ich kenne, haben nicht nur Geld als Motivation, sondern tun ihre Arbeit mit echter Hingabe.

LIMBACH-OBERFROHNA (SACHSEN)

MARCO LANDGRAF

Ort der Stille

Nr. 13/2005, Religion: Die Kirchen verscherbeln ihre Gotteshäuser

Kirchen, einst von unseren Vorfahren, selbst in den schwersten Krisenjahren, für die Ewigkeit gebaut – müssen sie nun wegen Geiz in der Wohlstandsgesellschaft verkauft werden?! Hier läuft etwas schief! Es

kann nicht sein, dass unser Egoismus die (Denk-)Gebäude unserer Vorfahren zerstört und dass diese nicht mehr an zukünftige Generationen weitergegeben werden können. Ich kann dies nur noch als Versagen unserer Gesellschaft interpretieren!

STOLZNAU (NIEDERS.)

SEBASTIAN MÜLLER

Anstatt ihre Glaubwürdigkeit zu verkaufen, sollten Kirchengemeinden den Mut aufbringen, die Kirchen sehenden Auges sterben zu lassen. Oder man sollte einmal im Monat zur besten Sendezeit in einer Liveübertragung eine Kirche sprengen – als sichtbares Zeichen für das, was uns mit unserer Gottvergessenheit verloren geht und zugleich zum Schutz vor dekadenter Umnutzung. Vielleicht müssen wir akzeptieren, dass die Gesellschaft es nicht verdient, für eine entkirchlichte Nachwelt die sichtbaren Zeugen unseres Glaubens künstlich am Leben zu halten. Und sollten sich Christen danach doch wieder sehen, dann werden sie auch wieder die Kraft dazu haben, neue Zeugnisse ihres Glaubens zu schaffen. Denn Glaube versetzt ja manchmal Berge.

ILFELD/HARZ

CLAUS CONRAD
PASTOR

In unserem Ort gibt es eine Kirche, die über das Bürgerbüro zu erreichen ist und allen Menschen, die einen Moment der



STEFAN HARBTEL / VARIO-PRESS

Werbung an der Hamburger St. Petri Kirche
Glauben versetzt manchmal Berge

Stille suchen, offen steht. Nicht so spektakulär wie das Freiburger oder das Straßburger Münster, sondern klein, aber fein und ruhig. Ein solcher Ort der Stille ist allen Menschen zu wünschen. Und die, die es sich leisten können, sollten diese Orte unterstützen.

OFFENBURG (BAD.-WÜRTT.)

WALLY RAMM

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Postkartenbeileger der Firma BMW Bank, München. In einer Teilaufgabe befinden sich Beilagen der Firmen World Vision, Friedrichsdorf, RM Buch u. Medien, Rheda-Wiedenbrück, sowie Unopiu, Soriano.

VISA-AFFÄRE

Beschwerde im Kanzleramt

Bis zuletzt hat das Außenministerium offenbar versucht, regierungintern das Ausmaß der Visa-affäre zu vertuschen. Noch im vergangenen Sommer verschwieg das Auswärtige Amt (AA) dem Innenministerium Hinweise auf kriminelle Machenschaften in der Visastelle des deutschen Verbindungsbüros in Priština. Das belegt ein Brandbrief von Innenstaatssekretär Lutz Diwell vom 6. Dezember 2004 an seinen AA-Kollegen Jürgen Chrobog und Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. „Obwohl Ihrem Haus die brisanten Informationen zu den Zuständen im deutschen Verbindungsbüro in Priština spätestens seit dem 16. Juli 2004 vorlagen, unterblieb leider jegliche Unterrichtung des Bundesministeriums des Innern“, schrieb Diwell. Dem Innenministerium war zuvor ein sechsseitiger vertraulicher Bericht des Auswärtigen Amtes zugespielt worden. In ihm berichten AA-Inspektoren ausführlich über die Vorgänge in der deutschen Vertretung: „Die Dienstreise hat den Eindruck erhartet, dass es sich nicht um Einzelfälle von Korruption handelt. Offenbar sind die Fälle häufig, denn in Priština ist das Thema deutsche Visa und was sie kosten allgemeines Stadtgespräch.“ Im Innenministerium sorgte der AA-Bericht für Entrüstung. Die neuen Erkenntnisse wiesen „deutliche Paral-



Deutsches Verbindungsbüro in Priština

len zu den Vorgängen bei den deutschen Auslandsvertretungen unter anderem in Kiew, Moskau, Colombo und Tirana auf“, heißt es in einer Vorlage für Innenminister Otto Schily vom 10. November 2004. Das Innenministerium wies an, das AA-Papier an die Staatsanwaltschaft Düsseldorf weiterzuleiten, die zu diesem Zeitpunkt schon wegen Schleusungen über die Visastelle Priština ermittelte.

VEREINTE NATIONEN

Ständige Zwischenlösung

Im Kampf um einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat ist die Bundesregierung offenbar zu wichtigen Zugeständnissen bereit. Um die Unterstützung bislang skeptischer EU-Staaten zu gewinnen, erklären hohe Berliner Diplomaten den deutschen Sitz offensiv zur „Zwischenlösung“.



Uno-Chef Annan, Schröder (2002)

Der Sitz würde demzufolge nach 15 Jahren – im Zuge einer Revision der Uno-Reform – zugunsten eines europäischen Sitzes zur Disposition gestellt. Zweites Wahlversprechen: Die Deutschen wollen sich verpflichten, ihre Stimme in New York im Einvernehmen mit den kleineren EU-Partnern abzugeben. Vertreter der Brüsseler Kommission und der EU-

Präsidenschaft würden in die deutsche Delegation aufgenommen. Solche Zusagen, die Kanzlerberater Bernd Mützelburg und der für die Uno zuständige Abteilungsleiter Hans-Joachim Daerr aus dem Auswärtigen Amt bei einem Arbeitessen mit den Botschaftern von 20 EU-Staaten im Kanzleramt vortrugen, sollen die skeptischen EU-Partner Schweden, Österreich und die Niederlande gewinnen.

AUSLANDSEINSATZ

Abmarsch nach Afrika

Die Bundeswehr wird sich mit 50 Soldaten an einer Uno-Friedensmission im Südsudan beteiligen. Das Bundeskabinett will den Einsatz bei seiner Sitzung an diesem Mittwoch beschließen. Bereits kommende Woche soll der Bundestag dem Marschbefehl nach Afrika zustimmen. Die Soldaten werden einer Gruppe von 750 Militärbeobachtern angehören. Sie sind Teil einer 10 000 Mann starken Blauhelm-Truppe. Die soll im Süden und im Osten des Sudan ein Friedensabkommen sichern, das die muslimische Militärregierung in Khartoum und christliche Rebellengruppen im Januar nach 21-jährigem Bürgerkrieg geschlossen hatten. Die Kosten für die zunächst sechsmonatige Entsendung der Bundeswehr schätzt das Verteidigungsministerium auf bis zu 1,3 Millionen Euro. Aus der Afrika-Mission dürfte allerdings eher ein Langzeiteinsatz wie in Afghanistan oder auf dem Balkan werden: Die Uno hat – vorerst – eine Dauer von sechseinhalb Jahren veranschlagt.



Rebellen im Südsudan

UNIVERSITÄTEN

„Im Zweifel für die Grundsatztreue“

Der hessische Ministerpräsident
Roland Koch, 47, über seine Blockade-
haltung in der Bildungspolitik

SPIEGEL: Hessen hat als einziges Bundesland einen Kompromiss mit der Regierung zur Eliteförderung an Hochschulen abgelehnt. Wollen Sie Ihren Ruf als Blockadepolitiker um jeden Preis festigen?

Koch: Wir wollen richtige Ergebnisse. Danach richten wir unsere Position aus. Die Vorschläge des Bundes würden dazu führen, dass es künftig in Deutschland Universitäten erster und zweiter Klasse gibt. Das wollen wir nicht, und da werden wir nicht mitmachen.

SPIEGEL: Sind Sie der Einzige, der das Problem sieht? Ihre Unionskollegen haben alle für den Kompromiss gestimmt.

Koch: Das waren die Ressortchefs. Die Ministerpräsidenten beraten die Angelegenheit erst noch. Warten wir gelassen ab, wie das Bild dann aussieht. Möglicherweise ist es weniger eindeutig als jetzt.

SPIEGEL: Also doch eine politische Entscheidung – die Fachminister der Union können mit dem jetzigen Konzept leben.

Koch: Vielleicht war bei manchen Wissenschaftsministern die Sorge um das Geld stärker als die Sorge um die Struktur der Universitäten. Das kann ich angesichts leerer Kassen durchaus nachvollziehen. Ich bin aber nicht bereit, für ein paar Millionen Euro die Prinzipien aufzugeben, für die ich ins Amt gewählt worden bin,



Koch

zumal die Entscheidung Folgen für Jahrzehnte hat. Da entscheide ich mich im Zweifel für die Grundsatztreue.

SPIEGEL: Sie blockieren nicht nur Geld für Hessen, sondern für alle Länder. Wollen Sie wirklich dabei bleiben, wenn die Regierung sich nicht bewegt?

Koch: Ich habe nicht die Absicht, die Entscheidung meines Wissenschaftsministers zu korrigieren.



Verhandlungen in Kiel

nung von Geschäften gelten als bisher. Das haben Vertreter beider Parteien in den Koalitionsgesprächen am Donnerstag vergangener Woche beschlossen. Darüber hinaus wollen die beiden künftigen Regierungsparteien – vor dem Hintergrund eines jetzt festgestellten Haushaltslochs von über einer Milliarde Euro in diesem Jahr – bis zu 2000 Jobs in der Verwaltung abbauen. Über die genaue Höhe der Stellenkürzung konnte allerdings noch keine Einigung erzielt werden. Außerdem ist eine Verlängerung der Arbeitszeit der beim Land beschäftigten Arbeitnehmer vorgesehen.

Schleswig-Holstein ist eines der wenigen Länder, die für Angestellte im Öffentlichen Dienst bislang auf der 38,5-Stunden-Woche beharren. Weitere Punkte der künftigen Koalitionäre: Sie wollen Infrastrukturprojekte schneller verwirklichen, konsequent EU- und Bundesfördermittel abrufen, Landesbeteiligungen verkaufen sowie Joint Ventures zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen erleichtern und fördern.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Große Koalition für Jobabbau

Die geplante Große Koalition in Schleswig-Holstein will den Ladenschluss an Werktagen völlig freigeben, sobald der Bund die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. An Sonntagen sollen zumindest in den Urlaubsregionen des nördlichsten Bundeslands deutlich großzügigere Regelungen für die Öff-

NRW

Kein Polizeischutz für Rotmilan

Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Bärbel Höhn ist beim Koalitionspartner SPD mit dem Vorstoß aufgelaufen, die Polizei für einen besseren Schutz von Raubvögeln zu mobilisieren. In einem Brief an NRW-Innenminister Fritz Behrens klagte die Grünen-Politikerin über eine Zunahme „illegaler Greifvogelverfolgungen“. Vor allem die Zahl vorsätzlicher Vergiftungen an Tieren wie dem Rotmilan habe erschreckend zugenommen. „Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden“, so Höhn, „wenn Sie die Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen auf diese Problematik hinweisen würden.“ Der Minister reagierte eher kühl. Er nehme die Ausführungen Höhns „mit Interesse und Bedauern“ entgegen, schrieb Behrens zurück. Die von ihr beschrie-



CIVELAND / ULLSTEIN BILDERDIENST

Rotmilan

bene Entwicklung werde in der Polizeilichen Kriminalstatistik allerdings „nicht entsprechend abgebildet“. Der Polizei in NRW würden jährlich rund 1,5 Millionen Straftaten bekannt. Daher bitte er um Verständnis, so Behrens süffisant, „wenn Delikte der Jagdwilderei keinen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit bilden“.



ROBERT MICHAEL / DDP

Struck, Fischer

REGIERUNG

Fischer blockiert Struck

Koalitionsinterner Streit um die Wehrpflicht behindert die seit fünf Jahren geplante und für „spätestens November 2005“ angekündigte Veröffentlichung eines Weißbuchs über die Sicherheit Deutschlands und die zukünftige Entwicklung der Bundeswehr. Zwar liegt bereits ein „fertiger Entwurf“ im Wehressort, wie der Leiter des Planungsstabs des Verteidigungsministeriums, Franz Borkenhagen, vorige Woche in Bonn mitteilte. Aus „technischen Gründen“ werde das Papier aber erst 2006 publiziert. Tatsächlich ist der Entwurf noch nicht einmal zur nötigen „Abstimmung“ ans Auswärtige Amt geleitet worden, weil klar ist, dass der grüne Außenminister und Zwangsdienstgegner Joschka Fischer die Pläne des SPD-Kollegen

Peter Struck zum Fortbestand der Wehrpflichtarmee nicht unterschreiben will. Sie sind auch bei den Sozialdemokraten umstritten. So ist höchst ungewiss, ob Struck auf dem SPD-Parteitag Mitte November noch eine Mehrheit für die Zwangsrekrutierung gewinnen kann. Wenn ein Beschluss gegen die Wehrpflicht falle, erklärte Borkenhagen, „reicht es nicht, bloß eine Seite in dem Entwurf auszutauschen“. Vielmehr müsse dann eine „neue Struktur“ für die Bundeswehr, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert, geplant werden. Das letzte Weißbuch war 1994 erschienen – weit vor der deutschen Teilnahme am Kosovo-Krieg 1999 und an den Anti-Terror-Einsätzen am Hindukusch und am Horn von Afrika.

SPD

Flucht hält an

Erstmals seit 50 Jahren ist die Zahl der SPD-Mitglieder in Deutschland wieder unter 600 000 gefallen. Ende März verbuchte die Schatzmeisterin nur noch 597 540 Mitglieder, über 30 000 Genossen weniger als ein Jahr zuvor. Noch immer liegt die Zahl der Austritte deutlich über der der Neuzugänge. Von den über 10 000 Abgängen im Vergleich



NORBERT MICHALKE

Parteibuch, Mitgliedskarte

zum Jahresende 2004 waren 7500 Austritte und etwa 2500 Sterbefälle. Die Zahl der Neueintritte lag bei knapp 4000, rund die Hälfte der Neumitglieder sind Jusos (unter 35 Jahren). 55 Prozent der Neumitglieder gaben als Grund für ihren Eintritt in einer Umfrage an: „Ich will den Reformkurs der SPD unterstützen.“ Mit einer Parteireform, mehr Projektarbeit und einer großzügigen Auslegung des Wohnortprinzips will die Partei versuchen, ihre Attraktivität wieder zu erhöhen.



Hamburger Containerhafen: „Die Lage ist besser als die Stimmung“

JÖRG MODROW / LAIF

KONJUNKTUR

„Bitterer Cocktail“

Die Wirkung der rot-grünen Reformen droht endgültig zu verpuffen. Steigende Ölpreise und starker Euro drücken aufs Gemüt von Regierung und Industrie. Die bundesdeutsche Wirtschaft dürfte auch dieses Jahr nicht anspringen. Doch wie schlecht geht's dem Standort wirklich?

Es sollte ein schöner Abend werden. Um den tristen Regierungsalltag für ein paar Stunden hinter sich zu lassen, war Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) am vergangenen Mittwoch zur Premiere des Musicals „3 Musketiere“ ins Berliner Theater des Westens geeilt: Degenduelle waren angekündigt, romantische Liebesschnulzen und das Hohelied auf ewige Männerfreundschaft getreu dem Motto: „Einer für alle, alle für einen.“

Doch schon vor der Ouvertüre schlug dem Minister erst einmal die Häme des Volkes entgegen. Als sich am Eingang eine lange Warteschlange drängelte, spottete einer der Premierengäste: Die Vorwärtsbewegung entspreche wohl „dem Reformtempo der Bundesregierung“.

Dabei würde Clement der miesen Stimmung im Land nur zu gern endlich mit ein paar Erfolgsmeldungen Paroli bieten. Stattdessen reihen sich seit Wochen die negativen Wirtschaftsnachrichten aneinander wie Gesangsnummern in der Oper.

Clements persönliches Grusical: Erst kletterte die Arbeitslosenzahl auf den Nachkriegsrekord von 5,2 Millionen. Dann meldeten die Statistiker, dass die Produktion im vergangenen Herbst eingebrochen sei. Am Montag vergangener Woche kündigte EU-Kommissar Joaquín Almunia der deutschen Öffentlichkeit auch noch an, die Wirtschaft werde 2005 hierzulande nur mit 0,8 statt, wie bisher geschätzt, 1,5 Prozent wachsen. Es wäre der geringste Anstieg aller 25 EU-Länder. Entsprechend schrill

ist das Leitmotiv der rot-grünen Regierungsmelodie.

Regelmäßig werden ihre mühsam durchgesetzten Reformen von den konjunkturellen Realitäten überholt. In der ersten Amtsperiode überdeckten New-Economy-Absturz und 11. September die mit großen Hoffnungen gestartete Steuerreform. Jetzt droht die als „historischer Durchbruch“ (Clement) gefeierte Agenda 2010 Opfer von Ölpreisanstieg und Euro-Stärke zu werden.

Sollte sich die Prognose der EU-Kommission bestätigen, wäre es für die Regierung der GAU. Schon vor über einem Jahr war den rot-grünen Koalitionären klar, dass sie mit der Agenda 2010 ihre letzte Karte ausspielen. Entweder kommt die Wirtschaft nach der Reformanstrengung wie-

der auf Trab, so das Kalkül des Kanzlers und seiner Getreuen, oder die Regierung steht vor echten Problemen.

Für weitere politische Initiativen, so die Erkenntnis, fehlen Kraft und Mittel: ein wichtiges Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Konjunktur? Kein Geld. Weitere Einschnitte, etwa bei Kündigungsschutz oder Tariffreight? Die SPD würde auf die Barrikaden gehen. Ein harter Umbau des Wohlfahrtsstaates bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer? Die Regierung würde spätestens im unionsbeherrschten Bundesrat scheitern.

Im vergangenen Jahr verhalten die Agenda-Reformen Schröder noch zu einem kurzen Zwischenhoch. Nun drohen sie die Endzeit der rot-grünen Regierung einzuläuten.

Die mit großen Hoffnungen begonnene Hartz-Reform etwa entpuppt sich als kaum kontrollierbares Bürokratenprojekt, das die Arbeitslosenzahlen noch für geraume Zeit eher nach oben treibt – bevor sich vielleicht im kommenden Jahr erste Erfolge einstellen. Die Gesundheitsreform hat den Krankenkassen zwar Einsparungen gebracht, aber von den versprochenen spürbaren Beitragsenkungen ist nichts zu sehen. Die Minijob-Reform? Ging nicht selten zu Lasten regulärer Stellen.

Je länger die Erfolge von Hartz und Co. auf sich warten lassen, desto stärker verliert der Kanzler an Rückhalt. Vergangene Woche sackte die SPD in der wöchentlichen Umfrage von Infratrate dimap wieder unter die 30-Prozent-Marke. Union und FDP hätten zusammen eine satte Mehrheit.

Deutschland bewege sich zwar in die „richtige Richtung“, befindet der Chef des Internationalen Währungsfonds, Rodrigo Rato. Aber weil die Regierung ihre „Neuerungen zu zaghaft angepackt“ habe, ernte sie vorerst „nur die Schmerzen, aber nicht den Nutzen“. Und während Clement trotzig an seiner Prognose festhält, dass der Aufschwung dieses Jahr ungebrochen Fahrt aufnimmt, listen seine Beamten längst die Kollateralschäden der sich abzeichnenden Wachstumsdelle auf:

- ▶ Mit 200 000 zusätzlichen Arbeitslosen wird gerechnet.
- ▶ Steuerausfälle in Höhe von mindestens fünf Milliarden Euro sind zu erwarten.
- ▶ Das Staatsdefizit dürfte zum vierten Mal in Folge jenseits der Maastricht-Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Nur Finanzminister Hans Eichel hat offenbar aus früheren Fehlern gelernt – und beteuert eifrig, dass er „der Konjunktur auf keinen Fall hinterherhaken“ werde. Andererseits wirkt sein jüngster Vorstoß, durch eine Länderfusion die Kosten zu drücken, bestenfalls hilflos (siehe Seite 27).

Unverändert, so scheint es, ist das Land gefangen im Teufelskreis aus Reformstau und Wachstumsschwäche. Die Konjunktur kommt nicht in Schwung, weil die Politik die Wende nicht schafft. Der Politik vergeht die Reformlust, weil die Wirtschaft offenbar nicht auf Trab zu bringen ist.

Dabei ist Deutschland, so melden vor allem Ökonomen aus den USA und Großbritannien, in den vergangenen Jahren erheblich konkurrenzfähiger geworden. Die Unternehmen haben ihre Kosten drastisch gedrückt, die Gewerkschaften schmerzhaft Einschnitte bei Löhnen und Arbeitszeiten hingenommen.

doch werden die zahlreichen Positivmeldungen kaum noch wahrgenommen:

- ▶ Die Produktivität ist laut einer Studie der Deutschen Bank seit 1996 in Deutschland fast genauso stark gewachsen wie in den USA – die Löhne aber sind mit jährlich rund 1,3 Prozent kaum angestiegen. In den USA wuchsen sie um rund 4 Prozent. Die Produktion hat sich also hierzulande im Schnitt nur um 0,5 Prozent im Jahr verteuert. In den USA waren es 1,7 Prozent.
- ▶ Deutschland hat als einziges führendes Industrieland seinen Anteil an ausgeführten Waren in den vergangenen fünf



Porsche-Chef Wiedeking, Kanzler Schröder (2002): „Auf den Weltmärkten erfolgreich“

Seither hält etwa der Chefvolkswirt der US-Investmentbank Goldman Sachs, Jim O’Neill, „die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu den Euroland-Partnern für so wettbewerbsfähig wie seit zehn Jahren nicht mehr“. Der Commerzbank-Experte Ralph Solveen beteuert: „Die Lage in Deutschland ist deutlich besser als die Stimmung.“

Im deutschen Dauergejammer über Standortchwäche und Stimmungstief je-

Jahren gesteigert – von 8,6 Prozent auf 10,1 Prozent aller weltweiten Exporte. Die USA dagegen fielen von 12,3 auf 9,7 Prozent zurück. Die jährliche Zuwachsrates ist dreimal so hoch wie in den USA. Der „kranke Mann Europas“ ist der größte Exporteur der Welt.

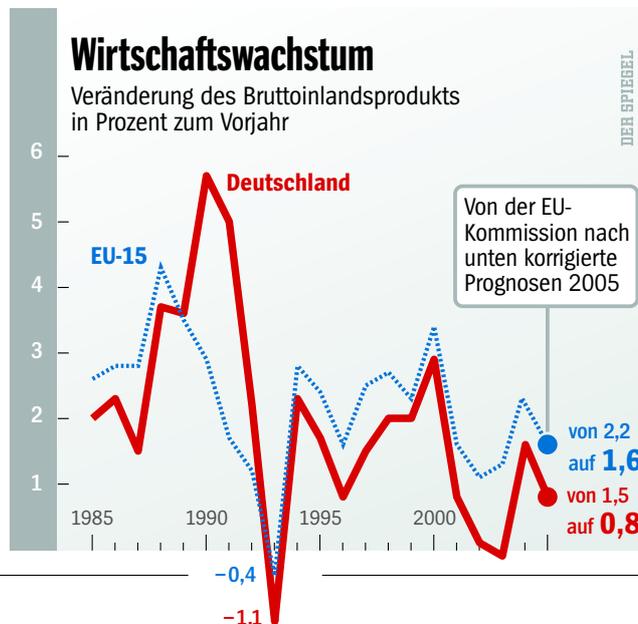
- ▶ Die Gewinne der Unternehmen sind zuletzt deutlich stärker gestiegen als in Amerika – dem gerade von Managern so hoch gelobten Land. Der Deutsche Aktienindex Dax hat auch deshalb seit März 2003 über 70 Prozent zugelegt, der Dow Jones lediglich 30. Und dabei sind die Firmen, gemessen an ihren Erträgen, immer noch billig.

So sieht das auch Porsche-Chef Wendelin Wiedeking. Das Gerede seiner Managerkollegen über die hohen deutschen Lohnkosten treffe „nicht das eigentliche Problem in diesem Land“, donnerte er vergangene Woche im Stuttgarter Landtag.

Er muss es wissen. Porsches Stammwerk stehe schließlich „im Herzen des Hochlohnlandes Deutschland“ und sei „trotzdem auf den Weltmärkten erfolgreich“. Und auch wenn der Manager geflissentlich unerwähnt ließ,

Wirtschaftswachstum

Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in Prozent zum Vorjahr



dass er sein eigenes Erfolgsmodell Cayenne zu großen Teilen in Bratislava bauen lässt – seine Rede war doch Balsam auf den waidwunden Seelchen der Parlamentarier.

Auch der jüngste Konjunkturrückschlag hat mit überzogenen Lohnsteigerungen wenig, mit aktuellen weltwirtschaftlichen Verwerfungen umso mehr zu tun: Zum einen fließen die in den Unternehmen verdienten Milliarden bislang nur tröpfchenweise zurück in den Wirtschaftskreislauf – die Konzerne investieren ihre Gewinne, wenn überhaupt, vornehmlich im Ausland. Zum anderen bewegt sich nichts beim bundesdeutschen Hauptschwachpunkt: dem Arbeitsmarkt.

Studien des Internationalen Währungsfonds zeigen: Ein deutscher Arbeitnehmer produziert heute mindestens genauso effektiv wie sein US-Kollege. Aber in den USA ist ein weit höherer Anteil der Bevölkerung erwerbstätig. Und wer einen Job hat, arbeitet meist länger. Kein Wunder, dass hierzulande die Wachstumsraten niedriger ausfallen.

Weitere Bremsfaktoren kamen in den vergangenen Monaten hinzu. So stieg der Euro im Vergleich zum Dollar seit Frühjahr 2003 um 22 Prozent. Als Folge verteuerten sich deutsche Autos, Maschinen oder Chemieprodukte gegenüber den Wettbewerbern aus den USA oder Asien – die Marktposition von Siemens, Daimler und Co. gerät weltweit unter Druck.

Zugleich sorgte das rasante Wirtschaftswachstum in China und Indien dafür, dass Rohstoffe weltweit knapper und teurer wurden. Ob Öl oder Gas, Kupfer, Stahl oder Gummi – die Preise stiegen oft mit zweistelligen Raten. Unter der Entwicklung litten vor allem Länder, die kaum über eigene Rohstoffe verfügen, aber umso mehr davon für ihre Industrie einkaufen müssen – wie Deutschland.

So geriet die Wirtschaft in die Zange. Besonders gebeutelt: die Autoindustrie. Allein BMW und DaimlerChrysler mussten im vergangenen Jahr nach Expertenschätzungen jeweils 200 bis 300 Millionen Euro mehr für Stahl auf den Tisch blättern, zugleich brach der Auslandsabsatz ein. Wegen dieses „bitteren Cocktails“, so Automobilindustrie-Präsident Bernd Gottschalk, könne der wichtigste Industriezweig der Republik dieses Jahr bestenfalls auf „stagnierende Märkte“ hoffen.

Innen hui, außen pfui? Nicht anders ergeht es den Flug-



Air-Berlin-Chef Hunold, Stewardessen
Leiden unter hohen Kerosinpreisen

gesellschaften. Air-Berlin-Chef Joachim Hunold musste vor drei Jahren für eine Tonne Kerosin noch 240 Dollar bezahlen: Heute kostet dieselbe Menge Treibstoff die zweitgrößte Fluggesellschaft des Landes 630 Dollar.

Und selbst die erfolgsverwöhnten Maschinenbauer leiden. Der westfälische Landmaschinenhersteller Claas, der mit Traktoren und Mähdreschern zuletzt ein jährliches Umsatzplus von zehn Prozent einfuhr, bekommt die weltweite Knappheit an Stahl und Gummi zu spüren. Weil Reifen oder Felgen fehlen, bleiben die frischmontierten Maschinen mitunter wochenlang im Lager stehen.

So bleibt der Regierung nur die bittere Erkenntnis: Von der Konjunktur ist in diesem Jahr kaum Rückenwind für die anstehenden Wahlen zu erwarten. Im Gegenteil: Die Flaute erhöht den Druck für weitere Reformen. Die Politiker, so Währungsfonds-Chef Rato, müssten „die Schlagzahl noch erhöhen“.

WOLFGANG REUTER,
MICHAEL SAUGA, JANKO TIETZ



Claas-Landmaschinenproduktion (in Harsewinkel)
Unter dem Druck weltweiter Verwerfungen

In der Fusionsfalle

Finanzminister Eichel will mit einer Neuordnung der Bundesländer Milliarden sparen – ein Trugschluss.

Die Pressekonferenz war längst beendet, und Bundesfinanzminister Hans Eichel hatte am vergangenen Dienstag gesagt, was er sagen wollte zum Gutachten seines wissenschaftlichen Beirats über die „Haushaltsrisiken im Bundesstaat“. Doch dann platzte plötzlich der Satz aus ihm heraus, der es am nächsten Tag vor allen anderen in die Schlagzeilen schaffte: „Wenn ein Land nachhaltig nicht auf die Beine kommt, wird natürlich die Frage nach der Existenzberechtigung des Landes gestellt.“

Jeder konnte sich denken, wer wohl gemeint war: die wirtschaftlich maroden Kellerkinder der Republik – Berlin, Bremen und das Saarland. Vor anderthalb Jahren hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) beim Bundesverfassungsgericht eine Klage wegen „extremer Haushaltsnotlage“ eingereicht, die wahrscheinlich noch in diesem Jahr verhandelt und möglicherweise auch entschieden wird. Die strukturschwachen Länder Bremen und Saarbrücken liebäugeln ebenfalls mit dem Gang nach Karlsruhe, um den Bund zu zwingen, auch nach zehnjähriger Haushaltsnotlage weiterzuzahlen.

Allein die Hauptstadt fordert eine Finanzspritze von gigantischen 35 Milliarden Euro. Schon heute überweist Eichel 14,5 Milliarden an Bundesländer, die ökonomisch schwächeln. Kein Wunder also, dass er nun in seiner Verzweiflung die Fusion von Ländern ins Gespräch bringt, um Kosten zu sparen und künftige Notlagen zu vermeiden.

Allein – den Beweis für die finanziell segensreiche Wirkung von Länderzusammenschlüssen ist auch Finanzminister Eichel bislang schuldig geblieben. Zwar hat sein Ministerium vor Jahren schon in einem Gutachten die Folgen einer föderalen Neugliederung untersucht. Doch das Ergebnis war offenbar so ernüchternd, dass die Studie nie an die Öffentlichkeit gelangte.

Das tatsächliche Sparpotential ist äußerst gering. Lediglich die Kosten des Parlaments, des Ministerpräsidenten und einiger Minister oder Senatoren ließen sich wegrechnen. Dazu könnten einige Behörden zusammengelegt werden. Doch sogar der damit verbundene Stellenabbau würde Jahre dauern.

Unterm Strich brächte eine Länder-ehe deshalb kaum Entlastung. Helmut



SPD-Politiker Clement, Eichel: 14,5 Milliarden für die Schwachen

Seitz, Finanzwissenschaftler in Dresden, hat für eine Fusion zwischen Berlin und Brandenburg mittelfristige Einsparungen bei Verwaltung und Personal von 350 bis 500 Millionen Euro errechnet. Dem stehen jedoch Verluste von 2,6 Milliarden Euro gegenüber, weil Berlin seine Ansprüche aus dem Länderfinanzausgleich verlieren würde, wenn es als Stadtstaat von der politischen Landkarte verschwände. Seitz kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass die „mit einer Zusammenführung von Einrichtungen und Verwaltungen möglichen Einsparungen die Verluste auf der Einnahmenseite nicht kompensieren“ können.

Die Verschmelzung des kleinen Stadtstaats Bremen mit Niedersachsen brächte ebenfalls nicht den beschworenen Befreiungsschlag. Im Gegenteil: Der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Günter Dannemann hat ausgerechnet, dass eine wegfallende politische Führung nur knapp 100 Millionen Euro einsparen würde.

Nicht viel bei einem Bremer Ausgabenvolumen von 4,2 Milliarden Euro. Die Fusionsverluste addieren sich dagegen auf 512 Millionen Euro – ein unattraktives Geschäft für Bremen.

Selbst eine radikale Neuordnung der Länder würde nur wenig Hilfe bei den Verwaltungskosten bringen. So kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zu dem Ergebnis, dass selbst in einer Republik aus sieben Ländern, in der nur Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in den heutigen Grenzen bestehen blieben, etwa 1,6 Milliarden Euro durch den Abbau von politischen Ämtern und Verwaltungspersonal gespart werden könnten. „Die Synergien von Länderfusionen sind verschwindend gering“, glaubt Dieter Vesper, Autor des DIW-Gutachtens.

Das liegt vor allem daran, dass die meisten öffentlichen Ausgaben unabhängig von einer Fusion weitergezahlt werden müssten: Zinsen für alte Kredite, Sozialleistungen, Ausgaben für die Bildung, die Gehälter für Lehrer, Polizisten und Richter. „Die großen Ausgabenblöcke liegen fest, daran ändert auch eine Länderfusion nichts. Das ist eine ärgerliche Phantomdebatte“, sagt der saarländische Finanzminister Peter Jacoby (CDU).

Der einzige Vorteil der Großfusionen wäre denn auch: Politische Entscheidungsprozesse wären kürzer, schneller und oft sicher effizienter. Trotz seiner geringen Erfolgsaussichten hält Eichel deshalb an seinen Forderungen zur Neuordnung der Republik fest.

Vor allem nervt den Bundesfinanzminister, dass die Länder ihre Finanzen nicht in den Griff bekommen und gleichzeitig seine Pläne zum Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen regelmäßig im Bundesrat blockieren. Eichel ist überzeugt, dass er den Ärger mit wenigen finanzstarken Ländern nicht mehr hätte.

SVEN AFHÜPPE

GRÜNE

Geschichten aus dem Schatten

Das Finanzgebaren der Grünen wirft Fragen auf. Anders als vom Bundesschatzmeister behauptet, konnten offenbar Spitzenpolitiker doch von Wirtschaftsspenden profitieren. Der frühere Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger sagt: „Es gab ein Verrechnungssystem.“



Fünf Fraktionsführer, elf Vorsitzende, drei Bundesgeschäftsführer haben die Grünen in den vergangenen zehn Jahren kommen und gehen sehen. Das Personalkarussell drehte sich stets ein bisschen schneller als bei den anderen Parteien.

Nur im Amt des Bundesschatzmeisters war kein Wechsel erwünscht. „Wenn es ums Geld geht – Dietmar Strehl“, heißt es selbstbewusst auf dessen Internet-Seite. Der studierte Mathematiker, der sich vom Finanzreferenten der nordrhein-westfälischen Grünen bis in die Bundesgeschäftsstelle hochgerechnet hat, sitzt seit 14 Jahren an der Kasse der Ökopartei, zunächst als Finanzreferent, seit mehr als neun Jahren als Chef.

Der heimliche Schatz seiner Bundesschatzmeisterei ist nicht das Geld, sondern das Wissen um die finanzielle Lage seiner Parteifreunde. Mit dem Segen diverser Delegiertenkongresse treibt Strehl eine „Parteisteuer“ ein.

Der Parteifunktionär kennt sie mittlerweile alle, die ehelichen und die unehelichen Kinder, die Geschichten von gebrechlichen Eltern und jenen Konten, die aus widrigen Gründen so tief ins Minus rutschten, dass die „Parteisteuer“ leider nicht abgeführt werden konnte. Auch das Thema Wirtschaftsspenden ist dem Mann wohl bekannt. Strehl ist der Schatzmeister – und der Schattenmann seiner Partei.

Interne Unterlagen zeigen, dass beim Umgang mit privaten Spenden höchst eigenwillig verfahren wurde. Zumindest in einem Fall konnte, anders als von der Bundesschatzmeisterei bislang behauptet, ein grüner Abgeordneter auch ganz persönlich von Zuwendungen aus der Wirtschaft an die Partei profitieren

Im Prinzip ist die Sache einfach: Jeder grüne Amts- oder Mandatsträger gibt einen Teil seiner Bezüge an die Partei ab. Das Geld geht der Partei als Spende zu. Seit dem 1. Januar 2004 beträgt der abzuführende Teil 19 Prozent des Einkommens – bei einem einfachen Bundestagsabgeordneten sind das knapp 17000 Euro im Jahr.

In Wahrheit aber ist die Finanzierung der Grünen ziemlich unübersichtlich. Denn zu den Regeln gibt es Ausnahmen: Man kann Rabatte aushandeln, die den monatlichen Spendenbeitrag deutlich sen-

INA FASBENDER / REUTERS

Grünen-Politiker Fischer: *Private „Verhältnisse so, dass er kaum spenden konnte“*

ken, und andere Leistungen verrechnen lassen.

Wer genau in den Genuss solcher Sondervereinbarungen kommt, ist ebenso geheim wie die Summen, die Einzelne tatsächlich zahlen. Über die Gremien, in denen die finanziellen Angelegenheiten kontrolliert werden, soll wenig nach außen dringen. Nicht mal alle Namen der Mitglieder werden auf Nachfrage genannt.

In einem für Außenstehende nicht einsehbaren Verfahren kümmern sich der Finanzchef und seine Helfer um die „freiwilligen Spenden“ der Spitzenpolitiker, die durch zwei Besonderheiten auffallen: Die Abgaben werden mit Nachdruck eingetrieben. Und: Sie bilden neben der Wahlkampfkostenerstattung mit die wichtigste Einnahmequelle der Grünen.

Beispiel Joschka Fischer: Seit dem rot-grünen Regierungsantritt im Jahr 1998 hätte er jährlich einen fünfstelligen Betrag an die Partei abführen sollen. Doch das Rechenwerk des Bundestagspräsidenten, das alle Parteispenden von 10 000 Euro (früher 20 000 Mark) und mehr auflistet, vermerkt nur für 2001 eine Zahlung.

Der Außenminister verweist nach vier Ehen auf seine angespannte häusliche Finanzsituation: „Die persönlichen Verhältnisse waren so, dass er nicht oder kaum spenden konnte“, teilte Fischers Sprecher am Freitagnachmittag mit.

Erste Fragen zu Fischers Parteibeitrag waren im Jahr 2000 aufgetaucht. Fischer hatte im Wahlkampfsjahr 1998 fleißig Spenden für seine Partei gesammelt. Sein Frankfurter Heimatverband meldete rund 103 000 Mark, das Fünffache von 1997.

Einen Großteil des Geldes führten die Parteifreunde auf die Popularität ihres Spitzenmannes zurück. Fischer sei ein „geldwerter Vorteil“, erklärte damals Schatzmeister Strehl. Und er bestätigte auf Nachfrage der „Frankfurter Allgemeinen“, dass es Fischer gestattet worden sei, jenen Betrag, mit dem er bei der Partei im Soll stehe, durch die Vermittlung von Spenden zu reduzieren.

Die Zahlungsforderung an Fischer, der damals Fraktionschef der Grünen im Bundestag war, belief sich auf 35 172 Mark, für den Unterhalt von zwei Kindern aus zweiter Ehe wurden ihm insgesamt 12 000 Mark gutgeschrieben, was den zu zahlenden Betrag auf 23 172 Mark reduzierte. Dass der Obergrüne tatsächlich weniger überwiesen hatte, zeigte der Rechenschaftsbericht der Partei. Dort war Fischer 1998 ebenso wenig aufgelistet wie 1997 und 1999.

Es werde eben anerkannt, so Strehl damals, „wenn der Fischer ankommt und sagt:

„Ich habe mit dem Hunzinger gesprochen, der gibt euch 10 000 Mark für meinen Wahlkampf dazu“. Das Endergebnis müsse stimmen: „Wir wollen das Geld. Ob das nun so kommt oder anders, ist uns eigentlich egal.“

Das war ein erstaunliches Eingeständnis, das Strehl umgehend zu korrigieren versuchte. Natürlich gebe es keinerlei Zusammenhang zwischen Fischers geringem Parteibeitrag und dessen Spendenaktivität, erklärte der Schatzmeister nun: „Die von Joschka gesammelten Spenden haben keine Rolle gespielt.“



Grünen-Schatzmeister Strehl (M.): „Wir wollen das Geld“

Bis Ende vergangener Woche blieb Strehl dabei, dass man bei den Grünen keinen persönlichen Vorteil davon hat, wenn man Geld einwirbt. Wieder hatte eine Fischer-Spende für Schlagzeilen gesorgt.

Und: Wieder spielte der Name Moritz Hunzinger eine Rolle. 1999 Mark hatte der PR-Berater im Herbst 1998 an die Grünen überwiesen, nach seiner Darstellung für einen Vortrag, den Fischer auf Einladung Hunzingers vor rund 40 Managern gehalten hatte. Erneut musste sich Strehl mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass Fischer sich das Geld, das an den Kreisverband ging, bei der Schatzmeisterei gutschreiben ließ. „Es gibt keine Vereinbarung mit den Mandatsträgern“, lautete nun seine Version.

Zweifel drängen sich auf: Der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger jedenfalls hat seine eigenen Erfahrungen mit dem Ideenreichtum des Bundesschatzmeisters gemacht. Der Parteirebell hielt 1999 eine Rede in des Hochhaustürmen der Deutschen Bank. Das Geldhaus wollte sich erkenntlich zeigen. Metzger verzichtete auf ein Honorar, auf Nachfrage verwies er aber auf die Möglichkeit einer Spende. 5000 Mark gingen an die Grünen.

Strehl freute sich, dass er Metzger diese Summe zu verdanken hatte. Denn der Grüne aus Baden-Württemberg war für ihn ein schwieriger Kunde.

* Mit Claudia Roth und Jürgen Trittin beim Grünen-Parteitag 2003 in Dresden.

Metzger saß von 1994 bis 2002 im Bundestag. Nach dem grünen Reglement hatte er rund 2600 Mark im Monat abzuführen. Man musste ihn ständig mahnen.

„Lieber Oswald Metzger, Du hast 1995 9500 Mark gespendet“, heißt es in einem typischen Schreiben von Strehl vom 21. Februar 1996. „Nach der jetzigen Beschlusslage wäre Dein Soll für 1995 insgesamt 31 104 Mark. Wir stellen damit fest, dass es eine Differenz von 21 604 Mark gibt.“

Metzger wusste, dass der Zahlungsverzug nicht ganz ungefährlich war. Nach außen haben die Grünen immer behauptet, dass die „Parteisteuer“ eine freiwillige Abgabe sei – das müssen sie schon, um dem Parteiengesetz Genüge zu tun. Tatsächlich aber hatten sie einen wirkungsvollen Strafmechanismus entwickelt. Fehlbeträge stellte der Schatzmeister dem jeweiligen Landesverband in Rechnung. Wer zu wenig oder gar nicht zahlte, riskierte also, bei der nächsten Listenaufstellung für den Bundestag nicht mehr vorzukommen.

„Wir möchten Dir zur Kenntnis geben, dass der Bundesfinanzrat am 17.2.96 entschieden hat, dass die Differenzen am 15. Mai 96 den

jeweils betroffenen Landesverbänden in Rechnung gestellt werden“, schloss Strehl seinen Brief an Metzger.

Regelmäßig erhielt der Abgeordnete in den nächsten Jahren detaillierte Auflistungen über sein Spendenkonto. Keine Schuld wurde vergessen, alles wurde addiert. Im Juli 2000 bekam Metzger wieder Post von der Partei. Das „Spendensoll“ war auf 40 947,52 Mark gestiegen. Aber das Schreiben enthielt auch eine gute Nachricht: In der Spalte, die alle Zahlungen aufführt, tauchte ein Betrag von 5000 Mark auf.

Auf Nachfrage bei der Schatzmeisterei erfuhr Metzger, dass das die Spende der Deutschen Bank war, die Strehl verrechnet hatte.

Metzger war überrascht: „Es gab ein Verrechnungssystem, von dem ich bis dahin nichts wusste.“

Der Politiker kann seinen Fall belegen. Im Oktober 2000, Metzger wurde erneut über seine Spendendaten vom Bundesschatzmeister informiert, finden sich die 5000 Mark der Deutschen Bank als „Umbuchung“ auf seiner Habenseite. Auch ein weiteres Dokument aus demselben Jahr („Depotabgleich“), das wie ein parteiinterner Bankauszug aussieht, listet die 5000 Mark in der Ist-Rubrik auf. Sie wird mit dem Soll des Abgeordneten verrechnet.

Als Strehl Ende voriger Woche mit dem Vorgang konfrontiert wurde, schaltete er umgehend eine Anwaltskanzlei ein. „Es gab nur eine Ausnahme“, erklärte er

schließlich: „In einem Fall habe ich im Jahr 1999 beim Landesverband Baden-Württemberg wegen einer Spende in Höhe von 5000 Mark eine geringere Erstattung akzeptiert.“

Der Parteienforscher Hans Herbert von Arnim findet ein solches Verfahren bedenklich. „Das, was der Abgeordnete selbst zahlt, hätte zusammengerechnet werden müssen mit dem Teil, den andere für ihn zahlen“, sagt er. „Für die tatsächliche Höhe der Spende ist es ziemlich unerheblich, ob sie der Abgeordnete direkt zahlt oder sich der Hilfe anderer bedient.“

Hat Arnim Recht, haben die Grünen neben dem politischen auch ein juristisches Problem: Wo immer ihre Leute in den Rechenschaftsberichten nicht auftauchen, weil sie dank Fremdspenden mit ihren Eigenspenden unter die meldspflichtige Grenze rutschen, sind die Berichte unvollständig.

Mit den Grünen der frühen Jahre hat diese Partei nur noch wenig gemein. Man wolle „die Verzahnung zwischen Parlamenten und der Wirtschaft durch Zuwendungen unterbinden“, hieß es im Gründungsjahr 1980 im Parteiprogramm.

Kaum war 1983 zum ersten Mal der Bonner Bundestag in Sicht, beschlossen die Delegierten: Von der Grunddiät über 7500 Mark darf ein grüner Abgeordneter nur 1800 Mark netto für sich behalten („ausgerichtet am Facharbeiterlohn“). Von den 4500 Mark Aufwandsentschädigung steht ihm nur ein Drittel zu. Der große Rest fließt über die Parteikasse in sogenannte Ökofonds, aus denen Umweltprojekte und basisdemokratische Initiativen finanziert werden.

Doch ganz so selbstlos waren die grünen Parlamentarier der ersten Stunde nicht. Petra Kelly weigerte sich von Anfang an, die Parteiabgabe zu entrichten.

Rechtliche Sanktionen gegen Beitrags-sünder standen der Partei nie zur Verfügung. Sie nutzte andere Methoden. Vor dem Bundesparteitag in Neumünster 1991 verbreitete sie unter den Mitgliedern Namenslisten der Zahlungsunwilligen einschließlich der Schuldenhöhe. Petra Kelly stand da mit 171105 Mark in der Kreide, der Parteistrategie Hubert Kleinert aus Hessen mit angeblich 125000 Mark. Als Kleinert sich auf dem Parteitag um ein Sprecheramt bewarb, wurde er nicht gewählt.

Seit es die Grünen gibt, leiden sie immer wieder unter Geldnot. Spätestens seit dem



Grünes Mahnschreiben (2000): 40947,52 Mark „Spendensoll“

Bundestagswahlkampf 1990 bediente man sich für Parteizwecke aus den Ökofonds.

Auf dem Bundesparteitag von Aachen 1993 etablierten die Delegierten ein neues System. 15 Prozent ihrer Diäten sollten die Abgeordneten an die Partei freiwillig spenden und zusätzlich eine Pauschale über 1000 Mark von ihrer Aufwandsentschädigung abzweigen. Das war von Anfang an rechtswidrig und wurde erst im Zuge der Parteispendenaffäre der CDU im Jahr 2000 gekippt.

Die neue Zeit begann: Zwischen 2000 und 2002 haben die einst industrie-feindlichen Ökos 1,75 Millionen Euro Spendengelder auch von Großunternehmen eingetrieben, darunter Allianz, BMW und DaimlerChrysler. „In diesem Bereich sind wir



Grünen-Politiker Metzger Schwierigkeiten mit dem Schatzmeister

schon etabliert“, kommentierte der grüne Kämmerer Strehl 2004.

Der Finanzexperte genießt die Macht, die sein Job ihm verschafft. Gern lässt er in seinen Schreiben durchblicken, über welches Spezialwissen er verfügt. Als er Abgeordnete am 18. Oktober 2000 über die „neue Spendenregelung“ informierte, gestattete er sich „an dieser Stelle eine Anmerkung“ – und dann wird es sehr privat:

Die Fraktion habe insgesamt 40 Kinder, eine interne Kommission habe bei drei Abgeordneten „gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen anerkannt“. Bei weiteren drei Politikern seien „nicht gesetzliche Verpflichtungen für Angehörige“ akzeptiert worden. Bei drei anderen habe man einen „Anteil an regelmäßiger Kinderbetreuung“ mindernd in Rechnung gestellt. Strehl, so die Botschaft, weiß Bescheid.

Die lästige Kommission wurde schon 2000 abgeschafft. Seitdem hat sich Strehls Einfluss noch ver-

größert. „Die Vereinbarungen bei Kindern kläre ich direkt mit den Abgeordneten“, sagt er.

Viele einfache Abgeordnete misstrauen ihm. Beim Blick ins jährliche Spendenregister des Bundestagspräsidenten lernten sie, dass ihre Minister und Staatssekretäre weniger oder womöglich gar nichts zahlen. Es sind in dem Rechenwerk Schwankungen zu beobachten, die mit Unterhaltspflichten allein nicht erklärt werden können.

Beispiel Rezzo Schlauch: Zuletzt im Jahr 1999 ist eine Spende von ihm gelistet. Schlauch ist Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung. „Ich habe natürlich Spenden akquiriert, aber nicht verrechnet“, sagt er. Die ständigen Zahlungsaufforderungen des Bundesschatzmeisters betrachtete er als nicht verbindlich: „Ich spende aufgrund meiner persönlichen Verhältnisse.“

Krista Sager nimmt die Anforderungen ihres Kämmerers genauer. Unterm Strich hat die Fraktionschefin mehr gespendet, als sie musste. Investitionen in ihren Internet-Auftritt, immerhin ein fünfstelliger Betrag, kamen nicht zur Verrechnung.

Und Fischer? Strehl weicht aus: „Es gab keine Vereinbarung mit dem Schatzmeister.“

Das dürfte Metzger bekannt vorkommen. Auch bei ihm bedurfte es keiner Absprache.

PETRA BORNHÖFT,
JAN FLEISCHHAUER, RENÉ PFISTER,
CHRISTOPH SCHMITZ

Ende der Vertuschung

Mit ihrem Aufstand gegen den Außenminister haben deutsche Diplomaten das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten. Plötzlich wird klar, dass kein Ministerium die Verstrickung in die Verbrechen des Nazi-Regimes so perfekt verdrängt hat wie das Auswärtige Amt.



Außenminister Fischer, Diplomaten*: *Eigenwillige Traditionspflege in Deutschlands Elitebehörde*

Die Konfrontation mit der Geschichte lässt sich präzise lokalisieren. Es war im ersten Stock des Westflügels, dort, wo die Protokollabteilung des Auswärtigen Amts residiert. Joschka Fischer schlenderte über den langen Flur, als er an den Wänden die Fotos der deutschen Protokollchefs entdeckte – von 1920 bis heute.

Neugierig trat der Minister näher und betrachtete die Reihe der dunkel gewandeten Herren. Bei einem stutzte er. Da hing Alexander Freiherr von Dörnberg, ein Duzfreund von Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop.

Fischer war empört. „Wie stellen Sie sich das vor“, schnauzte er seinen Protokollchef an, „soll ich mir auf meinem Flur etwa auch den Ribbentrop aufhängen?“

Der letzte Außenamtschef des „Dritten Reiches“ wurde am 16. Oktober 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet. Das hält deutsche Diplomaten nicht davon ab, noch sechs Jahrzehnte danach einigen der leitenden Beamten ein ehrendes Andenken zu bewahren; in Berlin – oder auch in der afghanischen Hauptstadt Kabul, wo der Gesandte Hans Pilger ab 1937 die Interessen des „Führers“ am Hindukusch vertrat. Bei Kriegsende musste er ausreisen und wurde von den Sowjets 13 Monate lang in Einzelhaft genommen.

Inzwischen nimmt Hitlers Mann in Kabul wieder einen besonderen Platz ein.

Sauber gerahmt hängt Pilger zwischen seinen Vorgängern und Nachfolgern an der Wand vor dem Büro des deutschen Botschafters. Nur sein ordentlich gestutztes Oberlippenbärtchen deutet darauf hin, dass die Ehrung womöglich unpassend sein könnte.

Was lange als Selbstverständlichkeit galt, ist inzwischen mit Verve in die Kritik geraten. Die eigenwillige Traditionspflege in Deutschlands Elitebehörde erregt nicht nur die Öffentlichkeit – sie spaltet auch die Angehörigen des Auswärtigen Amts.

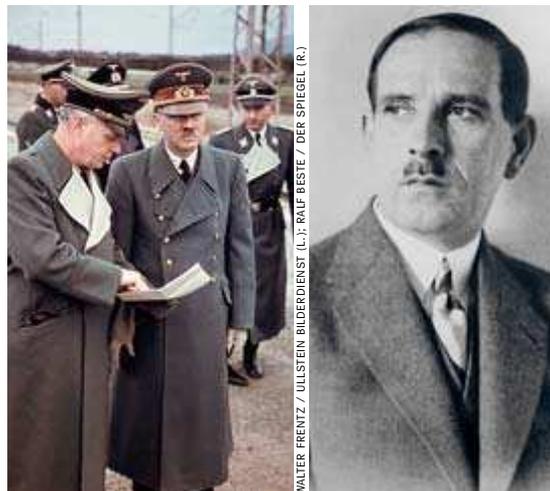
Im Zentrum der Auseinandersetzung steht der politisch durch die Visaaffäre an-

geschlagene Joschka Fischer, der in einer einsamen Entscheidung festgelegt hatte, verstorbenen Diplomaten generell keinen ehrenden Nachruf mehr zu gewähren, wenn sie Mitglied der NSDAP gewesen waren. Selten hat ein Ministerbeschluss zu so heftigen Reaktionen im Amt geführt.

Nach zahlreichen Pensionären rebellieren inzwischen auch viele aktive Bedienstete. In einem Brief, der umgehend in der „Bild“-Zeitung abgedruckt wurde, forderte der Berner Botschafter Frank Elbe seinen Chef auf, ein „Zeichen der Versöhnung“ zu setzen. 76 Mitarbeiter des Amts warfen Fischer in einem Leserbrief

für die Hauspostille „internAA“ „anmaßende Selbstüberschätzung“ vor. Und der ehemalige Botschafter Dietrich von Kyaw wettete gar vor laufender Kamera: „Man muss da sehr aufpassen, weil man sich damit selbst als Deutscher kastriert.“

Doch die ungewöhnlichen Attacken aus dem sonst so zurückhaltenden Diplomaten-Korps erreichen womöglich das genaue Gegenteil dessen, was sie beabsichtigt hatten. Immer stärker richtet sich jetzt der Blick der Öffentlichkeit auf die braune Vergangenheit einer Behörde, deren Angehörige sich in den zwölf Jahren des NS-Regimes als meist loyale Stütze erwiesen.



NS-Größen Ribbentrop, Hitler, Gesandter Pilger
Leider etwas kollaboriert

* Bei der Botschafterkonferenz in Berlin am 4. September 2000.

Jahrzehntelang hat das Amt die eigene Vergangenheit verdrängt. Wohl keiner Bundesbehörde ist es so gründlich gelungen, die Kontinuität von Personal und Institution über das Jahr 1945 hinweg gleichermaßen zu wahren und zu verschleiern.

Zum einen wurden zahllose Diplomaten, die unter Hitler Dienst getan hatten, nach der Neugründung des Amtes 1951 wieder eingestellt. Auf der anderen Seite gelang es der offiziellen Selbstdarstellung, den eigenen Anteil an deutschen Verbrechen so weit wie möglich zu relativieren.

In der kollektiven Rückbetrachtung des Auswärtigen Dienstes galten die Nazis als fremde Eindringlinge, die den Apparat des Amtes skrupellos für ihre verbrecherischen Ziele ausgenutzt hatten. Die Diplomaten hingegen sahen sich als aufrechte Deutsche, die allenfalls aus Karrieregründen der Nazi-Partei beigetreten waren und nur im Ausnahmefall – leider, leider – etwas kollaboriert hatten.

Und so glaubte man lange Zeit keinen Grund zu haben, Geschichtswissenschaftlern den Zugang zu den eigenen Archiven zu erleichtern. „Die Akten waren immer zufällig in der Bearbeitung“, erinnert sich der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler an die sechziger Jahre. Sein Osnabrücker Kollege Hans-Jürgen Döscher musste eigens nach Amerika reisen, um dort die Mikrofilm-Kopien von Personalakten zu studieren, deren in Bonn liegende Originale er nicht einsehen durfte.

Der Freiburger Geschichtspräsident Ulrich Herbert konstatiert eine „jahrzehntelang betriebene systematische Politik“ der „Verharmlosung und Vertuschung“ von NS-Verbrechen im Auswärtigen Amt. Die Diplomaten sträubten sich gegen die Erkenntnis, „dass ihr Amt eine Dienststelle im NS-Unrechtsregime war“, sagt Döscher, der über die Nazi-Verstrickung von AA-Angehörigen zwei Bücher schrieb.

Als Hitler 1933 die Macht übernahm, arbeitete das Amt weiter, als wäre nichts geschehen. In Washington reichte Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gafron zwar seinen Rücktritt ein, doch die meisten Diplomaten entschieden, im Job zu bleiben.

Mit dem Einzug Ribbentrops, der 1938 zum Minister aufstieg, verstärkten die Nazis ihren Einfluss, und mit Kriegsbeginn wurde die Behörde bei der „Lösung der Judenfrage“ immer wichtiger. Das Amt habe, schreibt der amerikanische Historiker Christopher Browning, „einen signifikanten Beitrag zur letzten Phase der Judenpolitik, nämlich der Endlösung, geleistet“.

Der Außenminister installierte seinen Vertrauten Martin Luther als mächtigen Unterstaatssekretär, der die Kontakte zum Terrorapparat von SS und Polizei aufbaute. Dessen Intimus, der 34-jährige Leiter des Judenreferats, Franz Rademacher, erarbeitete mit seinem Kollegen

Der kleine Unterschied

Wie die Bundesrepublik mit den Diplomaten der DDR umging

Etwas mühsam, aber nicht ohne Stolz, erhebt sich Bernhard Neugebauer, 73, um den letzten diplomatischen Erfolg seines Lebens zu präsentieren. Früher hat der Träger des „Sterns der Völkerfreundschaft“ die DDR bei der Uno vertreten. Mittwoch vergangener Woche begrüßt er im Erdgeschoss eines Hochhauses in der Leipziger Straße den ehemaligen Klassenfeind. Hans-Joachim Daerr, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt (AA) von Joschka Fischer, ist Gast beim „Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.“ – dem Verein der früheren DDR-Diplomaten.

Zwei Stunden fachsimpelt der Mann aus dem Westen, der jetzt nur ein paar Schritte weiter im Ostteil Berlins ihren Dienst übernommen hat, mit den rund 60 Pensionären über die Reform der Uno und die Politik der Bush-Administration, über die man sich am schnellsten einig

tern. In der Internet-Chronik des Auswärtigen Amtes findet sich zwar das Reichskolonialamt, nicht aber der zweite deutsche Staat. Selbst der einzige demokratisch legitimierte DDR-Außenminister, Markus Meckel (SPD), bleibt unerwähnt.

Völkerrechtler Hans Voß war gerade in Palma de Mallorca, als sein Staat dahinschied. „Ich habe die DDR 1990 bei der KSZE abgemeldet“, sagt er und stößt etwas gewollt einen Lacher aus. Als der Diplomat wieder in Berlin landete, war er seinen Job los. Eine Entlassungsurkunde hat er, seit 1953 im Außendienst, nie bekommen. Allein ein Einzeiler von Sabine Bergmann-Pohl, der Volkskammerpräsidentin, markiert das Ende seiner Karriere: Er erlaubt ihm, den Titel „Botschafter a. D.“ zu führen.

Geschult in der Feindbeobachtung, sind den abgewickelten Genossen die

Querelen um die Westkollegen mit NS-Vergangenheit nicht entgangen. Es sei „schon mehr als seltsam“, findet Voß, „dass sich ausgerechnet solche Diplomaten gedemütigt fühlen“. Die seien wohl in einer Phase, „die wir schon hinter uns haben“. Nachrufe auf DDR-Diplomaten gibt es in den AAPublikationen nicht – egal wie verstrickt sie waren.

Jeden Vergleich zwischen NS- und SED-Diplomaten weisen die Veteranen von sich.

Doch dass ihr Wendeschicksal etwas mit der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu tun haben könnte, dämmert ihnen schon. „Vielleicht“, meint Ingrid Muth, 66, „haben sie uns ja 1990 so hart abgewickelt, weil sie mit den NSDAP-Leuten so nachsichtig gewesen waren.“ Im DDR-Außenministerium hatte sie der Hauptabteilung Presse gedient. Heute leitet sie den Arbeitskreis „Geschichte der Außenpolitik der DDR“ des Diplomatenclubs.

Natürlich, sagt Muth, sei der Verband auch ein wenig nostalgisch. „Die meisten unserer 300 Mitglieder sind bei uns noch auf ihrem Arbeitsgebiet tätig.“ Sie verfassen Aufsätze über die Uno, die Außenpolitik in Europa oder die Lage im Nahen Osten. Und leben weiter in einer Art virtuellem diplomatischen Dienst.

STEFAN BERG



Staatschef Honecker*: „Kenner der Materie“

ist. Doch Daerr ist mehr als nur Diskutant. Wohl dosiert verteilt er Anerkennung: „Experten“ nennt er die ergrauten Genossen, „Kenner der Materie“.

Es sind Worte, auf die viele im „Club Spittelkolonnaden“ lange gewartet haben. Durften nach dem Untergang des Nazi-Reichs selbst NSDAP-Mitglieder der jungen Bundesrepublik weiter als Diplomaten dienen, wurden die Gesandten der DDR nach der Wende komplett abgewickelt. An den Immobilien des DDR-Außenministeriums, erinnert sich der letzte DDR-Premier Lothar de Maizière, seien Hans-Dietrich Genschers Leute interessiert gewesen – aber nicht an den Mitarbei-

* 2. v. l., mit DDR-Außenminister Oskar Fischer (l.) und Schwedens Ministerpräsident Olof Palme (2. v. r.) am 29. Juni 1984 auf dem Flugplatz Peenemünde.

bei der Gestapo, Adolf Eichmann, das „Madagaskar-Projekt“.

Danach sollten die osteuropäischen Juden im polnischen Lublin gesammelt und westeuropäische auf die afrikanische Insel verfrachtet werden.

Die Idee scheiterte, doch Rademacher ließ sich nicht beirren. Als der in Prag wütende SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich im November 1941 zum ersten Mal die Spitzenbeamten der Reichsbehörden zur berüchtigten Wannseekonferenz einlud, listete der eifrige Beamte die „Wünsche und Ideen des Auswärtigen Amtes zu der vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ auf – „wie bisher im guten Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizei“.

sierte die Gestapo die Deportation der ersten 6000 französischen Juden nach Auschwitz. Eichmann ersuchte per Schnellbrief die „Zustimmung“ des AA. Mit bürokratischer Gründlichkeit leiteten Luther und Rademacher den Antwortentwurf durch alle Instanzen – bis hinauf zum regimekritischen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten.

Weizsäcker protestierte nicht. An die Stelle der Rademacherschen Formulierung, nach der das Amt „keine Bedenken“ gegen die Deportation habe, setzte er den Vermerk: „Kein Einspruch“. In Nürnberg wurde er wegen seiner Billigung der Judendeportation zu sieben Jahren

Fachleuten“. Im September 1951 prangerte die „Frankfurter Rundschau“ reihenweise umstrittene Personalien an – etwa die Ernennung des ehemaligen NSDAP-Mitglieds Herbert Dittmann ausgerechnet zum Personalchef des Amtes.

Kurz darauf setzte der Bundestag auf Antrag der SPD einen Untersuchungsausschuss ein. Dittmanns Vorgänger als Personalchef, Wilhelm Haas, beteuerte in der Vernehmung, er habe nur zuverlässige Demokraten eingestellt – und gerade deshalb vor allem auf ihm persönlich bekannte Kräfte gesetzt. Im Übrigen, beschwichtigte er, hätten „Italien und Japan den diplomatischen Beamtenkörper der Kriegs- und Vorkriegszeit fast geschlossen übernommen“.

Die Abgeordneten waren nicht beeindruckt. „Es gibt kein Bundesministerium“, urteilte der SPD-Parlamentarier Fritz Erler, „das in dieser Weise die Kontinuität der Berliner Tradition fortsetzt wie das Auswärtige Amt.“

Dabei zogen Ex-Nazis auch in andere Behörden ein – vor allem bei der Justiz. Allein in Bayern waren vier Jahre nach Kriegsende von 924 Richtern 752 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Selbst unter dem NS-Regime gefällte extreme Urteile stellten kein Karrierehindernis dar.

So hatte der Jurist Friedrich Matten im September 1942 als Beisitzer eines Sondergerichts in Brünn vier Tschechen zum Tode verurteilt – 1958 wurde er Bundesrichter in Karlsruhe. Sein Kollege Willi Geiger, der im „Dritten Reich“ als Staatsanwalt beim Sondergericht Bamberg mindestens fünf To-

desurteile durchgesetzt hatte, stieg 1951 sogar zum Bundesverfassungsrichter auf.

Im Bonner Justizministerium arbeitete in der Nachkriegszeit der Ministerialdirigent Ernst Kanter, der als oberster Richter beim Befehlshaber der Besatzungstruppen in Dänemark an mindestens 103 Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer beteiligt gewesen war.

Auch im Bundesfinanzministerium fanden alte Nazis bald einen Platz. Der Historiker Götz Aly nennt in seinem neuen Buch „Hitlers Volksstaat“ zwei Beamte, die bereits dem NS-Staat gedient hatten: Paul Hahn, der als Deutscher Kommissar bei der Griechischen Nationalbank das Geld dort lebender Juden beschlagnahmt hatte, und Oberregierungsrat Walter Bußmann, der im Reichsfinanzministerium die „Judenvermögensabgabe“ organisiert hatte.

Die Politik der alliierten Entnazifizierung traf letztlich nur die führenden Nationalsozialisten. Die große Mehrheit der Mittäter und Mitläufer dagegen wurde 1951



Auswärtiges Amt (am Werderschen Markt in Berlin): Selbst den alten Namen bewahrt

Vom Protokoll der Wannseekonferenz, bei der die „Endlösung der europäischen Judenfrage“ koordiniert wurde, existiert nur noch eine der ursprünglich 30 Ausfertigungen. Sie liegt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und dokumentiert, wie Luther die Expertise seines Hauses anbot: Eine „tiefergehende Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so den nordischen Staaten“, könne zu „Schwierigkeiten“ führen. „Dafür sieht das Auswärtige Amt für den Südosten und Westen Europas keine großen Schwierigkeiten.“

Das Ministerium zeigt das historische Dokument nur ungern vor. Ein Katalog von 1997 mit den interessantesten „Zeitzeugnissen“ der deutschen Außenpolitik lichtet zwar stolz das faksimilierte Rücktrittsschreiben des Washingtoner Botschafters von 1933 ab, unterschlägt aber das Wannseeprotokoll.

Dabei ging die Verstrickung des Amtes weit über eifernde Nazis wie Rademacher und Luther hinaus. Im März 1942 organi-

sierte die Gestapo die Deportation der ersten 6000 französischen Juden nach Auschwitz. Eichmann ersuchte per Schnellbrief die „Zustimmung“ des AA. Mit bürokratischer Gründlichkeit leiteten Luther und Rademacher den Antwortentwurf durch alle Instanzen – bis hinauf zum regimekritischen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten.

sierte die Gestapo die Deportation der ersten 6000 französischen Juden nach Auschwitz. Eichmann ersuchte per Schnellbrief die „Zustimmung“ des AA. Mit bürokratischer Gründlichkeit leiteten Luther und Rademacher den Antwortentwurf durch alle Instanzen – bis hinauf zum regimekritischen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten.

sierte die Gestapo die Deportation der ersten 6000 französischen Juden nach Auschwitz. Eichmann ersuchte per Schnellbrief die „Zustimmung“ des AA. Mit bürokratischer Gründlichkeit leiteten Luther und Rademacher den Antwortentwurf durch alle Instanzen – bis hinauf zum regimekritischen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten.

sierte die Gestapo die Deportation der ersten 6000 französischen Juden nach Auschwitz. Eichmann ersuchte per Schnellbrief die „Zustimmung“ des AA. Mit bürokratischer Gründlichkeit leiteten Luther und Rademacher den Antwortentwurf durch alle Instanzen – bis hinauf zum regimekritischen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem Vater des späteren Bundespräsidenten.

SPD

Fehler im System

Ausgerechnet in einer Phase, in der es für die Regierung ums Überleben geht, unterlaufen Franz Müntefering ungewohnte Pannen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Kanzler ist belastet.

rehabilitiert. Etwa 350 000 ehemalige Beamte und Berufssoldaten erhielten so einen Anspruch auf Wiedereinstellung. „Mit der Nazi-Riecherei muss Schluss sein“, begründete Konrad Adenauer 1952 die Generalamnestie.

Trotz seiner Aversion gegen braune Diplomaten im Auswärtigen Amt duldete der erste Kanzler der Republik in seiner Regierung Männer mit einer ähnlichen Vergangenheit. Der Kommentator der NS-Rassengesetze, Hans Globke, diente ihm als Kanzleramtschef. Adenauers Vertriebenenminister Theodor Oberländer war ein Nazi der ersten Stunde. Bereits 1923 war er mit Hitler auf die Münchner Feldherrnhalle marschiert.

Seine Personalpolitik rechtfertigte der regierende Christdemokrat mit dem angeblichen Mangel an unbelasteten Beamten: „Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat.“

Doch was das Auswärtige Amt von allen anderen Ministerien unterscheidet, ist die selbsterklärte Kontinuität über alle Regime hinweg. So brach das Bundesinnenministerium 1949 formell mit jeder Tradition des Reichsministeriums des Innern und des Reichssicherheitshauptamts, während das Bundesjustizministerium die dunkle Vergangenheit des eigenen Ressorts in den achtziger Jahren offen legte.

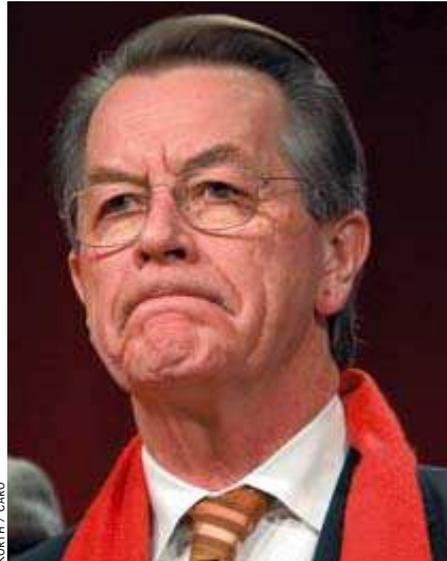
Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Günter Hirsch, rechnete 2002 mit einem besonders krassen Justizskandal der NS-Zeit ab, bei dem der Widerstandskämpfer Hans von Dohnanyi im April 1945 von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt worden war. Die beteiligten Richter, die nach 1945 zunächst bestraft worden waren, hatte Karlsruhe 1956 wieder freigesprochen. „Für dieses Urteil des Bundesgerichtshofs, an dem im Übrigen ein Richter mitgewirkt hat, der im Dritten Reich Beisitzer eines Sondergerichts war, muss man sich schämen“, erklärte Hirsch.

Die Gründer des „Auswärtigen Amtes“ legten dagegen Wert darauf, selbst den alten Namen zu bewahren. So groß ist die Identifizierung der Diplomaten mit der Behörde, dass das Amt in den umstrittenen Nachrufen gar als Subjekt auftaucht – wie ein Mensch, der andere in „ehrendem Andenken“ behält.

Geht es nach Fischer, soll mit der Vertuschung jetzt Schluss sein. In der vergangenen Woche signalisierte der Minister bei Gesprächen mit dem Personalrat und den Abteilungsleitern seine Bereitschaft zu einer Aufarbeitung durch eine unabhängige Historikerkommission – wenn denn das Verlangen danach aus der Belegschaft komme.

Noch diesen Monat treffen sich die Mitarbeiter des Hauses zur Personalversammlung. Fischer hofft, dass die Debatte über die Nachrufe dann in einen Ruf nach Aufklärung mündet.

RALF BESTE,
CHRISTOPH SCHULT



KORTH / GARD



MARCO UEBEN/DE

SPD-Chef Müntefering, Parteifreund Robbe: Ungemütliche Zeiten

Der SPD-Abgeordnete Reinhold Robbe aus Bunde bei Leer gilt als eher bodenständig und besonnen. Es gibt wenig, was den Ostfriesen aus der Fassung bringt.

Doch in diesen Tagen ist Robbe sehr nervös. Am Donnerstag soll der gelernte Verlagskaufmann vom Deutschen Bundestag zum Wehrbeauftragten gewählt werden. Er benötigt die Kanzlermehrheit, also 301 Stimmen. Der rot-grünen Koalition gehören 304 Abgeordnete an. Es gibt nur einen einzigen Wahlgang, die Wahl ist geheim, und gerade erst hat in Schleswig-Holstein eine geheime Wahl überraschend ins Desaster geführt. „Jeder Tod einer Schwiegermutter kann zum Problem werden“, sagt Robbe. „Gott sei Dank ist die Grippewelle vorbei.“

Wenn Robbe scheitern würde, wäre das für ihn eine Katastrophe – für Franz Müntefering aber wäre es eine gewaltige Blamage. Höchst ungeschickt hat der SPD-Fraktionschef die Wahl des 50-jährigen Genossen vorbereitet. Dabei ist es seine Aufgabe, Mehrheiten zu organisieren.

Dass dieser Donnerstag ein schwieriger Tag, ein Tag der Bewährung für ihn wird, hat Müntefering auch dem Bundeskanzler und dessen China-Politik zu verdanken. Union und FDP haben einen Antrag formuliert, der die Regierung auffordert, „sich dafür einzusetzen, dass das Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China bis

auf weiteres nicht aufgehoben wird“. Das will auch die Mehrheit der SPD-Fraktion.

Aber ein Oppositionsantrag gegen den Kanzler, der von den Regierungsfractionen unterstützt wird? Undenkbar. Deshalb muss Müntefering ihn abwehren, mit allen Mitteln – auch gegen seine eigene Überzeugung. Ihm stehen ungemütliche Zeiten bevor.

Zum Teil ist er selbst schuld. Souverän, ja leidenschaftlich führt der Sauerländer die Partei. Nicht ganz so souverän, nicht ganz so leidenschaftlich kommandiert er die Fraktion. Es geht nun auch um das System Müntefering.

Viele Genossen in Berlin klagen, dass er die Sensibilität verloren habe. Franz, der Retter, der die SPD im Alleingang aus dem Elend ziehen sollte, ist im mühsamen Alltag angekommen. Die Kritik wird immer lauter. Der Spitzenmann sei überlastet, er höre kaum noch zu, er gehe nicht auf die Sorgen seiner Fraktion ein, heißt es jetzt. Von autoritärem Führungsstil ist die Rede, von fehlendem Fingerspitzengefühl.

Den Abgeordneten Axel Berg, einen 46-jährigen Rechtsanwalt aus München, kanzelte Müntefering unlängst rüde ab, als der sich zum Thema Nebentätigkeiten äußerte: „Das war jetzt die Meinung der Jusos.“ Einen anderen jungen Genossen ließ er wissen: „Da warst du doch noch gar nicht geboren.“ Der SPD-Chef glaubt, Tempo

machen zu müssen. Er fühlt sich vom Reformrückstand getrieben, von den Medien, und setzt seine Fraktion unter Druck.

„Ich möchte möglichst wenig gefühlsduselig herangehen“, sagt er. „Manchmal müssen Dinge geschehen.“ Der autoritäre Stil, der vor kurzem noch als Führungsstärke willkommen war, schreckt nun ab. Plötzlich fällt es unangenehm auf, wenn Münteferings engste Mitarbeiter auf kritische Parlamentarier angesetzt werden:

schaftsminister Wolfgang Clement und Innenminister Otto Schily plötzlich öffentlich vom Anti-Diskriminierungsgesetz abrückten, das Müntefering vorher für gut befunden hatte. Und auch die Verabredung des Kanzlers mit der Opposition zum Job-Gipfel am 17. März war für den Fraktionsvorsitzenden eine dicke Überraschung.

Müntefering fühlt sich erkennbar unwohl in seiner Rolle. Er darf in dieser heiklen Situation keinen offenen Konflikt mit dem

für Müntefering und seinen Favoriten: Robbe konnte sich erst im zweiten Wahlgang durchsetzen – mit gerade mal zwei Stimmen Vorsprung.

Kein Wunder, dass nun die Sorge groß ist, wenn der Kandidat an diesem Donnerstag vom Bundestag gewählt werden soll. Allein die Annahme, dass sich kurz vor der NRW-Wahl niemand einen weiteren Anschlag auf Müntefering erlauben werde, lässt seine Leute hoffen.



Chinesische Militärparade*: Hauptsache, in der SPD-Fraktion herrscht Ruhe

„Das solltest du aber nicht sagen – oder willst du Franz beschädigen?“

Von Woche zu Woche werden die Umfragewerte schlechter, und so wächst die Angst, dass die NRW-Wahl am 22. Mai verloren geht. Zuletzt lagen in Nordrhein-Westfalen satte neun Prozentpunkte zwischen Rot-Grün und CDU plus FDP. Es wäre die bitterste Niederlage der SPD seit Jahren. Es wäre auch die Niederlage des Bundesvorsitzenden.

Zur Nervosität im Münte-Camp trägt zudem der Kanzler bei. Immer wieder ist es ausgerechnet Gerhard Schröder, der Unruhe in die Fraktion bringt. Die vormals enge Abstimmung zwischen den beiden Spitzengenossen ist Vergangenheit, was vor allem den Fraktionschef in die Bredouille bringt. Jüngstes Beispiel: das Waffenembargo gegen China.

Ohne Not teilte Schröder vor zwei Wochen in einem „Zeit“-Interview mit, „dass die Außenpolitik von der Bundesregierung gemacht wird“. Und nicht vom Parlament. Im Übrigen werde er weiter an der Aufhebung des 1989 von der EU verhängten Embargos arbeiten. Müntefering und die Mehrheit seiner Fraktion aber wollen das genaue Gegenteil.

Ein Ausrutscher ist das nicht. Schröder hatte seinen wichtigsten Mitstreiter schon Anfang März im Stich gelassen, als Wirt-

Kanzler wagen. Zugleich muss er seine Parteifreunde bei Laune halten. Ziemlich umständlich bat er sie am vergangenen Montag um Verständnis für China-Freund Schröder. Aber er konnte nicht überzeugen. „Warum musste das sein?“, moserte Fraktionsvize Gernot Erler. „Das ist doch nicht das wichtigste Thema in Deutschland.“

So muss Müntefering am Donnerstag, wenn der Unionsantrag zur Abstimmung steht, zu einem Verfahrenstrick greifen. Statt zuzustimmen, will er den Vorstoß in die Ausschüsse verweisen und ihn dort, wenn möglich, versanden lassen. Hauptsache, in der SPD-Fraktion herrscht Ruhe.

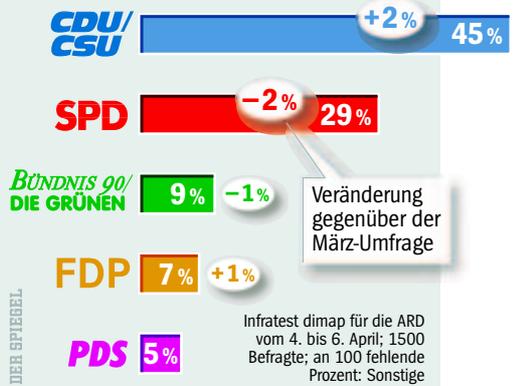
Dann aber ist da noch die Sache mit Robbe, die er sich ganz allein eingebrockt hat. Müntefering, der das Motto „Politik ist Organisation“ zu seinem Prinzip erhoben hat, patzt ausgerechnet bei der Organisation.

Dass SPD-Verteidigungsexperte Robbe neuer Wehrbeauftragter des Parlaments werden soll, stand für Müntefering und den Kandidaten schon lange fest. Doch die Fraktion erfuhr erst aus den Medien davon.

Vor ein paar Wochen nutzten die Parlamentarier die parteiinterne Abstimmung über die Personalie zum Racheakt. Der hessische Abgeordnete Gerd Höfer, ein Lehrer, hatte sich selbst ins Rennen geschickt. „Niemand wollte Höfer haben, es ging allein um einen Denkkzettel für die Führung“, sagt ein Mitorganisator der Mini-Revolution. Das Resultat war ein Fiasko

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



* Am 1. August 2004 in Hongkong.



FDP-Grande Lambsdorff: „Auf dem falschen Bein hurra geschrien“

LIBERALE

„Wir brauchen Aggressivität“

Der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff über das Gerangel zwischen Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle und die inhaltliche Leere seiner Partei

SPIEGEL: Graf Lambsdorff, die Generalsekretärin wird wegen Überforderung abgelöst, der Parteivorsitzende liegt mit seinem Vorgänger im Clinch, und in den Umfragen kann die FDP von der rot-grünen Schwäche nicht profitieren. Warum sind die Liberalen so in der Defensive?

Lambsdorff: Der Liberalismus hat doch nicht nur in Deutschland Schwierigkeiten. Aber es stimmt schon: Die FDP kommt mit ihren Thesen einfach nicht so rüber, wie es notwendig und im Übrigen auch gerechtfertigt wäre.

SPIEGEL: Dass alles nur ein Vermittlungsproblem sei, haben Sie schon nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 behauptet.

Lambsdorff: Das macht meine Aussage ja nicht falsch. Ein Vermittlungsproblem hat auch mit Personen zu tun, die die Inhalte schließlich in der Öffentlichkeit vertreten müssen. Das war bei uns bislang sehr, sehr stark auf den Parteivorsitzenden konzentriert.

SPIEGEL: Mit anderen Worten: Sie halten Guido Westerwelle für den eigentlich Schuldigen an der liberalen Misere.

Lambsdorff: Nein. Ich halte ihn vielmehr für einen guten Vorsitzenden. Wahrscheinlich ist es zu viel verlangt für einen Einzelnen, die Öffentlichkeitsarbeit für eine ganze Partei zu machen. Aber es wird ja besser. Guido Westerwelle wird durch seinen künftigen Generalsekretär Dirk Niebel verstärkt. Auch der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt wird ihm in der Öffentlichkeit stärker zur Seite stehen. Das hat man in den vergangenen Wochen gemerkt.

SPIEGEL: Sehr zum Kummer von Westerwelle, dem Gerhardt mit der Vorstellung eines eigenen Regierungsprogramms die Show gestohlen hat. Schließlich sollte die scheidende Generalsekretärin Cornelia Pieper im Auftrag des Parteivorsitzenden ein Grundsatzprogramm präsentieren.

Lambsdorff: Es fehlt derzeit ein gewisses Maß an Koordinierung, das ist gar keine Frage. Die Reihenfolge war allerdings nicht

ganz so, wie Sie sie geschildert haben. Das Grundsatzprogramm, an dem die FDP-Programmkommission arbeitet, war seit längerer Zeit angekündigt. Etwas überraschend kam das Papier von Wolfgang Gerhardt, das ich im Übrigen inhaltlich für völlig vertretbar halte ...

SPIEGEL: ... und das in der Partei als Kampfansage an Westerwelle verstanden wurde.

Lambsdorff: Ich sehe keinen Machtkampf um Positionen. Wolfgang Gerhardt will nicht Parteivorsitzender werden. Das war er einmal, und so etwas versucht man nicht ein zweites Mal. Dazu ist er klug genug. Westerwelle ist Parteivorsitzender und bleibt es. Es ist ein Wettbewerb zwischen Ideen. Das steht einer liberalen Partei ja nicht schlecht zu Gesicht.

SPIEGEL: In der FDP sehnen sich viele nach Gerhardt, weil er im Gegensatz zu Westerwelle als seriös gilt.

Lambsdorff: Ich bin auch der Meinung, dass Gerhardt noch stärker zur Außendarstellung der FDP beitragen sollte. Und in der Partei stehe ich mit dieser Einschätzung nicht allein. Das heißt aber doch nicht, dass mit dem Gerhardt-Papier ein Kampf um Machtpositionen eingeleitet werden sollte. Da haben einige wie der hessische Fraktionschef Jörg-Uwe Hahn auf dem falschen Bein hurra geschrien. Das hat er inzwischen selbst gemerkt.

SPIEGEL: Aber Hahn hatte doch Recht: Unter Guido Westerwelle wird die FDP

ihr Image als substanzlose Spaßpartei nicht mehr los.

Lambsdorff: Die Führung der FDP ist sich völlig einig, dass die Zeiten der Spaßpartei vorbei sind. Dieses Image klebt natürlich in erster Linie am Vorsitzenden. Er hat sich intensiv bemüht, das abzustreifen, aber das ist gar nicht einfach. Für Gerhardt ist das leichter. Er stand – wie ich auch – der „Spaßpartei“ immer skeptisch gegenüber.

SPIEGEL: Westerwelle wird sein unseriöses Image nicht los, weil niemand inhaltliche Positionen mit ihm verbindet.

Lambsdorff: Stellen Sie sich mal vor, ich wollte versuchen, den Ruf des Marktgrafen loszuwerden. Da müsste ich mich verdammt anstrengen, und es würde ziemlich lange dauern. Westerwelle hat sich große Mühe gegeben. Aber es ist nicht einfach für ihn, weil ihm der kleinste Rückfall sofort wieder angelastet wird.

SPIEGEL: Sie tun so, als ginge es nur um Westerwelle. Auch die Generalsekretärin Pieper war inhaltlich ein Totalausfall.

Lambsdorff: Ich glaube, dass Frau Pieper eine sehr positive Rolle in den neuen Bundesländern gespielt hat und weiter spielen wird. Ihre Stärke ist allerdings gewiss nicht die inhaltliche, programmatische Arbeit. Ich glaube, das merkt sie inzwischen selbst. Die Partei weiß das auch.

SPIEGEL: Ihr designierter Nachfolger Dirk Niebel ist bislang ebenfalls noch nicht als inhaltlicher Vordenker in Erscheinung getreten.

Lambsdorff: Herr Niebel wird jetzt zeigen müssen, dass er mehr ist als ein Arbeitsmarktexperte. Ich traue ihm das zu.

SPIEGEL: Wie kritisch die Lage der FDP ist, zeigt sich doch daran, dass es ihr in den Umfragen nicht gelingt, von der Schwäche der Regierung zu profitieren.

Lambsdorff: Ich weiß, diese Frage treibt mich auch um.

SPIEGEL: Und? Haben Sie eine Antwort?

Lambsdorff: Wir brauchen ein angemessenes, aber gehöriges Maß an Aggressivität. Ich habe in meinen 26 Jahren im Parlament immer die deutliche Aussprache gepflegt. Das ist notwendig. Zudem müssen wir selbstverständlich Antworten auf die Fragen geben, die uns im Lande bedrücken. Das betrifft die Arbeitslosigkeit, die Bildungspolitik und nicht zuletzt die Gefährdung der Bürgerrechte.

SPIEGEL: Das müssen Sie uns erklären. Sie selbst waren es doch als Parteivorsitzender, der das Thema Menschen- und Bürgerrechte immer weiter an den Rand gedrängt hat.

Lambsdorff: Das stimmt nicht. Aber ich wurde immer als Wirtschaftspolitiker wahrgenommen. Wenn ich mich zu Menschenrechtsfragen äußerte, wurde nicht zugehört. Aber es ist ein wichtiges, zentrales Thema. Das betrifft die Aufhebung des Waffenembargos gegen China – die ich ablehne – genauso wie die Anti-Terror-Gesetze der Regierung, die zum Teil zu weit in die Freiheitsrechte der Bürger eingreifen.



Liberaler Westerwelle, Niebel: „Ein Vermittlungsproblem hat auch mit Personen zu tun“

SPIEGEL: Wer soll der FDP diesen Schwenk jetzt abnehmen? Alle Ihre Nachfolger, Westerwelle eingeschlossen, haben das Thema vernachlässigt.

Lambsdorff: Der Eindruck ist in der Tat entstanden. Wir müssen ihn korrigieren. Auf dem Bundesparteitag in Köln wird es mit Sicherheit eine Diskussion zum Thema Menschen- und Bürgerrechte geben.

SPIEGEL: Das klingt nach einer rein taktischen Volte. Die Bürgerrechtsfraktion gibt es doch in der FDP gar nicht mehr.

Lambsdorff: Oh doch. Es gibt junge Abgeordnete in der Bundestagsfraktion, die sich mit dem Thema beschäftigen. Der Bundestagsabgeordnete Max Stadler spielt eine gute Rolle. Auch der neue Generalsekretär hat in diesen Fragen eine klare Position.

SPIEGEL: In der Union geht die begründete Sorge um, ein Wahlsieg 2006 könne wie schon bei der vorigen Bundestagswahl auch an der FDP scheitern.

Lambsdorff: Die Union soll sich darum kümmern, ihren Teil zum Wahlerfolg beizutragen. Bei CDU und CSU lief in den vergangenen Monaten auch nicht immer alles ideal.

SPIEGEL: In Schleswig-Holstein hat Ihr Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki öffentlich mit einem sozial-liberalen Bündnis geliebäugelt – und dadurch die Wahl verloren.

Lambsdorff: In Schleswig-Holstein haben wir überflüssigerweise Stimmen verloren. Herr Kubicki weiß selbst, dass er einen Fehler gemacht hat.

SPIEGEL: Er kann sich auf große Vorbilder berufen. Westerwelle hat im Bundestags-



Fraktionschef Gerhardt: „Kein Machtkampf“

wahlkampf auch keine Koalitionsaussage zugunsten der Union gemacht, trotz der Bitten von Edmund Stoiber.

Lambsdorff: Ich habe immer gesagt, wir sind zu einer Koalitionsaussage verpflichtet. Die Wähler wollen vor der Wahl von uns wissen, wo es mit ihren Stimmen hingehet, und geben uns keinen Blankoscheck.

SPIEGEL: Wozu das Versteckspiel? Sie haben doch im Moment ohnehin nur einen Partner.

Lambsdorff: Das sehe ich auch so. In Nordrhein-Westfalen läuft es auf einen Lagerwahlkampf zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb zu. Im Bund wird es genauso kommen.

SPIEGEL: Es stört Sie nicht, dass Herr Stoiber Ihren Parteivorsitzenden als Leichtmatrosen bezeichnet?

Lambsdorff: Herr Stoiber weiß inzwischen, dass solche Äußerungen unangebracht sind. Vergessen Sie es. So etwas wird mal gesagt, das zieht vorbei.

SPIEGEL: Machen Sie es sich nicht zu einfach? Die Union führt der FDP ihre Bedeutungslosigkeit doch demonstrativ vor. Stoiber und CDU-Chefin Angela Merkel sind ohne Westerwelle zum Job-Gipfel gegangen.

Lambsdorff: Eigentlich dachte ich, es wäre aus Sicht von Frau Merkel ratsam, auf der Teilnahme der FDP zu bestehen. Nachdem ich das magere Ergebnis gesehen habe, bin ich heilfroh, dass die FDP nicht dabei war.

SPIEGEL: Ist gegenseitige Geringschätzung eine gute Basis für eine Koalition?

Lambsdorff: So ist es ja nicht. Wir sind uns inhaltlich in vielem nahe. Ich habe aber meine Zweifel, dass es mit den wirtschaftspolitischen Vorschlägen aus der CSU-Ecke bei uns besser werden kann. Es wird nicht ganz einfach werden, unsere ordnungspolitischen Vorstellungen gegen die Union durchzusetzen. Das war allerdings auch schon so, als ich Wirtschaftsminister war.

SPIEGEL: Wer wäre in der Union Ihr Wunsch-Kanzlerkandidat?

Lambsdorff: Das müssen die entscheiden. Ich glaube aber, Herr Stoiber hat begriffen, dass es für ihn keinen zweiten Versuch geben wird. Ich rechne damit, dass Frau Merkel Kanzlerkandidatin wird.

INTERVIEW: PETRA BORNHÖFT, RALF NEUKIRCH



Tatort in Rudolstadt
Baby auf dem Rücksitz

JAN PETER KASPER / DPA

FAHNDER

Martialisches Geballer

Chaos in der Thüringer Polizei:
Nach einer tödlichen
Schießerei ist schon wieder ein
Innenminister in Bedrängnis.

Die Schützen leisteten ganze Arbeit: Die Frontscheibe des dunklen BMW ist durchlöchert, von der Heckscheibe sind nur kleine Glaswürfel übrig. Von 17 Schüssen durchsiebt, donnerte der Wagen mitten in der beschaulichen Innenstadt des thüringischen Städtchens Rudolstadt gegen eine Hauswand.

Als der Staub sich am vergangenen Dienstagmittag verzog, lag der Fahrer im Sterben. Seine 19-jährige Begleiterin war von einer Kugel in den Arm getroffen worden. Das sechs Monate alte Baby der beiden auf dem Rücksitz hatte die Ballerei wie durch ein Wunder unverletzt überlebt, ein Polizist krümmte sich angefahren am Boden – und Thüringen war um eine Affäre reicher.

Die Schützen sind zwei Polizeibeamte, die das Auto eines mutmaßlichen Totschlägers stoppen wollten, der durchaus eine Pistole bei sich hätte haben können. Nur: Die Spurensicherung konnte in dem Wagen auch nach intensiver Suche keine Waffe finden. Die Polizisten hatten also wohl auf einen Unbewaffneten angelegt, nun wird wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen sie ermittelt.

Das martialische Geballer bringt erneut eine Polizeitruppe in Verruf, die seit Jahren immer wieder durch tödliche Fehler

auffällt. Erst vier Tage zuvor hatte die Polizei bei der Verfolgung eines Lkw-Diebs einen unbeteiligten Brummifahrer zum Errichten einer Straßenblockade ermutigt – der Helfer starb, als der Amokfahrer in seinen Lastwagen donnerte.

Die SPD-Opposition fordert nun eine Regierungserklärung von CDU-Premier Dieter Althaus, und für seinen Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) wird die Luft nach nur neunmonatiger Amtszeit schon dünn, hatte sein affärenerprobter Verfassungsschutz doch am vorvergangenen Wochenende auch noch ein Skinhead-Konzert mit mehr als 1000 Teilnehmern verschlafen. Der SPD-Innenexperte Heiko Gentzel hält den Minister längst für überfordert: „Wenn er nicht endlich Konsequenzen zieht, muss man sich fragen, ob er der richtige Mann ist.“

Pleiten bei der Polizei, Planlosigkeit im Innenministerium – beides hat in Thüringen Tradition: Erst 2002 hatte ein Polizist in Nordhausen einen 30-jährigen mutmaßlichen Automatenknacker erschossen, der mit Steinen geworfen hatte. 1999 streckten Polizisten in Heldringen einen 62-jährigen harmlosen Wanderer aus Köln nieder, den sie versehentlich für den bundesweit gesuchten Mörder Dieter Zurwehme hielten.

Vier Jahre zuvor starb ein mutmaßlicher Supermarkteinbrecher, als ihm Polizisten Handschellen anlegen wollten – ein Schuss hatte sich aus einer Dienstwaffe gelöst und den Mann in den Rücken getroffen.

In den fast 15 Jahren seit der Neugründung des Landes wechselte sechsmal der

Innenminister, bauten sieben Innenstaatssekretäre die Verwaltung immer wieder aufs Neue um und versuchten sich sieben verschiedene Spitzenbeamte mit der Führung der ministeriellen Polizeiabteilung. Das Polizeipräsidium wurde vor Jahren aus Gründen der Effizienz abgeschafft. Bei Großeinsätzen herrscht nun regelmäßig das blanke Chaos.

Die Stimmung bei den 6500 Vollzugsbeamten im Freistaat ist ohnehin am Boden. „Frustriert und sauer“ seien die Polizisten, sagt Jürgen Schlutter, Chef der thüringischen Gewerkschaft der Polizei, denn ihre Führung versage, die Motivation sei miserabel. Die Besoldung der Truppe liegt noch immer unter Westgehalt, das Weihnachtsgeld für die Beamten wurde inzwischen um mehr als die Hälfte zusammengestrichen, und statt zwei Beförderungsterminen pro Jahr gibt es nun nur noch einen: ausgerechnet den 1. Juli, einst Tag der DDR-Volkspolizei.

Auch die juristische Aufarbeitung der Pannen wirft immer wieder Fragen auf: So wurde dem Polizisten, der in Nordhausen dem angeblichen Automatenknacker in den Rücken schoss, bis in die letzte Instanz hinein Notwehr zugebilligt. Seinen Kollegen in Heldringen, der den Wanderer erschoss, rettete vor Gericht der Hinweis auf eine angebliche „vegetative Reaktion“: Der tödliche Schuss sei die Folge einer „unbeabsichtigten Kontraktion des Zeigefingers“ gewesen.

Auch in Rudolstadt hat die Staatsanwaltschaft schon kurz nach der Schießerei in der belebten Innenstadt gute Gründe für die 17 Schüsse der beiden Beamten ausgemacht. Bei flüchtenden Verdächtigen, so

schreibe es das thüringische Polizeiaufgabengesetz vor, könnten Beamte von der Schusswaffe Gebrauch machen. Der getötete Fahrer habe schließlich zuvor im Streit einen Mann erschossen und dann auf die Haltesignale der Beamten nicht reagiert.

Das Gesetz ist allerdings umfangreicher. So wird das Schießen ausdrücklich untersagt, „wenn für den Polizeibeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden“ – Unbeteiligte wie die Frau und das Kind auf dem Rücksitz.

Am Freitag tauchte endlich die Pistole des mutmaßlichen Totschlägers auf. Die Spurensicherung fand sie in der Innenstadt – ein ganzes Stück entfernt vom Autowrack.

STEFFEN WINTER



MARTIN SCHNITT / DPA

Erfurter Innenminister Gasser
Frustrierte Truppe



PRESSENSBILD / PICTURE ALLIANCE / DPA

„Gladio“-Bombenanschlag in Bologna (1980): „Man musste Zivilisten angreifen, unschuldige Menschen“

ZEITGESCHICHTE

Die dunkle Seite des Westens

Neue historische Forschungen belegen: Im Kalten Krieg kooperierten Nato-Geheimtruppen in acht westeuropäischen Ländern mit rechtsextremen Terroristen und Verbrechern.

Felice Casson war 29 Jahre alt und seit zwei Jahren Untersuchungsrichter in Venedig, als ihm ein Vorgesetzter eine verstaubte Akte auf den Tisch legte: „Sehen Sie zu, dass Sie das Verfahren irgendwie abschließen, wir kommen nicht weiter.“ Der Fall, um den es ging, lag zehn Jahre zurück: Am 31. Mai 1972 hatte ein anonymes Anrufer fünf Carabinieri zu einem Fiat 500 gelockt, der an einer Landstraße nahe der norditalienischen Ortschaft Peteano abgestellt war. Als ein Polizist den Kofferraum öffnete, explodierte eine Bombe. Drei Beamte starben, ein vierter wurde schwer verletzt.

Schon kurz nach dem Anschlag galt es als ausgemacht, dass die linksextreme Terrororganisation Rote Brigaden für die Bluttat verantwortlich sei. Doch die Ermittlungen verliefen im Sande.

Casson aber ließ der Fall keine Ruhe. Zu offensichtlich waren die Ungereimtheiten, auf die er in den Akten stieß. So hatte es keine Spurensicherung am Tatort gegeben, Beweismaterial war unterschlagen oder gefälscht worden, und der Sprengstoffgutachter war Mitglied der militant-rechtsextremistischen Gruppe „Ordine Nuovo“ – aus deren Reihen die wahren Peteano-Attentäter kamen.

Die hatten – wie Casson nach jahrelangen Ermittlungen 1986 belegen konnte –

beste Kontakte zum italienischen Militärgeheimdienst. Dessen Agenten hatten den Sprengstoff für den Anschlag geliefert und die Täter gedeckt. Was wie der Plot eines verschwörungstheoretischen Polit-Thrillers anmutet, war der erste konkrete Hinweis auf ein gespenstisches europaweites Netzwerk, das bis 1990 existierte. Seine Fäden reichten bis in höchste Regierungskreise, in den amerikanischen Geheimdienst CIA und ins Oberkommando des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses Nato.

„Über vier Jahrzehnte lang hat die Nato während des Kalten Krieges in 16 westeuropäischen Ländern geheime Guerillakommandos und Waffenlager unterhalten, ohne dass ein Parlament darüber infor-

miert gewesen wäre“, sagt Daniele Ganser, Forschungsgruppenleiter am Zentrum für Sicherheitspolitik der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

Er hat jetzt die erste umfassende Studie über die sogenannte Operation Gladio vorgelegt*. Was der Historiker in vierjähriger Forschungsarbeit herausgefunden hat, offenbart die dunkle Seite des Westens: eine klandestine Parallelwelt, deren Bewohner überall kommunistische Umtriebe witterten, zu deren Abwehr ihnen nahezu jedes Mittel recht schien.

„In Italien und sieben weiteren Staaten“, so Ganser, „arbeiteten Angehörige dieser Geheimorganisationen mit Terroristen und Verbrechern zusammen oder waren an Staatsstreichern wie dem Militärputsch in Griechenland 1967 beteiligt.“

Auch bei Attentatsversuchen gegen den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle oder bei der Ermordung Oppositioneller in Portugal und in dessen afrikanischen Kolonien hatten die Dunkelmänner, Gansers Untersuchungen zufolge, ihre Finger im Spiel. Ebenso bei der Bekämpfung der Kurden in der Türkei, einer Serie von Bombenanschlägen in Belgien in den



FOTOS: PICTURE ALLIANCE / DPA

Rechtsextremist Lembke, beschlagnahmte Waffen (1981): Sprengstoff und Zyankali

* Daniele Ganser: „Nato's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe“. Frank Cass, London/New York; 315 Seiten; 43,46 Dollar.

achtziger Jahren – sowie womöglich beim Münchner Oktoberfest-Attentat von 1980.

Erste Konturen des Netzwerks, das in Italien unter dem Decknamen „Gladio“ (Italienisch für: Kurzschwert) operierte, waren bereits im Sommer 1990 sichtbar geworden, nachdem Untersuchungsrichter Casson das italienische Parlament mit seinen Ermittlungen alarmiert hatte. Der damalige Ministerpräsident, Christdemokrat Giulio Andreotti, sah sich gezwungen, die Existenz geheimer Guerilla-Einheiten unter Führung des Militärgeheimdienstes zu bestätigen.

Mit Terrorismus, so Andreotti, hätten die aber nichts zu tun. Aufgabe der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit Hilfe der CIA gegründeten „Stay-behind-Einheiten“ sei es, sich im Fall einer sowjetischen Invasion überrollen zu lassen, um dann hinter den feindlichen Linien den Untergrundkampf gegen die Kommunisten aufzunehmen.

Um den innenpolitischen Druck abzumildern, wies Andreotti mehrfach darauf hin, dass in allen westeuropäischen Ländern ähnliche Einheiten existierten, koordiniert von einem geheimen Nato-Ausschuss. Als es aus den Hauptstädten der Verbündeten Dementis hagelte, legte er nach: Das bis dahin letzte Stay-behind-Treffen habe am 23./24. Oktober 1990 in Brüssel stattgefunden.

Zähneknirschend räumten nun auch andere Regierungen – darunter die deutsche und die französische – ein, was nicht mehr zu leugnen war. Doch der Skandal verebte schnell. Der Kalte Krieg schien nach dem Fall der Mauer abgehakt. Die Ereignisse um den Zusammenbruch des Sowjetsystems beherrschten die Schlagzeilen.

Nur in drei Ländern befassten sich parlamentarische Untersuchungskommissionen mit den Aktionen der Stay-behind-Einheiten – in Belgien, der Schweiz und Italien. Vor allem die Untersuchungen des italienischen Senats ermöglichten Ganser tiefe Einblicke in Struktur und Arbeitsweise der Gladiatoren. Die Kommission war in den Gladio-Akten auf ein Dokument des Militärgeheimdienstes aus dem Jahr 1959 gestoßen, in dem es nicht nur um die Planung für den Kriegsfall ging.

In „Notfallsituationen“, hieß es, solle die Truppe auch in Friedenszeiten zuschlagen. Der zivile Notfall war für die Geheimen klar definiert: Es galt, um jeden Preis eine Beteiligung der Kommunistischen Partei Italiens an der Macht zu verhindern, die bei Parlamentswahlen in den

sechziger und siebziger Jahren zwischen 27 und 34 Prozent der Stimmen erhielt.

„Strategie der Spannung“ hieß das Rezept, mit dem dies erreicht werden sollte. „Man musste Zivilisten angreifen, unschuldige Menschen, die weit weg waren vom politischen Spiel“, erklärte der geständige Rechtsterrorist Vincenzo Vinciguerra das Prinzip: „Die Anschläge sollten das italienische Volk dazu bringen, den Staat um größere Sicherheit zu bitten.“

Vier Bombenexplosionen in Mailand und Rom, bei denen 16 Menschen getötet und 80 verletzt wurden, markierten im Dezember 1969 den Anfang der rechten Offensive, die im August 1980 ihren Höhepunkt erreichte: Ein Sprengstoffanschlag im Bahnhof von Bologna kostete 85 Men-

Geständnis ablegte: Er gehöre mit rund hundert weiteren Getreuen zu einer geheimen Widerstandsgruppe, die für den Fall einer sowjetischen Invasion trainiere, zahlreiche Waffenlager unterhalte und von den Amerikanern unterstützt werde.

Die weiteren Ermittlungen ergaben, dass ein dem rechten „Bund Deutscher Jugend“ angegliederter geheimer „Technischer Dienst“ (TD) auch den innenpolitischen Feind im Auge hatte. Für den Ernstfall hatten die Kameraden Listen erstellt, auf denen sich neben Mitgliedern der Kommunistischen Partei auch Sozialdemokraten befanden – allen voran der frischgewählte SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und Herbert Wehner –, die beide am „Tag X kaltgestellt“ werden sollten.

Doch zum Erstaunen der Polizisten spielten Bundesanwaltschaft und Bundesregierung den Fall herunter. Vier festgenommene TD-Kämpfer kamen ohne weitere juristische Verfolgung frei. Die Geheimkommandos in anderen Teilen der Bundesrepublik blieben unbehelligt und wurden später dem BND unterstellt.

Dass sich Rechtsterroristen aus deren Depots bedienen, ist ein Verdacht, der Gansers Forschungen zufolge durch zahlreiche Indizien gestützt wird. Vor allem beim Bombenanschlag auf dem Oktoberfest am 26. September 1980, bei dem 13 Menschen getötet und 219 verletzt wurden, gebe es Spuren, die in Richtung Gladio führten.

Freunde des mutmaßlichen Attentäters Gundolf

Köhler hatten in Vernehmungen auf Heinz Lembke hingewiesen, der rechten Kameraden gegenüber erklärt hatte, er bilde Männer im Umgang mit Waffen und Sprengstoff aus. Ein Jahr später, im Oktober 1981, hob die Polizei 33 Verstecke in der Lüneburger Heide aus, in denen Lembke massenweise Schusswaffen, 156 Kilo Sprengstoff, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, ABC-Schutzausrüstungen sowie Arsen und Zyankali gelagert hatte.

Wie er zu dem Kriegsarsenal gekommen war, ist bis heute ein Geheimnis. Am Morgen des Tages, an dem er es dem Staatsanwalt erzählen wollte, fanden ihn Vollzugsbeamte tot in seiner Zelle. Erhängt. Selbstmord, wie es in den Akten heißt.

Im Nato-Hauptquartier mag bis heute niemand zur Aufklärung des Falles und der Operation Gladio beitragen. Als Ganser um Akteneinsicht bat, lehnte Nato-Sprecher Lee McClenny ab: „Mir ist keine Verbindung zwischen der Nato und der ‚Operation Gladio‘ bekannt.“

GUNTHER LATSCH



MARCHIORI GIORGIO / GIACOMINOTTO / FOTOGRAMMA

„Gladio“-Waffenfund in Italien (1990): Gespenstisches Netzwerk

schen das Leben, 200 erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Nie waren die Täter zu ermitteln.

„Diese Massaker“, so das Fazit der Untersuchungskommission des Senats im Jahre 2000, „wurden organisiert oder unterstützt von Menschen in Institutionen des italienischen Staates und Männern, die mit dem amerikanischen Geheimdienst in Verbindung standen.“ Ob die CIA in jedes Detail eingeweiht war, steht dahin.

Sicher ist: Die Amerikaner waren bei der Rekrutierung ihrer antikommunistischen Guerillakrieger alles andere als zimperlich. In Deutschland waren es zunächst ehemalige SS-Angehörige und Ex-Agenten der Spionageabteilung „Fremde Heere Ost“ des Hitler-Generals und späteren Chefs des Bundesnachrichtendienstes (BND) Reinhard Gehlen, die das Rückgrat der Partisaneneinheiten bildeten.

Wie weit die zu gehen bereit waren, zeigte sich 1952, als der ehemalige SS-Hauptsturmführer Hans Otto sich der Kriminalpolizei in Frankfurt stellte und ein

BERGBAU

Konkurrenz in der Grube

Im Ruhrgebiet treibt die Subventionspolitik bizarre Blüten: Deutsche Bergarbeiter werden für viel Geld frühpensioniert. Anschließend schicken Zeitarbeitsfirmen die Frührentner wieder in den Schacht – oder polnische Billiglöhner übernehmen die Jobs.

Es ist 14.15 Uhr in Hamm-Pelkum, die Frühschicht des Bergwerks Ost hat Feierabend. Zehn Männer zwingen sich in einen weißen VW-Bus und fahren in die Hessener Straße 4. Ihr Ziel ist ein heruntergekommener Wohnsilo, an dessen Klingelschildern keine Namen stehen, nur Nummern. Davor parken 20 Kleinwagen mit polnischen Kennzeichen. Der rote Daewoo Espero gehört Miroslaw K.

Der 43-Jährige kommt aus Zory in Südpolen und ist auf Montage in Deutschland. Für die Schachtbaufirma Krakbau arbeitet er seit einem halben Jahr in Hamm. In gebrochenem Deutsch sagt er: „Wir machen hier alles. Wir machen Stollen weiter.“ 900 Euro schickt K. jeden Monat in die Heimat. Zwei Jahre noch laufe sein Vertrag mit Krakbau, aber sein Chef könne ihm jederzeit kündigen. Das findet der Bergmann nicht ungewöhnlich. Den Polen stört vielmehr, dass seine deutschen Kollegen „viel mehr verdienen“ als er.

Die deutschen Bergleute verdienen nicht nur mehr, sie bekommen dank des Kohlekompromisses von 1997 auch viel Geld dafür, wenn sie ihren Job an den Nagel hängen und damit Platz für Leute wie Miroslaw machen. Während der Bergbau deutsche Kumpel oft schon mit 48 Jahren zum letzten Mal einfahren lässt und, vom Steuerzahler finanziert, mit einem üppigen Ruhegeld (rund 85 Prozent des letzten Gehalts) oder mit Zusagen für teure Umschulungskurse nach Hause schickt, heuert er gleichzeitig immer mehr Billigarbeiter aus Osteuropa an. Was in den Zechen von Hamm oder Walsum geschieht, ist somit ein besonders irrwitziges Beispiel deutscher Subventionspolitik. Allein in diesem Jahr gibt der Staat der Steinkohleindustrie 2,7 Milliarden Euro Beihilfe.

Doch von dem Staatsgeld profitieren immer weniger reguläre deutsche Arbeitskräfte. Auf den Zechen setzen sich vermehrt Zeitarbeitsfirmen fest, die vor allem im Schachtbau den alteingesessenen Betrieben Konkurrenz machen. Mit ihren vornehmlich ost-

europäischen Arbeitskräften können sie jeden Preis locker unterbieten. Zum Teil heuern die Billigfirmen aber auch deutsche Kumpel an, die zuvor entlassen oder frühpensioniert worden sind und sich dann bei den Leiharbeitsfirmen in ihren alten Zechen etwas dazuverdienen.

Verantwortlich für diese Geschäftspolitik ist die Deutsche Steinkohle (DSK), eine Tochter des RAG-Konzerns, in der mit einer Ausnahme alle deutschen Zechen zwischen Saarbrücken und dem westfälischen Hamm vereint sind. Trotz Schrumpfprogramm und Sparkurs produziert die DSK zu teuer – zum einen wegen der ungünstigen Förderbedingungen in den Flözen,

zum anderen weil die Tarifgehälter der Bergleute erheblich höher sind als die Löhne in Polen, Südafrika oder China.

Die DSK rief 2001 die Unternehmensberater von McKinsey zu Hilfe, um einen Plan zur „dauerhaften Senkung des Preisniveaus“ zu entwickeln. Die rieten, radikal bei den sogenannten bergmännischen Unternehmerarbeiten zu sparen. Arbeiten wie etwa der Ausbau und Vortrieb der Stollen wurden traditionell von Fremdfirmen wie Thyssen Schachtbau oder Deilmann-Haniel erledigt. Auch deren Arbeiter fielen unter den Kohlekompromiss, der zwischen der Bundesregierung, der Gewerkschaft und den Steinkohlebetrieben ausgehandelt worden war.

Ab sofort, so der Vorschlag der Berater, sollten diese Aufträge an Firmen aus Mittel- und Osteuropa vergeben werden. Einsparungen von „mehr als 40 Prozent“ seien dadurch möglich. Deilmann-Haniel oder Thyssen konnten nicht gehalten werden. Sie mussten die vorgeschriebenen Knappschaffungsbeiträge zahlen, Tarifverträge einhalten, strenge Bergbau-Richtlinien erfüllen und teure Spezialmaschinen vorhalten.

Diese Vorgaben gelten nur bedingt für ausländische Firmen. Und deshalb haben seit einiger Zeit Firmen Hochkonjunktur wie Kopex aus Polen, Banské Stavby aus der Slowakei oder die deutsche Tochter der österreichischen Alpine-Bau, die sich wiederum der polnischen Arbeiter von Krakbau bedient. Zuletzt bekam die polnische PeBeKa den Auftrag über eine 3,7 Kilometer lange Strecke in der Auguste-Victoria-Zeche; das Projekt läuft bis ins Jahr 2009.

Zwar regeln staatliche Vereinbarungen mit Ländern wie Polen, unter welchen Bedingungen die Zechen ausländische Arbeiter beschäftigen dürfen. Doch Kontrollen finden selten statt. Selbst als sich deutsche Unternehmen beim Landesarbeitsamt und im Wirtschaftsministerium von NRW beschwerten, änderte sich nichts. Auch heute wollen sich weder SPD-Ministerpräsident Peer Steinbrück noch sein Wirtschaftsminister Harald Schartau dazu äußern.

Dabei treibt das Geschacher um die Geschäfte unter Tage seltsame Blüten, wie die Karriere von Jörg Sch., 41, zeigt. Die DSK bildete den Bergmann einst aus, er war dort Steiger und später in der Revisionsabteilung tätig. Dann wurde er mit einer Abfindung freigesetzt und bekam einen EDV-Umschulungskurs bezahlt. Jetzt arbeitet er indirekt wieder für die DSK



Ministerpräsident Steinbrück (M.): Irrwitzige Subventionen

TORNSTEIN SILZ / DDP

* Im Dezember 2002 mit Kumpeln des Bergwerks Ost in Hamm.



STEFAN ENDERS

Polnischer Bergarbeiter Miroslaw K., Kohlenförderung im Ruhrgebiet: „Wir machen alles hier“

– als Betriebsstellenleiter für Alpine-Bau auf dem Bergwerk Ost; er ist verantwortlich dafür, dass Arbeiter wie Miroslaw K. einfahren können.

Ähnlich absurd ist der Fall der Firma Induberg in Ahlen, auch sie gehört zu den neuen Billiganbietern. Induberg sucht etwa Bergmechaniker für das Werk Kamp-Lintfort und bevorzugt dabei ehemalige DSK-Kumpel. Behilflich bei der Suche ist die Arbeitsagentur – so wird erneut öffentliches Geld ausgegeben. Gesellschafter sind Jürgen Chwolka, 55, und sein Sohn Hagen. Der Senior war bis Juni 2000 Bereichsleiter bei der Thyssen Schachtbau, wurde dann frühzeitig in die Bergbau-Rente entlassen und macht nun seinen ehemaligen Kollegen Konkurrenz, indem er Leiharbeiter anheuert. Oft arbeiten Kumpel für ihn, die gera-

de erst die Bergbau-Abfindung von 2,27 Jahresgehältern kassiert haben. Viele Facharbeiter fahren in dieselben Gruben ein, in denen sie kurz vorher malocht haben – allerdings nun ohne Kündigungsschutz und ohne Bergbau-Tarif.

Weil Firmen wie Induberg mit ihren Niedriglöhnen die Aufträge so kostengünstig ausführen, werden die DSK-eigenen „Arbeitsschutzbestimmungen für Fremdfirmen“ schon mal locker gehandhabt. In einem 13-seitigen Papier zur Sicherheit unter Tage heißt es zwar, dass dort nur arbeiten dürfe, wer die „in deutscher Sprache gegebenen Weisungen richtig auffasst“. In der Hessener Straße wohnen aber Polen, die auf Deutsch nicht mal die Frage nach dem eigenen Namen verstehen. So verkommen unter dem Sammelsurium der Sprachen die

einst hohen Sicherheitsstandards. In einem internen Vermerk vom Januar des vorvergangenen Jahres schreibt die DSK, dass Arbeitern einer Fremdfirma „die einschlägigen Gesetze und Vorschriften zum größten Teil unbekannt sind“.

Eine Entwicklung wie bei den Schachtbauunternehmen fürchten die Kumpel im klassischen Kohlenabbau. Auch dort beschäftigte die Kohleindustrie bereits Osteuropäer mit Werkverträgen. Und die EU-Osterweiterung, sagt Rolf Keßler, Referent für Ausländerangelegenheiten in der Düsseldorfer Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, könne zu einer „Katastrophe für den Arbeitsmarkt“ im Kohlenpott führen, weil sie das Anheuern von Osteuropäern noch erleichtere.

JÖRG DIEHL, UDO LUDWIG,
BARBARA SCHMID

DIÄTEN

Möllemanns Rache

Kaum jemand kennt Ingo Wolf, den Spitzenkandidaten der NRW-Liberalen. Dabei verdient er mehr als die meisten deutschen Top-Politiker.

Ingo Wolf will vor dem Düsseldorfer Landtag gerade in seinen silbernen Dienst-Audi steigen, als er einen Polizisten erspäht. Der Liberale spurtet los, schüttelt dem verdutzten Uniformträger lange die Hand. Dann schaut er, ob der anwesende Fotograf auch alles aufgenommen hat.

Das ist ihm wichtig, denn Wolf ist der unbekannteste aller Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai. Er muss dringend etwas tun für sein Image – denn herausragend an ihm ist bislang vor allem sein Gehalt. Die Grünen im Landtag schimpfen ihn schon „Florida-Wolf“, denn der Liberale, der politisch bislang wenig bewegt hat, kassiert an Diäten und Pension mehr als die meisten deutschen Spitzenpolitiker.

Mit jährlich rund 200 000 Euro, plus 26 000 Euro Aufwandsentschädigung, hängt der No-Name-Politiker beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (etwa 160 000 Euro) lässig ab, ebenso wie alle NRW-Minister. Er erreicht ungefähr die Amtsbezüge des Bundespräsidenten (213 000 Euro) und liegt etwa gleichauf mit Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD).

„Ein ganz normaler Vorgang“, verteidigt sich Wolf, „ich kann da nix für.“ Als Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag stehen ihm die dreifachen Diäten eines normalen Abgeordneten zu. Daneben kassiert er Entschädigungen als Mitglied des Kreistags von Euskirchen am Eifelrand. Richtig schön werden seine Bezüge durch eine Pension von über 4000 Euro, die er jeden Monat als ehemaliger Oberkreisdirektor von Euskirchen einstreicht. Seit seinem 45. Lebensjahr. Wegen der Pension werden seine Landtagsbezüge ein wenig gekürzt.

Wolf ist gerade 50 geworden. Dass er schon jetzt mehr als das Dreifache einer normalen Rente bekommt, für die ein Durchschnittsverdiener 40 Jahre lang arbeiten muss, ficht den Vertreter der Partei für Besserverdienende nicht an.

Sein üppiges Zubrot ist die Folge einer schönen „Zwangspensionierung“ (Wolf) – absurd, aber völlig legal: 1999 wurde in NRW die sogenannte Doppelspitze in den Kommunen abgeschafft, die aus ehrenamtlichen Bürgermeistern und hauptamt-



Kandidat Wolf (in seinem Landtagsbüro): „Auf vielen Gebieten kompetent“

lichen Verwaltungsleitern bestanden hatte. Wolf wurde, mit 44 Jahren, pensioniert.

Der Frühpensionär kandidierte anschließend für den Düsseldorfer Landtag. Ohne Hausmacht und weitgehend unbekannt in der eigenen Partei, erhielt er den schier aussichtslosen Listenplatz 22. Weil FDP-Spitzenkandidat Jürgen Möllemann im Mai 2000 aber sensationelle 9,8 Prozent einfuhr, konnte der Provinzpolitiker auf dem drittletzten Listenplatz noch so eben ins Parlament rutschen.

Als „Möllemanns Rache“ verspotten Fraktionskollegen den Mann aus der Eifel, dem Möllemann auch noch indirekt zum Vorsitzendenposten verhalf, indem er Wolfs Gegenkandidaten verhinderte. Seit 2002 sorgt Wolf mit Redebeiträgen im Parlament immer wieder für betretenes Schweigen, wenn er etwa behauptet, dass

„nur Arbeit die Menschen wirklich freimacht“. Oder wenn er als Multi-Kassierer den vergleichsweise armen Landesministern das Weihnachtsgeld streichen will.

Wolf gehört zu den wenigen, die sich nicht über ihre fulminante Karriere wundern. Seit seiner Amtszeit als Oberkreisdirektor, wo er Herr über Kreispolizei und Rettungswagen war, sieht sich der Jurist nahezu jeder Herausforderung gewachsen: „Aufgrund der Breite, die meine Vita ausweist, bin ich auf vielen Gebieten kompetent.“ Schließlich war er auch ein Jahr lang Richter für Zivilangelegenheiten in Aachen und hievte damals als Repetitor einen Studenten namens Guido Westerwelle über die Hürde des Staatsexamens, was heute einem FDP-Mann nur nutzen kann.

Solche Erfolge machen selbstbewusst. „Turbo der künftigen Regierung“ in NRW will Wolf sein, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident soll er werden – wenn CDU und FDP in Düsseldorf Rot-Grün ablösen sollten. Für Wolf steht das außer Frage. Darum hat er sich auch gar nicht lange über seinen Dienstwagen geärgert: Den Audi A6 wollte er eigentlich als Kombi. Doch die Version war noch nicht lieferbar, also musste er sich mit der schnöden Limousine begnügen. „Für die paar Wochen geht das schon“, tröstet er sich. Als Minister gibt's schließlich einen neuen Dienstwagen.

„CDU und FDP werden nach dem 22. Mai regieren“, verkündet er siegesgewiss. Tatsächlich machen Umfragen eine weitverbreitete Wechselstimmung aus, 56 Prozent wollen das Ende von Rot-Grün.

Für den Fall, dass es doch nicht gelingt, haben Gäste von Wolfs Geburtstagsparty in der vergangenen Woche vorgesorgt: Sie schenkten ihm eine Jahreskarte für den Kölner Zoo.

BARBARA SCHMID

Wolfs Bezüge

Jährliche Einkünfte des nordrhein-westfälischen FDP-Fraktionsvorsitzenden

Landtagsdiäten	28 842 €
um 50 Prozent gekürzt wegen der Pension	
Funktionszulage	115 368 €
Doppelte Diäten für den Fraktionsvorsitz	
Pension	53 059 €
16 Jahre im Öffentlichen Dienst; zuletzt als Oberkreisdirektor	
Entschädigung	2 892 €
Mitglied des Kreistags Euskirchen	
Gesamt brutto	200 161 €
Steuerfreie Aufwandsentschädigung	26 460 €
für Wahlkreisbüro, Mehraufwendungen, Reisekosten	Quelle: Ingo Wolf
Gesamt	226 621 €

Was war da los, Herr Walid?

Der bahreinische Pferdepfleger Abd al-Rauf Walid, 38, über seine Begegnung mit Rennwagen

„Während des Trainings für den Großen Preis von Bahrain sind wir auf einen Hügel in der Mitte der Rennstrecke geritten, um die Besucher auf traditionelle Art willkommen zu heißen. Tuwasian, mein Pferd, war sehr neugierig, blieb aber die ganze Zeit über ruhig. 400 Pferde stehen in dem königlichen Gestüt seiner Majestät Hamad Ibn Issa al-Chalifa, für das ich arbeite, und natürlich ziehe ich ein hochgezüchtetes Pferd einem Hightech-Auto vor. Aber ich bin stolz, dass dieses Ereignis bei uns stattgefunden hat. Das Rennen habe ich im Fernsehen verfolgt. Es wäre zu anstrengend gewesen für die Pferde. Daumen gedrückt habe ich Ferrari – wegen des edlen Hengstes im Wappen. Aber es hat nichts genützt.“

Walid (l.) auf Tuwasian



WOLFGANG RATTAY / REUTERS

SACHBUCH

13 Fragen an das Leben

Was macht das Leben heute lebenswert? Kann es allein die Liebe sein, der Traumberuf, die Suche nach sich selbst oder die Kunst, andere zum Lachen zu bringen? In Zeiten, in denen so viele unterschiedliche Lebensmodelle möglich sind, begaben sich die Journalisten Kerstin Kohlenberg, 34, und Stephan Lebert, 43, auf Sinnsuche in deutsche Wohnzimmer. Sie trafen Prominente, darunter die einst lebensmüde Schauspielerin Iris Berben, einen Chaosforscher, einen Astronauten, einen Filmregisseur. Sie stellten ihnen 13 Fragen an das Leben und wie es geht, es passend zu machen. Von Renate Künast etwa wollten sie wissen, wie weiblich eine Politikerin sein darf, von Günther Jauch, ob Millionen geizig oder glücklich machen, von „FAZ“-Herausgeber Frank Schirrmacher, wie giftig Neid ist. Die Antworten erzählen oft von Menschen, die am Anfang ihres Lebens nur wussten, was sie nicht wollen und später

auch nicht viel mehr. Trotzdem ist „Leben ist verdammt schwer“ kein Buch über Ratlosigkeit. Es ist ein einfallreiches Experiment über das Leben, durchgeführt von zwei Zweiflern, mit Hilfe von Menschen, die mutig Einblicke gestatten und ebenso in turbulenten Zeiten stecken wie das Land, in dem sie leben.

Kerstin Kohlenberg, Stephan Lebert: „Leben ist verdammt schwer“. Karl Blessing Verlag, München; 224 Seiten; 16 Euro.



Interviewte Berben, Jauch

INTERNET

Jagdverbot im Netz

Als erster Bundesstaat der USA hat Virginia jetzt verboten, per Internet auf lebendige Tiere zu schießen. Maine, Hawaii und Wisconsin bereiten ähnliche Gesetze vor. Auslöser dafür ist die Web-Seite live-shot.com. Dort können zahlende Kunden per Mausclick ein Gewehr nebst Zielkamera steuern und im rechten Moment auf ein Tier feuern, das ihnen der Seitenbetreiber vor die Linse und die Büchse treibt. Die Schießanlage befindet sich bei San Antonio in Texas, der Schütze kann überall auf der Welt sitzen. Bereits bei der Gründung der Web-Seite hatte es weltweite Schlagzeilen gegeben und Proteste von Tierschützern, aber auch von Jägern und der Waffenlobby. Bis jetzt allerdings konnten Kunden von live-shot nur auf Zielscheiben und Tier-Pappkameraden zielen, zehn Schuss für 5,95 Dollar. Für die erste echte Jagd (Kosten: ab 150 Dollar) hat sich jetzt ein Querschnittsgelähmter aus Indiana angemeldet. In Texas schützt das Gesetz derzeit nur die einheimische Tierwelt. Den Teilnehmern der Online-Jagd werden deshalb Exoten wie Antilopen oder Wildschweine vorgesetzt. San Antonio will die Jagd nun mit einer Verordnung stoppen. Darin soll festgelegt werden, dass Jäger bei der Jagd auch physisch anwesend sein müssen.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Bayerns „Mein Kampf“

Der Freistaat ringt mit einem Polen um die Rechte an Hitler.

Diese Auschwitz-Feierlichkeiten kamen Marek Skierkowski unangenehm. Kurz vor den Gedenktagen zur Befreiung des Konzentrationslagers könnte ihm die Neuauflage von „Mein Kampf“ vielleicht doch zu viel Ärger einbringen, hatte er überlegt und die Auslieferung der Bücher lieber um ein paar Wochen verschoben.

„Man muss ja Pietät beweisen“, sagt er und lächelt.

Der 39-Jährige lächelt gern, er verbreitet eine harmlose Freundlichkeit. Er trägt eine Armbanduhr mit hohem Funkfaktor; man könnte ihn für einen Autohändler halten, doch er gibt an,

einer Nachrichtenagentur von Skierkowskis Neuauflage erfuhr, schrillten die Alarmglocken. Die schrillen immer, wenn irgendwo jemand „Mein Kampf“ herausbringen will. Denn der Freistaat Bayern beansprucht das Urheberrecht am Buch des Führers. Nach alliierter Besatzungsrecht war das Vermögen von Top-Nazis eingezogen und später an die Bundesländer übertragen worden, und Adolf Hitler, der seine Umzüge auf den Obersalzberg und nach Berlin offenbar verschusselt hatte, war bis zum Untergang in München gemeldet, am Prinzregentenplatz 16. Weil der Eher-Verlag, ehemals Zentralverlag der NSDAP,

Freistaat will Druck von „Mein Kampf“ verhindern

München – Die Staatsregierung will den Nachdruck von Adolf Hitlers Propaganda-Buch „Mein Kampf“ in Polen verhindern. Weder im In- noch im Ausland würden Abdruckgenehmigungen erteilt, sagte Finanzminister Kurt Faltlhauser. Er hat sich an das Auswärtige Amt gewandt, damit dieses in Polen Einspruch erhebt. Ein polnischer Verlag will nach Medienberichten das verbotene Hitler-



KULCZYNSKI / REPORTER

Aus der „Süddeutschen Zeitung“, polnische Ausgabe von „Mein Kampf“

von Beruf „Verleger“ zu sein. Ohne Büro zwar, ohne einen Eintrag im Telefonbuch von Wroclaw und ohne eine Seite im Internet, aber sein Verlag ohne Namen bringt tatsächlich Bücher heraus.

Einen Gruselroman zum Beispiel, auf dessen Titel ein Mönch aus blutigen Augen in die Gegend sieht. Kochbücher, Horoskope, Kurzgeschichten von „Alan Edgar Poe“, auch an die „Satanische Bibel“ hat sich Verleger Skierkowski schon gewagt, doch die geriet im Kernland des Katholizismus zum Regalhüter. Höhepunkt seines Werkverzeichnisses ist eine Witzsammlung, die das Repertoire jedes Kegelervereins bereichert: „Wozu hat Gott die Frau erschaffen? Damit der Samen irgendwie vom Bett ins Badezimmer kommt.“ Und neuerdings eben Adolf Hitler auf Polnisch, ISBN-Nummer 83-921822-0-0, 208 Seiten zum Preis von 29 Zloty (etwa sieben Euro).

Als man im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen durch die Meldung

ebenfalls in München seinen Sitz hatte, besitzt die Staatsregierung zudem die Verwertungsrechte von „Mein Kampf“. Von Italien bis zur Mongolei recherchieren bayerische Beamte Nachdrucken hinterher, um eine weitere Verbreitung der Hetzschrift (bisherige Gesamtauflage: rund zehn Millionen Exemplare) zu verhindern.

Die ehrgeizige Mission wird bisweilen von Ministerpräsident Edmund Stoiber persönlich unterstützt. Als ein tschechischer Kleinverlag einmal einige tausend Exemplare herausbrachte, bat er den damaligen Präsidenten Václav Havel schriftlich, sich der Sache anzunehmen.

Gegen Neuauflagen des Buchs in den USA und in Großbritannien können die Bayern nichts unternehmen, weil die Rechte dort anderen Verlagen gehören, doch im Rest der Welt wollen sie die Marek Skierkowskis dieser Welt unbedingt stoppen. Noch am Tag der AP-Meldung sendete das Münchner Ministerium eine E-Mail ans Auswärtige Amt,

man möge die Botschaft in Warschau einschalten; kurz darauf bat Staatsminister Kurt Faltlhauser in einem Brief an den Bundesaußenminister, er möge seinen Einfluss geltend machen.

An welchem Tag genau die Vorladung der Polizei im Briefkasten lag und er ins Präsidium von Wroclaw fuhr, daran kann sich Skierkowski nicht erinnern. Er erklärte den Polizisten, schon immer sozialdemokratisch gewählt zu haben, erzählte von seinem Witzebuch und einem jüdischen Kumpel, der die Neuauflage von „Mein Kampf“ angeblich „ganz okay“ fand. Nach einer Stunde durfte er gehen. „Es war ziemlich unangenehm“, beschwert sich Skierkowski in akzentfreiem Englisch, „und woher sollte ich wissen, dass die Bayern die Rechte am Buch besitzen?“ Ausdrücklich verboten ist „Mein Kampf“ zwar nicht, doch Artikel 256 im polnischen Strafgesetzbuch droht bei „Werbung für eine faschistische Staatsordnung“ maximal zwei Jahre Haft an.

„Man muss ‚Mein Kampf‘ verlegen, denn es gibt dafür einen Markt“, sagt Skierkowski und meint damit nicht etwa den Skinhead-Treff Wroclaw, sondern „viele Studenten“, die sich angeblich an ihn gewandt hätten, weil sie das Buch für wissenschaftliche Studien benötigen. Vor dem Untergang des Kommunismus hat Skierkowski Fremdsprachen studiert und als Touristenführer gearbeitet, er kam viel herum, bis nach Mexiko und Thailand. Später importierte er farbiges Glas aus Frankreich und gründete ein Monatsmagazin zum Thema Esoterik. Knapp 2000 Exemplare hat er von „Mein Kampf“ drucken lassen, er kalkuliert mit umgerechnet zwei Euro Gewinn pro Buch. Er macht den Eindruck, als würde er auch die geheimen Tagebücher seiner Frau verlegen, wenn er damit seinen Ford Mondeo Kombi abbezahlen könnte.

„Haben Sie Hitler eigentlich mal gelesen?“, sagt Skierkowski, „das ist eigentlich total langweilig.“ Er lächelt schon wieder.

Dass demnächst diverse Gerichtsverfahren auf ihn zukommen könnten? Belaste ihn nicht, sagt Skierkowski. Schließlich habe ein mit ihm befreundeter, emeritierter Professor aus Warschau das Vorwort geschrieben, damit sei sein „Kampf“ eindeutig eine wissenschaftliche Quelle, die könne man nicht verbieten. Verleger Skierkowski plant schon das nächste Großprojekt: ein Epos über das Verhältnis des Leonardo da Vinci zu seinen Katzen, in Leder gebunden, mit Goldrand.

STEFAN KRÜCKEN

GLOBALISIERUNG

Das perfekte Rohr

Im Sommer nimmt die wichtigste Pipeline der Welt ihren Betrieb auf, sie mindert Amerikas Abhängigkeit vom Öl Arabiens.

Den einen gilt sie als Symbol für die Allmacht der USA, den anderen als Beleg für die Cleverness von Konzernen. *Von Uwe Buse*

Als Luhtfi Khalilov, Bauer im Dorf Karrar, das erste Mal von der Pipeline hörte, befürchtete er das Schlimmste. Er würde sein Land verlieren, ohne eine Entschädigung zu erhalten, dessen war er sich sicher. Was sollte anderes geschehen, wenn sich der Staat und ein ausländischer Konzern zusammuntun? Sie würden auf den Rechten der Bürger herumtrampeln. Khalilov ist unter Kommunisten aufgewachsen, nun lebt er in Aserbaidschan, einer korrupten Republik am Kaspischen Meer. Er hat mit dem Staat und dem Kapitalismus keine guten Erfahrungen gemacht.

Fragt man Khalilov heute, ob seine Befürchtungen eingetreten sind, schüttelt er den Kopf. Sein Land sei ihm nicht genommen worden, man habe es ihm auch nicht abgekauft, er habe es dem Konzern für drei Jahre überlassen. Er habe es verliehen. Nach Ablauf der Frist kann er wieder Getreide auf dem Feld anbauen, in dem die Pipeline vergraben worden ist. Als Entschädigung habe ihm der Konzern 3787 Dollar gezahlt, für ein Feld, das 80 mal 40 Meter misst.

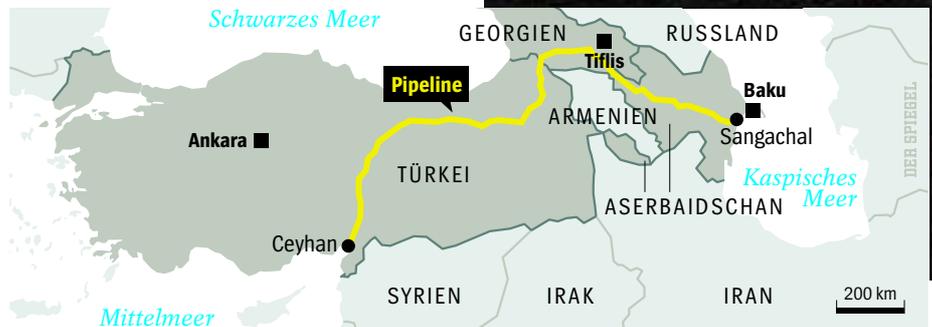
Ist er damit zufrieden?

„O ja, sehr“, sagt Khalilov. Er habe nicht einmal verhandelt, er habe das Geld genommen, bevor die Abgesandten des Konzerns es sich anders überlegten. Und die Männer aus seinem Dorf, die neben ihm sitzen, nicken. Sie machten es genauso.

Die Geschichte des Bauern Khalilov wird gern gehört im Reich von Michael Townsend.

Ungefähr tausend Kilometer entfernt von Khalilov, in Georgien, lebt Zakro Jogoladze, in einem Haus, das aus drei Zimmern mit Außenklo und angebautem Hühnerstall besteht. Der Boden des Hauses ist schief, die Wände sind schief, Risse laufen durch die Wände, sie sind notdürftig mit Bettlaken verstopft. Zieht man sie heraus, sieht man die Häuser auf der anderen Straßenseite. Auch deren Mauern durchziehen Risse.

Jogoladze lebt in Dgvari, einem Dorf, das auf den flachen Hang eines Berges gebaut wurde, und es scheint, als wollte sich der Berg des Dorfes entledigen, des ge-



samen Dorfes, inklusive der Hühnerställe, der Schuppen, Zäune, der hölzernen Aborte. Alles neigt sich, langsam, millimeterweise, unaufhaltsam.

Es sei nur eine Frage der Zeit, sagt Jogoladze, dann werde sein Haus den Hang hinunterrutschen und andere Häuser und andere Menschen mit sich nehmen. Eine Lawine aus Steinen, Balken, Ziegeln, eisernen Betten und Öfen. Und wenn nicht sein Haus die Katastrophe auslöse, dann werde es ein anderes tun.

„Diese Pipeline und die Vibrationen während der Bauarbeiten haben uns das angetan“, klagt Jogoladze und ballt seine Hände zu Fäusten.

Diese Geschichte wird nicht gern gehört im Reich von Michael Townsend.

Dieser Townsend arbeitet in Baku, der Hauptstadt

Aserbaidschans, im Turm eines Fünf-Sterne-Hotels. Sein Büro lässt das Drei-Milliarden-Dollar-Budget, das ihm zur Verfügung steht, nicht ahnen, der Raum sieht nach Ikea aus. Eine Sitzecke, ein weißes Regal mit technischen Unterlagen, zwei Schreibtische, kaum mehr als Arbeitsplatten, zwei Laptops. Das ist es. Townsend teilt sich den Raum mit seiner Sekretärin. Trifft Townsend nicht gerade Minister und Präsidenten, trägt er Jeans und Hemd, dessen oberster Knopf offen steht. Zur Begrüßung sagt er: „Hallo, ich bin Michael.“ Ein Gespräch mit ihm besteht vor allem aus Pausen, in denen er überlegt, was er sagen darf und was nicht. Townsend hat das Gefühl, er wird oft missverstanden.

Seit 25 Jahren reist er von Bohrplattform zu Bohrplattform, er hat in der Nordsee nach Öl gebohrt, in Russland, Alaska. Er hat sein ganzes Arbeitsleben in der Ölindustrie zugebracht, er ist ein Ölnomade. Bevor er in den Kaukasus kam, arbeitete er als BP-Lobbyist in Washington und schüttelte die Hände vieler Politiker. Townsend



BP-Projektleiter Townsend: Ein Leben als Ölnomade



FOTOS: JEREMY NICHOLL / LINTAS

Ölpipeline beim georgischen Ort Rustawi: Sofort im Visier einer misstrauischen Weltöffentlichkeit

ist Ingenieur und Politiker. Er kennt sich mit Zahlen aus und mit der Beeinflussbarkeit von Menschen. Beide Talente kann er gut gebrauchen für den Auftrag, den es hier zu erledigen gilt.

Townsend's Arbeitgeber, die britische BP, ist der größte Anteilseigner eines internationalen Konsortiums, das rund fünf Milliarden Barrel Öl aus dem Boden des Kaspischen Meeres holen und zu den Konsumenten der Welt bringen will. Um das tun zu können, braucht das Konsortium die Pipeline. Und es ist Townsend's Job, sie zu bauen.

Die Pipeline beginnt nicht weit von Baku am Westufer des Kaspischen Meeres, sie zieht sich durch die Ebenen Aserbaidschans, die Berge Georgiens, dann durch die Türkei, um nach 1770 Kilometern an der türkischen Mittelmeerküste, in der Hafenstadt Ceyhan, zu enden. Sie wird gut drei Milliarden Dollar kosten, man nennt sie die wichtigste Pipeline der Welt.

Besonders wichtig war das Rohr immer der amerikanischen Regierung, sie fordert es seit einem Jahrzehnt. Schon Präsident

Bill Clinton drängte auf ihren Bau, denn das Öl aus dem Kaukasus sollte die Abhängigkeit seines Landes von den arabischen Staaten mindern.

Doch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien dem Konsortium der Kaukasus zu unsicher, zu kriegerisch, erst als die Bürgerkriege verebten, als immer mehr Öl im Kaspischen Becken gefunden wurde, schien der zu erwartende Gewinn das Risiko aufzuwiegen.

Drei Routen standen zur Wahl. Von Baku zum russischen Schwarzmeer-Hafen Novorissysk, die zweite Route sollte durch Iran führen, die dritte bis zum türkischen Ceyhan.

Den ersten beiden Varianten verweigerte die US-Regierung ihre Zustimmung. Weder der russische Präsident noch die Herrscher in Teheran sollten die Chance haben, irgendwann eine Hauptschlagader der Weltwirtschaft kappen zu können.

1999 unterzeichneten die Staatschefs der Türkei, Georgiens und Aserbaidschans die Verträge. Clinton war dabei und lächelte in die Kameras, obwohl das Kon-

sortium nicht vom US-Ölkonzern Amoco angeführt wurde. BP hatte Amoco vor der Unterzeichnung der Verträge übernommen.

Das große Interesse der USA an der Pipeline hat sie für Globalisierungskritiker und Umweltschützer interessant gemacht: Sie garantiert Medienpräsenz, sie ist ein lohnenswertes Ziel. Früh hat eine internationale Koalition von Pipeline-Gegnern die Planungen beobachtet, auch Amnesty International ist dabei. Die Menschenrechtler warnten, dass BP in der Türkei einen Korridor schaffen würde, in dem das Recht abgeschafft wäre. 30.000 Menschen entlang der Pipeline könnten ihr Zuhause verlieren. Die Pipeline wurde schnell zum Symbol für die Ungerechtigkeit der Welt, für die Macht der Konzerne und den Kampf gegen sie.

Früher konnten Pipelines, Fabriken und andere Industrievorhaben in abgelegenen Gegenden der Welt unbeobachtet wachsen, heute sind sie sofort im Visier einer misstrauischen Weltöffentlichkeit. Früher kümmerten sich Unternehmen nicht um

ihren Ruf, heute achten sie auf ihren Ruf, weil es sich für sie lohnt.

Townsend ist am Ruf von BP besonders interessiert, seine Karriere hängt davon ab, und auch sein oberster Vorgesetzter John Browne ist ein großer Imagepfleger.

Der BP-Vorstandsvorsitzende, ein Duzfreund von Tony Blair, lobt sich dafür, das Kyoto-Protokoll zur Vermeidung von Treibhausgasen innerhalb des Konzerns übererfüllt zu haben. In vier Jahren reduzierte BP seine Kohlendioxidemissionen um 14 Millionen auf gut 80 Millionen Tonnen. BP sei der Marktführer für Solarenergie in Europa, BP lasse sein Öl von Doppelhüllentankern transportieren, BP achte die Menschenrechte, schone die Umwelt, BP gehe in den Ländern, in denen der Konzern Öl fördere, verantwortlich mit seiner Macht um.

Im Jahr 2003 habe BP 29 korrupten Lieferanten die Verträge gekündigt, meldet stolz die Internet-Seite des Konzerns. BP ist nach den Worten Brownes ein „grüner Ölkonzern“, ein netter Ölkonzern, ein Ölkonzern, dem die Menschen vertrauen können. BP macht es den Pipeline-Gegnern schwer, die sehen vieles natürlich vollkommen anders.

Und die Männer, die für BP das Rohr legen, wie sehen die das? Reist man die Ölpipeline entlang, von Aserbaidschan über Georgien in die Türkei, dann sieht man Hunderte Arbeiter mit Helmen, sie tragen Schutzschuhe mit säurebeständigen Sohlen und Metallkappen, dazu Handschuhe und oft Schutzbrillen. Die Ausrüstung wird jedem Arbeiter von BP gestellt. In den Containersiedlungen am Rande der Baustellen sind die Quartiere anständig, das Essen ist es auch, und Plaketten verkünden, dass Millionen Arbeitsstunden geleistet wurden, ohne dass ein Arbeiter ernsthaft verletzt wurde. Wer sich nicht an die Vorschriften hält, wird Vorgesetzten gemeldet, dafür sorgt ein ausgeklügeltes Denunziationssystem, das den Denunzianten Geld einbringt.

Über zu lange Arbeitszeiten klagen die Arbeiter nicht, gearbeitet wird, solange es hell ist, und nicht die langen Arbeitstage im Sommer sind das Problem, sondern die kurzen im Winter. Bezahlt werden nur die Stunden, in denen der Bau voranschreitet. Der Lohn richtet sich nach der Befähigung des Einzelnen.

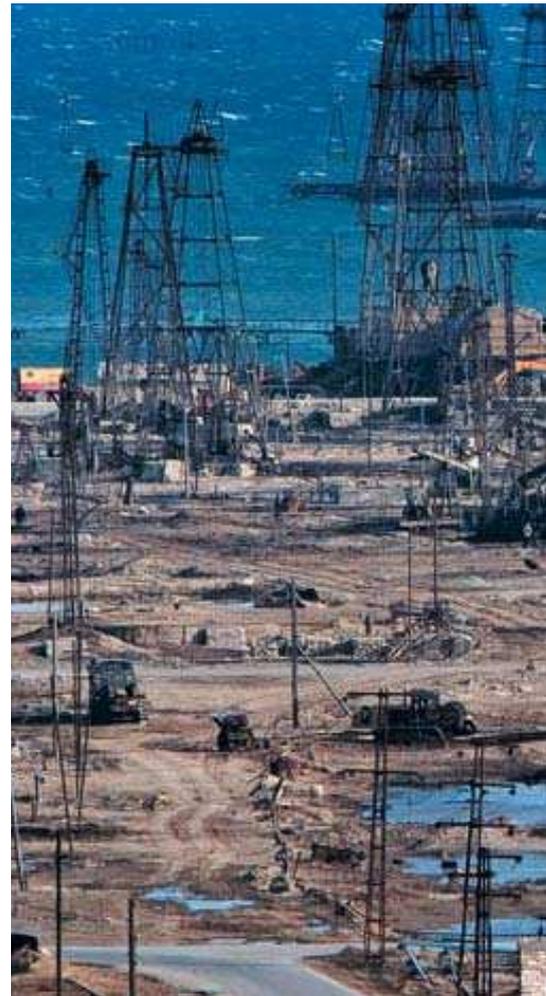
In Georgien beträgt er zwischen 400 und 1100 Lari pro Monat, das sind etwa 170 bis 460 Euro. Überstunden werden extra bezahlt. Damit gehören die Pipeline-Arbeiter in Georgien zum gutverdienenden Mittelstand.

Sozialarbeit ist inzwischen fester Bestandteil der Kalkulation vieler Ölkonzerne.

In Baku beginnt die Pipeline direkt am Ufer des Kaspischen Meeres. Sie ist ein Rohr aus Stahl, etwa einen Meter im Durchmesser, das mit Tanks, Gasabscheidern, Turbinen verbunden ist und nach wenigen Metern in der Erde verschwindet. Die Tanks, Turbinen und Gasabscheider sind Teil von Sangachal, einem der größten Ölterminals der Welt. Der Terminal wird zurzeit erweitert, und steht man am Rand des Geländes, blickt man durch einen Zaun hinaus auf das Kaspische Meer, an dessen Horizont sich Bohrplattformen aneinander reihen. Von dort, aus einer Tiefe von 3000 Metern, kommt das Öl.

Am anderen Ende der Pipeline, in Ceyhan, entsteht ein zweiter Terminal, der Sangachal sehr ähnelt. Auch dort stehen Tanks mit schwimmenden Dächern, sieben Stück sind es, groß genug, um den Reichtag in ihnen zu versenken. Sie stehen in riesigen Gruben, die mit Plastikfolie ausgeschlagen sind. Ceyhan ist Erdbebengebiet. Die Pipeline soll mindestens 40 Jahre lang in Betrieb sein. Es besteht die Möglichkeit, dass die Tanks während dieser Zeit durch ein Beben kollabieren. Die Gruben sollen groß genug sein, um das Öl aus allen Tanks zu fassen.

Zwischen den beiden Terminals liegen 150 000 Rohrsegmente und ebenso viele Schweißnähte, 98 Schotten, die Teile der Pipeline isolieren, wenn Öldiebe ein Loch in sie bohren, wenn Terroristen sie sprengen, wenn sie einfach nur so lecken sollte. Sieben bemannte Notfallcamps sind über die ganze Länge der Pipeline verteilt, ausgerüstet mit Kettenfahrzeugen, Schneemobilen, Lastern und Jeeps, fünf Pumpstationen und zwei vonein-



Ölfelder bei Baku: Weltbank-Kredite in Höhe von

ander unabhängigen Steuerzentralen. Bis zu 22 000 Arbeiter bauen an dieser Pipeline und an einer zweiten, die im Abstand von wenigen Metern verlegt wird und nicht Öl, sondern Gas von Baku ins türkische Erzurum bringt.

Ungefähr auf halbem Weg zwischen Baku und der georgischen Grenze liegt Pirsaat. Die Pipeline streift das aserbaidschanische Dorf, doch hier verdiente keine der 400 Familien an ihr, hier ist es anders als in Karrar, dem Dorf des Bauern Luhtfi Khalilov. Alle Grundstücke, die nötig waren für das Vergraben der Pipeline, befinden sich im Besitz des Staates.

Der Mann, der das erzählt, heißt Kerimov Elmousum, er ist Schuldirektor in Pirsaat, ein kleiner, gebeugter Mann in Pull-over und Sakko, der in seinem Büro sitzt, einem zugigen, kleinen Zimmer. Damit die Menschen in Pirsaat nicht das Gefühl haben, die Pipeline bringe ihnen nur Baulärm, Staub und die Chance auf ein Leck, bot BP dem Dorf 5000 Euro.

Um das Geld zu bekommen, mussten sich die Familien im Dorf zusammensetzen, Projekte nennen, die sie verwirklichen wollen, dann darüber abstimmen und schließlich 20 Prozent der Kosten selbst aufbringen, durch Arbeit am Bau. Beobachtet und



Bauer Khalilov (r.), Dorfbewohner: 3787 Dollar Entschädigung



auch diese während des Betriebs der Anlagen zurück.

Die Ölkonzerne, die in Europa und den USA ihre Zentralen haben, agieren inzwischen klüger, ihre Chefs haben verstanden, dass es sinnvoller ist, ein bisschen Geld in gute Nachbarschaft zu investieren, als ausschließlich mit Machthabern Geschäfte zu machen, die sich persönlich bereichern. Sie haben verstanden, dass es kontraproduktiv ist, Zwangsarbeiter an der Pipeline schuften zu lassen, bewacht vom Militär ihrer Geschäftspartner. Ende des vergangenen Jahres stimmte der US-Ölkonzern Unocal einem Vergleich mit burmesischen Bauern zu, die genau das behaupteten. Das Unternehmen wollte einen peinlichen Prozess vermeiden. Noch immer fürchten manche Ölkonzerne die Öffentlichkeit, BP setzt lieber darauf, die Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Die Verträge zwischen dem Konsortium und den Regierungen von Aserbaidshan, Georgien und der Türkei kann jeder einsehen. BP veröffentlichte auch die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsstudie, die Ergebnisse der Sozialverträglichkeitsstudie, sie sind im Internet einzusehen, in Aseri, der Sprache Aserbaidshans, in Georgisch, Türkisch, Russisch, Englisch. Vor dem Bau der Pipeline versicherte BP, keine Zwangsarbeiter oder Kinder an der Pipeline zu beschäftigen, niemanden gegen seinen Willen umzusiedeln, kulturell wertvolle Stätten wie archäologische Grabungen zu meiden, die Umwelt, so gut es geht, zu schonen und alle Informationen, die das Projekt betreffen, zu veröffentlichen. Die Pipeline sollte gläsern werden, das war der Plan.

Außerdem wurden die Verträge und andere ausgewählte Dokumente in Stadtbibliotheken und Ämtern entlang der Route gesandt und ausgelegt, es wurden Informationsveranstaltungen angeboten, die Veranstaltungen in den Städten protokolliert. Die Protokolle sind auch im Internet einzusehen, ebenso wie die Berichte der

250 Millionen Dollar für ein korruptes Regime

protokolliert wurde das von Mitarbeitern des International Rescue Committee (IRC), einer Hilfsorganisation, die sich auf Projekte dieser Art spezialisiert hat. Zusammen mit dem Mercy Corps, Care und anderen Organisationen erledigen sie die Sozialarbeit von BP entlang der Strecke. Sie sind Subunternehmer der Pipeline-Firma. Es ist ein Geschäft, bei dem beide Seiten profitieren. Die Hilfsorganisationen bekommen Geld für ihre Arbeit, BP investiert in sein Image.

In Pirsaat einigte man sich auf den Bau von zwei neuen Klassenräumen. Townsends Pressesprecherin sagt, das finde überall entlang der Pipeline statt. Sie nennt es eine „Lektion in Demokratie“. Demokratie, made by BP.

Elmousum, der Schuldirektor, sieht das nicht so. Er weiß: Es geht nicht um Demokratie, nicht um Teilhabe an der Macht in einem halbtotitären Staat, es geht nur um die Verwendung eines Geschenks, das den Frieden an der Pipeline sichern soll. Arbeit für Leute aus dem Dorf wäre ihm lieber gewesen.

Der Mann, der sich in Townsends Reich um die soziale Frage kümmert, heißt Michael Hackenbruch. Er ist Deutscher, seine Visitenkarte zeigt die grüne Sonne von

BP, seinen Namen, den Titel: Manager Social Investment.

Hackenbruch hat als Entwicklungshelfer angefangen, rutschte irgendwann hinüber zur Industrie, und jetzt steht er kurz vor dem Sprung auf den Olymp der Armutsbekämpfer, die Weltbank. Er hat bereits gekündigt, er fühlt sich BP nicht besonders verpflichtet, er teilt die Begeisterung von Townsends Pressesprecherin für die Sozialprogramme nicht, und so sagt er, dass diese Dinge in Pirsaat und in all den anderen Dörfern entlang der Strecke, das ganze „Community Investment Programm“, ziemlich „of the shelf“ seien. Er meint damit, das sei inzwischen Routine, auch andere Firmen hätten an anderen Pipelines ähnliche Programme laufen. Zum Beispiel auch an der Tschad-Kamerun-Pipeline in Afrika, die von Exxonmobil gebaut werde. Sozialarbeit sei fester Bestandteil der Kalkulation vieler Ölkonzerne. Wie andere Ausgaben holen sich die Konzerne



Bauer Jogoladze in Dgvari: Das Haus rutscht

externen Sachverständigen, die prüften, ob BP seine Versprechen einhält.

Insgesamt veröffentlichte BP 11 000 Seiten. 11 000 Seiten – diese Zahl taucht oft auf in Gesprächen mit BP-Mitarbeitern in Aserbaidschan, in Georgien, in der Türkei. Viele Gespräche kreisen um diese magische Zahl. Wie groß sie sei, wie außergewöhnlich, wie transparent alles durch die Dokumente werde. Die großartige Zahl lenkt ab von dem, was nicht gesagt wird.

Der wichtigste Geschäftspartner von BP ist im Kaukasus die Regierung von Aserbaidschan. Ihr gehört das Öl, das BP fördert. Socar, die staatliche Ölgesellschaft Aserbaidschans, ist der zweitgrößte Anteilseigner des Konsortiums.

Der Präsident Aserbaidschans heißt Ilcham Alijew, er hat das Amt von seinem Vater geerbt und sich in einer manipulierten Wahl bestätigen lassen. Er lässt politische Gegner ins Gefängnis werfen, nutzt das Parlament als Applausmaschine, und die kümmerliche Opposition existiert vor allem, um ausländische Investoren nicht unter zu großen Rechtfertigungsdruck zu bringen. Ohne deren Geld würde das Land kollabieren. Mehr als 90 Prozent aller Exporte Aserbaidschans werden durch das Öl erwirtschaftet, und nur ein Bruchteil der Aserbaidschaner profitiert vom Rohstoffreichtum des Landes, es sind die Güntlinge des Präsidenten.

Über ihnen stehen nur noch diejenigen, die nicht nur Zugang zum Geld, sondern auch direkten Zugang zur Macht, zum Präsidenten haben. Zu ihnen gehört ein Mann, der in der Nähe von Bakus Strandpromenade in einer Villa residiert. Drei Wachposten und eine Überwachungskamera empfangen Besucher im Foyer, dann geht es im Lift nach oben, durch einen endlos langen, endlos hohen Flur zu einer großen Tür. Es empfängt, im altrosafarbenen Konferenzraum, ein untergesetzter Mann mit Schnauzer, es empfängt Samir Sharifov, Herr über den staatlichen Ölfonds Sofaz, Gebieter über eine Milliarde Dollar.



Demonstranten vor einer BP-Tankstelle in Barcelona: Hilfsorganisationen bekommen Geld, BP

Wirtschaftswissenschaftler kritisieren den Fonds, in den die Einnahmen aus dem Ölverkauf fließen, weil das Geld vor dem privaten Zugriff des Präsidenten nicht sicher sei. Sharifov sagt: „Das ist nicht wahr.“

Die OSZE nannte die Parlamentswahlen im Jahr 2000 „einen Crashkurs in allen möglichen manipulativen Techniken“, und die Präsidentschaftswahl 2003 war nicht viel besser. Sharifov sagt: „Der Präsident wurde vom aserbaidchanischen Volk gewählt. Daran gibt es keinen Zweifel.“

Transparency International, eine weltweite Anti-Bestechungs-Organisation, nennt Aserbaidschan eines der zehn korruptesten Länder der Welt. Sharifov sagt dazu, in einem Glas Tee rührend: „Das ist eine grobe Verzerrung der Wirklichkeit.“

Townsend, der Projektleiter der Pipeline, sagt über Präsident Ilcham Alijew und die politische Lage in Aserbaidschan: „Wir sind hier Gäste“, sonst sagt er nichts.

Auf der anderen Seite des Globus, in einem Gebäude in

Washington, sitzt jemand, der mehr zu sagen hat, über Aserbaidschan, die Pipeline und das Öl. Der Name des Mannes ist Rashad Kaldany, er ist „Abteilungsleiter für Öl und Gas“ bei der International Finance Corporation (IFC), einer Tochterfirma der Weltbank, die den Bau der Pipeline mit 250 Millionen Dollar unterstützt.

Kaldany ist US-Amerikaner und Syrer, er besitzt zwei Nationalitäten, er arbeitet in der Zentrale der IFC, aber dort ist er selten anzutreffen, er ist viel unterwegs. Wenn seine Mitarbeiter einen Interviewtermin für ihn vereinbaren, überlegen sie, wann sich Kaldany in welcher Zeitzone aufhält. Kaldany ist wie Townsend ein Globalisierungsnomade. Kaldany kümmert sich um die Armen der Welt, aber sein Lebensstil verbindet ihn mit Ölmagnaten wie Townsend.

Die IFC vergibt Kredite an Projekte, deren Ziel es ist, die Armut in Entwicklungsländern zu mindern. Traditionell fördert die Bank mittelständische Unternehmen in Entwicklungsländern, doch im Jahr 2003 befand die IFC auch das Projekt des internationalen Ölkonsortiums für förderungswürdig.

Kaldany befürwortete das Projekt; fragt man ihn, warum er das tat, immerhin sta-



Pipeline-Arbeiter in Sangachal: Lecken wie ein Sieb

JEREMY NICHOLL / LAIF



investiert in sein Image

bilisiert der Kredit ein korruptes Regime, dann antwortet er: „Diese Staaten sind ja souverän. Wir können ihnen nicht verbieten, ihr Öl zu verkaufen.“ Der Kredit garantiert der IFC einen gewissen Einfluss. Weit reicht dieser Einfluss allerdings nicht. Kaldany gibt zu, dass er die Milliarden, die Aserbaidschan mit dem Verkauf des Öls verdient, nur im Blick hat, solange sie im Ölfonds liegen. Werden sie in den Staatshaushalt verschoben, kann Kaldany nur noch spekulieren.

Die vage Hoffnung auf mehr Demokratie und etwas Einfluss waren ihm 250 Millionen Dollar wert. Die Gelder kommen aus den Steuereinnahmen der Mitgliedsländer der Weltbank, zu denen auch Deutschland gehört. „Die Welt ist nicht perfekt“, sagt Kaldany. Die Pipeline-Gegner vermuten hinter dem Kredit die dunkle Macht der USA, denn die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen de facto ein Vetorecht in der Weltbank.

Diese Pipeline-Gegner haben auch so etwas wie Headquarters, es liegt in der Hauptstadt Georgiens, es ist ein Zimmer – mit Anti-BP-Aufklebern tapeziert – in einem Haus an der Mustaweti Avenue. „Monitoring Programme Coordinator“ nennt sich Kety Gujaraidze, sie gehört zu Green

Alternative, einer georgischen Umweltschutzorganisation. Vor ihr auf dem Tisch liegen ein paar Fotos.

Gujaraidze hat sie während eines Besuchs an der Pipeline gemacht. Sie nennt diese Fahrten „Fact-Finding-Missions“, wie es auch ihre Gegner tun, die Gutachter der Weltbank. Das Foto zeigt ein Stück der Pipeline. Sie ist mit einem Plastikmantel überzogen. An einer Stelle ist der Mantel geflickt, flüssiger Kunststoff wurde in ein faustgroßes Loch gegossen. „So reparieren die ihre Pipeline“, sagt Gujaraidze und wedelt aufgeregt mit dem Foto herum. Es

BP gibt sich nicht so rücksichtslos und böse wie von Kritikern erhofft.

klingt, als habe sie etwas Unerhörtes herausgefunden.

In diesem Apartment ist das Material der Pipeline-Gegner zu finden. Analysen zur Umweltverträglichkeitsprüfung der Pipeline, juristische Betrachtungen zur Entschädigungspraxis, Korrespondenz über die Frage, ob Kurden Ureinwohner der Türkei sind und deswegen unter die Richtlinie 4.20 der Weltbank fallen oder nicht. Es sind Hunderte von Seiten, sie dokumentieren den Kampf der Pipeline-Gegner gegen BP, gegen die IFC, die nach ihrer Überzeugung mit dem Konzern, dem Konsortium, der ganzen Industrie kollaboriert.

Der Kampf wurde angekündigt als große Schlacht, in der es um die Würde der Menschen gehe, um ihre körperliche Unversehrtheit, ihr Heim, ihre Höfe. Doch weil die Würde der Menschen nicht angetastet wurde, weil ihre Gesundheit geschützt wurde und ihre Häuser und Höfe nicht geschleift wurden, verkümmert die große Schlacht zu einem Grabenkrieg zwischen Ökobürokraten, die ihre Büros einerseits

in der Weltbank haben und andererseits in Zimmern wie diesem. Sie streiten sich darüber, wann georgische Bauern als angemessen informiert gelten können, nach einer sechsstündigen Sitzung oder erst nach zwei Sitzungen. Und darüber, ob das Nichterwähnen einer im Bau befindlichen Gaspipeline in den Dokumenten zur Umweltverträglichkeitsprüfung der Ölpipeline die Richtlinien der International Finance Corporation zum Schutz der biologischen Vielfalt breche.

Kety Gujaraidze redet ungern über diese Dinge. BP hat sie enttäuscht, in zweifacher Hinsicht: Zum einen

gibt sich der Konzern nicht so rücksichtslos und böse wie erhofft, und zum anderen hilft er auch nicht, die Bösen, die Korrupten, die großen Gangster im Kaukasus von den Schalthebeln der Macht zu drängen.

Am Ende bleibt nicht viel. Da ist das Dorf Dgvari, dem rutschenden Hang eines Bergs ausgeliefert. Ohne eine Schuld anzuerkennen, überwies BP nach Angaben der IFC eine Million Dollar an die georgische Regierung, um die Umsiedlung zum Teil zu finanzieren. Und dann ist da noch eine Substanz mit dem Namen SPC 2888.

Es ist jener flüssige Kunststoff, der verwendet wird, um die Schweißnähte zwischen zwei Rohrsegmenten vor Korrosion zu schützen. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Townsend sagt, dieser Kunststoff sei ungeeignet. Die Pipeline werde in wenigen Jahren lecken wie ein Sieb.

Townsend bestreitet nicht, dass es Probleme mit dem Kunststoff gab, aber sie seien beseitigt, die schadhafte Verbindungen seien ausgebessert worden: „Warum sollten wir drei Milliarden Dollar ausgeben und dann einen Haufen Schrott im Boden vergraben?“

Er sitzt im Hauptquartier von BP-Aserbaidschan, in der „Villa Petrolea“. Vor ihm auf dem Tisch liegen ein paar Fotos. Sie zeigen Röhren, Schweißnähte, aber sie beweisen nicht wirklich etwas, und Townsend scheint das auch nicht wichtig zu sein. In ein paar Wochen wird das erste Öl in die Pipeline fließen. Vier Monate wird es dauern, bis die 1700 Kilometer ganz gefüllt sind. Dann wird er langsam seine Sachen packen.

Townsend scheint mit sich zufrieden zu sein. Er hat eine der längsten Pipelines der Welt gebaut. Sie ist nicht viel teurer geworden als geplant. Sie ist fast pünktlich fertig. Townsend sammelt die Fotos ein.

Er hat seine Arbeiter vernünftig gepflegt und sich um ihre Sicherheit gekümmert. Das war sein Job. Die Demokratie hat er nicht nach Aserbaidschan gebracht. Das war nicht sein Job. ◆



Pipeline-Gegnerin Gujaraidze: Schlacht der Ökobürokraten



Die Freiheit des Herrn G.

Ortstermin: Im Berliner Qaida-Prozess urteilt der Rechtsstaat darüber, wann ein Terrorist ein Terrorist ist.

Herr Garnaoui“, sagt der Richter, „Herr Garnaoui, hören Sie mir bitte zu.“

Herr Garnaoui sitzt in einem Käfig aus Stahlgittern und Panzerglas, er hat den Kopf zwischen die Gitter gedrückt und redet mit seinem Anwalt, wahrscheinlich bedankt er sich. Sein Bart, den er im Gesicht trägt wie einen Vorhang, tanzt über dem Kehlkopf.

Herr Garnaoui stellt sich aufrecht hin und schweigt. Er lächelt freundlich. Er hat gewonnen.

Ihsan Garnaoui, 34 Jahre alt, geboren in Tunesien, Geschäftsnummer (1) StE 1/04-5) (1-04) beim Berliner Kammergericht, ist eben zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. „Unerlaubte Einreise, Urkundenfälschung, unerlaubter Besitz einer Waffe, Steuerhinterziehung“, der Richter hatte die Straftaten vorgelesen wie einen Einkaufszettel, der Angeklagte saß in seinem Käfig und wühlte ruhig durch seinen Bart.

Der Richter fragt: „Soll noch jemand informiert werden, dass Sie in Haft bleiben? Die Familie? Das Konsulat?“

„Nischt nötig“, sagt Herr Garnaoui.

Seine Hand liegt auf dem Herzen. Vielleicht dankt er Allah, vielleicht dem deutschen Rechtsstaat.

Um den geht es hier auch, um die Frage, was er kann, was er darf in einer Welt, die Angst vor islamischem Terror hat, die viel über Freiheit und Sicherheit redet, aber die nichts weiß vom Paragraphen 129a Strafgesetzbuch.

Neben dem Richter sitzen zwei Frauen von der Bundesanwaltschaft. Sie haben sechs Jahre Haft gefordert. Sie haben Ihsan Garnaoui den Versuch der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ vorgeworfen. Paragraph 129a Strafgesetzbuch. 51 Tage lang ist darüber verhandelt worden, 185 Urkunden sind verlesen, 100 Beweisstücke in den Saal 500 getragen worden.

Der Richter fasst die Ergebnisse zusammen. „Herr Garnaoui, hören Sie bitte zu.“

Herr Garnaoui hat sich zwei Jahre lang in Camps der Qaida zu einem Kämpfer des Dschihad ausbilden lassen. Dann kam er nach Deutschland und mietete in Gelsenkirchen eine konspirative Wohnung. Man fand darin ein Fernglas mit eingebauter Digitalkamera. Einen Laptop mit der Datei T 190 Help, die beschreibt, wie eine Zündung ausgelöst wird. Ein Mobiltelefon Motorola T 190, das zu so einer Bombe umgebaut werden kann wie die, die bei dem Anschlag in Madrid explodierte. Preislisten von Zeitschaltern. Schwefelsäure. Notizen über Chemikalien, die man braucht, um Sprengstoff herzustellen. Ammoniak, Salpetersäure, Stickstoff, Düngemittel.

Er hatte alles vorbereitet. Material, Menschen. Die Polizei nahm ihn fest, bevor er alles miteinander verschraubte.

„Herr Garnaoui war willens, böse Gedanken in die Tat umzusetzen“, sagt der Richter. Hinter ihm steht ein Regal mit 72 Aktenordnern, auf ihrem Rücken klebt der Bundesadler. Der Richter sieht klein aus vor dieser Wucht des Gesetzes.

Er zitiert Paragraph 129a Strafgesetzbuch, „Bildung einer terroristischen Vereinigung“. Die Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Zusammenschluss von mindestens drei Personen. Auf gewisse Dauer angelegt. Ziel: Mord, Totschlag, Völkermord. Im Sinne des Paragraphen 129a ist Ihsan Garnaoui unschuldig. Freigesprochen, aus Mangel an Beweisen.

„Herr Garnaoui, ich habe Sie darüber zu belehren, dass gegen das Urteil Revision eingelegt werden kann.“

Herr Garnaoui umarmt seinen Dolmetscher.

Ein Mann schlendert aus dem Saal, lässig, ungefähr 1,90 Meter groß. Er hält ein Handy ans Ohr, wahrscheinlich überbringt er gute Nachrichten. Er heißt Michael Rosenthal. Er hat Ihsan Garnaoui verteidigt. Er war auch der Anwalt von Abdelghani Mzoudi, dem Marokkaner, der beim Anschlag vom 11. September behilflich gewesen sein soll. Inzwischen ist Mzoudi frei. Rosenthal ist so etwas

wie der Hausanwalt für „heilige Krieger“ in Deutschland. Er sagt, dass das Urteil rechtsstaatlich sauber begründet sei.

Der Rechtsstaat kann seine Bürger digital durchrastern, elektronisch belauschen, biometrisch vermessen. Er kann Katastrophen verhindern. Aber kann er jemanden wie Ihsan Garnaoui erst dann verurteilen, wenn die Katastrophe eingetreten ist? Wenn es Tote gibt? Wenn der Sachschaden ausgerechnet ist? Wenn der Terror ein Aktenzeichen hat?

Michael Rosenthal wird gefragt, ob Ihsan Garnaoui ein Terrorist sei.

Er muss einen Moment überlegen. Dann sagt er: „Also, wissen Sie, darüber hab ich mir noch nie Gedanken gemacht.“

MATTHIAS GEYER



Berliner Gerichtssaal 500: „Böse Gedanken in die Tat umsetzen“

Zutaten für den Terror, für die große Explosion.

Auf dem Laptop wurden Hetzreden gefunden. Es gab Treffen mit Glaubensbrüdern, in denen Ihsan Garnaoui davon sprach, ein gläubiger Muslim müsse mit Gewalt gegen Ungläubige vorgehen. Es gibt Aussagen von zwei V-Leuten. Sie sagen, Ihsan Garnaoui habe Männer für seinen Plan gefunden. Der Plan sei gewesen, zu Beginn des Irak-Kriegs Anschläge in Berlin auszuüben. Attentate auf Demonstrationen, auf jüdische und amerikanische Einrichtungen.

„Herr Garnaoui, Sie bekommen das noch in einer schriftlichen Ausfertigung“, sagt der Richter.

Herr Garnaoui nickt höflich.

DAIMLER-CHRYSLER

Revision prüft neue Graumarktgeschäfte

Bei DaimlerChrysler geht die Konzernrevision Hinweisen auf neue Graumarktgeschäfte nach. Danach soll ein nicht autorisierter Verkäufer in Deutschland mehrere hundert Smarts mit Preisnachlässen von über 30 Prozent anbieten. Pikant an der Untersuchung: Die Fahrzeuge sollen aus Italien stammen, wo Wolfgang Schrempp, der jüngere Bruder von DaimlerChrysler-Boss Jürgen Schrempp, für die Geschäfte des Konzerns verantwortlich ist. Die Autos sollen in Italien mit einem hohen Preisnachlass an einen Autovermieter verkauft worden sein, der sie aber nicht in seiner Flotte einsetzte, sondern hierzulande auf den Markt brachte. Smart-Händler in Deutschland, die ohnehin schon verärgert darüber sind, dass der Konzern die Modellpalette der Marke zusammenstreicht und den Roadster vom Markt nimmt, haben sich über die unerwünschte Billigkonkurrenz beschwert. Die DaimlerChrysler-Revision prüft jetzt, wer für den Verkauf der Fahrzeuge an den Graumarkthändler verantwortlich ist und vor allem, ob die italienische Vertriebsorganisation wusste, dass der Käufer die Wagen nicht für den eigenen Bedarf erwirbt. Dann hätten die DaimlerChrysler-Manager gegen die internen Richtlinien verstoßen und müssten mit Konsequenzen rechnen. Wolfgang Schrempp war zu einer Stellungnahme nicht bereit. Im Konzern heißt es, er sei an der Aufklärung der Vorwürfe beteiligt.



Wolfgang Schrempp (mit Jenny Elvers, 2003)

MÜNZEN

Ansturm auf Papst-Geld

Der Tod von Papst Johannes Paul II. hat nicht nur einen bislang ungeahnten Pilgerstrom nach Rom ausgelöst. Nach der Beisetzung des Pontifex erwarten Fachleute einen weiteren Ansturm von Anhängern, die einen Blick auf das Antlitz des verstorbenen Kirchenoberhaupts werfen wollen

– in Münzform. Ab Anfang Mai gibt der Vatikan den alljährlich erscheinenden Satz von acht Euro-Geldstücken her-

aus, die nach den Regularien das Bild des amtierenden Papstes tragen müssen. Die Münzen, die so gut wie nie als reguläres Zahlungsmittel eingesetzt werden, sind bei Sammlern heiß begehrt, da von ihnen in der Regel nur 100 000 Exemplare in Umlauf gebracht werden. Die Produktion der aktuellen Münzen mit Karol Wojtylas Konterfei war schon

so weit fortgeschritten, dass sie nicht mehr gestoppt werden konnte – und nun die Begehrlichkeit passionierter Numismatiker weckt. Bereits jetzt werden normale Münzsätze aus vergangenen Jahren mit dem Kaufpreis von 25 Euro für bis zu 1000 Euro gehandelt. Weil der nächste Papst, der in diesem Monat gewählt wird, erst im April 2006 auf den neuen Euro-Münzen des Vatikans prangt, wollen die katholischen Währungshüter in der Zwischenzeit eine sogenannte Sedisvakanz-Prägung herausgeben. Ihre Stücke dürften ähnlich gefragt sein wie die demnächst erscheinenden vatikanischen Euro-Münzen mit Johannes Paul II.



Vatikanischer Euro

FRANK SCHUMANN / DER SPIEGEL

GESUNDHEITSREFORM

Explodierende Kosten

Ein neues Milliardenloch droht der gesetzlichen Krankenversicherung: Die Arzneimittelkosten sind dramatisch angestiegen. Laut einer internen Übersicht mussten die mitgliederstarken Ortskrankenkassen im ersten Quartal des Jahres etwa 20 Prozent mehr für Pillen und Salben ausgeben als in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres. Einzelne

Betriebskrankenkassen hatten sogar einen Ausgabenanstieg von 25 Prozent zu verkräften. Sollte sich dieser Trend bei den Pillenkosten fortsetzen, würde dies in diesem Jahr zu einer Mehrbelastung der Kassen von rund vier Milliarden Euro führen. In Alarmstimmung versetzt ist Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD). Sie hat mehrfach angekündigt, dass in diesem Jahr die Beiträge zur Krankenkasse weiter sinken würden. Bei ihrer Planung war sie aber davon ausgegangen, dass die Ausgaben stabil bleiben würden.



Schmidt

JAN BAUER

LUFTHANSA

Abheben für 69 Euro

Mit einem neuen Billigangebot will die Lufthansa Wettbewerber wie der DBA Kunden abjagen und nebenbei einen beliebten Spartrick ihrer eigenen Klientel eindämmen: den Kauf sogenannter Überkreuztickets. Um die hohen Preise des Marktführers bei Einfachflügen zu umgehen, hatten clevere Vielflieger häufig gleich mehrere günstige Flugscheinpakete erworben, die den Samstag einschlossen, davon aber nur die wirklich benötigten Abschnitte genutzt und so gegenüber dem regulären Oneway-Tarif trotzdem noch kräftig gespart. Wer bloß einen innerdeutschen Hin- oder Rückflug am Wochenende



Lufthansa-Check-in-Automaten

braucht oder häufig zwischen Hamburg und Düsseldorf sowie Berlin und Köln pendelt, kann auch mit der Lufthansa künftig einfacher und billiger abheben. Der Konzern bietet ab sofort erstmals Tarife ab 69 Euro pro Strecke an. Wer eines der begehrten Tickets ergattern will, braucht allerdings Glück und Geduld bei der Suche im Internet. Nach Auskunft von Online-Reisebüros, die erste Probebuchungen vornahmen, sind die Flugscheine zu attraktiven Zeiten wie am Samstagvormittag oder Sonntagabend nur schwer zu bekommen.

RÜSTUNG

Griechen wollen Eurofighter nicht

Die Bundesregierung ist offenbar mit ihrem Versuch gescheitert, Griechenland zur Einhaltung eines Vertrags über den Kauf von 60 Eurofightern zu bewegen. Anfang März hatten die Botschafter Deutschlands, Spaniens, Italiens und Großbritanniens in Athen auf

4,9 Milliarden Euro geplant – plus einer Option auf 30 weitere Maschinen. Doch schon einige Monate später wurde die Bestellung wegen „finanzieller Engpässe“ auf die Zeit nach den Olympischen Spielen 2004 in Athen verschoben. Die neue konservative griechische Regie-



Eurofighter

Erfüllung des bereits im Februar 2001 paraphierten Vertrags gedrängt. Zuletzt soll Bundeskanzler Gerhard Schröder das Thema bei einem Vier-Augen-Gespräch vor gut drei Wochen mit dem erst seit einem Jahr amtierenden konservativen Ministerpräsidenten Konstantinos Karamanlis in Berlin angesprochen haben. Ursprünglich hatte die frühere sozialistische Regierung bei dem Eurofighter-Konsortium, an dem auch der Luftfahrtkonzern EADS beteiligt ist, den Kauf von 60 Kampffjets im Wert von

4,9 Milliarden Euro geplant – plus einer Option auf 30 weitere Maschinen. Doch schon einige Monate später wurde die Bestellung wegen „finanzieller Engpässe“ auf die Zeit nach den Olympischen Spielen 2004 in Athen verschoben. Die neue konservative griechische Regierung fühlt sich allem Anschein nach nicht mehr an die Entscheidungen ihrer Vorgänger gebunden. Der Auftrag soll neu ausgeschrieben werden. Allem Anschein nach favorisiert Karamanlis, der anders als sein Vorgänger stärker auf die Beziehungen zu den USA setzt, aus politischen Gründen den Kauf amerikanischer F-16-Jets. Um die europäischen Partner nicht zu sehr zu verärgern, prüft die Athener Regierung nun den Kauf anderer europäischer Waffensysteme wie Panzer und Fregatten.

BAUSPARKASSEN

Gefälschte Kundenakten

Bei der bekannten deutschen Bausparkasse Wüstenrot herrschen offenbar skrupellose Verkaufsmethoden. Um ihre Provisionseinnahmen aus der Vermittlung von Baudarlehen massiv zu erhöhen, manipulierten mehrere Mitarbeiter die Konto-Unterlagen von Kunden, deren Vermögensverhältnisse eigentlich keine Kreditvergabe zugelassen hätten. Um eine Genehmigung des Baukredits zu erreichen, frisierten die Wüstenrot-Leute auf den eingereichten Unterlagen Kontostände und monatliche Einkommen um viele tausend Euro nach oben. Im vergangenen Jahr „hat es vereinzelt Unregelmäßigkeiten bei der Beantragung von Darlehen gegeben“, bestätigt eine Wüstenrot-Sprecherin. Bisher sind elf Fälle bekannt. Vier davon betreffen den Nachweis von Eigenkapital, sieben weitere den Einkommensnachweis. Von fünf selbständigen Außendienstmitarbeitern habe sich Wüstenrot inzwischen getrennt, so die Sprecherin.

HYPOVEREINSBANK

Häuslebauer im Visier

Auf die Ersparnisse vieler Kreditkunden der HypoVereinsbank (HVB) wird wohl bald die Jagd eröffnet. Grund: Seit dem 17. Januar sitzt Christine Licci im Vorstand der bayerischen Großbank, und die Ex-Chefin der deutschen Citibank muss das nur mäßig rentable Privatkundengeschäft der Münchner auf Vordermann bringen. Bei einer Sitzung des Gesamtbetriebsrats am Mittwoch vor Ostern ließ sie erstmals durchblicken, wie ihre Vertriebsgruppe künftig mehr Geld verdienen soll. Eine von Liccis Hauptstoßrichtungen ist der Ausbau des sogenannten Cross-Sellings, also der Verkauf von mehreren Bankprodukten an einen Kunden. Auf der Suche nach unterversorgten Klienten wurde die Südtirolerin unter anderem bei den Häuslebauern fündig. Rund 140 000 Personen besitzen bei der HVB nur eine Immobilienfinanzierung und sonst nichts. Da will Licci jetzt mit einer Marketingoffensive ansetzen und zum Beispiel den Umsatz mit Aktienfonds ankurbeln.



Licci



Tankstelle (in Hamburg)

ROHSTOFFE

Gold im Depot

Nicht nur der Ölpreis schraubt sich auf immer neue Rekordstände, auch andere Rohstoffe sind gefragt wie selten: Kupfer und Stahl sind im Höhenflug, Gold ist so teuer wie seit 16 Jahren nicht mehr. Seit Herbst 2001 kennen die Preise auf den Rohstoffmärkten nur noch eine Richtung: aufwärts. Was Maschinenbauern und Autokonzernen die Bilanzen verhagelt, freut Manager von Rohstoff-Fonds. So legte der schwergewichtige „World Mining

Fund“ von Merrill Lynch seit März 2002 um fast 50 Prozent zu. Kaum weniger erfolgreich agiert mit rund 36-prozentigem Plus der „Activest-Aktien-Rohstoffe“ der Hypo-Vereinsbank. In den vergangenen Monaten ging es für die Branche nochmals kräftig nach oben. So stiegen die 15 wichtigsten Rohstoff-Fonds von September bis Anfang März um durchschnittlich 19 Prozent. Doch nach ersten Kurskorrekturen in den vergangenen Wochen ist offen, ob die Rallye weiter-

läuft. Während Wall-Street-Legende Jim Rogers den Markt erst „am Beginn einer riesigen Hausse“ wähnt, rechnet Klaus Matthies, Rohstoffexperte des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, in diesem Jahr nur noch mit „moderaten Anpassungen“. Vor allem der schwache Dollar und die Entwicklung in China bereiten Analysten Kopfzerbrechen. Der Boom-Staat verschlingt inzwischen rund ein Viertel des weltweiten Metallangebots. Sobald die Konjunktur dort ins Stocken gerät und der Dollar-Kurs steigt, „fallen auch die Rohstoffpreise wieder“, vermutet Wolfgang Wilke von der Dresdner Bank.

OSTEUROPA

Russische Hoffnung

Mit Spannung erwarten Investoren den Börsengang der Holding Raiffeisen International Ende April. Das österreichische Kreditinstitut hat sich auf die Wachstumsmärkte in Osteuropa spezialisiert. Der Zeitpunkt des Börsengangs scheint günstig. Manche der osteuropäischen Volkswirtschaften wachsen mit Raten von über zehn Prozent. Die Banken rechnen in den nächsten Monaten mit kräftigen Kursgewinnen in der Region. Vor allem Russland zählt Peter Szopo, Chefanalyst der Bank Austria, zu den Favoriten: „Das Land profitiert weiterhin von hohem Ölpreis, stabilen Staatsfinanzen und günstigen Aktienbewertungen.“ In der gesamten Region ist zudem kein Ende von Kapitalzuflüssen aus Westeuropa absehbar. Vergange-

ne Woche sicherte sich die spanische Telefónica für 2,7 Milliarden Euro die Mehrheit an der tschechischen Telefongesellschaft Český Telecom. Für Anleger bieten sich statt riskanter Einzeltitel Fonds an, die das Risiko über mehrere Länder streuen. Beobachter wie Fondsmanager Cyrus Golpayegani von Raiffeisen Capital Management befürchten: „Die Achterbahnfahrt der vergangenen Wochen geht weiter.“ Im März fiel der Osteuropa-Aktienindex von Morgan Stanley Capital nach einer Kursrallye zum Jahresanfang von knapp

211 auf unter 193 Punkte (siehe Grafik). Vergangene Woche legte der Index dann aber wieder zu. Experten erklären das Auf und Ab mit der jüngsten Erhöhung der US-Leitzinsen. Steigt die Rendite von Staatsanleihen in den USA, gewinnen die sicheren Wertpapiere im Vergleich zu riskanteren Osteuropa-Aktien an Attraktivität.



ERNÄHRUNG

Dick im Geschäft

McDonald's wird 50, verdient so viel Geld wie nie zuvor – und probt trotzdem einen radikalen Imagewandel. Die Fast-Food-Branche befürchtet angesichts lautstarker Debatten über falsche Ernährung milliardenschwere Massenklagen. Das Schicksal der Zigarettenindustrie gilt als Warnung.

Es war ein PR-Termin der Extraklasse. 15 handverlesene Kinder jubelten Bob Greene zu, als er in der New Yorker McDonald's-Filiale am Times Square für Stimmung sorgte. „Wollt ihr euch stark fühlen? Wollt ihr euch bewegen? Wollt ihr nicht mehr den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzen?“, rief Greene den Schülern zu, die ihn begeistert bejubelten.

Greene ist der Fitnesstrainer von Oprah Winfrey, Amerikas berühmtester und best-bezahlter Talkmasterin. Deshalb ist auch Greene durchaus so etwas wie ein Star. Der Fast-Food-Konzern hatte den Mann als eine Art Vorturner engagiert wie auch den bekannten Snowboarder Crispin Lipscomb und die Tennis-Schwestern Venus und Serena Williams. Sogar der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Jacques Rogge, trat unter dem frittengelben Firmenlogo auf. Konzernchef Jim Skinner nennt ihn „unseren langjährigen Freund“.

Das alles – den Fitnesstrainer und die jubelnden Kinder, die Tennis-Schwestern, den Snowboarder und den IOC-Präsidenten – haben die Marketingköche von McDonald's Anfang März am Times Square meisterlich zu einer neuen Wohlgefühlbotschaft aufgekocht. „Go active!“ lautet nun ihr Rezept.

Es geht um gesunde Ernährung, Bewegung und einen ausgewogenen Lebensstil. Es geht nicht um Hamburger und hässliche Speckröllchen. Es geht um viel Geld.

Wenn der Konzern aus Oak Brook bei Chicago Ende dieser Woche seinen 50. Geburtstag feiert, soll nichts die Stimmung trüben. Weder Schadensersatzklagen noch das böse F-Wort – Fettleibigkeit – sollen Thema sein, wenn 4000 Manager, Franchise-Nehmer und Mitarbeiter in einer großen Gala die Firmengründung begießen. Geplanter Höhepunkt der Party: ein Exklusivkonzert von Elton John.

Die Big-Mac-Firma feiert sich selbst – und den von ihr angeführten Siegeszug der amerikanischen Fast-Food-Industrie, der weltweit die Ernährungsgewohnheiten uniformierte. Pünktlich zum Jubiläum hat der Konzern nicht nur das PR-Debakel um „Super Size Me“ halbwegs verdaut, jenen



Imbissfiliale (in New York)
50 Millionen Kunden – pro Tag

Dokumentarfilm von Morgan Spurlock, der mit seiner 30-tägigen „McDonald's only“-Ernährung und deren Gesundheitsfolgen weltweit Furore machte. Die Firma hat auch ihre bislang größte Finanzkrise überstanden und allein in den USA die besten Ergebnisse seit 30 Jahren erzielt.

„Wir haben wieder richtig Schwung bekommen“, sagt Vorstandschef Skinner (siehe Interview Seite 81).

Die gesamte Branche, vor einigen Jahrzehnten eine Ansammlung weniger Hot-Dog- und Hamburger-Buden, hat sich ohnehin als mächtiger Wirtschaftsfaktor etabliert. Über 140 Milliarden Dollar geben allein die Amerikaner pro Jahr für Fast Food aus, 1970 waren es noch sechs Milliarden. Jeden Tag schaut rund ein Viertel der US-Bevölkerung bei Ketten wie Burger King vorbei oder bei Wendy's, Taco Bell, Kentucky Fried Chicken oder Pizza Hut.

McDonald's allein hat die Zahl seiner Restaurants seit 1968 von 1000 auf weltweit über 30 000 gesteigert und bewirbt zwischen Westsamoa und Peking rund 50 Millionen Kunden – pro Tag.

Doch ihre größte Herausforderung steht den Imbissimperien jetzt erst bevor. Regierung und Gesundheitsorganisationen in den USA haben falsche Ernährung und Fettleibigkeit zum Staatsfeind Nummer eins erklärt.

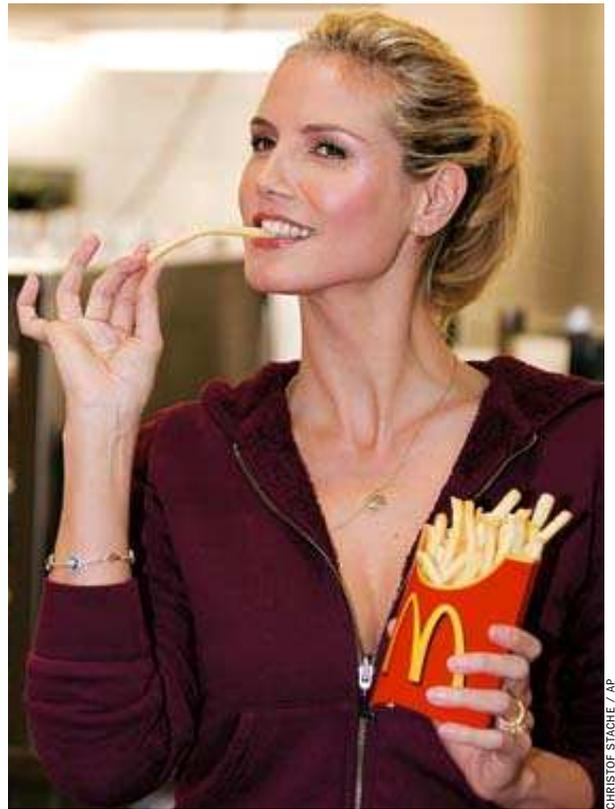
Während die Debatte um übergewichtige Kinder in Deutschland und anderen Industriestaaten erst allmählich beginnt, während hierzulande das Top-Model Heidi Klum als frittenkaudende Werbeträgerin strahlt, ist der Streit in der „Fast Food Nation“ (Titel eines US-Bestsellers) bereits voll entbrannt. Die Branchengiganten fürchten das Schicksal der Zigarettenindustrie: lange Prozesse, milliardenschwere Entschädigungsvorgaben aus der Politik. Da wundert es nicht, dass McDonald's und andere ihre Leidenschaft für Sport, Salat und Verbraucheraufklärung entdecken.

Friede, Freude, Fritten? – in den USA längst Geschichte. John Banzhaf ist Jurist an der George-Washington-Universität in Washington. Der selbst ziemlich übergewichtige Professor ist Anführer einer Bewegung aus Selbsthilfegruppen und aggressiven Juristen, die McDonald's & Co den Kampf angesagt haben. Banzhaf ist ein gefürchteter Gegner: In den sechziger Jahren reichte er als Erster eine Klage gegen die Tabakriesen ein und löste eine milliardenschwere Prozessflut aus.

„Verklagt die Mistkerle“, nennen Banzhafs Studenten sein Uni-Seminar. Bestehen kann nur, wer eine handfeste Klage vorlegt. Seit drei Jahren läuft seine eigene juristische Attacke.

Banzhaf hatte begonnen, nachdem die US-Gesundheitsbehörde im Dezember 2001 erklärte, 300 000 Amerikaner koste die Fettleibigkeit jedes Jahr das Leben. Das US-Wirtschaftsmagazin „Fortune“ widmete der Auseinandersetzung eine Titelgeschichte: „Is fat the next tobacco?“ Aber: Sind Big Macs tatsächlich so gefährlich wie der Genuss von Zigaretten?

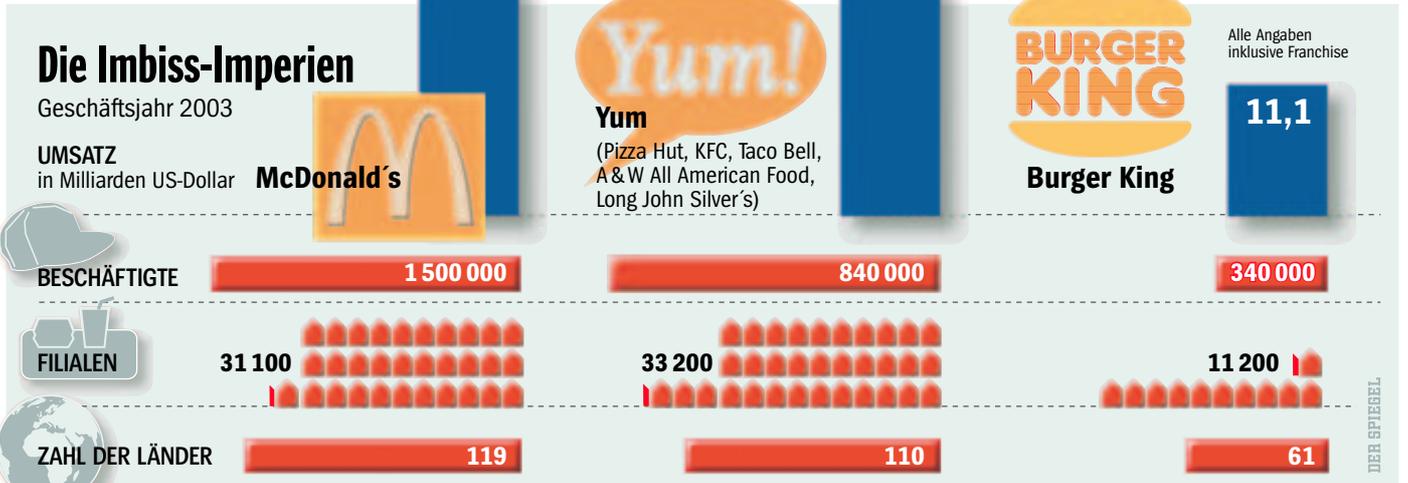
Ja, sagt Banzhaf, die Methoden von Tabak- und Fast-Food-Produzenten seien ziemlich ähnlich. Aber diesmal gehe es nicht um das Ende, sondern nur um die Veränderung einer Branche. „Die Tabakindustrie kann keine gesunde Zigarette herstellen, aber die Fast-Food-Industrie kann alle unsere Forderungen erfüllen und trotzdem überleben.“ „Food-Nazi“ nennen seine Gegner aus der



Werbestar Klum: Friede, Freude, Fritten?

Fritten-Branche ihren großen Kontrahenten. Mit Argwohn verfolgen sie, wie der Professor in ihren Filialen nach belastenden Fakten sucht: Wer verkauft noch immer XXL-Portionen mit übergroßer Pommes-Tüte und literweise Limonade? Wer hat für Kinder noch keinen zuckerfreien Nachtisch im Angebot?

„Wir haben schon erstaunliche Veränderungen erreicht, das Essen wird gesünder“, behauptet Banzhaf: So hat McDonald's seine extragroßen „Supersize“-Menüs gestrichen, Wendy's verkauft neuerdings Obst in seinen Filialen. An New Yorker Schulen wurden Snack-Automaten voller Schokoriegel und Chipstüten wieder abgebaut. Aber die Fast-Food-



Gegner wollen mehr – riesige Warnhinweise auf Hamburger- und Pommes-Tüten nach dem Vorbild von Zigarettenschachteln. Motto: Achtung, mehr als eine Fast-Food-Mahlzeit pro Woche ist ungesund.

Um den Druck zu erhöhen, wird geklagt – inzwischen auch mit Erfolg: McDonald's zahlte über zwölf Millionen Dollar, weil das Unternehmen seine Pommes in tierischem Fett frittiert und einen entsprechenden Hinweis darauf unterlassen hatte. Kläger war einer von Banzhafs Studenten, ein Vegetarier. Den Snack-Hersteller Pirate Booty kosteten falsche Kalorienangaben rund vier Millionen Dollar.

Ashley Pelman und Jazlyn Bradley sind derzeit die Hoffnungsträger der Bewegung. Die beiden Teenager aus New York hätten, sagt ihr Anwalt Samuel Hirsch, bis 2002 drei- bis fünfmal pro Woche bei McDonald's gegessen – und dadurch mächtig zugelegt: Allein Jazlyn schleppte danach über 120 Kilo auf die Waage. Wegen irreführender oder fehlender Informationen von McDonald's hätten die Mädchen nicht gewusst, so Hirsch, was das große Fressen bewirken kann: Fettleibigkeit, Diabetes, Herzschwäche, Bluthochdruck und hohe Cholesterinwerte.

2002 zogen Pelman, Bradley und ihre Eltern vor Gericht, zunächst vergebens. McDonald's-Juristen taten ihre Klagen als „frivol“ ab. Das Gericht konnte keinen Zusammenhang zwischen ihrer Big-Mac-Manie und angeblichen Gesundheitsschäden erkennen. Im Januar allerdings entschied ein New Yorker Berufungsgericht, dass der Fall nun doch verhandelt werden muss – zur Freude von Banzhaf und seinen Anhängern, die bereits auf Massenverfahren angeblicher Junk-Food-Opfer hoffen. „Ein Sieg wird die Tür für Millionen andere öffnen“, glaubt Banzhaf.

Sind die Fast-Food-Ketten für die Pfunde ihrer Kunden haftbar zu machen? Oder ist jeder selbst für sein Essen und seine Gesundheit verantwortlich, wie die Industrie findet?

Nicht einmal die Branchengiganten wollen sich noch auf den gesunden Menschenverstand ihrer Gäste – und vor allem: der Richter – verlassen. Seit Monaten trommeln ihre Lobbyisten in Washington für ein Gesetz über „eigenverantwortliche Ernährung“, die sogenannte Cheeseburger-Bill. Es soll Klagen wie die von Pelman und Bradley künftig verhindern. Ein gutes Dutzend Bundesstaaten hat bereits ein solches Gesetz erlassen. Im Kongress hängt eine nationale Vorschrift noch fest.

Mächtige Interessen stoßen aufeinander. Denn die Konzerne schreiben nicht nur mit Fett- und Cholesterinwerten Rekorde. Sie sind mit gut 3,5 Millionen Beschäftigten auch der größte Anbieter von Billigjobs in den USA. Branchenführer McDonald's hat den dicksten Marketingetat im Land. Das Unternehmen ist zudem der wichtigste Kunde der Rinder-, Schweine- und Kartoffelindustrie.

Dagegen stehen die Folgen für das Gesundheitssystem. Fast monatlich gibt es neue Schreckensmeldungen: Zwei Drittel der erwachsenen Amerikaner leiden un-

eröffnet. Heute ist es ein Museum, das die Konzernmanager mit Stolz erfüllt. Es gibt Plastikbuletten zu bestaunen und die wohl erste Pommes-Maschine der Welt. „Ein guter Fritten-Mann konnte hier gut 225 Kilo Kartoffeln pro Tag verarbeiten“, sagt Firmenhistoriker Michael Bullington – das Schälens und Schneidens der Knollen hat der neue Apparat übernommen.

Kroc hat im damals noch jungen Hamburger-Geschäft für Tempo und Transparenz gesorgt: Das Menü war mit sieben Angeboten übersichtlich und billig (der erste Burger kostete 15 Cent), die blitzblanke Küche für jeden einsehbar, die Arbeitsteilung zwischen Bulettenbratern, Milchshakebedienern und Kassierern effizient organisiert. „Das alles war damals revolutionär“, sagt Bullington. Auch fünf Jahrzehnte später hat sich das Geschäftsprinzip nicht geändert – wohl aber die Gesellschaft drum herum.

Deshalb müssen sich Krocs Nachfolger nun auf die gelegentlich skurril wirkende Suche nach einer neuen Identität machen. Vier Jahre lang ließen sie Experten in ihrem Innovationszentrum an einer Fritten-Alternative tüfteln, erst dann setzten sie sogenannte Apple Dippers auf die Speisekarte. Fast-Food-Freunde können die mit einer Spezialtinktur behandelten Apfelscheiben jetzt wie Pommes in eine Sauce tunken, allerdings nicht aus Ketchup, sondern aus Karamell (mit neun Gramm Zucker).

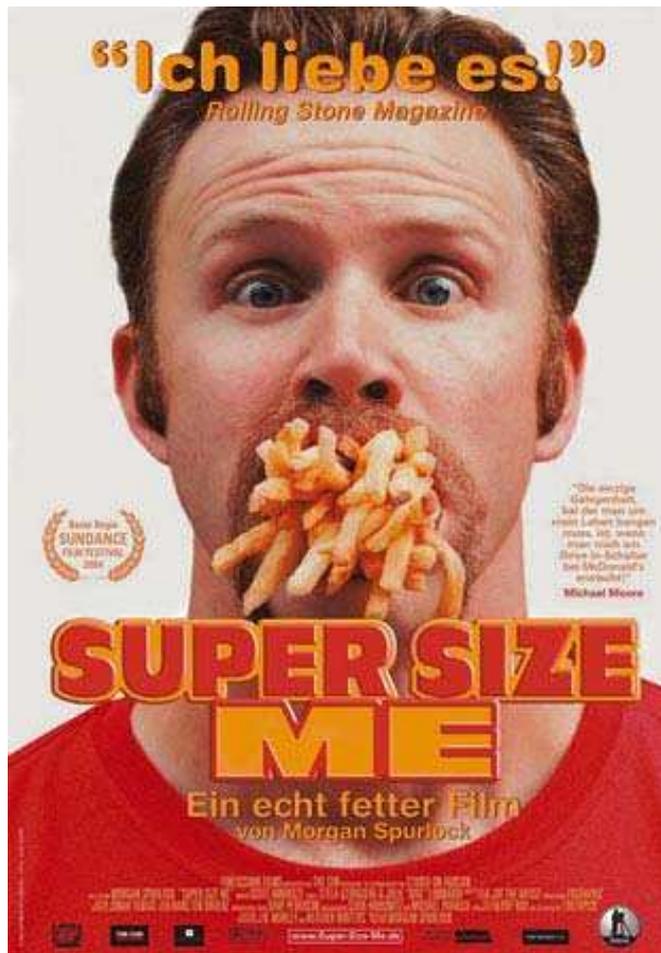
Um ihren Sinneswandel zu beweisen, haben die Manager zudem eigens eine Ernährungswissenschaftlerin eingestellt und mit dem wohlklingenden Titel „Global Director of Nutrition“ versehen: Cathy Kapica ist so eine Art Ulla Schmidt von McDonald's, eine auf gute Laune abonnierte Gesundheitsministerin des Konzerns. „Die Nährwerte sind ausgezeichnet“, sagt sie zum Bei-

spiel über die bei Kindern beliebten „Happy Meals“. Jede Menge Eisen, Zink und Magnesium sei da drin: „Kinder brauchen das zum Wachsen.“

Ist McDonald's mit solchen Sprüchen schon zu einer anderen Firma geworden?

„Kümmere dich um die Kunden, dann läuft das Geschäft von selbst“ lautet eine der Weisheiten von Firmengründer Kroc. Was die Kunden wollen, war im März in New York zu sehen, als Konzernchef Skinner gesunde Ernährung und einen ausgegogenen Lebensstil predigte. Kaum waren die Kameras aus, drängelten sich alle Kinder am Tresen, um ihr Lieblingsgericht zu bestellen: Hamburger und Fritten.

FRANK HORNIG, GEORG MASCOLO



Fast-Food-Gegner Spurlock: Weltweite Furore

ter Übergewicht, bei den Kindern sind es bisher 30 Prozent, Tendenz steigend. Diabetes wird unter Jugendlichen heute zehnmal häufiger diagnostiziert als vor 25 Jahren. Fettsucht verkürzt inzwischen, so Forscher der Universität von Illinois, die Lebenserwartung sogar stärker als Herzkrankheiten oder Krebs.

Das alles kostete die Öffentlichkeit laut jüngsten Schätzungen über 100 Milliarden Dollar – eine Zahl, die alle Kampagnen von McDonald's, das sich doch so gern mal selber feiern würde, in den Schatten zu stellen droht.

Des Plaines ist ein Vorort von Chicago. Hier hat Ray Kroc am 15. April 1955 sein erstes McDonald's-Franchise-Restaurant



Konzernchef Skinner
„Unsere Marke ist elastisch“

tet McDonald's nur eine von etlichen Möglichkeiten der Nahrungsaufnahme. Unser Durchschnittskunde kommt nur dreimal pro Monat in unsere Restaurants. 88 weitere Mahlzeiten im Monat nimmt er woanders ein. Wir haben das Problem der Übergewichtigkeit nicht verursacht. Aber wir wollen Teil seiner Lösung sein.

SPIEGEL: In den vergangenen 20 Jahren sind eigentlich alle Versuche Ihres Konzerns gescheitert, gesündere Lebensmittel anzubieten. Oder waren Ihre ersten Salate, cholesterinfreien Muffins und fettarmen Burger etwa ein Erfolg?

Skinner: Manches davon hat funktioniert, anderes nicht. Wir können natürlich alles Mögliche anbieten. Aber wenn der Kunde es dann nicht kauft, haben wir auch ein Problem. Schließlich sind wir ein gewinnorientiertes Unternehmen.

SPIEGEL: Warum sollte es diesmal besser klappen?

Skinner: Die Gesellschaft ändert sich. Und wir müssen unseren Gästen Produkte anbieten, bevor sie überhaupt ahnen, dass sie die haben wollen. Nehmen Sie als Beispiel die kleinen Tütchen mit frischen Äpfelscheiben, die wir seit vergangem Jahr in unseren Restaurants anbieten: McDonald's ist in nur einem Jahr der größte Abnehmer von Äpfeln in den USA geworden. Allein dieses Jahr kaufen wir 24 Millionen Kilo Äpfel ein.

SPIEGEL: Wie wär's als Nächstes mit Tofu oder Grünkernbuletten?

Skinner: Wir müssen in erster Linie bezahlbares Essen bieten. Außerdem muss alles mit der Servicegeschwindigkeit von McDonald's zubereitet werden. Und es muss am Ende auch noch gut schmecken. So sehen wir unser Geschäft. Abgesehen davon: Im Mai nehmen wir in den USA als Nächstes einen Frucht-Walnuss-Salat ins Programm.

SPIEGEL: Könnte es sein, dass Sie mit zu viel Obst und Gemüse Ihre Stammkundschaft verschrecken?

„Lieber besser als größer“

McDonald's-Chef Jim Skinner über seinen Kampf gegen falsche Ernährung und die Angst vor klagefreudigen Kunden und Juristen

Skinner, 60, begann seine McDonald's-Karriere 1971 als Management-Trainee in einem der Restaurants. Ende 2004 übernahm er die Vorstandsspitze des größten Fast-Food-Konzerns der Welt. Seine drei Vorgänger schieden schon nach kurzer Zeit aus dem Amt: 2002 musste Jack Greenberg wegen dramatischer Gewinneinbrüche gehen. Jim Cantalupo starb im April 2004 an einem Herzinfarkt. Nachfolger Charlie Bell musste wegen einer Darmkrebs-Erkrankung nach wenigen Monaten die Führung abgeben und starb kurz darauf.

SPIEGEL: Mister Skinner, dieser Tage feiert McDonald's seinen 50. Geburtstag – ein halbes Jahrhundert im Zeichen von Pommes und Hamburgern. Warum macht sich ausgerechnet dieser Konzern neuerdings in weltweiten Kampagnen für Sport und gesunde Ernährung stark?

Skinner: Wir möchten zeigen, dass wir uns um unsere Gäste kümmern – und dass wir durchaus die Möglichkeit, die Macht, aber auch die Verantwortung haben, bei diesem Thema den Ton anzugeben.

SPIEGEL: Sie wollen nicht allen Ernstes behaupten, dass gesund lebt, wer regelmäßig in Ihren Filialen isst.

Skinner: Es geht immer um die Vielfalt im Speiseplan. Und vergessen Sie nicht den extrem wichtigen Aspekt der sportlichen Bewegung. Wir müssen unseren Gästen helfen, komplizierte Zusammenhänge zu verstehen. Alles dreht sich darum, wie viele Kalorien wir zu uns nehmen und wie viel wir davon anschließend wieder verbrennen.

SPIEGEL: Zwei Drittel der Amerikaner gelten inzwischen als übergewichtig. Welche Verantwortung hat McDonald's für das zurzeit vieldiskutierte Problem der Fettleibigkeit?

Skinner: Jeder Einzelne trägt letztlich selbst die Verantwortung für das, was er isst, und dafür, wie ausgewogen er sein Leben gestaltet. Wenn Sie morgens aufstehen, bie-

246 Milliarden Dollar Schadensersatz

hat die US-Tabakindustrie 1998 in einem gerichtlichen Vergleich mit 46 Bundesstaaten für die folgenden 25 Jahre versprochen. Das Geld soll für die Behandlungskosten von Rauchern verwendet werden.

Allein der Konzern Altria (Philip Morris) hat bislang nach Auskunft einer Sprecherin fast 18 Milliarden Dollar an die Bundesstaaten überwiesen.



Zigaretten-Manager (im US-Kongress): „Essen ist lebensnotwendig, Rauchen nicht“



DaimlerChrysler-Hauptversammlung (am Mittwoch)

KONZERNE

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Die Kritik der DaimlerChrysler-Aktionäre richtet sich nicht nur gegen Vorstandschef Schrempp. Auch Aufsichtsräte geraten wegen privater Geschäfte ins Visier.

Aus der Fassung bringen konnte Jürgen Schrempp, 60, am vergangenen Mittwoch rein gar nichts. Nicht der wohl längste Applaus der gesamten Hauptversammlung des DaimlerChrysler-Konzerns, den ein Aktionär für seine Forderung erhielt: „Treten Sie zurück!“ So was perlt an Schrempp ebenso ab wie all die anderen Vorwürfe, die er sich an jenem Tag anhören musste. Um den Schlaf bringt den Manager, wie er sagte, derzeit allenfalls eines: das nächtliche Geschrei seines einen Monat alten Sohnes.

Schrempp wusste, dass am Ende, wenn die Stimmen der Aktionäre ausgezählt sind, ein besseres Ergebnis stehen würde als im vergangenen Jahr. Der neue Großaktionär, die Scheichs von Dubai, würde für die Entlastung des Vorstands votieren. Ebenso die Fondsgesellschaft der Sparkassen, deren Vertreter 2004 noch als heftigster Kritiker aufgetreten war. Und schließlich kamen viele kritische Aktionäre diesmal erst gar nicht nach Berlin. Vertreten waren gerade mal 38 Prozent aller Aktien.

Dennoch geriet die Hauptversammlung zu einer herben Abrechnung – mit Schrempps Strategie, aber vor allem mit dem Aufsichtsrat. Die Deutsche Bank, die mit gut zehn Prozent den größten Anteilseigner des Konzerns stellt und deren Ex-Chef Hilmar Kopper den Aufsichtsrat bei DaimlerChrysler anführt, ist seit langem unzufrieden mit der Entwicklung. Öffentliche Kritik aber ließ man, auch aus Rücksicht auf Kopper, bisher lieber sein.

Skinner: Einen Großteil unseres Umsatzes machen wir schon heute zum Beispiel mit Salaten und Hühnerprodukten. Unsere Marke ist sehr elastisch. Und wenn Sie heute bei uns einen Salat essen, bekommen Sie dennoch das McDonald's-Gefühl mitgeliefert.

SPIEGEL: Hat Ihr Kampf für mehr Fitness nicht auch mit der Klagewelle zu tun, der sich Ihr Konzern neuerdings ausgesetzt sieht? In New York geht gerade der Prozess von zwei übergewichtigen Teenagern in die nächste Verhandlungsrunde. Die beiden fordern eine Millionenentschädigung, weil sie sich von McDonald's über Gesundheitsrisiken in die Irre geführt fühlen.

Skinner: Da wird sich hoffentlich vor Gericht der gesunde Menschenverstand durchsetzen. Am Ende geht es hier wie in anderen Fällen auch wohl um Anwälte, die vor allem ein Ziel verfolgen: sich die eigenen Taschen zu füllen.

SPIEGEL: Vor ein paar Jahren hat die Tabakindustrie das Gleiche gedacht. Später wurde sie zu Entschädigungen in Milliardenhöhe verurteilt.

Skinner: Die beiden Fälle und Branchen halte ich wirklich nicht für vergleichbar. Essen ist lebensnotwendig, Rauchen nicht.

se seit 30 Jahren geschafft. Heute haben wir jeden Tag zwei Millionen Gäste mehr als vor zwei Jahren.

SPIEGEL: Geht es McDonald's gut, wenn es der Wirtschaft schlecht geht?

Skinner: Da haben wir leider keine Wahl. Aber in Amerika ist an Ihrer These sogar was dran: Ein bescheidenes Wirtschaftswachstum ist eigentlich positiv für unser Geschäft.

SPIEGEL: Demnach müssten Sie mit der mauern deutschen Konjunktur höchst zufrieden sein.

Skinner: Die deutsche Arbeitslosenquote liegt ja schon seit Jahren bei zehn Prozent. Mit zwölf Prozent ist da für uns eine neue Schwelle erreicht. Es ist kompliziert geworden. In den letzten Jahren sind wir gegenüber unseren eigenen Gewinnerwartungen in Deutschland etwas abgerutscht. Ich denke, die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Stimmung im Land spielen da eine Rolle. Aber wir gehen inzwischen wieder in die richtige Richtung. Die Umsätze steigen. International gesehen schauen wir vor allem nach China. Das ist ganz offensichtlich ein riesiger Markt für uns. Wir haben dort bereits jetzt 650 Restaurants, die Zuwachsraten sind zweistellig.



Fast-Food-Wettbewerb (in New York): „Es geht immer um die Vielfalt im Speiseplan“

SPIEGEL: McDonald's hat jedenfalls turbulente Jahre hinter sich. Erstmals in seiner Geschichte hat das Unternehmen vor drei Jahren rote Zahlen geschrieben. Was war der Grund für die Krise?

Skinner: Wir hatten unseren Fokus verloren. In den späten neunziger Jahren und Anfang des neuen Jahrzehnts nahm die Zahl unserer Restaurants jedes Jahr um zehn Prozent zu. Diese Quote haben wir auf ein Prozent reduziert. Unsere Devise heißt heute: Lieber besser als größer. Wir investieren mehr ins Design der bestehenden Restaurants als in unkontrolliertes Wachstum.

SPIEGEL: Zahlt sich das bereits aus?

Skinner: Unser Plan greift. 2004 hatten wir mit 19 Milliarden Dollar Umsatz die weltweit besten Zahlen seit 17 Jahren. In den USA haben wir sogar die besten Ergebnis-

SPIEGEL: Werfen Sie dort vor allem Frühlingsrollen in Ihre Fritteusen?

Skinner: Wir machen überall auf der Welt die gleiche Erfahrung: Die Leute fühlen sich betrogen, wenn sie nicht das echte McDonald's-Erlebnis bekommen.

SPIEGEL: Sie wollen Millionen Gäste zu mehr Sport animieren. Wie halten Sie sich fit?

Skinner: Ich hebe Gewichte und gehe vier-, fünfmal pro Woche laufen.

SPIEGEL: Hamburger und Fritten haben Sie der Gesundheit zuliebe vom eigenen Ernährungsplan gestrichen?

Skinner: Ich mag unseren Salat mit gegrilltem Hühnchen, aber auch den Hamburger Royal oder den Fruchtjoghurt. Ich gehe täglich in unsere Filiale hier in der Konzernzentrale – und irgendetwas Leckeres finde ich eigentlich immer.

INTERVIEW: FRANK HORNIC



vergangener Woche in Berlin): „Die Zügel endlich straffer anziehen“

Damit ist es nun vorbei. Die Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, die DWS, brachte ihren Protest nicht nur wie andere Fondsgesellschaften durch Stimmenthaltung bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zum Ausdruck. Sie votierte sogar dagegen, was durchaus als Eklat gewertet werden kann.

DWS-Chef Klaus Kaldemorgen griff Kopper frontal an und kritisierte, dass der Aufsichtsrat den Vertrag Schrempps im vergangenen Jahr noch vor der Entscheidung über die Zukunft von Mitsubishi verlängert hat. „Wir fordern den Aufsichtsrat auf“, so Kaldemorgen, „die Zügel endlich straffer anzuziehen.“

Viele Aktionäre bezweifeln, dass der 20 Mitglieder zählende Aufsichtsrat dazu in der Lage ist. Neben Robert Lanigan, Ex-Chef eines Glascontainerproduzenten in Illinois, sitzen dort schillernde Gestalten wie William Owens, der Verdienste als Admiral der U. S. Navy erworben hatte und später Chef von Nortel wurde, Lynton Wilson, einst Kanadas Vize-Tourismusminister, sowie Earl Graves, Herausgeber des Magazins „Black Enterprise“, und Peter Magowan, Präsident der Baseball-Mannschaft San Francisco Giants. Fachleute sehen anders aus.

Vor allem aber sitzen im Kontrollgremium mit dem einstigen Bertelsmann-Chef Mark Wössner und dem Zeitschriftenverleger Graves zwei Männer, die dem DaimlerChrysler-Konzern auch geschäftlich verbunden sind. Wössner bezog in den Jahren 2002, 2003 und 2004 über eine Daimler-

Chrysler-Tochter jeweils Mieteinnahmen von einer Million Euro. Graves erhielt für seine Zeitschrift in den Jahren 2002 bis 2004 insgesamt Anzeigen im Wert von 2,39 Millionen US-Dollar.

Bei Wössner basiert die Verbindung auf einer privaten Beteiligung des einstigen Bertelsmann-Chefs am Wohnmobilmobilhersteller Westfalia. Mit zwei Freunden war er 1993 bei der Firma eingestiegen, um sie vor der Pleite zu retten. 1998 wurde Wössner dann in den Aufsichtsrat von Daimler-Benz gewählt. 1999 übernahm DaimlerChrysler zuerst 49 Prozent, 2001 schließlich auch die restlichen 51 Prozent der Westfalia Van Conversion. Das ist eine Tochter von Westfalia, in die das Geschäft mit dem Wohnmobilausbau ausgegliedert wurde.

Er habe diesen Verkauf, der „ein gutes Geschäft für Daimler-Benz“ war, „nicht eingefädelt und auch nicht persönlich verhandelt“, sagt Wössner. Er blieb fortan noch mit einem Drittel an der einstigen Muttergesellschaft beteiligt, der Gebäude und Grundstücke gehören, die von der Westfalia Van Conversion gemietet sind.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex, der Regeln für gute Unternehmensführung und -kontrolle zusammenfasst, fordert, dass Geschäftsbeziehungen zwischen Aufsichtsräten und dem Unternehmen offen gelegt werden. DaimlerChrysler weist die Zahlung an die Aufsichtsräte Wössner und Graves in der Bilanz aus. Der Kodex fordert zugleich aber auch, „wesentliche und nicht nur vorüber-

gehende Interessenkonflikte sollen zur Beendigung des Mandats führen“. Wössner selbst sieht in den Mieteinnahmen „keinerlei Interessenkonflikt“ mit seiner Aufgabe als Aufsichtsrat des DaimlerChrysler-Konzerns. Durch seine Geschäfte würde er sich bei der kritischen Kontrolle des Vorstands keineswegs beeinflussen lassen: „Das bremst mich nicht.“

Andere Aufsichtsräte von DaimlerChrysler verweisen auf „Fälle von viel größerem Ausmaß“, die geschäftlichen Verquickungen des VW-Aufsichtsratschefs Ferdinand Piëch etwa. Der ist zugleich Mit-eigentümer der Porsche Holding in Österreich, die mit dem Vertrieb von VW-, Audi-, Seat- und Škoda-Modellen in vielen Ländern Milliardenumsätze erzielt. Und er ist zugleich Mitbesitzer der Sportwagenfirma Porsche, die den Geländewagen Cayenne gemeinsam mit VW produziert.

VW-Aktionäre haben dies auf den Hauptversammlungen mehrfach kritisiert und erhielten stets die Antwort: Wirtschaftsprüfer würden jedes Jahr die geschäftlichen Verbindungen mit den Firmen des Aufsichtsratsvorsitzenden untersuchen – ohne Beanstandungen.

Bei DaimlerChrysler kommt Kritik an den privaten Deals mit den Aufsichtsräten Wössner und Graves jetzt wohl auch deshalb auf, weil die Aktionäre bereits seit langem unzufrieden mit der Arbeit der Kontrolleure sind. Jedes Jahr gibt es einen neuen Krisenfall: Chrysler, Mitsubishi, Fuso, Smart, und nun ist sogar der Kern des Konzerns, Mercedes-Benz, angesprochen. Dennoch verlängerte der Aufsichtsrat den Vertrag des Vorstandschefs bereits zweimal, einmal sogar vorzeitig.

SEB-Fondsmanager Thomas Körfggen sagte: „Herr Kopper, der Aufsichtsrat ist das oberste Kontrollorgan – aber das ist bei DaimlerChrysler nur die Theorie.“ Statt „Schrempps Missmanagement Einhalt zu gebieten, schützen Sie es“. Möglicherweise sei dies auch Folge der Überalterung des Gremiums. Obwohl der Konzern selbst die Regel vorgibt, dass Aufsichtsräte maximal 70 Jahre alt sein sollten, hätten bei DaimlerChrysler drei Kontrolleure die Grenze überschritten. „Ich bin ein Sünder“, antwortete Aufsichtsratschef Kopper, 70. Im Prinzip wolle man sich an die Altersregel halten. Aber eben nur im Prinzip.

Die Kritik an der mangelnden Kontrolle beschränkt sich nicht nur auf die Vertreter der Kapitaleseite im Aufsichtsrat, sie trifft auch die Arbeitnehmervertreter. Betriebsrat Werner Funk sagt: „Den Aufsichtsrat könnte man komplett auflösen und eine Menge Geld sparen.“

Schrempp muss das wenig kümmern. Der Vorstand wurde am Ende entlastet statt entlassen, wie von vielen gefordert: mit 94,6 Prozent der Stimmen. Alles bestens. Oder, wie Schrempp sagt: „Manchmal braucht man einen langen Atem für einen großartigen Erfolg.“

DIETMAR HAWRANEK



DaimlerChrysler-Aufsichtsräte Graves, Wössner: Werbe-Deals und Millionenmieten



Deutsches Biotech-Labor: „Da explodiert eine Branche“

PHARMAINDUSTRIE

Klein schlägt Groß

Trotz etlicher Rückschläge gehört die Zukunft jungen Biotech-Firmen. Aus ihren Forschungslabors kommt schon fast jede zweite Neuzulassung auf dem Medikamentenmarkt.

Zwei Jahre lang war der Antikörper Tysabri getestet worden. Ärzte beobachteten an weltweit 99 Kliniken, wie Patienten, die an Multipler Sklerose (MS) leiden, auf den von den Biotech-Firmen Biogen Idec und Elan entwickelten Wirkstoff reagierten.

Voller Stolz verbreitete Biogen-Chef James Mullens am 17. Februar die Ergebnisse der Langzeitstudie. Sie begeisterten Mediziner und Börsianer gleichermaßen. Tysabri hatte bei 67 Prozent der 942 Testpatienten die Krankheitsschübe reduziert und das Risiko von Körperbehinderungen um 42 Prozent verringert – eine bisher von MS-Medikamenten unerreichte Erfolgsquote. Nebenwirkungen: vergleichsweise gering.

Bis zu vier Milliarden Dollar Umsatz trauten die Analysten dem neuen Medikamentenstar aus den Biotech-Labors zu. Über Nacht galt Tysabri als Vorzeigeprodukt eines neuen Booms der Branche. Doch die Hochstimmung hielt nur kurz.

Am 18. Februar, nur einen Tag nach der Veröffentlichung der grandiosen Testergebnisse, informierte Mullens Forschungsvorstand Burt Adelman seinen Chef, dass zwei der mit Tysabri behandelten MS-Patienten

an einem äußerst seltenen Hirnleiden erkrankt seien. Einer davon sei bereits gestorben.

Tysabri musste vom Markt genommen werden. Biotech-Kurse rund um den Globus brachen ein. Mullens Biogen Idec verlor an einem Tag über 42 Prozent des Börsenwerts.

Der unerwartete Fall des jüngsten Stars der Biotech-Branche schien wieder einmal jenen Skeptikern Recht zu geben, die der gesamten Pharmabranche eine eher düstere Zukunft voraussagen. Der spektakuläre Rückzug von Produkten mit Milliardenumsätzen wie zuletzt die Rücknahme des Schmerzmittels Vioxx von Merck sowie die Geldknappheit in den Gesundheitssystemen der reichen Länder ließ das Geschäft mit Medikamenten zuletzt als nicht mehr sicher und lukrativ erscheinen.

Doch trotz solcher und anderer Rückschläge ist die Biotechnologie dabei, ihre Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. „Da explodiert eine Branche“, so Edwin van der Geest von der Schweizer Bellevue Asset Management, „und keiner hat es bisher so richtig gemerkt.“

Es ist vor allem die Not der Großen, die der Biotechnologie im Geschäft mit Medi-

kamenten zu einem unaufhaltsamen Aufstieg verhilft. Während es der klassischen Pharmaforschung immer schwerer fällt, neue Wirkstoffe für innovative Pillen zu finden, gelingt es den Biotechnikern in immer schnellerer Folge, im Reich der Moleküle heilende Kombinationen zu entdecken – Klein schlägt Groß.

Weltweit werden derzeit knapp 1000 Biotech-Produkte klinisch geprüft, davon sind knapp 300 bereits in der Endstufe vor der Markteinführung. Über die Hälfte der Neuzulassungen kommt inzwischen aus den Labors der jungen Firmen. Von den 20 Medikamenten, die im vorigen Jahr in den exklusiven Club der Blockbuster aufgestiegen sind, also einen Umsatz von mehr als eine Milliarde Dollar erreicht haben, stammten 11 aus Biotech-Labors.

Andererseits verlieren allein in den nächsten zwei Jahren Medikamente der großen Pharmafirmen mit einem Jahresumsatz von 30 Milliarden Dollar ihren Patentschutz. Sobald der fällt, drücken Generikahersteller den Preis der Patentprodukte um bis zu 80 Prozent.

Die Pharmariesen haben in den vergangenen Jahren immer mehr Geld in Forschung und Entwicklung gesteckt, um die Lücke mit eigenen Produkten zu füllen. Doch die Hoffnung, dass mit zunehmender Größe der Forschungsabteilungen auch der Erfolg steigen würde, erfüllte sich nicht. Ganz im Gegenteil.

Im Jahr 2000 gaben die Pharmariesen rund hundert Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung aus und reichten 25 Medikamente zur Zulassung ein. 2003 brachten 130 Forschungsmilliarden nur noch 18 Kandidaten. Mit Geld

allein, hat sich gezeigt, lassen sich Forschungserfolge in der Pharmaindustrie nicht erzwingen.

Der Vorteil der kleinen Biotech-Firmen: Sie suchen gezielt und haben inzwischen technische Methoden entwickelt, um in kurzer Zeit Millionen möglicher Medikamenten-Aspiranten unter den Molekülen zu testen.

Den mangelnden Forschungserfolg versuchen die Pharmariesen durch gewaltigen Werbeaufwand auszugleichen. So schickt Branchenführer Pfizer inzwischen rund 38 000 Vertreter rund um den Globus in die Arzt-

praxen. Der Konzern gibt jährlich 17 Milliarden Dollar für Marketing aus und gehört damit zu den zehn größten Werbern in den USA. Hilfe sucht die notleidende Branche bei den Molekülfütlern der Biotechnologie – und bekommt sie. Dem Schweizer Traditionskonzern Roche unter Vorstandschef Franz Humer etwa geht es besonders gut, weil er sich rechtzeitig bei Genentech in den USA eingekauft hat.

Von den zehn umsatzstärksten Produkten der Schweizer stammen inzwischen sieben aus der Biotech-Forschung. 2,1 Milliarden Dollar zahlte Roche 1990 für seinen Anteil an Genentech. Heute, nur 15 Jahre später, ist die Beteiligung über 30 Milliarden Dollar wert – und liefert ständig neue Erfolge.

Als Genentech kürzlich bekannt gab, dass Avastin, zugelassen als Mittel gegen Dickdarmkrebs, auch bei Lungenkrebs wirkt, schoss der Kurs um 25 Prozent auf 55 Dollar in die Höhe.



Roche-Vorstandschef Humer: Rechtzeitig eingekauft

Der Aufschwung der Biotechnologie vollzog sich kontinuierlich und weitgehend ohne große Einbrüche. Seit Beginn der neunziger Jahre wuchsen die Umsätze der Branche fast durchgehend zweistellig. Im vorigen Jahr schwoll der Umsatz sogar um 33 Prozent an.

An der Börse allerdings hat sich der steile Aufstieg bislang nicht überall herumgesprochen. Das Gros der Anleger ist immer noch skeptisch – und geht entsprechend vorsichtig mit den Biotech-Werten um.

So erreicht die gesamte gelistete US-Biotech-Industrie, rund 159 Unternehmen, einen Marktwert von gut 260 Milliarden Dollar – weniger, als die beiden Pharmamarktführer Pfizer und Merck zusammen. Und das, obwohl Pfizer und Merck nur etwas über 100 Produkte in der klinischen Prüfung haben, die Biotech-Firmen dagegen über 900.

Die Biotech-Unternehmen profitieren auch davon, dass die Pharmakonzerne in-

zwischen bereit sind, viel Geld für Lizenzen ihrer Produkte auszugeben. Fast elf Milliarden Dollar Lizenzgebühren kassierte die Branche im vorigen Jahr allein auf dem US-Markt – mit steigender Tendenz. „Die Biotechnologie“, so Steven Burrill von der auf Pharma spezialisierten Anlagebank Burrill & Company in San Francisco, „ist in hervorragender Verfassung.“

Das gilt freilich immer noch vor allem für die US-Vertreter der Branche, die einen Entwicklungsvorsprung von zehn Jahren vor dem Rest der Welt halten. Erfolgreiche Anlagefirmen wie etwa die Schweizer BBBiotech, die sich in Unternehmen engagieren, die bereits marktreife Produkte vorweisen können, füllen ihr Portfolio nach wie vor zum größten Teil mit Titeln aus den USA.

Ein wenig von der Aufbruchstimmung in der Branche allerdings ist auch hierzulande zu spüren. So legte etwa der erste deutsche Börsenneueinde des Jahres 2005, das Aachener Biotechnologie-Unternehmen Paion, einen beachtlichen Start hin. Paion kommt demnächst mit einem aus Fledermausspeichel entwickelten Medikament gegen Schlaganfall auf den Markt.

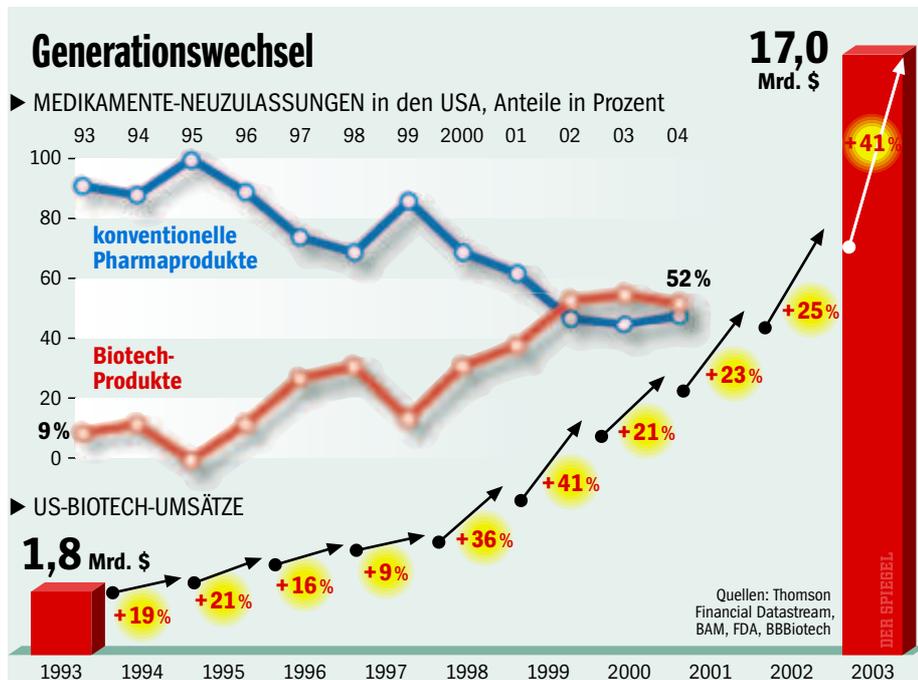
Für gute Stimmung sorgen auch die Martinsrieder Unternehmen Morphosys, Medigene und GPC. Morphosys erreichte ein Jahr früher als geplant die Gewinnzone – vor allem dank lukrativer Kooperationen mit großen Pharmakonzernen. Kurz vor Ostern etwa sicherte sich Boehringer Ingelheim in einem Fünf-Jahres-Vertrag Exklusivlizenzen für neue therapeutische Antikörperprogramme, eine Spezialität von Morphosys.

Die Zukunft, davon sind die Analysten von Morgan Stanley genauso überzeugt wie die Marktexperten von BBBiotech, gehört auf alle Fälle der Biotechnologie. Schon heute sind die Molekülforscher bei der Bekämpfung von Volkskrankheiten wie Krebs oder Alzheimer voraus. Und mit der Alterung der Bevölkerung wächst den Biotechnologen in den kommenden Jahren die Kundschaft reichlich nach.

So treten zum Beispiel etwa 90 Prozent aller Krebserkrankungen erst nach dem 50. Lebensjahr auf. Und für einen 65-Jährigen werden im Schnitt jährlich fünfmal mehr rezeptpflichtige Medikamente verschrieben als für einen 25-Jährigen. Monat für Monat aber wächst die Zahl der über 65-Jährigen in den Industrieländern um rund eine Million.

Christian Lach, Biochemiker bei BB-Biotech, ist sich deshalb sicher: „Wir stehen noch immer erst am Anfang eines Megatrends.“

HEIKO MARTENS



MANAGER

Abteilung Dolchstoß

Selten wurde ein Vorstandschef derart öffentlich demontiert wie KarstadtQuelle-Boss Achenbach. Die Suche nach dem Nachfolger begann schon vor seinem Abgang.

Der morgendliche Blick in die Zeitungen war für KarstadtQuelle-Chef Christoph Achenbach in den vergangenen Wochen so etwas wie der Senf auf der Semmel. Von rapidem Umsatzverfall beim größten deutschen Warenhauskonzern war da zu lesen. Von ausbleibenden Sanierungserfolgen. Von neuen Liquiditätsnöten. Immer entdeckte er in den Storys sein eigenes graues Gesicht – und zwischen den Zeilen das mitschwingende Orakel: Der kann's nicht. Der soll's nicht. Der schafft's nicht.

Als Quellen dienten mal ein nicht näher benanntes „Konzernumfeld“, mal „gut unterrichtete Insider“ oder „Bankenkreise“. Selten zuvor musste ein deutscher Vorstandschef erleben, dass er derart breitflächig unter Beschuss genommen wurde. „Ich kann mir nicht erklären, wer KarstadtQuelle schaden will“, fachte Achenbach den Gerüchenebel um seine Person herum selbst noch an.

Genüßlich wurde vermerkt, dass er trotz gewaltiger Sanierungsaufgaben bereits viermal Urlaub genommen hatte seit seinem Amtsantritt vor zehn Monaten. Gern wurde kolportiert, dass er die Teilnahme an einer Investorenkonferenz wegen Krankheit abgesagt hatte – aber dann ausgerechnet bei einer Betriebsfeier erschien. Vergangenen Mittwoch hatten die Kritiker ihr Ziel erreicht: Achenbach, 46, erklärte seinen Rücktritt.

„Ich wusste, dass es kein Spaziergang wird, aber ich sehe keine Chance, die gezielten Falschmeldungen über die angeblich desolante Lage des Konzerns zu stoppen, solange ich im Amt bin“, klagte er tags darauf in der von Oberaufseher Thomas Middelhoff geleiteten Aufsichtsratssit-

zung in Wiesbaden. Entnervt bat Achenbach um Verständnis, „dass ich unter diesen Umständen die mir übertragenen Aufgaben nicht mehr fortsetzen will“. Es war das Ende einer kurzen Karriere, aber der Beginn einer weiteren Legende, diesmal Abteilung Dolchstoß. Middelhoffs Entsetzen über Achenbachs Abgang hielt sich zu diesem Zeitpunkt schon in engen Grenzen, auch wenn er am Freitag vergangener Woche sagte: „Zwischen uns war eigentlich keine der Sachfragen strittig.“

Achenbach werden vor allem drei Fehler vorgeworfen: Er bekam die desaströse

je mehr Briefe intern hin- und hergingen, umso lauter wurde draußen die Kritik.

Middelhoff und sein Vize, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Pokriefke, vertrösteten Achenbach zunächst. „Ich bin sicher“, sagt ein Aufsichtsrat, „dass im April eine Mehrheit für Achenbach zustande gekommen wäre.“ Sicher war zu diesem Zeitpunkt allerdings nur das Chaos. Als der Top-Manager auch noch mit Rücktritt drohte, fühlte sich das Gremium endgültig erpresst.

Interne Kritik an der Arbeit des erst im Juni als Nachfolger des rastlos-chaotischen Wolfgang Urban berufenen Chefs war bis dahin nicht allzu laut geworden. „Dazu gab es keinen Grund“, sagt ein Mitglied der Arbeitgeberbank. Zwar ist der lädierte Handelskonzern längst nicht gerettet. Der Umsatzschwund setzt sich fort. Auch ein Konzept für die Warenhäuser lässt sich bislang nur erahnen – etwa an der kürzlich neueröffneten Karstadt-Filiale in Potsdam.

„Doch die zunächst einmal notwendigen Aufräumarbeiten“, sagt ein Aufsichtsrat, „verlaufen weitgehend nach Plan – teilweise sind wir weiter, teilweise liegen wir etwas zurück.“ Selbst die für 2005 prognostizierte „schwarze Null“ in der Bilanz gelte weiter als erreichbar. Wie also kam es zu dem plötzlich einsetzenden Dauerfeuer?

Vage ist unter Aufsichtsräten von Hedgefonds und Risikoinvestoren die Rede, die ein Interesse daran hätten, die Sanierung scheitern zu lassen, um den Konzern anschließend filetieren zu können. Klarer war da schon Middelhoffs Warnung an seine Kollegen, rund um den Konzern hätten in jüngster Vergangenheit viel zu viele Berater mitgeraunt. Damit müsse nun Schluss sein.

„KarstadtQuelle braucht jetzt vor allem eines“, so Middelhoff am vergangenen Freitag, „Ruhe.“

Die Stille nach dem Sturm hat der Konzern auch dringend nötig, denn genutzt hat das Geschrei um Verluste und Verträge keinem: Achenbach geht – als Verlierer. Middelhoff steht – aber für manche Medien nun als Königsmörder. Der umtriebige Oberaufseher, der im Hauptjob bei der Londoner Private-Equity-Firma Investcorp wirkt, begann schon vor Achenbachs Abgang mit der Suche nach einem international erfahrenen Handlungsexperten als Nachfolger.

Zehn Namen stehen inzwischen auf seiner Liste, vier Manager sind in der engeren Wahl. Im Mai oder Juni soll das neue Gesicht präsentiert werden. Bis der nächste Vorstandschef anfängt, soll Finanzmann Harald Pinger, 45, das Gremium koordinieren. „Der Neue muss kein Deutscher sein, aber deutschsprachig“, sagt Middelhoff.

Er müsse zudem Sanierungserfahrung mitbringen, ein Gespür für Kunden und Trends. Und er muss begeistern können. Es sind Attribute, die Achenbach eher selten angeheftet wurden.

KLAUS-PETER KERBUSK, THOMAS TUMA



Sanierer Achenbach, Middelhoff: „Kein Spaziergang“



Karstadt-Filiale (in Potsdam): Stille nach dem Sturm

Situation in seinem Stammgeschäft beim Versandhandel von Quelle nicht unter Kontrolle. Er war nicht gerade ein mitreißender Entertainer, der die verunsicherte Belegschaft zusammenschweißt oder neue Investoren begeistert. Und er schrieb einen fatalen Brief.

Anfang März bat er seinen Aufsichtsrat darin um Verlängerung seines bis 31. März 2006 laufenden alten Vertrags – um weitere fünf Jahre. Das stieß weder bei den Kontrollleuten noch bei Hauptaktionärin Madeleine Schickedanz auf Begeisterung. Und

IRAK

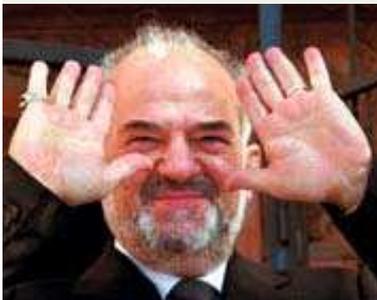
Tiefe Gräben

Nach der Wahl des Kurden Dschalal Talabani zum Staatspräsidenten steht der Demokratisierungsprozess vor seinem wohl größten Problem: Nun muss die neue Verfassung zu Papier gebracht werden. Schon jetzt zeichnen sich tiefe Gräben im ethnisch wie religiös zerstrittenen Parlament ab.

Eine Fraktion der schiitischen Abgeordneten verlangt eine islamisch geprägte Verfassung, die sich an Koran und Scharia, der islamischen Rechtsordnung, orientiert. Der mächtige Großajatollah Ali al-Sistani gilt als Mentor dieser Gruppe.

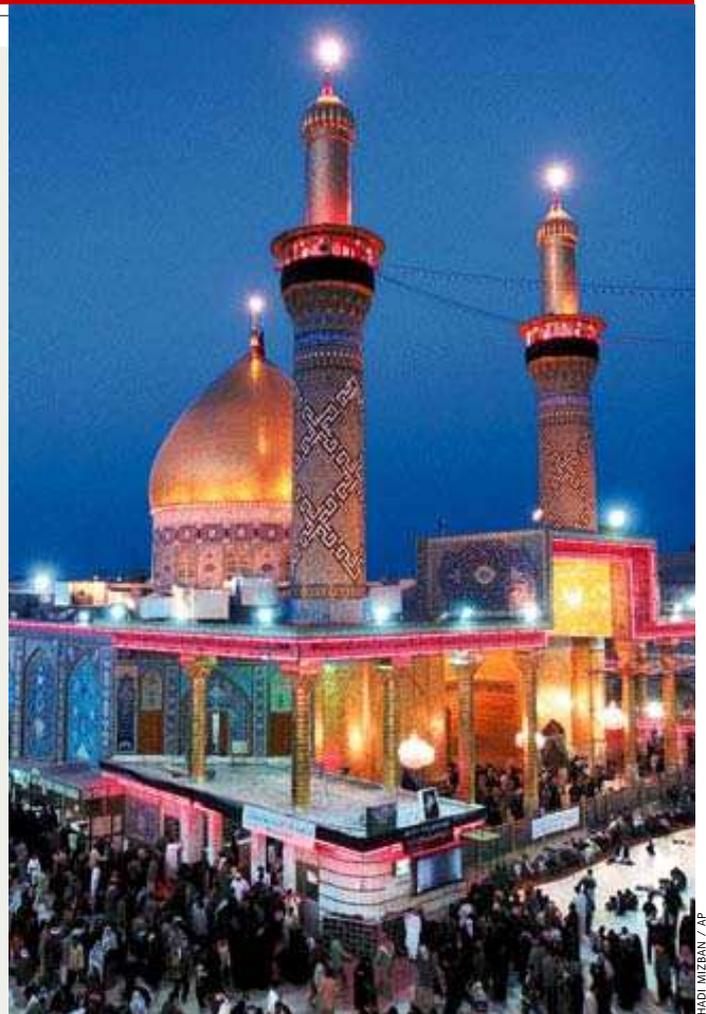
Sein Mitstreiter Abd al-Asis al-Hakim, Vorsitzender des einflussreichen Obersten Rates der Islamischen Revolution, nannte die Scharia bereits das „Rückgrat des neuen Irak“. Doch zahlreiche Mandatsträger, auch Schiiten, sträuben sich gegen eine allzu enge Verquickung von Staat und Religion. Der neue Ministerpräsident, Ibrahim al-Dschaafari, Chef der schiitischen Daawa-Partei, vertritt aus Furcht vor absehbaren Querelen mit liberalen und linken Politikern einen Mittelweg: Die islamische Rechtsprechung soll nur eine von mehreren Quellen des neuen Grundgesetzes sein. Dschaafari ist sich darin einig mit zahlreichen gemäßigten schiitischen und sunnitischen Abgeordneten.

Eine Fraktion um Kurdenführer Massud Barsani wiederum sieht gar keinen Bedarf für einen neuen Verfassungstext. Der



Dschaafari

Herrscher des von Bagdad de facto unabhängigen kurdischen Nordirak pocht auf Übernahme der provisorischen Verfassung. Die war 2003 auf Betreiben des amerikanischen Statthalters Paul Bremer ausgearbeitet worden. Sie billigt den Minderheiten, allen voran den Kurden, besondere Autonomierechte zu. Barsani kann dabei auf



Schiitische Pilger in Kerbela

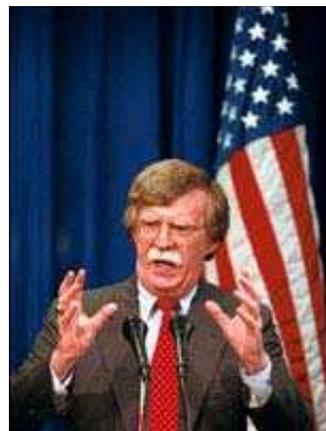
den liberalen Ex-Ministerpräsidenten Ijad Alawi und dessen erstarkende Anhängerschaft zählen, die versuchen, durch gewieftes Taktieren im Polit-Poker von Bagdad ihre Chancen zu wahren.

USA

Abweichler gesucht

Der einzige gelernte Hufschmied unter den 100 US-Senatoren könnte die Ernennung des Uno-Kritikers John Bolton zum Botschafter bei der Weltorganisation aufhalten: der Republikaner Lincoln Chafee, 52, aus dem Ostküsten-Zwergstaat Rhode Island. In dieser Woche soll der republikanische Hardliner Bolton dem Auswärtigen Ausschuss des Senats erklären, warum ausgerechnet er, der in den vergangenen Jahren stets verächtlich über die Vereinten Nationen herzog, der richtige Mann sei, sein Land in New York zu vertreten. Der Ausschuss muss dann dem gesamten Senat eine Empfehlung für oder gegen den Kandidaten geben. Mit ihrer Mehrheit

von zehn zu acht Stimmen können die Republikaner im Ausschuss normalerweise jeden Parteifreund durchbringen. Doch schon ein Abweichler genügt, um die Demokraten in die Lage zu versetzen, eine Abstimmung im Senat – und damit die notwendige Bestätigung – zu verhindern. Nun hoffen die zahlreichen Bolton-Gegner, darunter 59 ehemalige US-Botschafter, auf Schützenhilfe durch Chafee, der als einziger Republikaner gegen die Präsidentenvollmacht für den Irak-Krieg gestimmt hatte. Chafee, der vor seiner Ausbildung zum Hufschmied



Bolton

auch einen Abschluss an der vornehmen Ostküsten-Universität Brown machte und von seinem Vater John nach dessen Tod 1999 den Senatorensitz übernahm, ist einer der wenigen verbliebenen gemäßigten Republikaner. Er gibt zu, dass die Einwohner seines liberalen Heimatstaats „mit überwältigender Mehrheit“ verlangen, die Ernennung Boltons aufzuhalten. Durch vermehrte Werbespots im Fernsehen wollen die Bolton-Kritiker den zögerlichen Senator nun weiter unter Druck setzen.

SPORT

Päpstliche Position



KLAUS FRANKE / DPA

Daniel Cohn-Bendit, 60, Fraktionschef der Grünen im Europaparlament, über seine Initiative „Allianz gegen Franz“, mit der er Deutschlands Fußball-Ikone „Kaiser“ Franz Beckenbauer als neuen Uefa-Präsidenten verhindern will

SPIEGEL: Wie reagiert Fußball-Deutschland auf Ihre Majestätsbeleidigung? Wie viele Schmä- und Drohbriefe haben Sie bekommen?

Cohn-Bendit: Tausende. Viele haben mich einen Vaterlandsverräter genannt. Aber es gab auch genauso viel Zustimmung. In nur drei Tagen habe ich an die 110 000 Clicks auf meiner Homepage gehabt.

SPIEGEL: Ein „Eigentor vom roten Dany“, schrieb die „Bild“-Zeitung. „Skandalös“, zürnte der CSU-Politiker Ingo Friedrich.

Cohn-Bendit: Dabei habe ich doch nichts über die fußballerischen Qualitäten von Beckenbauer gesagt. Ich will nur eine sportpolitische Diskussion anstoßen, ob Michel Platini nächster Präsident der Europäischen Fußball-Union Uefa werden soll oder Beckenbauer.

SPIEGEL: Wofür, glauben Sie, steht der Franzose Platini?

Cohn-Bendit: Er sagt, der Fußball in Europa gehe gefährliche Bahnen, das Geld dominiere alles, die großen Vereine, die Medien und die großen Sportfirmen hätten das Sagen. Das will er ändern.

SPIEGEL: Und „Kaiser Franz“ steht in der anderen Ecke?

Cohn-Bendit: Der hat einen Vertrag mit Adidas, einen mit der „Bild“-Zeitung und einen mit dem ZDF, und er ist Präsident des FC Bayern München. Kann der wirklich ein ehrlicher Makler auch der kleinen

Vereine, der kleinen Länder sein? Ich erinnere mich gut, wie der sich im Fernsehen immer lustig gemacht hat über die kleinen Teams, die den großen Fußball nur stören. Allein diese wahnsinnigen Geldtransfers! Ist es richtig, dass der Trainer von Chelsea London jetzt 630 000 Euro im Monat verdient? Ist es richtig, dass ein U-16-Spieler, Torhüter vom 1. FC Köln, von Manchester United jetzt für über 200 000 Euro im Jahr eingekauft wird, ein knapp 16-Jähriger? Ich sage: Nein. Und viele stimmen mir da zu und sind froh, dass die päpstliche Position von Beckenbauer endlich einmal in Frage gestellt wird.

SPIEGEL: Wie geht es weiter?

Cohn-Bendit: In zehn Tagen in Tallinn muss die Uefa beschließen, ob die Wahl des nächsten Präsidenten satzungsgemäß 2006 stattfindet. In diesem Fall kann Franz Beckenbauer nicht antreten, denn er muss erst den Posten von DFB-Chef Mayer-Vorfelder in der Uefa übernehmen, um überhaupt kandidieren zu können. Oder die Wahl wird um ein Jahr verschoben, um Beckenbauers Kandidatur zu ermöglichen und Platini zu verhindern. Schau'n mer mal.



WEREK / IMAGO

Beckenbauer (1972)



PANORAMIC / IMAGO

Platini (1980)

BRASILIEN

Mordende Polizei

Präsident Lula da Silva soll mit Regierungstruppen im Bundesstaat Rio de Janeiro intervenieren. Das fordern Menschenrechtsgruppen als Reaktion auf ein Massaker in den Armenvierteln von Rio, dem vorige Woche 30 Menschen zum Opfer gefallen waren. Viele Indizien deuten darauf hin, dass der Massenmord von Angehörigen der Polizei begangen wurde, die der Gouverneurin Rosinha Garotinho unterstehen. Heimlicher Herrscher von Rio aber ist ihr Ehemann Anthony Garotinho, der bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr gegen Lula antreten will. Brasiliens Verfassung erlaubt es dem Präsidenten im äußersten Fall, den

Gouverneur abzusetzen. Doch davor schreckt Lula zurück, um seinen Kontrahenten nicht zum Märtyrer zu machen.

In Rio hat die Gewalt in den vergangenen Monaten dramatisch zugenommen. Korrupte Militärpolizisten erpressen Schutzgelder und terrorisieren die Bevölkerung. Sie wollen die Behörden zwingen, verurteilte Kollegen wieder einzustellen. Rund 10 000 Polizisten im Bundesstaat Rio de Janeiro, etwa ein Viertel der gesamten Truppe, sind im vergangenen Jahr wegen Verbrechen angeklagt worden. Präsident Lula ordnete jetzt die Aufstellung einer 7000 Mann starken Spezialtruppe des Heeres an, die zur Bekämpfung von Unruhen und Verbrechen eingesetzt werden soll.



VANDERLEI ALMEIDA / AFP

Beerdigung von Opfern des Massakers

LIBANON

Frau in Front

Bahia al-Hariri, Schwester des ermordeten Ex-Premiers Rafik al-Hariri, ist die neue Wortführerin der libanesischen Opposition. Unter ihrer Führung arbeitet die heterogene Sammlung christlicher, muslimischer und drusischer Politiker, die den vollständigen Abzug der syrischen Truppen verlangt, an einem „Plan der nationalen Neuorientierung“. Kernstück der Initiative soll die Abschaffung des religiösen Proporzsystems im Staatsapparat sein, das unter französischem Mandat

1943 eingeführt worden war. Bisher werden die wichtigsten Staatsämter nach einem religiösen Schlüssel vergeben; ausschlaggebend für die Besetzung ist die konfessionelle Zugehörigkeit,



PAUL ASSAKER / SIPA PRESS

Hariri

weniger die Kompetenz oder gar der Wählerwille. Der Vorschlag, diese überkommene Regelung jetzt abzuschaffen, stößt allerdings auf Widerstand in allen Lagern des religiösen Establishments. Vor allem die in die Minderheit geratenen Christen fürchten um ihre Sonderstellung; sunnitische wie schiitische Würdenträger wiederum bangen um ihren Einfluss. Dennoch hofft die energische Hariri-Schwester auf die „allmählich wachsende“ Unterstützung der „denkenden Mehrheit“.



DAVID ROGERS / GALBE

Buschmänner in der Kalahari

BOTSWANA

Musterland mit Makel

Die „Schweiz Afrikas“, zwischen Namibia, Simbabwe und Südafrika gelegen und gut anderthalbmal so groß wie Deutschland, muss um ihr Image fürchten: Präsident Festus Mogae ist dabei, sich eines prominenten Kritikers zu entledigen. Der australische Politologe Kenneth Good, seit 15 Jahren Professor an der Universität in Gaborone, wurde zum „unerwünschten Immigranten“ erklärt – er soll binnen kurzem das Land verlassen. Der Australier, der derzeit gegen die Ausweisung klagt, hatte wiederholt Selbstherrlichkeit und Machtmissbrauch der Regierung kritisiert. Botswana gilt



vor allem wegen seiner Wirtschaftskraft, seiner Aids-Politik und der verhältnismäßig gut funktionierenden Demokratie als Musterland Afrikas. Doch häufen sich jetzt die Klagen: So wurden Hunderte Buschmänner gezwungen, ein Naturschutzgebiet zu räumen, in dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt hatten – angeblich weil dort keine Wasserversorgung möglich sei. Kritiker wie Good sehen hinter der Vertreibung jedoch andere Motive, denn in der Kalahari sollen offenbar Diamanten geschürft werden. Botswana verdankt seinen Wohlstand wesentlich den Edelsteinen: Der dünnbesiedelte südafrikanische Staat (1,7 Millionen Einwohner) produziert wertmäßig rund 30 Prozent aller Diamanten weltweit.

TSUNAMI

Falsche Opfer

Offenbar hat der Tsunami in Asien nicht nur viele Unschuldige in den Tod gerissen, sondern auch ein paar Schuldigen zu einem neuen Leben verholfen. Scotland Yard untersucht derzeit rund 170 Fälle, bei denen Briten in den Riesenwellen umgekommen sein sollen. Der Verdacht: In etwa zehn Fällen könnten Kriminelle versucht haben, ihren Tod vorzugaukeln und sich eine neue Identität zu verschaffen – Betrüger, Verschuldete, Bankrotteure, die ein Interesse daran haben, vom Erdboden zu verschwinden. Die unter dem Codenamen „Bracknell“ operierende Einheit hat bei den zuständigen Behörden Einblick in Bankkonten und Mobilfunk-Abrechnungen der Toten beantragt, um Betrügern auf die Schliche zu kommen. Fast vier Monate nach dem Desaster sind erst 95 tote Briten eindeutig identifiziert. Die DNA-Analyse unbekannter Opfer gestaltet sich äußerst schwierig: Anhand der ersten 500 Gewebeprobe, die zu Testzwecken in ein Labor nach Peking geschickt worden waren, konnte kein einziges weiteres Opfer eindeutig bestimmt werden. Insgesamt sollen beim Tsunami am 26. Dezember bis zu 300 000 Menschen umgekommen sein.



GAMMA / STUDIO X

Flutwelle in Phuket

Ein Reich, nicht von dieser Welt

Nach der Beisetzung Johannes Pauls II. muss die römische Kirche eine Zerreißprobe bestehen: In der Dritten Welt fordern Katholiken Glaubensreinheit, im säkularen Westen wenden sie sich ab – bis auf Papst-begeisterte Jugendliche, deren fromme Gefühle der Kurie verdächtig sind.

Es sind einfache Schuhe, glänzend geputzte, weinrote Slipper mit Lasche, wie ein Angestellter sie sonntags anziehen würde, wenn seine Arbeit getan ist; mit niedrigem Absatz und Gummisohle und allem Anschein nach etwas zu groß.

Der Staatspräsident und Silvio Berlusconi, die „nobiltà nera“, der alte Adel Roms, die Kardinäle mit ihren Kappen knieten vor diesen Sohlen nieder.

Brokat- und Samtpantoffeln hätte Karol Wojtyła für seinen letzten Weg wählen können, wie seine Vorgänger. Der Papst wollte im Schuhwerk seiner Pilgerreisen

aufgebahrt sein. Und als die Welt vergangene Woche zu ihm pilgerte, da sah sie zuerst diese einfachen Schuhe. Als Zeichen, dass die Reise noch nicht zu Ende ist.

Noch nie hat sich ein US-Präsident vor einem toten Papst verneigt. Jetzt kamen gleich drei. Gefolgt von Kanzlern und Monarchen, Staats- und Kirchenoberhäuptern, Kriegsherren und alt gewordenen Revolutionären, Global Players, mehreren Ajatollahs, Kofi Annan und Mohammed Chatami – die Mächtigen erschienen in Rom und neigten sich vor dem Sarg mit dem eingefallenen Körper des Menschen

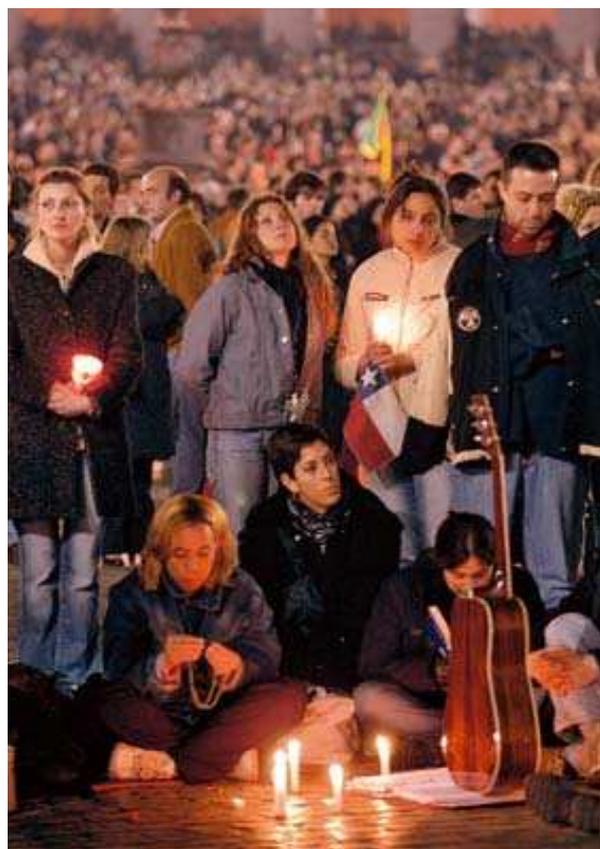
Karol Wojtyła aus Wadowice, dem Mann in den etwas zu großen Schuhen.

Es ist das Bild des Jahres. Die letzte Aufnahme von einem Mann, der das Gesetz seiner Kirche in fast alle Winkel der Welt getragen hat und zunehmend verzweifelt versuchte, sich gegen den Lauf der Zeit zu stemmen.

Johannes Paul II. hat den Irak-Krieg nicht verhindern können. Er musste zusehen, wie sich sein geliebtes Polen verweltlichte und verwestlichte. Er hat an viele Türen geklopft und ist nicht gehört worden.

Aber letzte Woche zeigte sich eine Macht, die nichts mit Wahlergebnissen, Umfragen, Verteidigungsbudgets zu tun hat. Vielleicht ist dieser Papst nie so mächtig gewesen wie in den Tagen nach seinem Tod.

Vor der Kalksteinmasse des Petersdoms saß die versammelte Macht dieser Welt und war sehr klein. Orgelkadenzen wurden aus der Six-



Trauernde Jugendliche in Rom: Todesnachricht per SMS

ABD RABRO AMMAR / ABAACA





tinischen Kapelle übertragen, Gregorianische Gesänge waren zu hören. In den Reihen saßen König Juan Carlos, Präsident Jacques Chirac, Präsident George W. Bush, Premierminister Tony Blair. Der Westwind wirbelte die Mäntel der Kardinäle durcheinander, zu einer blutroten Böe, in die hinein der Kardinalsdekan Joseph Ratzinger mit pergamentener Stimme und im Tonfall Oberbayerns den Friedensgruß entbot: „Pax vobiscum“.

Das Gold, die Weite, der Wind, die Totenglocke – und im Mittelpunkt von Urbis und Orbis ein schlichter Sarg aus Holz.

Das war großes Welttheater.

Sein Sterben hatte weltweit den Alltag unterbrochen. Sein Tod räumte die Terminkalender der Mächtigen frei. In der Raserei und Kurzlebigkeit der irdischen Moderne war der Papst imstande, die Zeit anzuhalten.

Die Johannes-Passion am Petersplatz hatte alle anderen Nachrichten verdrängt. Im Irak konstituierte sich, zwei Jahre nach dem Sturz Saddams, endlich eine demokratisch gewählte Staatsspitze. Doch ein solches Wunder zählte genauso wenig wie ein anderes Wunder zu Füßen des fernen Himalaja, wo die Erzfeinde Indiens und Pakistans sich daran machten, ihren neuen Versuch zur Entspannung mit einer Busfahrt über die Waffenstillstandslinie im zerrissenen Kaschmir zu beweisen. All das war vergessen, wie ausgelöscht aus der Öffentlichkeit. Politik interessierte niemanden mehr, auch die Politiker nicht.

Nicht die gut 200 angereisten Potentaten sorgten für das Wunder von Rom. Es waren die Menschen. Mia Fiumara, die Anwältin aus Messina, die zehn Stunden in der Sonne ausharrte, um als Erste in den Petersdom gelassen zu werden. Der Pizzabäcker Raul Mazzanti, der mit seiner Tochter den Frühzug aus Pesaro genommen hatte. Kirchengruppen, vornweg Franziskanerbrüder mit weißer Kordel, dahinter junge Mädchenblüte aus den Provinzen Italiens, mit Rucksäcken, Fahnen, Transparenten. Und viele, viele Polen. Die vielleicht größte Pilgerbewegung des Christentums.

Vier Millionen Menschen, schätzungsweise, hatten sich auf den Weg nach Rom gemacht. Es war ein metaphysisches Woodstock, ein Happening, auf dem Rosenkränze gebetet, uralte Litaneien gemurmelt wurden, als wäre es selbstverständlich, im Zeitalter von Nanotechnik und Bionik an die ebenedeite Jungfrau zu glauben.

Kardinäle trauten ihren Augen nicht. Einige Experten sprachen umgehend die Vermutung aus, es handle sich um eine Renaissance des Glaubens. Skeptiker saßen in Talkshows und erklärten das Ganze zu einer weiteren Schaumschlägerei der globa-

Trauerfeier auf dem Petersplatz
Ein schlichter Sarg im Mittelpunkt

len Spektakelsucht, zu einem Vatican Vanity Fair.

Die Woche von Rom – ein Wunder oder der letzte Auftritt von „John Paul Superstar“, wie Hans Küng meinte?

In jedem Fall passt dieser Ausbruch von Religiosität nicht recht in die Zeit. Wie kann es sein, dass eine Einrichtung, die von jedem McKinsey-Prüfer wegen Antiquiertheit sofort geschlossen würde, eine Menschenmenge auf die Plätze bringt, wie

Von Anfang an war es die schrofte Weltabgewandtheit, mit der er die Welt eroberte.

bislang nur der Islam, zur Pilgerzeit in Mekka? Woher kommt diese plötzliche Welle der Zuwendung zu einem alten Mann, von dem jeder wusste, dass er sterben würde?

Timothy Garton Ash, der liberale Agnostiker und Oxford-Professor, verneigt sich vor ihm wie die große Mehrheit der westlichen Intelligenz: „Ich kann nicht über seine Bedeutung für die katholische Kirche urteilen“, sagt er, „aber er war der erste Welt-Führer.“

Der Papst ist die globalisierte moralische Instanz. Alle anderen Führer, so Ash, sind lokale Chefs mit bisweilen globaler Bedeutung, doch einzig der Papst hat ein übergeordnetes Programm, eine allumfassende Botschaft. Elie Wiesel, der Auschwitz-Überlebende mit Wohnsitz im gottlosen New York, nannte Johannes Paul II. den „spirituellen Führer der Welt“.

Auch dieser Papst verfügte nicht über Divisionen, wie schon Stalin gelästert hat, er bot Visionen an. Sein Pazifismus war glaubwürdig. Er empfing die Herrscher der Welt und las ihnen die Leviten.

Er hinterlässt einer Welt, die in ihrem alternativlosen kapitalistischen Hochbetrieb zu verglühen scheint, ein wahrhaft revolutionäres Programm: Glaube, Liebe, Hoffnung.

Schon lange nicht mehr hat sich das religiöse Gefühl in der Geschichte der katholischen Kirche so machtvoll und uni-

versell manifestiert wie in diesen Tagen. Die ganze Welt nahm Abschied von einem Pontifex mit wahrhaft weltumspannendem Anspruch.

Rom war wieder Welthauptstadt geworden, vielleicht zum ersten Mal seit dem Fall des Imperium Romanum.

Hier traf zusammen, was lange schon nicht mehr zusammengehört hat. Ein jahrhundertaltes, in Kämpfen und Gegenkämpfen erstarrtes Imperium – und eine Auferstehung des Glaubens; eine Weltmacht, deren Managementstruktur mit dem Anachronismus längst versunkener Jahrhunderte belastet ist – und eine bauchnabelfreie Jugend, die nichts so sehr zu brauchen scheint wie klare antiquierte Worte. Die uralte Amtskirche mit ihren Soutanen, Riten und Liturgien und die Generation Wojtyla, die über SMS oder im Internet vom Tod des Papstes erfahren hatte.

Es ist ein später Triumph gewesen. Johannes Paul stieß im Establishment des alten Kontinents auf geneigte, aber taube Ohren. Sein realer Einfluss auf die Politik in Italien, Frankreich und im neuen Polen blieb gering. Doch er fand Gehör bei jenen, die den Glauben an reale Politiker längst verloren haben ... bei den Jugendlichen.

Ein Mystiker, der seine Entscheidungen auf Knien fällt, scheint jungen Menschen mitunter näher zu sein als ein Kanzler, der alle Zahlen kennt. Ein Moralist, der ins Gewissen und nicht nach dem Munde redete, besaß mehr Charisma als jede Pop-Größe.

Der Papst war bekannter als die Rolling Stones. Er war länger dabei als Madonna. Nicht einmal Michael Jackson zu seinen besten Zeiten hat jemals vier Millionen Besucher mobilisiert.

Man konnte dieses Papsttum als Gegenoffensive zum Alltag der reichen Länder verstehen. Seine 1820 Selig- und Heiligsprechungen etwa erweckten den Eindruck, als wollte er gegen den heillosen Zirkus der Pop-Idole und -Ikonen seine eigene katholische Armee aufmarschieren lassen, als wollte er gegen die Verlockungen von Geländewagen, Golfplätzen und Swimmingpools Helden in die Schlacht



US-Präsidenten Bush junior*, Bush senior, Clinton,

werfen, die sich auszeichnen durch Leiden und Aufopferung und innere Disziplin.

Wo alles nur noch Spiel ist, verkörperte er die Spielverderberei. Er sagte: Hinknien, Rosenkranz beten! Was dagegen die Mehrheit fasziniert, der alltägliche Hedonismus der westlichen Welt, nannte er die „Zivilisation des Todes“. Und wenn mehr als 800 Millionen Menschen auf der Welt hungern, sagte er, habe das irdische System seinen Bankrott erklärt. Er sagte: Diese Party ist aus.

Von Beginn seines Pontifikats an war es gerade die schrofte Weltabgewandtheit und Antimodernität, mit der er die Welt erobert hat. Wojtylas Katholizismus war immer randscharf. Die katholische Kirche, so Papst Johannes Paul II., ist keine Feel-good-Veranstaltung für jedermann: ent-

* Mit Präsidenten-Gattin Laura im Petersdom.

Pontifex maximus

Was in der Sixtinischen Kapelle geschieht

„Ich rufe Christus, der mein Richter sein wird, zum Zeugen an, dass ich den gewählt habe, von dem ich glaube, dass er nach Gottes Willen gewählt werden sollte.“

Eidesformel der Kardinäle bei der Stimmzettelabgabe

Teilnehmer

Aktiv wahlberechtigt sind diejenigen Kardinäle der Heiligen Römischen Kirche, die vor dem Beginn der Sedisvakanz (Zeit nach dem Tod des Papstes bis zur Neuwahl) ihr 80. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Deren Zahl beläuft sich zurzeit auf 117.

Wahlverfahren

- **Ort der Wahl:** Sixtinische Kapelle
- **Konklave:** Ab Beginn der Wahlhandlungen bis zur öffentlichen Bekanntmachung der erfolgten Wahl ist den Kardinälen jede Kommunikation nach außen untersagt.

► **Geheime Abstimmung:** Die Kardinäle notieren für einen Urnengang den Namen ihres Wunsch Kandidaten auf einem Stimmzettel, anschließend werden die Stimmen ausgezählt.

► **Entscheidung:** Zur gültigen Papstwahl sind in den ersten 30 Wahlgängen **zwei Drittel der Stimmen** aller anwesenden Wähler erforderlich.

Ablaufplan

- Das Konklave beginnt am Montag, den 18. April um 16.30 Uhr mit dem **Einzug der wahlberechtigten Kardinäle** in die Sixtinische Kapelle.
- Ein Wahlgang am Nachmittag; danach: vormittags und nachmittags jeweils zwei Wahlen (also vier Wahlen am Tag).
- Nach drei Wahltagen maximal ein Tag Unterbrechung.



REUTERS

aufgebahrt Papst: Der Tod räumte die Terminkalender frei

weder wir oder die anderen. Beides geht nicht.

Dass er damit besonders bei den Jugendlichen ankam, gehört zu den Paradoxien seines Papsttums. Mit seinem Nuscheln, der Hinfälligkeit, war er auf geradezu obszöne Weise das Gegenteil von Jugend in einer jugendbesessenen Welt.

Er rief auf, im Menschenstaat den Gottesstaat zu errichten, das Salz der Erde zu sein und das Licht der Welt. Teenager brachen darüber in Freudentränen aus. Beobachter sprachen von einem Rockkonzert ohne Drogen.

Vielleicht ist die Sprache der Religion schon immer der Ekstase verwandt und damit eine Verbündete der Jugend gewesen. Bereits der junge Augustinus tanzte und sang, wenn er Gott pries, und er schluchzte in seinen Gebeten.

All das, so vermuteten die Jugendlichen wahrscheinlich nicht zu Unrecht, lag auch diesem polnischen Papst mit seinem abenteuerlichen Leben nah. Diesem nichtitalienischen Außenseiter der Kurie, der seine Angst vor dem Amt gestand, in das er 1978 berufen wurde. Diesem einstigen polnischen Untergrundkämpfer, der seinem Herzüberschwang in Marienschwärmereien, in mystischen Meditationen, in überbordenden Gedichten Luft machte. Er hatte selbst den Weltjugendtag 1984 ins Leben gerufen. Der Papst und die Jugend, eine beiderseitige Liebesgeschichte.

„Ich habe euch gesucht“, wurde den bleichen Lippen des Karol Wojtyla noch abgelesen, einer seiner letzten Sätze. Jetzt steht die Jugend vor der Tür und die katholische Kirche vor der Aufgabe, damit fertig zu werden.

Den Gestrengen in der Kurie ist es unheimlich dabei. Sie erinnern sich an das Jubeljahr 2000. Auf dem Weltjugendtreffen in Rom hatten die Gläubigen ihren Papst begeistert gefeiert. Doch am nächsten Morgen war die Wiese an der Universität „Tor Vergata“ mit Kondomen übersät. Solche Mitglieder brauche seine Kirche nicht, wurde damals Kardinal Joseph Ratzinger gehört.

Der inzwischen mächtigste Mann des Vatikans traut dem Schauspiel der massenhaften Gläubigen nicht, das sich in Rom entfaltete. Er befürchtet, dass sich die Jugendlichen einen bequemen Glauben zurechtbasteln könnten: den Papst als Ikone für den Frieden, aber nicht als Moralprediger für die gottgerechte Lebensführung. Wojtyla, so argwöhnt Ratzinger, habe die Herzen der Jugendlichen gewonnen, nicht ihre Köpfe. „Die Person ist populär“, sagte der Vorsitzende der Glaubenskongregation über den Verstorbenen. Doch, fügte er gleich hinzu: „Die Kirche hat nichts davon.“

Die Kirche Roms, immer noch die mitgliederreichste Organisation des Planeten, hängt keinen Illusionen über die Welt nach. Sie hat große und kleine Päpste gekannt, sie hat Häresien und Reformationen überlebt, hat Kreuzzüge und Gegenreformationen angezettelt, hat sich gegen die Machtansprüche weltlicher Herrschaft gewehrt und ist selbst zu einer weltlichen Macht geworden.

Das Imperium Petri hat den Imperialismus überdauert, den Faschismus und hat tatkräftig mitgeholfen, den Kommunismus zu besiegen. Diese Kirche wird auch die Rom-Wallfahrt ihrer erschütterten Kinder überleben. So sieht es wohl der Kardinal Ratzinger, der am vorigen Freitag der Zeremonienmeister der Grablegung Wojtylas war.

Am Anfang des Imperiums stand eine Art jüdischer Sekte. Landauf, landab

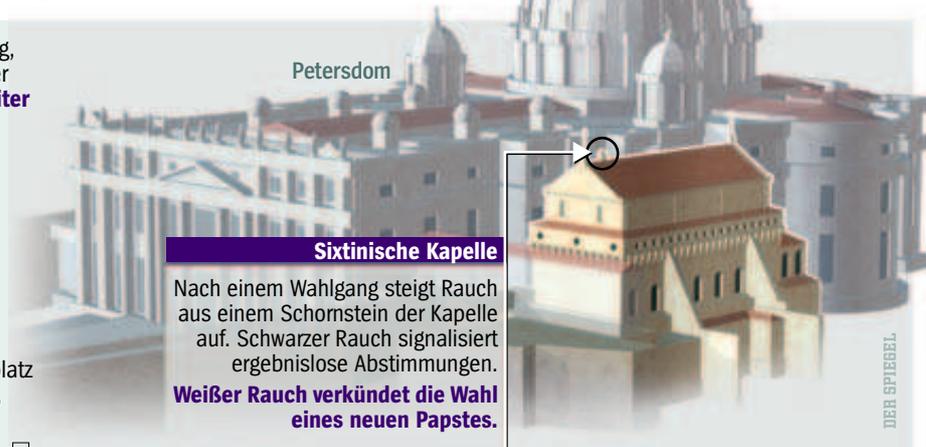
► Danach folgen 7 Wahlgänge, wieder eine Unterbrechung, wieder 7 Wahlgänge, eine dritte Unterbrechung und wieder 7 Wahlgänge. **Chancenreiche Kandidaten und Außenseiter schälen sich nach und nach heraus.**

► Ist nach 30 Wahlgängen immer noch keine Entscheidung gefallen, muss eine Grundsatzdiskussion über das weitere Vorgehen eingeleitet werden.

► Danach erfolgt die Wahl eines neuen Papstes mit absoluter Mehrheit oder auch per Stichwahl.

► **Ist ein Kardinal gewählt, wird er gefragt, ob er die Wahl annimmt und welchen Namen er wählt.**

► Dann teilt der Kardinal-Protodiakon den auf dem Petersplatz wartenden Menschen den Namen des neuen Papstes mit, der dann seinen ersten Segen „Urbi et orbi“ erteilt.



DER SPIEGEL

Generation JP II

Warum der Papst vor allem junge Pilger aus Deutschland faszinierte

Irgendwann haben sie die Straße verlassen, die alle nehmen. Auf der sie nicht weiterkamen, weil sich dort so viele gegenseitig im Weg standen. Also runter von der Autobahn, die Schleichwege an der Küste Italiens entlang bis kurz vor Rom. Sie sitzen nun seit 15 Stunden im Bus, unterwegs mit Schlafsack, Wasserflasche, Wandergitarre und einem Ziel: zu ihm.

„Das ist unser Papst“, sagt Richard Sohler aus Neu-Ulm. Es ist der fünfte Tag ohne ihn. Am Tag eins hatte Sohler, 31, beschlossen, mit ein paar Gleichgesinnten nach Rom zu fahren, um Abschied zu nehmen. Am Tag zwei hatten sich per E-Mail und SMS 20 gemeldet, am Tag drei wollten über 200 mit, am Tag vier sind sie mit fünf Bussen und 270 jungen Menschen aus Süddeutschland losgefahren. Vielen anderen mussten sie eine Absage erteilen. Ihre Papa-Mobile waren voll.

30 Kilometer vor Rom lassen sie am Donnerstagmittag vergangener Woche die Busse stehen und steigen in einen Zug, um schneller in das Herz der Stadt vorzudringen. Sie pilgern gegen die Zeit, um 15 Uhr sind sie endlich in der Stadt, um 18 Uhr, glauben sie, soll der Petersdom, in dem die Leiche aufgebahrt ist, geschlossen werden. Zu spät, denken die meisten. Sie haben die Nachrichten noch im Ohr: zwölf Stunden Wartezeit, um bis zum Papst vorzudringen.

Stephanie Reißfelder, 23, aus Heidelberg kämpft sich dennoch vor: Ihr Rücken schmerzt von der Fahrt, sie hat Hunger, aber sie will es wenigstens versuchen. Schritt für Schritt. Langsam. Den Blick zum Himmel. Zu ihm. Bitte.

Warum tut sie sich das an? „Er hat es verdient.“

Was ist es, das diesen Pontifex zum Papst der Jugend macht, warum strömen Millionen überwiegend

junger Menschen zu ihm, um Abschied zu nehmen? Warum berührte sein öffentliches Sterben gerade Jugendliche, denen der Tod doch weit weg erscheinen muss? „Er zeigt mir, dass ich zerbrechlich bin; dass ich schwach sein darf“, sagt Reißfelder. „Er elektrisiert“, sagt Sohler: „Man kann sich an ihm reiben, aber darauf vertrauen, dass er es ernst meint.“ Das unterscheidet den Papst von vielen anderen, die Ideen verkaufen.

Und die 15-jährige Maria Kröhn sagt, er stehe für „Glaube, Liebe, Hoffnung“. Sie kann das runterrattern wie die Top Ten

der Charts. Allen gemeinsam ist: Sie sprechen im Präsens von ihm. Für sie ist er nicht tot.

Die Menschen unter 30 kennen keinen anderen Papst. Findige Etikettierer haben für sie ein Logo erfunden: Nach der Generation Golf gibt es nun auch die Generation „JP II“. In Rom bereits als T-Shirt-Aufdruck zu haben.

Johannes Paul II. gehört zum Inventar ihres Lebens, auch wenn sie keine Mus-terkatholiken sind oder gar besonders eifrig der reinen Lehre folgen. Er war ein Stück Verlässlichkeit in einer beun-

ruhigenden Welt. Ein Fels. In Rom stehen junge Männer mit Rastalocken, die man eher auf Musikfestivals vermutet, vor dem toten Papst. Sie machen letzte Bilder von ihm mit ihren Fotohandys und senden sie noch aus dem Petersdom wie eine virtuelle Reliquie in die Heimat.

Die Freiluft-Happenings der vergangenen Woche in Rom erfüllten ein Bedürfnis: nach Wahrheit, nach Größe, nach Sinn und Sinnlichkeit. Aber auch nach Überschwang, und viele haben Kondome oder eben die Pille dabei – was auch immer er dazu sagte.

Es ist kurz vor 18 Uhr am Donnerstag, als Stephanie Reißfelder doch noch in den Dom gelassen wird. „Ein Geschenk“, sagt sie: „ein echtes Geschenk.“ Mit dabei unter den letzten Augenzeugen auch Maria Kröhn. Am Montag war sie zu ihrem Schulleiter gegangen und hatte um Beurlaubung gebeten. Er sagte sofort Ja, hatte nur eine Bedingung: „Du musst uns alles erzählen.“ Sie wird ihm erzählen, wie ihr die Tränen in die Augen schossen, als sie vor dem aufgebahrten Papst stand, sie wird ihm erzählen, dass die Trauerpilger aber auch eines verband: Fröhlichkeit.

Es ist zwei Uhr früh am Freitag, als Stephanie Reiß-



Deutsche Pilger am „Circo Massimo“: „Er hat es verdient“



Jugendliche Pilger in der Warteschlange: Hier traf zusammen, was lange nicht mehr zusammengehörte

DIETHER ENDLICHER / AP

felder endlich in ihren Schlafsack kriecht. Zusammen mit Tausenden anderen schläft die Erzieherin im Freien auf dem Platz „Circo Massimo“. Sie rücken zusammen. Sie flüstern. Manchmal fliegt ein Lachen über den Platz.

Der Tag des Abschieds beginnt früh. Lautsprecher werden getestet, die Deutschen teilen ihre Aldi-Kekse zum Frühstück. Die Vorräte gehen zur Neige, aber niemand will seinen Platz vor der Leinwand aufgeben, um einzukaufen, denn immer mehr Menschen strömen dorthin. Festivalatmosphäre macht sich breit, es könnten auch die Rolling Stones auftreten. Aber nur als Vorgruppe. Denn unangefochtener Star ist nur einer. Sie sehen, wie der Sarg mit dem Papst auf den Petersplatz getragen wird, sie applaudieren. Minutenlang.

Die Deutschen stehen dicht beieinander, einer übersetzt aus dem Lateinischen und Italienischen die Messe für alle anderen. Was sie sehen, hätten sie auch zu Hause vor dem Fernseher mitbekommen. Aber keiner sehnt sich nach Hause.

Sie gehen zur Kommunion und schieben sich für den Empfang der Hostie cool die Sonnenbrille ins Haar. Die Frage, was nach Johannes Paul II. kommt, interessiert viele gar nicht. „Es ist egal, wer kommt“, sagt Sohr. Diese Generation ist noch lange nicht fertig mit dem Papst. Mit ihrem Papst.

MARKUS DEGGERICH

verkündeten ihre Anhänger, zunächst unter ihren jüdischen Mitbürgern, die Botschaft von Jesus, dem Messias, der sein Leben geopfert habe für die Sünden aller Menschen.

Dabei bildete sich der Glaube, dass dieser Jesus der Sohn Gottes war, erst langsam heraus. Die Urchristen lebten, was 2000 Jahre später indische Gurus und westliche Kommunnarden predigten: Sie teilten alles miteinander, keiner litt Not, und alle wirkten fröhlich. Und sie verkündeten eine Botschaft von enormer Sprengkraft: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Schnell breitet sich das Christentum im ganzen römischen Weltreich aus. Hatte

Die Anziehungskraft des Christentums trug allerdings auch den Keim des Verderbens in sich: Im 4. Jahrhundert entdeckte der römische Kaiser Konstantin I. die neue Religion, die an die Stelle der vielen römischen, griechischen und ägyptischen Götter einen einzigen absoluten Gott setzte, als nützlichen Machtfaktor. Das Christentum avancierte zur Staatsreligion – mit fatalen Folgen für die Glaubwürdigkeit der Botschaft.

Mehr als anderthalb Jahrtausende beherrschte die politische Ideologie von der Identität von Religion und Gesellschaft die abendländische Welt. Die katholische Kirche wurde zur Herrin der Politik und zur

Hure der Herrschenden. Mehr als tausend Jahre kämpfte sie, angeführt von ihrem Pontifex, mit wechselndem Erfolg um die Oberhoheit über die Gesellschaft. Wer sich dem Glauben und den Anordnungen des Papstes wider-

setzte, hatte politisch verloren und riskierte persönliche Existenz und Leben.

Der Papst und seine Bischöfe gaben die Richtung an. Doch nur allzu oft zeigte sich die Diskrepanz zwischen geistiger Führung der Kirche Christi und weltlichem Machtmissbrauch – selbst bei Päpsten, deren Pontifikat von Historikern als bemerkenswert eingestuft wird.

Alexander VI. (1492 bis 1503) beispielsweise wurde wegen seines diplomatischen Geschicks und seines Auftretens als Staatsmann gerühmt. Seine Lebensweise diskreditierte ihn allerdings als Kirchenführer. Er

Mit Donnerworten und 1,16 Millionen Flugkilometern wollte der Papst die Kirche zusammenhalten.

Papst Leo I. (440 bis 461) den Glauben noch vorrangig dazu genutzt, das Papsttum zielstrebig zu einer Art geistlicher Monarchie auszubauen, so hatte 129 Jahre später sein Nachfolger Gregor I. (590 bis 604) andere übergeordnete Ziele. Das Papsttum übernahm die politische Macht in Italien. Es reorganisierte die Verwaltung des päpstlichen Grundbesitzes und legte so den Grundstein für den Kirchenstaat.

Nur den Päpsten Leo I. und Gregor I. hat die Kirche den Zusatz „der Große“ gewährt. Wird Johannes Paul II. ebenfalls als Großer gerühmt werden?



Kirchenführer Johannes Paul II., Kollegen (2004): „Christliche Revolution auf dem Vormarsch“

wurde mehrfach Vater und versorgte seine Kinder, allen voran Cesare und Lucrezia, nach seiner Wahl generös.

Sein Nachfolger Julius II. (1503 bis 1513) baute das Imperium Petri zum mächtigen Kirchenstaat aus. Er war einer der eindrucksvollsten und wirkungsvollsten Renaissance-Päpste, aber eben auch mehr Staatsmann als Priester. Während er dafür sorgte, dass der Machtanspruch der Kirche auch nach außen dokumentiert wurde (Michelangelo schuf die berühmten Fresken in der Sixtinischen Kapelle), sah er die innerkirchlichen Probleme nicht, scheiterte mit einem Reformversuch – dem letzten vor der Reformation.

Der Niedergang der Kirchenmacht beschleunigte sich mit der Aufklärung. Sie

löste Gott als Mittelpunkt der menschlichen Gesellschaft ab durch den sich selbst verwirklichenden, selbstbestimmten Menschen.

Die Aufklärung traf zwar auch die in der Reformation von Rom abgespaltenen evangelischen Kirchen, aber die waren selbst Teil einer Emanzipationsbewegung und wurden daher nicht so tief getroffen wie das absolutistische System der Papstkirche, das seinen Gläubigen für alle Lebenslagen vorschrieb, was gut und was böse ist.

Mit der Französischen Revolution war das Ende des Imperiums als politische Macht besiegelt. Das 19. Jahrhundert hindurch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts lieferten die Nachfolger Petri in Rom nur noch Rückzugsgefechte. 1870 verlor Papst

Pius IX. seine letzte weltliche Bastion, den Kirchenstaat, an das neue Königreich Italien und zog sich in den Vatikan-Palast zurück.

Weitaus länger dauerte es, bis sich die Päpste mit der weltanschaulich pluralen und neutralen weltlichen Gesellschaft und ihrer Staatsform, der Demokratie, abfanden. Diese moderne Regierungsform war den Päpsten zutiefst suspekt, weil sie es ihren Bürgern anheim stellt, was sie glauben wollen oder nicht.

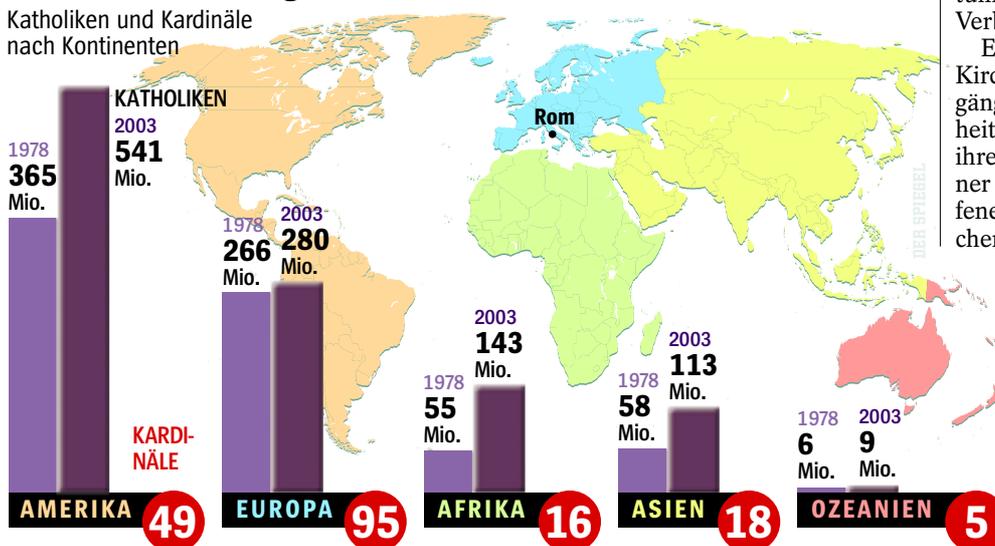
Die Kirchenfürsten dagegen verstanden Gewissen- und Religionsfreiheit stets als Freiheit der katholischen Kirche, ihre eigenen Lehren zu verkünden und mit staatlicher Hilfe in der Gesellschaft durchzusetzen. Noch Pius XII. hielt in der Mitte des 20. Jahrhunderts am Anspruch einer allein selig machenden Kirche fest: Der Irrtum habe kein Recht auf Existenz und Verbreitung.

Erst Johannes XXIII. zertrümmerte die Kirchen- und Staats-Ideologie seiner Vorgänger. Er propagierte die Gewissensfreiheit aller Menschen und ihr Recht, nach ihrer Fassung selig zu werden. Dank seiner Inspiration stieß das von ihm einberufene Zweite Vatikanische Konzil die Kirchentüren weit auf.

Den Einfluss des katholischen Glaubens auf die Gestaltung der Gesellschaft indes konnte auch Johannes XXIII., der 1963 nach nur kurzer Amtszeit starb, nicht wiederbeleben. Er wurde 2000 selig gesprochen und liegt heute, auf erstaunliche Weise erhalten, in einem Glassarg in einer Ecke des Petersdoms. Für die Gläubigen ist es ein Wunder, für Massimo Signoracci,

Weltweite Glaubensgemeinschaft

Katholiken und Kardinäle nach Kontinenten



Blumen, Gesänge, Gebete

Die Autorin Tanja Dückers über jugendliche Papst-Verehrer in Krakau



Dücker, 36, lebt zurzeit in Krakau. Zuletzt veröffentlichte sie den Roman „Himmelskörper“ (2003) und gab gemeinsam mit einer Kollegin die Anthologie „Stadt Land Krieg“ (2004) heraus.

Jerzy hat bewegende Momente hinter sich: Der Glatzkopf kommt gerade aus dem Stadion des Fußballclubs Cracovia und ist von Kopf bis Fuß im Fan-Outfit gekleidet: rote „Adidas“-Tretter mit weißen Streifen, Schlapperhose, rot-weiß gestreiftes T-Shirt, der niemals fehlende Schal plus Papst-Plakette. Auch hier verehrt man Karol Wojtyła. Der Papst war schließlich ein großer Fußballfan und als junger Mann selbst mal Torhüter. 25 000 Fans haben sich zusammengefunden, um auf ihre Art vom Papst Abschied zu nehmen: Die Anhänger der verfeindeten Clubs Wisła (Weichsel) und Cracovia legen ihren mehrjährigen Streit bei. Wie schon die Jugendlichen in Tschentochau singen sie Karol Wojtyłas Lieblingslied „Barka“ (Kahn). Von Karol Wojtyła spricht man hier gern, öfter als von Papst Johannes Paul II. – um zu betonen, wie sehr er doch „einer von uns“ war.

Der muskulöse Junge mit dem Cracovia-Tattoo hat klare Gründe, den Papst zu mögen: Der ist in starkem Maße dafür verantwortlich, dass „Scheiß-Jaruzelski“ weg ist und Jerzy demnächst ein Praktikum in Birmingham machen kann.

Wahrscheinlich hätte sich Jerzy für einen Papst anderer Nationalität nicht besonders interessiert. Für ihn ist Karol Wojtyła in erster Linie ein weltberühmter Pole und in zweiter Linie das Kirchenoberhaupt gewesen. Der Papst ist fraglos ein Teil der polnischen Identität. Und man spürt hier, wie groß die Sehnsucht danach ist – gerade bei Jüngeren –, einmal auf eine in aller Welt hinaus sichtbare, anerkannte Figur verweisen zu können.

„Mit dem Papst haben wir einen der mächtigsten Männer der Welt gestellt“, sagt der Fußballfan. Eine Art Hoffungsschimmer in einer noch gewöhnungsbedürftigen Welt aus „biznesmen“ und neuem Leistungsdruck. Der Papst ist vielleicht etwas verschoben und altbacken gewesen, aber er nötigt einem sehr viel Respekt ab. Vielleicht bewundern junge Leute eher seine Haltung als konkrete Bot-

schaften. Seine Bücher gelesen hat keiner, mit dem ich sprach. Niemand wollte mit mir kirchliche Regeln, den Katechismus und die Frauenordination diskutieren. Während Politiker korrupt sind, Firmenchefs lügen und auf nichts Verlass zu sein scheint, hat der Papst – dem man vieles, aber nun wahrlich nicht zeitgeistige Anbiederung an die Jugend vorwerfen kann – offenbar elementare Glaubwürdigkeit. „The Pope rules o. k.“, sagt Jerzy.

Zwei Tage nach dem Tod des Papstes ziehen über 100 000 Schüler und Studenten, die sich erst vor ein paar Stunden per SMS verabredet haben, durch die Altstadt zum Wawel. Mit solch einem Zulauf hatte auch in Krakau niemand gerechnet.

„Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass er nicht mehr da ist.“ Halina, deren bunte Zöpfe in alle Richtungen absteigen, spricht nicht von einem Rockstar, sondern vom Oberhaupt der katholischen Kirche. Sie studiert an der Krakauer Jagiellonen-Universität, an der Hand hält sie den vierjährigen Jan. Im Gespräch verweist sie stets auf diesen Punkt: dass der Papst einfach immer da war. Wieder der gleiche Subtext: Politiker, Regime, Ideologien ändern sich – in einem Land, das schwindelerregende Veränderungen über sich ergehen lassen musste, war der Papst ein Signum von Unverbrüchlichkeit.

Jetzt ruft Halina auf dem Handy ihre Clique an. Normalerweise treffen sie sich in der Altstadt oder in Kazimierz, dem einstigen jüdischen Viertel, in dem jetzt viele Studenten wohnen. Überhaupt ist Krakau eine Studentenstadt. 100 000 leben hier – in Berlin, fast fünfmal größer als Krakau, leben nur gut 40 000 mehr.

Für Halina bedeutet zur Kirche zu gehen etwas ganz anderes als für Gleichaltrige in den meisten deutschen Städten: In Krakau gehen junge Polen spontan kurz in die Marienkirche. Nach einigen Minuten sind sie dann wieder bei ihren Alltagsgeschäften. Eine Kirche mitten in der Stadt mit jeder Menge Laufpublikum.

Während ich nun wieder den Gebeten zuhöre, geht mir meine eigene „kirchliche Biografie“ durch den Kopf. Ich wurde zwar im „atheistischen“ Berlin katholisch getauft, verweigerte aber später wegen eines vollkommen sinnentleerten Unterrichts die Firmung: ein Jeansanzug-Pfarrer machte Campingtouren mit uns und spielte den Kumpelfreund. Einige Mädchen unserer Gruppe steckten sich zum Spaß ihren Schülerschein in den Ausschnitt –



Trauer Gottesdienst in Krakau, Papst-Anhänger in Landestracht:

und unser Pfarrer grabbelte begeistert danach, bis er aller unter allgemeinem Gekreische habhaft wurde. Mit diesem Clown-Pfarrer war nichts anzufangen. Das reichte mir damals.

Aus allen Gassen der Altstadt kommen mehr und mehr Menschen. Vor dem Bischofssitz in der Ulica Franciszkanska 3, der „Krakauer Adresse“ von Karol Wojtyła, wie man hier sagt, Blumen, Gesänge und Gebete – eine Endlosmesse.

„Was hältst du denn von der Haltung des Papstes zu Abtreibung, gleichgeschlechtlicher Liebe und Frauenordination“ – in der feierlichen Stimmung wagt man kaum, solche kritischen Fragen zu stellen. Halina schüttelt stumm den Kopf. „Wieso sollte er denn für diese Dinge

gewesen sein? Väter sind doch nie für solche Sachen. Das ignoriert man eben. Statt Karol Wojtyła seine für die ältere Generation einfach typischen Ansichten vorzuhalten, sollte man ihm, denke ich, eher anrechnen, wie progressiv er auf anderen Gebieten war: Er war der erste Papst, der je eine Synagoge und eine Moschee betreten hat.“

Der Zug von Tausenden Menschen geht langsam weiter. Die Straßen der Altstadt sind klein und schmal – jetzt kann man leibhaftig nachvollziehen, dass sie eher für Prozessionen als für den Autoverkehr gemacht sind. Halina seufzt: „Wenn nun Karol Wojtyła nicht mehr da ist, dann entsteht eine große Leere für mich. Man fühlt sich einfach ein bisschen

den Sohn des Einbalsamierers, nur gute Arbeit.

Dann aber, gegen Ende der siebziger Jahre, beginnt eine ganze Dekade vor dem politischen Umbruch, eine Neubesinnung der Religionen. 1978 wird der Pole Wojtyła zum Papst gewählt und muntert seine Anhänger in aller Welt auf: „Habt keine Angst.“

Ein Jahr später stürzt ein frommer Islam-Gelehrter, der schiitische Ajatollah Ruhollah Chomeini, den Schah von Persien und begründet einen Gottesstaat, den er weit über die Grenzen Irans exportieren möchte.

1981 gelangt in den USA Ronald Reagan an die Macht, der bei seinen Anhängern, vor allem bei den Protestanten im Bibeltgürtel der USA, neues Selbstvertrauen und neuen Missionsdrang weckt. Die Religio-

Marienverehrung, dogmatischer Strenge gerufen. Im Norden fordern die Gläubigen Modernität von der katholischen Kirche: Frauen als Priesterinnen, Ende des Zölibats, Toleranz gegenüber Homosexuellen, der Abtreibung und der Sterbehilfe. Die Postulate sind verständlich, aber die katholische Kirche, die 2000 Jahre überlebt hat, wäre nicht mehr dieselbe, wenn sie sich umfassenden Reformen öffnen würde – sie wäre zum Protestantismus reformiert.

Europa hat sich als unrettbar säkularisiert erwiesen. In Frankreich, Spanien, Italien wurden Abtreibungsgesetze beschlossen. Die Geburtenrate in Italien gehört zu den niedrigsten in Europa. Zwei Jahre lang missionierten die Gesandten des Vatikans in Brüssel, um einen Hinweis auf die christlichen Wurzeln Europas in der EU-Verfassung zu verankern. Vergebens.



HERBERT KUSOWSKI / AP

„Man fühlt sich einfach ein bisschen schutzloser – wir Polen sind jetzt wieder mehr auf uns selbst gestellt.“

schutzloser. Wir Polen sind jetzt wieder mehr auf uns selbst gestellt.“

Halina starrt auf die lange Bahn aus Kerzen, die vor die Tür des Bischofssitzes führt: „Sein Tod schließt auf jeden Fall einen großen Abschnitt der gegenwärtigen Geschichte ab, die hier Solidarność, Walesa, Kriegszustand, Demokratie, Aufnahme in Nato und EU, also viele wirklich dramatische Momente umfasst.“

Halinas Sohn fühlt sich nun lange genug nicht beachtet. Er versteht sowieso nicht, wieso alle immer zu diesem Fenster aufschauen, in dem es doch nichts zu sehen gibt. Missmutig flüstert er seiner Mutter etwas ins Ohr. Halina grinst: „Jan sagt, wenn er groß ist, möchte er Papst werden. Letzten Monat war’s noch Astronaut.“

nen begeben sich auf Expansionskurs, den auch Wojtyła vorantreibt.

Der Papst wird zum eiligen Vater. Er nimmt den Petrus-Auftrag, Menschlicher zu sein, wörtlich und wirft seine Netze an allen Weltenden aus. Dabei blieb er selbst immer skeptisch über das Gelungene und übersah Misserfolge nicht.

Was also bleibt?

Mit Donnerworten und 1,16 Millionen Flugkilometern hat Johannes Paul II. versucht, die Una Sancta Catholica et Apostolica, die eine, heilige, allumfassende und apostolische Kirche zusammenzuhalten. Doch im weltumspannenden Reich des Papstes haben sich Teilkirchen gebildet, die unaufhaltsam auseinander driften.

Im Süden, in den Favelas und Megastädten Lateinamerikas, wo längst die Mehrheit der Katholiken lebt, wird nach

Die Macht der Kirche beruht einzig und allein auf der Attraktivität ihrer Botschaft. Sie liegt in ihrer Fähigkeit, die Köpfe zu begeistern, die Herzen zu gewinnen. Im Zeitalter der Globalisierung ist ein Bild mächtiger als eine Division.

Johannes Paul II. führte sein Reich ins Kommunikationszeitalter. Der Pole kam aus einem Land des Maulkorbs. Wer gehört werden wollte, musste sich selbst darum kümmern.

Das letzte Apostolische Sendschreiben von Johannes Paul II., vom 24. Januar 2005, galt den Kommunikationsmitteln. Auch Christus, so ließ der Sterbensranke verkünden, sei ein Kommunikator gewesen: „Der erste Areopag der modernen Zeit ist die Welt der Kommunikation.“ Ohne Scheu, so rief er seine Kirche auf, solle sie sich des Internets, des Fernsehens



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

Kardinal Sterzinski bei Trauerfeier in Berlin: Globalisierte moralische Instanz

bedienen: „Fürchtet euch nicht vor den neuen Technologien!“

Im Zeitalter globaler Kommunikation kommt keine Weltmacht ohne Bilder aus. Auch die Kirche musste für Bilder sorgen, je stärker sie waren, desto besser. Im Sinne des Jesus-Wortes an seine Jünger: „Was euch gesagt wird in das Ohr, das predigt auf den Dächern“ – und nehmt Breitbandstreams dafür, fügte dieser Papst hinzu, Satelliten und Websites. Die Homepage des Vatikans gehört zu den besten in Italien.

Als Johannes Paul II. wenige Tage vor dem Jahrtausendwechsel die Heilige Pforte im Petersdom öffnete, hatte er dafür gesorgt, dass im Inneren eine Kamera aufgestellt war.

Das Foto des Papstes aus dem Jahr 1999, auf dem er den Koran küsst, hat mehr zur Verhinderung eines Zusammenpralls der Zivilisationen beigetragen als die meisten Ministerreisen. Der altersschwache Kirchenführer, der an der Jerusalemer Klagenmauer betete, hat mehr zur Aussöhnung von Christen und Juden beigetragen als viele kirchliche Kommissionen.

Mächtiger als George W. Bushs siegestrunkener Top-Gun-Auftritt auf dem

Flugzeugträger („Mission accomplished“) war das Bild des Papstes, der, todkrank, mit zur Seite gesunkenem Kopf dem Präsidenten die Leviten las. In diesem Moment hatte der US-Präsident den Krieg moralisch so gut wie verloren.

Dem Amerikaner Bush, dem Briten-Premier Tony Blair und Spaniens Ministerpräsidenten José María Aznar hatte Johannes Paul II. ins Gewissen geredet, vom

„Ohne ihn gäbe es kein Ende des Kommunismus, oder das Ende wäre blutig geworden.“

„Wahnsinn des Krieges“ abzulassen. Wenige Tage vor der Bombardierung Bagdads schickte der Papst einen Gesandten mit handgeschriebener Botschaft ins Weiße Haus. „Niemand darf den Namen Gottes missbrauchen, um zu töten“, ließ er ausrichten.

In jedem Krieg sah er eine Niederlage der Menschheit.

Doch nur die Jugendlichen konnte Johannes Paul auf seiner Seite wissen. Auf

den Straßen ganz Europas drängten sich die Demonstrationzüge mit den Regenbogenfarben und der Bitte um Frieden: „Pace“. Die Wirkung war diesmal gering. Selbst sein Polen schickte Soldaten in den Irak – katholische zumeist.

Zu den Bildern kamen die Worte. Schlichte Worte in schlichten Sätzen: „Fürchtet euch nicht“ – diese Aufforderung zum zivilen Ungehorsam hatte eine ungeheure Wirkung, als das atheistische Reich des Kommunismus wankte.

Der große politische Umbruch von 1989 wäre ohne Johannes Paul II. wohl ganz anders verlaufen. Lech Walesa, der Held von Danzig, sagt: „Ohne die Unterstützung des Heiligen Vaters wäre Solidarność zerschlagen worden. Ohne ihn gäbe es kein Ende des Kommunismus oder zumindest erst sehr viel später, und das Ende wäre blutig gewesen.“ Margaret Thatcher erklärt: „Er war die moralische Kraft hinter dem Sieg im Kalten Krieg.“ Auch Michail Gorbatschow, dem ein Weltreich aus den Fingern glitt, würdigt die Größe seines Gegenspielers.

Wojtyla selbst meinte zum Ende des Sowjetreichs: „Der Baum war schon morsch, ich habe ihm nur einen Stoß versetzt.“

Polen wurde zum deutlichsten Beispiel dafür, wie der Glaube auch im späten 20. Jahrhundert Berge versetzen und ewige Wirklichkeiten umstürzen kann.

Kurz nach Wojtylas Thronbesteigung im Oktober 1978 kontaktierte der damalige Moskauer KGB-Chef Jurij Andropow seinen

Warschauer Statthalter und fragte wütend: „Wie konnten Sie es zulassen, dass ein Bürger eines sozialistischen Staates zum Papst gewählt wird?“ Auch der polnische Parteichef Edward Gierek ahnte nichts Gutes: „Das bedeutet große Komplikationen für uns.“ Aus Komplikationen wurden Revolutionen.

Lech Walesa unterzeichnete alle Abkommen mit einem Kugelschreiber, den das Bild des Papstes zierte. Zum ersten

Wachsender Glaube

Daten zur Religiosität der Deutschen

Obwohl die Kirchen seit vielen Jahren eine hohe Zahl von Austritten verzeichnen, wächst die Bedeutung, die dem persönlichen Glauben zugemessen wird. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage von TNS Infratest im Auftrag des SPIEGEL. Die Erhebung fand im Februar statt, ein Sondereffekt durch den Tod des Papstes ist damit ausgeschlossen. Besonders auffällig ist der Anstieg in Ostdeutschland, wo der Anteil derer, denen ihr Glaube „sehr wichtig“ ist, seit 1993 deutlich von 14 auf 23 Prozent zugenommen hat. Knapp zwei Drittel der in Deutschland lebenden 82,5 Millionen Menschen sind Christen, darunter 26,2 Millionen Katholiken, 25,8 Millionen Protestanten und 1,2 Millionen Orthodoxe; 3,1 Millionen sind Muslime.

„Mein Glaube ist für mein Leben ...“



	Männer	Frauen	katholisch	evangelisch
... sehr wichtig“	21	30	38	27
... ziemlich wichtig“	23	28	24	34

„Wie oft gehen Sie in die Kirche?“

	West	Ost
Einmal pro Woche oder öfter	11	3
Mehrmals im Jahr	40	19
Einmal im Jahr oder seltener	26	30
Nie	23	47

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 11. bis 23. Februar 2005; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Der Priester und der Tyrann

Wie ein deutscher Jesuiten-Pater vom Freund zum Feind Robert Mugabes wurde

Am 4. April trägt auch Robert Mugabe persönlich Trauer. Der Herrscher über ein Reich des Bösen erscheint ganz in Schwarz, als in der römisch-katholischen Kathedrale von Harare der Gottesdienst für Papst Johannes Paul II. beginnt.

Tausende Gläubige sind an diesem sonnenigen Tag in Simbawes Hauptstadt geströmt. Sie hören jetzt, wie der Diktator, der im richtigen Leben die Schwarzen auf die Weißen hetzt, den Papst als „geistlichen Giganten“ würdigt. Mugabe, 81, spricht von Frieden und Toleranz und lobpreist den obersten Hirten: „Er war ein weicher Mann mit einem weichen Zug, und sein Herz war genauso weich.“

Das ist ein denkwürdiger Tag, wenn der Präsident dieses Paria-Staates dem Papst die Ehre erweist und Worte findet, die ins Himmelsreich der Gewaltlosigkeit gehören. Denn im richtigen Leben nennt Mugabe sich bisweilen den „Hitler dieser Zeit“. Seit kurzem trägt der „Comrade“ einen Führer-Schnauzbart und ist besonders stolz darauf, einen „akademischen Abschluss in Gewalt“ zu haben.

Während er Herzensworte für das Oberhaupt der katholischen Kirche findet, leiden in den Hospitälern der Stadt Dutzende Frauen, die Mugabes Schlägertrupps brutal misshandelt haben. Seit Jahren ist Simbabwe ein Land in Angst, ein Land in Barbarei.

In der Kirche sitzt an diesem Tag auch Dieter Scholz, 66, ein deutscher Jesuiten-Pater, ein weißhaariger, rotgesichtiger Missionar, der sich um die Opfer des Regimes kümmert. Einer, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Verbrechen Mugabes öffentlich anzuprangern und Berichte über den „Staatsterror in Simbabwe“ verfasst. Einer, der seit 40 Jahren mit der leidvollen Geschichte des Landes lebt, das einst Rhodesien hieß. Und der Pater kommt dem Mann in Schwarz dort auf der Kanzel nicht zum ersten Mal nahe.

Es war fast auf den Tag genau vor 30 Jahren, als Robert Gabriel Mugabe in einer kleinen katholischen Gemeinde in Rhodesville am Stadtrand



Jesuiten-Pater Scholz
„Der gleiche Starrsinn, der gleiche Hass“

von Salisbury, wie Harare damals hieß, Schutz suchte. Er wirkte gehetzt. Die Häsher des rhodesischen Geheimdienstes waren wieder einmal hinter ihm her.

Mehr als zehn Jahre hatte er bereits in rhodesischen Kerkern gesessen; seine Familie lebte in London im Exil. Nicht noch einmal wollte sich der Rebell, der zum Marxisten geworden war, einsperren lassen, und so floh er dorthin, woher er einst kam: in den Schoß der katholischen Kirche. Denn Mugabe war in seiner Jugend ein Zögling der Jesuiten.

Schon lange war ihm das „Silveira-Haus“ vertraut, eine jesuitische Einrichtung, die sich um Dissidenten kümmerte und die Menschenrechtsverletzungen des

weißen Rassenregimes von Ian Smith dokumentierte. Die katholische Kirche war in diesen Tagen, was sie in Afrika und anderswo immer wieder sein sollte: eine Insel des Widerstands, ein Rettungsanker für Verfolgte.

Mugabes Schwestern Sabina und Bridget arbeiteten damals im „Silveira-Haus“. Und hier trifft Mugabe den Jesuiten aus Berlin zum ersten Mal. Scholz lebte seit 1963 im Land. Er lernte Englisch, die Sprache der Kolonialisten, und auch Schona, die Sprache der meisten Schwarzen. Er wurde gebraucht, denn Rhodesien blutete. Zehntausende starben im Terror der Weißen gegen die Schwarzen.

Als er Mugabe kennen lernte, sah Scholz „einen Menschen, der unschuldig eingesperrt wurde und darüber verbittert war, einen verschlossenen Sonderling ohne Freunde, einen afrikanischen Nationalisten“. Die Gewalt, sagt Scholz heute, „war für uns kein Problem. Es war klar, dass gegen die grausame Herrschaft der weißen Minderheit der bewaffnete Kampf ein legitimes Mittel war“.

Immer wenn die Regenzeit einsetzte, „wurden hinter der Missionsstation die Leichen der schwarzen Kämpfer freigespült. Vier von fünf unserer Schüler verloren damals im Kampf ihr Leben“, erzählt der Pater. Und so ist Anfang April



Polizeieinsatz gegen Streikende in Harare (2003): „Akademischer Abschluss in Gewalt“

1975 Hilfe aus der Sicht der Glaubensbrüder eine Selbstverständlichkeit: „Das war ein Gebot unseres Gewissens.“

Pater Emmanuel Ribeiro besorgte ein paar ältere weiße Dominikaner-Nonnen und setzte sie in zwei Autos. Eines steuerte Ribeiro selbst, das andere, einen gelben Volkswagen, Schwester Mary Aquina. Sie sammelten Mugabe und einen Kombattanten ein, und dann machten sich alle auf den Weg zur mosambikanischen Grenze. Es sollte wie die Ausfahrt einer christlichen Gruppe aussehen. Mosambik wurde damals schon von der marxistischen Befreiungsbewegung kontrolliert.

Die kleine Gesellschaft in zwei Autos passierte Checkpoints der rhodesischen Geheimpolizei, ohne Aufsehen zu erregen, und am 5. April 1975, gegen Mitternacht, machten sich Mugabe und der andere Guerillero über die Berge des Nachbarlands auf und davon.

Nicht lange danach wurden die rhodesischen Sicherheitskräfte auf Pater Scholz aufmerksam, der unverdrossen Berichte über die Gewalttaten der Weißen veröffentlichte. Zwei Jahre nach Mugabes Flucht verhafteten sie den Missionar, 1978 verwiesen sie ihn des Landes.

Als Scholz ins Flugzeug nach Europa stieg, war das Regime der Weißen allerdings fast am Ende. Die Rebellenarmee eines gewissen Robert Mugabe hatte den Bürgerkrieg in weite Teile Rhodesiens getragen. Wenig später, 1980, erlangte das Land die Unabhängigkeit und nannte sich fortan Simbabwe.

Bald versank das umgetaufte Land wieder in Blut. 1983 schlichtete Mugabes von Nordkorea trainierte Fünfte Brigade im Matabeleland bis zu 20000 Stammesangehörige der Ndebele ab. Die weißen Farmer ließ er in Ruhe – bis ins Jahr 2000, als die Zwangsenteignungen begannen, als schwarze Kriegsveteranen weiße Siedler totschlügen, als Schwarze auf den Farmen der verhassten Rhodesier campierten. Gerade einmal 400 weiße Farmer sollen heute noch im Land leben. Schwarzer Rassismus hat den weißen ersetzt.

Pater Scholz war von seinem Orden nach Rom entsandt worden und sollte sich um Flüchtlinge aus Kambodscha kümmern. 1990 aber kam er zurück nach Simbabwe. Was für ein Wandel: Zwölf



Mugabe (im Vatikan): Sucht nach Macht

Jahre zuvor hatte er die Horrorherrschaft des weißen Rassisten Ian Smith hinter sich gelassen und erlebte nun das zunehmend schreckliche Regime Robert Mugabes.

„Es war nicht abzusehen, dass sich Mugabe so entwickeln würde“, meint Pater Scholz heute. Und was hätte er damals, am 5. April 1975, auch tun sollen? Den schwarzen Partisanen seinen weißen Peinigern übergeben? Er tat, was sein Glaube und sein Orden ihm vorschrieb.

„Mugabe ist wie Smith“, sagt Scholz, „der gleiche Starrsinn, der gleiche Hass, die gleiche Sucht nach Macht. Er verflucht die Europäer und fährt im schwarzen Rolls-Royce zur Eröffnung des Parlaments.“

So haben sich die Jesuiten von Harare, ohne es zu wollen, eine Lebensaufgabe geschaffen: den Kampf gegen das Unrecht auf einem unseligen Flecken Erde. Der katholische Erzbischof von Bulawayo, Pius Ncube, hat vor kurzem gesagt, er bete dafür, dass Mugabe stirbt.

Pater Scholz ist heute offiziell der Leiter des Ausbildungszentrums in der Missionsstation. Er schreibt Artikel in Kirchenzeitungen über den Staatsterror in Simbabwe und über Mugabe, den alt gewordenen Diktator. Er kümmert sich um die Armen und Schwachen.

Und wie lange bleibt Pater Scholz im Silveira-Haus in Harare? „Wir Jesuiten bleiben immer, wo wir sind“, sagt er lakonisch. Es sei denn, Robert Mugabe, der den Papst preist und sich Hitler nennt, weist ihn aus.

THILO THIELKE

Mal im 20. Jahrhundert wurde ein Papst außerhalb Italiens wieder zum entscheidenden Faktor der Innenpolitik eines Landes.

Doch kaum war der gemeinsame Feind besiegt, zerbröckelten in Polen die Oppositionsbündnisse. Auch die Stimme des Schutzpatrons verhallte ungehört. Der Kapitalismus dürfe nicht rücksichtslos sein, predigte Johannes Paul 1991 auf seiner Pilgerreise durch das neue Polen. Aber da hatte eine Solidarność-nahe Regierung schon mit einer radikalen Wirtschaftsreform begonnen.

Obwohl er sich immer für den Dialog von Christen und Juden ausgesprochen hatte, obwohl er Polen immer als europäisches Herzland betrachtet hatte, entstand in den neunziger Jahren in seinem Heimatland ein katholischer, antisemitischer und antieuropäischer Rechtsradikalismus. Zwar gäben, so schreibt der Warschauer Soziologe Pawel Spiewak, mehr als 90 Prozent der Polen an, gläubig und katholisch zu sein, doch seien die meisten davon offenbar „gegen die moralischen Lehren der Kirche imprägniert“.

Im Materialismus erkannte Johannes Paul II. den größten Feind der Kirche. Denn der ist ganz irdisch, sucht die Erfüllung im Hier und Heute, ignoriert das Jenseits, den Gott der Kirche. Der Materialismus ist der Geist des Nordens. Das Spirituelle dagegen, das der Papst charismatisch beschwor und verkörperte, hat seine Heilstatte anderswo gefunden.

Die Zukunft der Kirche liegt in Regionen, die eine halbe Welt von Rom entfernt liegen. Auf den Philippinen sind im vorigen Jahr mehr Katholiken getauft worden als in Frankreich, Spanien, Italien und Polen zusammen. „Diese religiösen und demografischen Entwicklungen“, so meint der amerikanische Religionswissenschaftler Philip Jenkins, „erklären vieles an der Herrschaft von Johannes Paul II., seine Betonung der Orthodoxie und der kirchlichen Autorität, seine mystische und übernatürliche Welt-sicht.“

Die für säkulare Westeuropäer zuweilen bizarren Obsessionen des Papstes wirkten weniger verschoben als vielmehr angemessen für die Welt, in der noch glühend geglaubt wird. „In der päpstlichen Vorstellung“, schreibt Jenkins, „zählen Nigeria und die Philippinen auf eine Weise, wie es die Niederlande oder selbst Deutschland schon seit Jahrzehnten nicht mehr tun.“

Die Kirche machte sich auf, den Glauben zu suchen. Der Papst wurde zum Vorkämpfer eines Kreuzzugs, der ihn in immer entferntere Regionen führte. „Wie das erste Jahrtausend das Kreuz fest in den Boden Europas eingepflanzt sah und das zweite Jahrtausend ebenso in den Boden Amerikas und Afrikas, so möge das dritte christliche Jahrtausend Zeuge einer reichen Glaubensernte auf diesem weitausgedeh-

ten, lebensvollen Kontinent sein“, erklärte Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Neu-Delhi 1998.

Das wird harte Arbeit. Denn unter dem langen Pontifikat des Johannes Paul stieß das Imperium Petri vor allem im Osten an Grenzen. Der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Alexij II., verweigerte sich der Verständigung. Zur Pilgerfahrt nach Moskau, die sich das römische Kirchenoberhaupt so sehr gewünscht hatte, ist es nie gekommen. Und das zweite Großreich im Osten, China, sandte zwar Kondolenzschreiben nach Rom, verhaftete aber zuvor zwei greise Bischöfe. Russland, China, Vietnam sind weiße Flecken auf der Weltkarte des Imperiums.

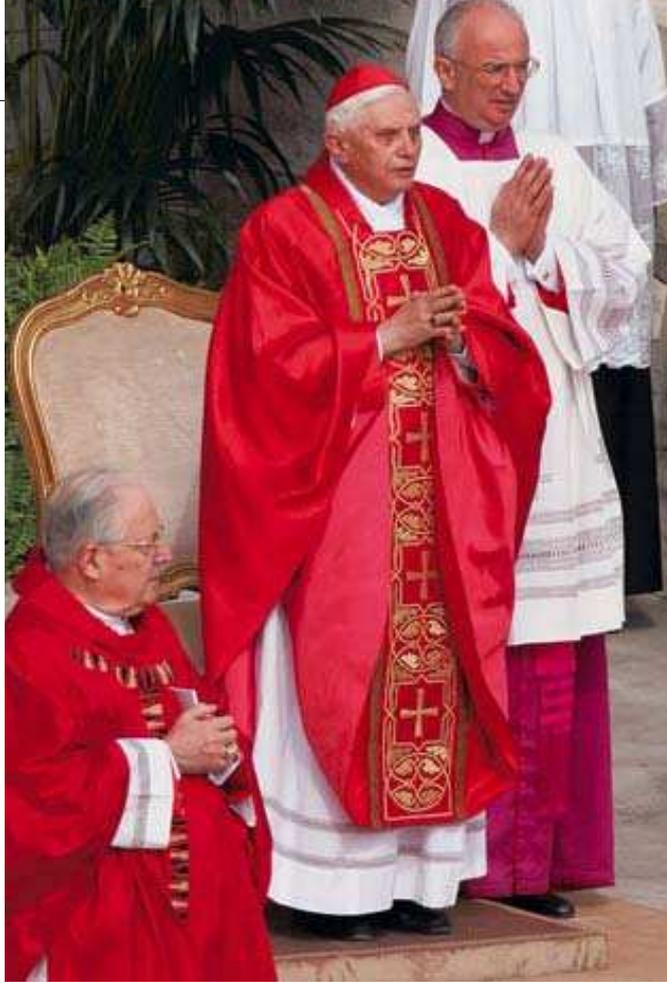
Vor allem in Asien wird das Evangelium oft als religiöses Implantat des Westens empfunden. In Indien sehen Hindu-Nationalisten die christliche Konkurrenz als fünfte Kolonne des Westens an und verfolgen die Sendboten Roms mit Argwohn oder offener Gewalt. Etwa dann, wenn Missionare den Unberühmbaren, den Ausgegrenzten des Kastensystems, mit der Taufe zu neuem Selbstwertgefühl verhelfen. Auch in Vietnam werden Priester und Mitglieder von Bibelgemeinschaften und christlichen Hauskreisen verfolgt und eingekerkert.

„Inkulturation“ heißt das Marketingrezept, mit dem die römische Kurie die kulturellen Hürden zu überwinden trachtet. Das Christentum soll endlich mit „asiatischem Gesicht“ auftreten und auf lokale Sitten und Gebräuche Rücksicht nehmen.

In China verweigert die KP, von ähnlichem Heilsbewusstsein geleitet wie die Kirche, dem Papst konsequent die Betreuung der chinesischen Glaubensbrüder, die Verwaltung der Diözesen oder die Ordination von Bischöfen.

Das besorgten die Peking Kader lieber selbst. Erst im März erließen sie Regeln für die „Rechte und Pflichten der Religionsausübung“. Die aber gelten nur für die vier Millionen Anhänger der staatsfrommen „Patriotischen Vereinigung der Katholiken Chinas“. Die rund zwölf Millionen Gläubigen der „schweigenden Kirche“ treffen sich heimlich und stellen die Autorität des Papstes über die der Partei. Sie werden oft als subversive Sektenanhänger verfolgt.

In Afrika boomt das Christentum, dort trifft Wojtylas Botschaft auf begeisterte Anhänger. Nicht immer geschieht das im Geiste der Bergpredigt. Im Norden Ugandas ist eine „Lord's Resistance



Ratzinger beim Papst-Requiem: Zeremonienmeister der Grablegung

MARKUS ULMER / ACTION PRESS

Finsternis. „Hier geben sich die Menschen Gott bedingungslos hin und sehen durch alle Katastrophen hindurch ein Licht.“

So wächst, 400 Jahre nachdem erste portugiesische Missionare an Afrikas Ostküsten gelandet waren, ein dynamisches und starkes Christentum, das die europäischen Großkirchen spielend an den Rand drängen könnte.

Der grausame Glaubenskrieg im Norden Ugandas scheint nur der bizarre Auswuchs einer Entwicklung zu sein, die derzeit allerorten zwischen Nigeria und Kenia, zwischen dem Sudan und Südafrika zu beobachten ist. Der Religionswissenschaftler Jenkins sieht bereits „eine christliche Revolution im Gange“.

Im Jahr 1900 lebten 10 Millionen Christen in Afrika, heute sind es bereits 360 Millionen – fast jeder zweite Afrikaner glaubt mittlerweile an den christlichen Gott. Und die christlichen afrikanischen Länder gehören zu denjenigen mit dem stärksten Bevölkerungswachstum weltweit.

Der katholische Missionswissenschaftler Walbert Buhmann

nennt den religiösen Aufbruch der Entwicklungsländer die „Dritte Kirche“. Sie werde, sagt er voraus, „mit großer Wahrscheinlichkeit eine Führungsrolle innerhalb der christlichen Glaubensgemeinschaft übernehmen“.

„In Deutschland ist das Christentum am Verdunsten“, meint Fritz Stenger, der an der Katholischen Universität Ostafrikas in Nairobi lehrt, „in Afrika ist es auf dem Vormarsch.“

Seit 30 Jahren lebt Stenger auf dem Kontinent, und überall hat er ähnliche Erfahrungen gemacht: „Proportional zur Armut steigt die Gläubigkeit.“ Die permanente Bedrohung durch Kriege, Krankheiten und Kriminalität lasse die Menschen Trost in der Kirche suchen, und auch die grassierende Korruption und Kleptomanie ihrer politischen Führer treibe die Afrikaner in Scharen in die Arme der Prediger.

Hier fallen Ideen von einem christlichen Staat auf fruchtbaren Boden. Für Jenkins drängt sich eine „Analogie mit dem mittelalterlichen Konzept des Christentums“ geradezu auf: „Besonders der Katholizismus in Afrika läugelt mehr mit Autorität und Charisma als mit neueren Ideen wie Konsultation und Demokratie.“

So befindet sich die katholische Kirche in einem Dilemma. In Europa kann sie nur überleben, wenn sie sich der Liberalisierung der Gesellschaft anpasst. Im wundergläubigen Afrika könnte ihr genau das zum Verhängnis werden. Hier

Army“ gerade dabei, Kindersoldaten aufeinander zu hetzen, zu metzeln und zu vergewaltigen.

Der deutsche Missionar Josef Gerner arbeitet seit Jahren in der Region. „Es ist paradox“, sagt der 69-Jährige, „je brutaler der Krieg dieser selbsternannten Christen tobt, desto mehr Menschen strömen in meine Kirche und suchen Gott.“

Selten habe er eine so lebendige Gemeinde erlebt, selten einen so großen Zulauf, selten eine solche Hingabe: „Während die Kirche in Europa stinklangweilig geworden ist, lebt sie in Afrika richtig auf.“ Die wahre Zukunft des Christentums, meint er, liege im Herzen der

UMFRAGE: PAPST-NACHFOLGER



„Würden Sie es begrüßen, wenn der deutsche Kardinal Ratzinger der nächste Papst werden würde?“

JA 29%

NEIN 36%

EGAL 17%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 5. bis 7. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

„Jeder will die Macht“

Dynamisch wie keine andere Religion ist der Islam weltweit auf dem Vormarsch.

Erst tranken die beiden Religionsführer zusammen Mokka, dann begaben sie sich in die prächtige Große Moschee von Damaskus zum Gebet. Sie ist für ihre einzigartigen Mosaiken berühmt. Die Omajjaden-Herrscher haben sie vor 1300 Jahren in den Mauern eines christlichen Gotteshauses errichtet. Von der ursprünglichen Bestimmung kündigt noch heute die griechische Inschrift an der Südmauer: „Dein Reich, Christus, ist ein ewiges Reich, und deine Herrschaft überdauert alle Geschlechter.“

„Nie wieder“, gemahnte Papst Johannes Paul II., dürften „unsere beiden großen Religionen als Gemeinschaften im Konflikt“ dargestellt werden und beschwor eine neue „Partnerschaft zum Wohle der Menschheitsfamilie“. Im Namen aller Muslime versprach der syrische Großmufti Ahmed Kuftaro, „nicht mehr an die Fehler von früher zu denken“, sondern das „Klima des Dialogs“ zu pflegen. Auch der Prophet Mohammed habe die Menschen Liebe gelehrt und nicht Hass.

Tatsächlich war die versöhnliche Geste im Mai 2001 überfällig. Und zugleich trafen sich da in Damaskus zwei Weltmäch-

te, die aneinander Maß nehmen: das Christentum und der Islam, der den Westen kulturell und theologisch herausfordert.

Noch stellt das Christentum mit rund zwei Milliarden Anhängern die stärkste Glaubensfraktion. Zum Islam, der vor fast 1400 Jahren geschaffenen dritten großen Offenbarungsreligion – nach Judentum und Christentum –, bekennen sich schätzungsweise an die 1,3 Milliarden Gläubige, Tendenz steigend. Durch die hohe Geburtenrate in islamischen Ländern wächst keine Glaubensgemeinschaft so schnell.

Von Beirut bis Jakarta und von Kuala Lumpur bis Maskat verneigt sich bereits ein Fünftel der Menschheit gen Mekka, dem heiligsten Ort des Islam. Über 40 Länder bezeichnen sich als islamisch, in vielen ist der Islam Staatsreligion. Auch in Europa beseelt die „Hingabe an Gott“, so der Wortsinn von „Islam“, immer mehr Menschen. Schon zählt der Glaube über 15 Millionen Anhänger – vor allem Einwanderer aus Nordafrika und Asien.

In Deutschland leben fast drei Millionen Muslime, die meisten von ihnen Türken. Von einer Art „Euro-Islam“ ist bereits die Rede, in dem sich sowohl westliche Wer-

te als auch die Vorschriften des Koran wiederfinden.

Doch ist der Islam nicht nur die vitalste aller Weltreligionen. Es ist der Anspruch auf Gestaltung, der den Glauben in den Augen vieler Westler so bedrohlich macht. Denn anders als das Christenreich, das ursprünglich „nicht von dieser Welt“ ist, wie im Johannes-Evangelium der angeklagte Jesus zu Pilatus sagt, war Mohammeds Reich höchst irdisch. Fast zwangsläufig geriet der Islam zum Entwurf einer Gesellschaftsordnung, bei der es für viele Gläubige keine Trennung zwischen Religion und weltlicher Macht gibt.

Wie für Muslime der Mensch Mohammeds allgewaltigem Gott unterworfen ist, wird auch jedes Gebiet des Lebens – sei es Politik oder Recht, Wissenschaft oder Kunst – von der Religion durchdrungen und ihr untergeordnet. „Der Mohammedanismus“, schrieb im 19. Jahrhundert der französische Historiker Alexis de Tocqueville, „ist diejenige Religion, welche die beiden Machtbereiche am vollständigsten miteinander vermengt und verwischt hat, so dass alles Handeln im bürgerlichen und politischen Leben mehr oder minder vom



Revolutionsführer Chomeini in Teheran (1979): „Gott liebt diejenigen, die auf seinem Weg kämpfen“

DAVID BURNETT / CONTACT / AGENTUR FOCUS

religiösen Gesetz geregelt wird.“

Mehr noch: Weil der Prophet sein Wüstenreich auch mit blutigem Schwert errichtete, lesen sich manche Passagen des Koran, der Offenbarung an Mohammed und die ganze Menschheit, wie Aufrufe zum Kampf. „Gott liebt diejenigen, die auf seinem Weg in Schlachtordnung kämpfen“, heißt es etwa in Sure 61 des heiligen Buchs – für radikale Glaubenseiferer Vorwand genug, das heilige Buch auch 1400 Jahre später noch martialisch zu interpretieren.



Irans Präsident Chatami in Rom: Klima des Dialogs

„Der Koran in der einen Hand, das Schwert in der anderen: So führte unser Prophet seinen göttlichen Auftrag aus. Der Islam ist keine Religion für Duckmäuser, sondern der Glaube jener, die den Kampf und die Vergeltung schätzen“, preist Irans fundamentalistischer Führer Ajatollah Chamenei die Botschaft des Propheten und nährt so das Bild vom gewalttätigen Islam. Der „Dschihad“ – nach dem Verständnis vieler Muslime die allumfassende friedliche „Bemühung um den Weg Gottes“ – ist längst zum Synonym für blanken Terror geworden.

Befördert hat den Aufschwung des Islam vor allem die Revolution in Iran, die 1979 den Schah vom Pfauenthron fegte. Der schiitische Religionsführer Ajatollah Chomeini riss die Gläubigen aus ihrer Leithargie und wiegelte sie gegen die korrupte Monarchie auf. Erstmals in der jün-

Der „Dschihad“, die „Bemühung um den Weg Gottes“, ist Synonym für blanken Terror geworden.

geren Geschichte des schiitischen Islam – der in dem überwiegend sunnitisch geprägten Glauben eine Minderheitsrolle spielt – übernahm die Geistlichkeit auch die politische Herrschaft im Staat. Der greise Ajatollah wurde, wie Mohammed, Staatschef und religiöser Führer – und Iran zum ersten Gottesstaat der Moderne.

Nach dem Erfolg von Teheran trat der Fundamentalismus seinen Siegeszug an, vor allem im Nahen Osten. Die Rückbesinnung auf die frühislamische Zeit erschien vielen Muslimen, deren Selbstwertgefühl durch Kolonialismus und Niederlagen in den Kriegen gegen Israel angeschlagen ist, als Ausweg aus der Mise-

re. „Der Islam ist die Lösung“ lautet die Parole fundamentalistischer Rattenfänger.

Die Heilsversprechen der extremistischen Führer fallen vor allem dort auf fruchtbaren Boden, wo Elend und Frustration groß sind. In der Demokratie Ägypten haben die Muslimbrüder, die Staatschef Husni Mubarak in die Knie zwingen wollen, regen Zulauf. In Palästina kann die Widerstandsbewegung Hamas auf Zuwachs bauen, weil sie die israelischen Besatzer bekämpft und die Korruption der Autonomieregierung anprangert. Auf Mohammed berufen sich Krieger in Tschetschenien, Rebellen auf der philippinischen Insel Mindanao und die Aufständischen im Irak, die mit aller Gewalt die US-Besatzer vertreiben wollen und vor Blutbädern unter der Bevölkerung nicht zurückschrecken.

Auch das saudi-arabische Königshaus, immerhin Hüter der heiligen Stätten von Mekka und Medina, haben Islamisten aus dem Umfeld des gebürtigen Saudi-Arabers Osama Bin Laden und dessen Terrornetzwerk al-Qaida im Fadenkreuz. Die Fanatiker verdammen die Prasserei der Prinzen und die Nähe zur Schutzmacht USA. Erst Anfang vergangener Woche lieferten sich in dem Öl-Reich Terroristen und Sicherheitskräfte erbitterte Gefechte.

Dass es den wenigsten Eiferern um die reine Macht des Glaubens geht, lässt ein Eingeständnis erahnen, das dem islamistischen Bannerträger Chomeini zugeschrieben wird. „Unser Streit geht nicht um Gott. Schlagt euch das aus dem Kopf“, gestand der Revolutionsführer angeblich 1981 in einem Moment von geradezu übermenschlicher Aufrichtigkeit, „es geht auch nicht um den Islam. Das ist Unsinn. Jeder von uns will die Macht, die ganze Macht.“

DIETER BEDNARZ

wächst die Zahl fundamentalistischer, bibeltreuer Erweckungskirchen, in denen amerikanischen Missionare höchst erfolgreich wirken.

Vielleicht wird sich eines Tages herausstellen, dass sich Papst Johannes Paul II. gerade dort, wo er westlichen Gläubigen am fragwürdigsten erschien und sich die meisten Feinde machte, am glänzendsten behaupten konnte.

Lateinamerika ist unbestritten die stärkste Säule im Imperium Petri. Nahezu jeder zweite Katholik weltweit lebt zwischen Feuerland und dem stählernen Sperrzaun entlang der Grenze zu den USA. Allein in Brasilien gibt es mehr Katholiken, als Russland Einwohner hat.

In der Favela Pavão-Pavãozinho, oberhalb der Copacabana, haben der Padre José Roberto Devellard und die beiden afrikanischen Schwestern mit Armen zu tun, mit schwangeren Teenagern und Süchtigen. Nebenan gehen Drogenhändler ihren Geschäften nach. „Hier wohnen Gott und Satan Tür an Tür“, sagt der Padre. Die Kirche ist Anker der Hoffnung. In den Bänken sitzen Mütter, die nicht mehr wissen, wohin, Kranke, Alte. Und über allem in der Sakristei das Bild des lächelnden Papstes.

Solche Harmonie dürfte es eigentlich gar nicht geben. Johannes Paul II., so hieß es vor allem in Westeuropa, habe in den ersten Jahren seines Pontifikats so ziemlich alles falsch gemacht in Lateinamerika, was er nur falsch machen konnte.

Er traf sich mit dem Tyrannen Augusto Pinochet, kanzelte aber in Nicaragua den populären Revolutionspriester Ernesto Cardenal mit erhobenem Zeigefinger schon am Flughafen ab: „Sie müssen Ihre Situation in Ordnung bringen.“

Während die Kirche in seiner Heimat Polen mit Unterstützung des Papstes zur gleichen Zeit den Kommunismus besiegte, wandte er sich gegen jedes politische Engagement der Gläubigen in Lateinamerika.

Er stemmte sich mit allen Mitteln gegen die „Kirche der Armen“ und die Befreiungstheologie. Um „Befreiung von der Sünde und vom Bösen“ ginge es, erklärte Wojtyla, nicht um Befreiung von den Großgrundbesitzern. Wie ein Conquistador wurde Kardinal Ratzinger beauftragt, die wankelmütigen Bischöfe Lateinamerikas auf Kurs zu bringen. Der brasilianische Theologe Leonardo Boff wurde zu einjährigem Schweigen verurteilt.

Aber Wojtyla kam eben aus Polen. Alle Verfolgungen, davon war der Papst überzeugt, hatte die Kirche überlebt, weil sie stets mit einer einzigen Stimme gesprochen hatte. Vom ersten Tag an verteidigte er darum die Amtskirche und ihre Hierarchie gegen alle Anfechtungen einer von unten wachsenden Volkskirche.

Von der Befreiungstheologie ist nicht mehr viel geblieben. Die Tyrannen sind



Reisepapst Johannes Paul II., Gläubige in Mexiko (1990): „Befreiung vom Bösen“

DERRICK CEYRAC / AFP

dennoch verschwunden, die Armut ist unausrottabar und der Papst populär wie die Jungfrau von Guadalupe. Padres wie José Roberto aus der Favela oberhalb der Copacabana kämpfen heute nicht nur gegen das Elend und die Trostlosigkeit, sondern gegen Konkurrenz auf dem Markt der Heilsversprecher – gegen die gedrillten und gutorganisierten Anzugträger der protestantischen Sekten. Für jede katholische Kirche, die in Brasilien gebaut wird, schießen sechs Sektenkirchen aus dem Boden.

Und das nicht etwa, weil die katholische Kirche zu unbequem würde. Im Gegenteil. Die Protestanten erhalten Zulauf, weil sie auch hier noch strenger sind, dogmatischer noch als der Papst.

Was also bleibt vom Pontifikat des Papstes Johannes Paul II.? Hat die Kirche nichts vom polnischen Charismatiker, wie Kardinal Ratzinger glaubt?

Im Rückblick wird man sich vermutlich darüber streiten, ob Wojtyła ein Papst der Integration oder des Ausschlusses war. Er hat die Aussöhnung mit den Juden und den großen Weltreligionen gesucht, aber den katholischen Weg wieder als einzig wahren propagiert. Sein dogmatischer Eifer hat der katholischen Kirche Millionen von Gläubigen in der Dritten Welt dazugewonnen und sie in der ersten Welt wieder verloren.

In den letzten Jahren seines Pontifikats erfüllte ihn Bitterkeit. Auf dem Berg der

Seligpreisungen vor Jerusalem, vor Zehntausenden Jugendlichen, geißelte der Papst im Heiligen Jahr 2000 die Umwertung der Werte, die die moderne Welt vorgenommen habe. Er tat es mit einer düsteren Umformung der Bergpredigt:

„Selig sind die Stolzen und die Gewalttätigen, die sich um jeden Preis bereichern, selig die Skrupellosen, Mittellosen und Hinterhältigen, die Krieg und nicht Frieden machen und diejenigen verfolgen, die

„Selig sind die Stolzen und die Gewalttätigen, die Krieg machen. Sie sind die Gewinner.“

ihnen im Weg stehen. Ja, sagt die Stimme des Bösen, sie sind die Gewinner. Glücklicherweise sind sie!“

So spricht einer, der glaubt, dass er verloren hat.

Nun liegt Johannes Paul II. in der Krypta des Petersdoms in einem schlichten Holzarg an der Stelle, wo vor ihm Johannes XXIII. ruhte. In den Zeitungen der Stadt Rom haben die Mutmaßungen über das Ränkespiel im Vorfeld des Konklaves begonnen.

An der „Börse der Vatikanisten“, einer Kolumne des „Corriere della Sera“, wird der Deutsche Ratzinger, der einstige Befrieder Lateinamerikas, zurzeit hoch gehandelt. Die Quoten des Mailänders

Dionigi Tettamanzi sinken wieder. Kardinal Józef Glemp sei ohne Chance. Für einen Brasilianer wie Kardinal Cláudio Hummes sei es noch zu früh, der Nigerianer Francis Arinze sei ein Außenseiter.

Die Fürsten des Imperiums bringen sich in Stellung.

„Reißt die Türen auf!“, hatte Wojtyła in seiner ersten Predigt als Papst gerufen. Die Türen sind zu weit geöffnet, um je wieder ganz geschlossen zu werden. Der

neue Papst wird die Wertegemeinschaft Wojtyła, die Jugendlichen mit Fotohandy und Rosenkranz, zusammenhalten müssen. Er wird den neuen Katholiken auf der Südhälfte mehr zuhören müssen als den liberalen Reformern in den europäischen Talkshow-Sesseln.

Wer auch immer aus dem Konklave als neuer Papst hervorgehen wird, er wird kaum die Kraft, die Ausdauer, den biblischen Willen des Karol Wojtyła haben. Vermutlich war Johannes Paul II. einer der wenigen Päpste, die eine Aura imperialer Größe umgab. Das Reich wird sich verändern müssen, die Macht verteilt werden, das Management flexibler.

Die Schuhe des aufgebahten Papstes schienen ihm im Tod zu groß. Gleichzeitig aber wohl auch: Jeder Nachfolger würde in ihnen versinken.

ALEXANDER SMOLTczyk;
MATTHIAS MATUSSEK, JAN PUHL, ULRICH SCHWARZ,
STEFAN SIMONS, THILO THIELKE

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Botschaft, das war er“

Der Berliner Philosoph und Schiller-Biograf Rüdiger Safranski, 60, über die Spiritualität von Johannes Paul II., dessen Einfluss auf die katholische Kirche und das Bedürfnis der Menschen nach Religion

SPIEGEL: Herr Safranski, welches Bild vom Papst hat Sie am meisten ergriffen: der in Weiß gekleidete Pontifex, dessen aufgebahrter Leichnam über den Köpfen der Massen zu schweben scheint, oder der gebrechliche Kirchenfürst?

Safranski: Für mich ist das stärkste Bild der Papst, der am Fenster sitzt und reden möchte und vergeblich nach der Sprache ringt. In diesem Moment wurde klar: Die Botschaft, das war er.

SPIEGEL: Warum?

Safranski: Dieses Sprechenwollen kurz vor seinem absehbaren Ende heißt bei ihm, das Amt, das 2000 Jahre alt ist, noch einmal bei aller Gebrechlichkeit und in Todesnähe zu versehen.

SPIEGEL: Nüchtern betrachtet also das traurige Schauspiel vom Verfall einer Person.

Safranski: Nein. Diese Verknüpfung von 2000 Jahren Geschichte des Pontifikats mit dem Papst, der nicht mehr sprechen kann, ist unnachahmlich. So etwas kann keiner besser inszenieren. In diesem Moment redet nur noch die Biografie.

SPIEGEL: Was soll die Botschaft sein? Was vermittelt dieses große Welttheater um die Trauerfeier?

Safranski: Hier versuchte ein Mensch die Verkörperung der Transzendenz über alle Schwierigkeiten hinweg durchzuhalten. Die Botschaft ist die Spiritualität. Die Botschaft ist nicht, eine Moralinstitution zu sein, nicht ein Kraftwerk zur Herstellung von Werten. Das kommt alles danach. Johannes Pauls Botschaft ist: Wir sind nicht ganz und gar von dieser Welt. Wir sind hiesig, aber wir glauben, auch noch in einer anderen Welt zu stehen.

SPIEGEL: Und diese Spiritualität ließ Millionen Menschen aus aller Welt herbeiströmen?

Safranski: Das Besondere an diesem Papst, an diesem Medien-genie, liegt darin, dass hier ein Kurzschluss zwischen Mystik und Medium stattfindet, zwischen spiritueller Lebenseinstel-

lung und einer medialen Vergesellschaftung und Globalisierung dieses Phänomens. Das ist etwas Neues auch im TV-Zeitalter.

SPIEGEL: Der Papst war deshalb der Herr der Bilder. Wieso dominieren sie in der Erinnerung über seine Worte?

Safranski: Er knüpfte da an eine alte Tradition der katholischen Kirche an. Die römische Kirche ist auch eine Konfession der Bilder, der 2000 Jahre geübten Liturgie, die sich bei dem Trauergottesdienst entfaltet hat.

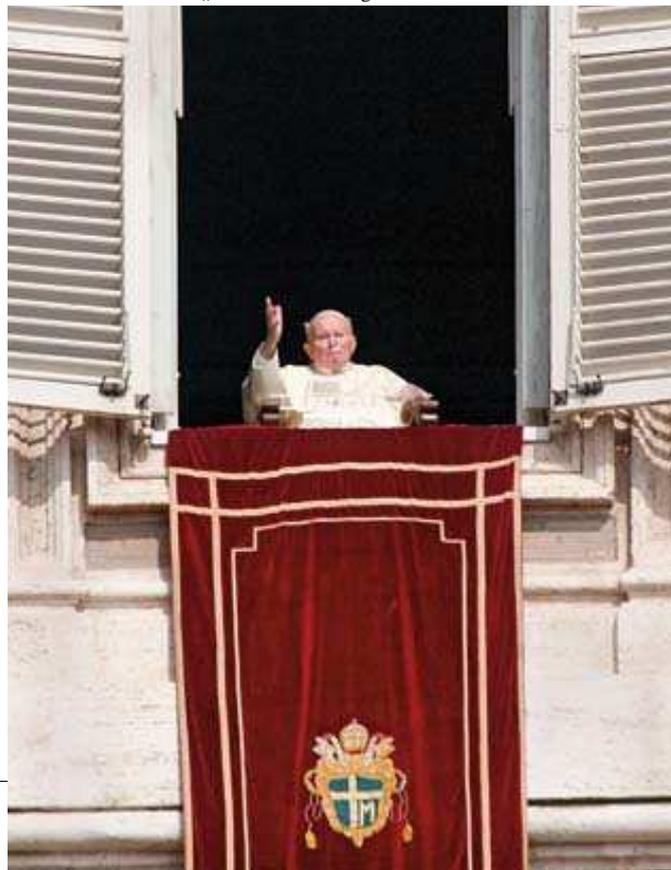
SPIEGEL: Dabei hat Johannes Paul II. wichtige Enzykliken hinterlassen.

Safranski: Ja, Hochtheoretisches ist dabei, zum Teil sehr Subtiles zur Mariologie. Die Schriften zur sozialen Gerechtigkeit dagegen lesen sich so spannend wie ein SPD-Programm. Unablässig hat er geredet und auch ganz lakonische Worte hinterlassen, von denen man sofort weiß, dass sie ins Menschheitsgedächtnis eingehen werden.

SPIEGEL: Welche meinen Sie?

Safranski: Sein Fürchtet-euch-nicht, als der Ostblock noch nicht zusammengebrochen war. Und seine Durchhalteparole: Jesus ist auch nicht vom Kreuz herabgestiegen.

Johannes Paul II. *: „Wir sind nicht ganz von dieser Welt“



Philosoph Safranski

„Traditionalismus ist verführerisch“

SPIEGEL: Eigentlich eine Blasphemie: Wojtyła ist nicht Jesus gewesen.

Safranski: Aber darin steckt nichts anderes als eine ganz alte Christenbotschaft, wonach jeder sein Kreuz zu tragen hat.

SPIEGEL: Laut Taufschein sind Sie, Herr Safranski, Protestant. Kann es sein, dass sich Intellektuelle, die wie Sie geprägt sind, vom Traditionalismus der katholischen Kirche verführen lassen?

Safranski: Für uns Zungäste hat der Traditionalismus etwas Verführerisches. Die Evangelischen haben es mit den Reformen dahin gebracht, aus der Kirche eine prosaische Sozialagentur zu machen. Ich möchte nicht, dass die katholische Kirche zu einer von 350 evangelischen Sekten wird.

SPIEGEL: Dann würden die Männerpriester wenigstens nicht zölibatär unter sich sein.

Safranski: Die Idee der Reform, die Priester vor dem Zölibat zu retten, hat auch etwas Albernies. Wenn heutzutage Sexualität Breitensport ist, dann ist es doch schön, wenn es auch Hochleistungssportler der Verweigerung gibt.

SPIEGEL: Teilen Sie denn die Sexualmoral gläubiger Katholiken? Was ist gut am Verbot, sich vor Aids mit Kondomen zu schützen?

Safranski: Wir sind schnell dabei, das alles zurückzuweisen. Beim zweiten Nachdenken entdecken wir aber einen Berg unbewältigter Probleme. Was ist eigentlich modern auf dem Gebiet der Sexualmoral? Was ist ge-

Das Gespräch führten die Redakteure Nikolaus von Festenberg und Gerhard Spörl. * Bei seinem letzten öffentlichen Auftritt am vorvergangenen Mittwoch in Rom.



ANSA / DPA

Ehepaar Bush, Papst (2001)
Gegen den Irak-Kreuzzug

schehen, seit durch die Pille dieser eigenartige Schicksalsknoten aus Sex und Fortpflanzung aufgelöst worden ist?

SPIEGEL: Angst hat sich verflüchtigt.

Safranski: Aber Sexualität ist auch geheimnislos geworden und die Fortpflanzung zum technischen Problem.

SPIEGEL: Jetzt sind die Menschen freier. Wer will, kann ja in der Liebe auf Schicksal und Fortpflanzungsroulette setzen. Wer das nicht will, kann auch anders. Man könnte das Fortschritt nennen.

Safranski: Diese Freiheit kann die Kirche nicht verhindern. Aber ihr Oberhaupt darf warnen. Die Kultur von Liebe und Sex ist

nicht reicher geworden. Und unsere Unterhaltungskultur zehrt noch immer von der Erfahrung des Geheimnisses in der Erotik. An dieser päpstlichen Verteidigung des Lebens und seiner Unverfügbarkeit ist etwas Wahres dran.

SPIEGEL: War das Zeigen der päpstlichen Gebrechlichkeit auch eine Verteidigung des Lebens gegen die Mode des Jung-und-schön?

Safranski: Das ist mit Recht gesagt worden. Er hat Leiden, Todesangst und vor allem Krankheitsscham überwunden.

SPIEGEL: Der Satz klingt sehr heilig.

Safranski: Das darf er auch, weil der Papst das Leiden in das Selbstverständliche des menschlichen Lebens zurückgeholt hat. Er war hier kein Theoretiker, sondern ein Mensch auf einer öffentlichen Bühne. Jeder konnte sehen, dass es eine innere Stärke durch Spiritualität gibt. Und mit dieser Spiritualität kann man über Ängste siegen, auch über die Todesangst. Für Johannes Paul trifft Schillers Wort zu: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“

SPIEGEL: Sie haben ja vor kurzem eine Schiller-Biografie veröffentlicht, in der Sie den Idealismus als Kraft der Begeisterung definieren, die den Menschen länger leben lässt, als es der Körper erlaubt. Hat diese Begeisterung den Papst mit den Jugendlichen verbunden?

Safranski: Er wirkte auf die Jungen wie ein strenger und doch liebenswerter Mann. Mit

ihm konnten die Jugendlichen die mittlere Generation der Väter, mit der sie viel Ärger haben, einfach überspringen.

SPIEGEL: Der Papst stellte oft die Frage, was mit Gesellschaften passiere, die das Bindemittel Religion verloren haben. So fragen auch US-Protestanten und deren ideologische Speerspitze, die Neokons. Wie viel Glaube braucht also die Gesellschaft?

Safranski: Auch in säkularisierten Gesellschaften zirkuliert die Attitüde des Glaubens. Im gesellschaftlichen Innenverhältnis wird mit wahrer Inbrunst geglaubt: den Prognosen der Wirtschaftsweisen oder den Aussagen der Wissenschaft. Aber auch auf Nichtmaterielles werden Glaubensenergien gelenkt. Die Eventkultur liebt das Außerordentliche – der Millionenansturm zu den Trauerfeierlichkeiten in Rom zeigt eine ungebrochene Glaubensbereitschaft.

SPIEGEL: Und trotzdem profitiert die Kirche im Alltag kaum davon. Sie bleibt auf ihren metaphysischen Angeboten meistens sitzen.

Safranski: Die alltägliche Religionslosigkeit hängt damit zusammen, dass diese metaphysischen Bedürfnisse durch das Zu-Hause-sein in virtuellen Bilderwelten schon abgelenkt sind. Man findet neben der Wirklichkeit seinen Platz in den Medien. Fernsehen ist Metaphysik fürs Volk. Außerdem: In Wohlfahrtsstaaten wird das Schick-



PATRICK HERTZOG / AFP

Kardinäle am Sarg des Papstes: „Man sollte sich öffnen und die Möglichkeit der Transzendenz nicht verraten“

sal durch deren Fürsorge zum bloßen Schadensfall. Auch das entzieht der Religion Energie. Not lehrt nicht mehr beten, wenn die Versicherung bereitsteht.

SPIEGEL: Also steht keine Renaissance des Katholizismus bevor?

Safranski: Der Papst hatte eine revolutionierende Wirkung nach außen, aber im Innern der Kirche wird noch eine Menge passieren müssen. Ich glaube, dass es bei uns in den industrialisierten Zonen keine Steigerung des Glaubens selbst geben wird. Was aber zunimmt, ist der Wille zum Glauben. Das Publikum verspürt bei der Begegnung von Mystik und Medien immer mehr den Wunsch: Wie schön wäre es zu glauben. Was nicht in mir drinnen stattfindet, findet wenigstens draußen statt. Man könnte das auch ein konsumistisches Verhältnis zum Glauben nennen.

SPIEGEL: Was war der Papst auf dem Markt der Esoterik-Angebote?

Safranski: Ein Bestseller. Man erkennt den Unterschied zwischen den Religionen aus dem Hobbykeller und dem Altherrwürdigen. Hochprofessionelle Spiritualität trat gegen religiösen Dilettantismus an.

SPIEGEL: Worin liegt der Unterschied zum Fundamentalismus der Protestanten in Amerika? Sie fordern, was der Papst fordert: Rückbesinnung auf Glauben, Verankerung der Moral in der Transzendenz.

Safranski: Wir dürfen aber nicht vergessen, dass sich der Papst gegen den Irak-Kreuzzug gewandt hat. Die vom US-Präsidenten

vertretene Religiosität wäre hierzulande eher ein Fall für den Sektenbeauftragten.

SPIEGEL: Und, abgesehen vom Antiamerikanismus, worin liegt der Unterschied?

Safranski: Vordergründig geht es dem Papst und den Evangelikalen um das gleiche Ziel: die Heiligkeit des Lebens zu erhalten. Aber in amerikanischen Debatten spürt man viel stärker das Ressentiment, lauter Angst, lauter ängstliche Neins. Beim Papst klingt das alles natürlich: Das Leben ist uns ge-

„Religion weist uns darauf hin, dass wir das Ungeheure des Lebens nicht zureichend erfassen können.“

schenkt, wir müssen pfleglich damit umgehen. Wenn man eine authentische religiöse Bindung hat, ist man dagegen gefeit, eine politische Religion zu betreiben, wie es in Amerika von jeher üblich ist.

SPIEGEL: Der Papst hat zum Sturz des Kommunismus beigetragen. Das war doch auch politische Religion.

Safranski: Nein, das war Religion, die politisch gewirkt hat, indem sie eine Ersatzreligion, die kommunistische, zerstörte. Im Übrigen stimmt es, dass die katholische Kirche im Laufe der Jahrhunderte oft auch eine politische Religion betrieben hat. Das Anziehende alter Institutionen ist aber, dass sie auch lernen können. Beim Papst sah man diesen Lernprozess besonders.

SPIEGEL: Woran?

Safranski: Der Papst hat stets der Versuchung widerstanden, die allerletzten Fragen zu politisieren. Die stehen unter der Obhut der Transzendenz. Aber er hat alles, was nach dieser Zurückhaltung übrig bleibt, in die Politik eingebracht.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Safranski: Er hat den Ostblock nicht mit der Feier des Liberalismus zum Einsturz gebracht, nicht mit der Ideologisierung eines Gegenmodells zum Kommunismus, sondern lediglich mit dem Hinweis auf den Skandal der Unfreiheit. Das hat auch Nichtgläubige nachdenklich gemacht.

SPIEGEL: Der Papst ist tot. Was bleibt?

Safranski: Die Erinnerung an die Kraft einer authentischen Religion.

SPIEGEL: Was nützt sie?

Safranski: Dass sie unser Verhältnis zum Leben geräumiger, geheimnisvoller macht. Sie weist uns darauf hin, dass wir das Ungeheure des Lebens nicht zureichend erfassen können. Pseudoreligionen versuchen, die Welt eng zu machen, Punkte zu erfinden, von denen aus man die Welt aus den Angeln heben kann. Aber man sollte sich öffnen und die Möglichkeit der Transzendenz nicht verraten. Und der Papst verkörpert für mich dieses Öffnen.

SPIEGEL: Herr Safranski, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

KASCHMIR

Busse und Bomben

Der kleine Grenzverkehr zwischen Indien und Pakistan schafft ein bisschen Frieden – den aber Terroristen blutig stören.

Schwere Regenwolken hingen über dem Dal-See im Kaschmir-Tal. Der alte Haji Abdul Salam Bhat war trotzdem unterwegs mit seinem gelben Wasertaxi, dem Shikara, wie die länglichen Gondeln hier in Srinagar, der Hauptstadt des indischen Teils Kaschmirs, heißen. Seine Kunden sind Touristen, doch sie kommen nur hierher, wenn es einigermaßen friedlich zugeht, und das ist die Ausnahme. Dafür standen an diesem Morgen vor dem Bootsanleger gut zwei Dutzend schwerbewaffnete indische Soldaten, mehr noch als sonst.

Denn 118 Kilometer weiter westlich, an der Grenze, wo die seit 56 Jahren getrennten Teile Kaschmirs aneinander stoßen und die Atomkräfte Indien und Pakistan einander gegenüberstehen, geschah gerade Bewegendes: Der Arzt Rathore Dagamal, 55, aus dem pakistanischen Muzaffarabad betrat als Erster die Aman-Setu-Brücke, die über einen Nebenarm des Jhelum-Flusses führt.

Er ging hinüber auf die indische Seite Kaschmirs, kniete nieder und küsste die Erde. Seit 40 Jahren hatte er nicht mehr auf diesem Boden gestanden, seit 40 Jahren seine Schwestern nicht gesehen. Tränen schossen ihm in die Augen.

Der Weg zur Brücke, den 31 Pakistaner und 19 Inder am vorigen Donnerstag per Bus nahmen, ist ein Höhepunkt im Versuch der beiden Regierungen, ein bisschen Frieden zu schaffen. Seit Februar vergangenen Jahres verhandeln sie, fast ein kleines Wunder. Es geht nicht nur um Busse, es geht auch um Terrorismus, Wasser und Drogen. Die militärischen Operationschefs telefonieren jetzt regelmäßig miteinander, immer donnerstags.

Anfänge, immerhin.



Friedensbus an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir: Freudenrufe am Highway

Die Busse für den Frieden sind besonders beliebt. Viele Inder und viele Pakistaner hoffen darauf, dass sie bald mitfahren dürfen. Monatelang rangen Delegationen darum, welche Reisepapiere die Passagiere haben müssten, wenn sie die Line of Control passieren. Um den völkerrechtlichen Streit zu umgehen, einigten sie sich schließlich auf eine einfache Reisebewilligung. Künftig sollen alle zwei Wochen je 40 Inder von Srinagar nach Muzaffarabad fahren, der Hauptstadt im pakistanischen Teil Kaschmirs. 40 Pakistaner nehmen dann die umgekehrte Route.

Der Arzt Dagamal gehörte zu den Glücklichen, die beim allerersten Mal dabei waren. Er fuhr in die verlorene Heimat. Zehntausende Menschen säumten in horizontlangen Reihen den Weg. Sie standen und schauten und warteten. Die Menschenkette reichte von der Grenzstadt Uri über Baramulla bis nach Srinagar. Sie waren vom Regen durchnässt bis auf die Haut. Sie wollten die „Pakistaner“ sehen, die Brüder und Schwestern, die sie Jahrzehnte nicht sehen durften.

Freudenrufe schallten über den „Srinagar-Muzaffarabad-Highway“, eine von der indischen Regierung für diesen Anlass eiglig geflickte Asphaltstraße. Die indischen Kaschmiris klatschten, sangen und zogen bunte Banner über die Straße: „Willkommen, willkommen“.

Die Freude über die Wiedervereinigung jahrzehntelang getrennter Familien kam aus tiefstem Herzen. Aber natürlich sind die Friedensbusse auch Teil einer Inszenierung, die Indien wie Pakistan für sich nutzen. Pervez Musharraf, der Präsident Pakistans, will Amerika beweisen, dass er es ernst damit meint, den Kaschmir-Konflikt zu befrieden, um den damit einhergehenden internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Das kommt gut an im Weißen Haus.

Zugleich ist der kleine Grenzverkehr kaum mehr als eine symbolische Geste, so dass der Präsident sich nicht allzu sehr mit den fundamentalistischen Widersachern in den eigenen Reihen anlegt. Denn die pakistanischen Nationalisten denken nicht daran, die Waffenstillstandslinie als Gren-

Zeit der Ernte

Mit der Parteispaltung von oben kam Jörg Haider seiner eigenen Entmachtung zuvor. Kanzler Wolfgang Schüssel ist dem Rechtspopulisten nun ausgeliefert.

ze hinzunehmen. Sie kämpfen dafür, dass Kaschmir, ein postkolonialer Unfall der Gründung von Indien und Pakistan, in die Islamische Republik Pakistan eingegliedert wird.

Indien dagegen, das den größten Teil Kaschmirs kontrolliert, würde die Line of Control als Grenze wohl anerkennen. Das säkulare und demokratische Land, mit mehr als einer Milliarde Einwohner, will sich nicht länger in einem Stellvertreter-Krieg mit Pakistan verschleißen, sondern zur Supermacht in der Region aufsteigen, vor allem in Rivalität zum größeren China. Zudem strebt Indien, wie Deutschland auch, einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat an. Dafür braucht Premier Manmohan Singh die Unterstützung Amerikas.

Die Busse sind, aus dieser Sicht, ein werbewirksames Symbol zum höheren Zweck. Die Tränen, die den ersten Reisenden übers Gesicht laufen, die Wiedervereinigung der Familien nach so vielen Jahren, der ganze kleine Grenzverkehr – sie sind eben auch von Medienprofis und Sicherheitskräften in Szene gesetzt worden.

Die Aufmerksamkeit weltweit war groß, und das nutzten auch andere, um ihre Ansprüche anzumelden. Am Tag vor der ersten Fahrt nach Pakistan verübten zwei Aufständische einen Anschlag auf das Tourismus-Zentrum von Srinagar. Dorthin hatten indische Sicherheitskräfte die Passagiere gebracht und in eine Art Sicherungsverwahrung genommen. Die Buslinie sei „der Ausverkauf des Blutes der Märtyrer“, hatten Sprecher der militanten Gruppen wissen lassen.

Indische Soldaten umringten das Gebäude und lieferten sich in der Innenstadt ein einstündiges Feuergefecht mit den Attentätern. Der Häuserblock ging in Flammen auf, sechs Menschen wurden verletzt, die Passagiere unverseht in Sicherheit gebracht. Die Attentäter starben im Kugelhagel. Während schwarze Rauchwolken den Himmel verdunkelten, riefen die Imame der umliegenden Moscheen die Gläubigen zum Gebet: „Allahu akbar – Gott ist groß“.

Das Attentat spiegelte die harte, gefährlichere Wirklichkeit in Kaschmir wider: Ein Ende des blutigen Konflikts, der bislang mindestens 40 000 Menschenleben kostete, ist trotz guter Absichten nicht so recht in Sicht.

Am Donnerstag nahm Mufti Mohammed Sayeed, der Chefminister Kaschmirs, am festlich beleuchteten Ufer des Dal-Sees in Srinagar die ersten Passagiere aus Pakistan in Empfang. In diesem Moment saß Salam Bhat noch immer in seinem leise schaukelnden Wassertaxi unter dem schützenden Baldachin und wartete auf Kunden.

Vielleicht seien die, sagt er, von den vielen Soldaten am Bootsanleger abgeschreckt worden.

SUSANNE KOELBL

Die Situation, so erklärte Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel, 59, sei zwar „dramatisch“, aber „wir sind gewählt, um unsere Arbeit zu machen“. Und für die sei Jörg Haider als durchaus „konstruktive Kraft“ anzusehen.

Wie kann man einen solchen Satz deuten? Als verstecktes Eingeständnis des nahen politischen Niedergangs oder doch nur wieder als achtlos dahingesagten Wiener Schmah? Als Notlüge, wie sie Politiker im Schatten der barocken Hofburg oft dahin-

Haider, 55, seine FPÖ, Farbe Blau, von oben gespalten und eine neue Bewegung gegründet. Neben Gorbach war ihm die gesamte FPÖ-Ministerriege im Kabinett Schüssel gefolgt. Aber wohin?

Ein Programm dieser Gruppierung mit dem kryptischen Namen „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Klar waren nur drei Dinge: die Parteifarbe Orange, abgekupfert von der ukrainischen Bürgerrevolution; dass Schüssels Erzfeind Jörg Haider



Parteigründer Haider: Putsch gegen das eigene Lebenswerk

näseln, in der Hoffnung, dass Wähler und Medien diese schnell wieder vergessen?

Am vergangenen Dienstag im klassizistischen Wiener Nationalratsgebäude, kurz vor Mittag: Im Leopold-Kunschak-Saal, benannt nach einem der Gründungsväter seiner Österreichischen Volkspartei (ÖVP), saß Schüssel wie jeden Dienstag bei der turnusmäßigen Pressekonferenz neben seinem Vize Hubert Gorbach, vormals FPÖ, einem gerade eben noch bekennenden „Blauen“, der nunmehr Anhänger von „Orange“ sein wollte.

Was das heißen sollte, wusste der Regierungschef noch nicht. Am Vortag erst hatte der Kärntner Landeshauptmann Jörg

die Bewegung leiten wollte; und dass alle FPÖ-Minister nur mit der neuen Farbe an der Macht bleiben würden.

Schüssel wirkte übermüdet und ein bisschen nervös an diesem Morgen. Eigentlich wollte er über Verkehrspolitik reden. Aber es ging um die Zukunft seiner Koalition. Und um Haider natürlich.

Das Jahr 2005 sollte für den Kanzler eigentlich die Krönung seiner Amtszeit werden. Mit Jubelfeiern wird in den kommenden Monaten unter Beteiligung von ausländischen Staatsgästen des Kriegsendes vor 60 Jahren und der Unterzeichnung des Staatsvertrags vor einem halben Jahrhundert gedacht. „Zeit der Ernte“ – diese

schöne Formel hatte sich Schüssel als Regierungsmotto ausgedacht. Das hört sich jetzt doppeldeutig an. Vielleicht droht nun sogar das Ende des neoliberalen Modells Austria, das Analysten zuletzt als das „bessere Deutschland“ beschrieben hatten – jedenfalls was die dynamische Wirtschaft anbelangt.

Zumindest hat sich Schüssels Strategie „Bärentöter“ als Fehlschlag erwiesen. Er wollte in der Regierung Haiders rechte Ultras zähmen. Er trotzte den Sanktionen, mit denen die EU seine Koalition belegte, weil die anstößige FPÖ dabei war. Als Dank droht Haider nun Schüssel und das gesamte Kabinett in den Abgrund zu reißen, in einen Sog aus Peinlichkeit.

Denn was tags zuvor im Wiener Urania-Haus seinen Lauf nahm, dürfte einmalig sein in einer europäischen Demokratie. In diesem Veranstaltungszentrum, das einst auch einem Kasperletheater als Bühne diente, versammelten sich Politiker, die in diesem Augenblick noch zu den Spitzen der Regierungspartei FPÖ rechneten.

Haider war in Orangetönen gekleidet, neben ihm nagte Vizekanzler Gorbach an seinem Schurrbart. Haiders Schwester Ursula Haubner, Sozialministerin im Kabinett Schüssel und amtierende Parteifrau der FPÖ, eröffnete die Versammlung.

Haubner redete von den „destruktiven Kräften“ in der Partei. Sie meinte Ultra-rechte wie den Wiener FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, 35, der in der Bundeshauptstadt plakativ lasst: „Wien darf nicht Istanbul werden“ und damit vor ei-



Kanzler Schüssel*: Ende des neoliberalen Modells Austria?

So strebt Haider jetzt ins Zentrum der österreichischen Politik zurück. Dafür hat er gegen sein eigenes Lebenswerk geputscht – mit der FPÖ rollte er Österreichs satte Großparteien auf, und sie sollte ihm die Kanzlerschaft einbringen. Vorbei, verweht.

Der Coup hat jetzt kleine Ziele. Er richtet sich vor allem gegen Strache. Der gelernte Zahntechniker gilt als eine Art Jung-Haider, ein übler Demagoge. Er hatte geplant, sich auf dem FPÖ-Parteitag Ende April selbst zum Obmann küren zu lassen. Jetzt spricht er von einem „Hochverrat Haiders“ an der Freiheitlichen Partei.

Außer Schulden ist von der FPÖ nach diesem Putsch nicht mehr viel übrig. Weil der Partei schon in den vergangenen Jahren die Wähler in Scharen weggliefen, blieb von der üppigen Wahlkampfkostenerstattung nur wenig zurück. Das Loch in den Kassen der Bundespartei beläuft sich vermutlich auf mehr als fünf Millionen Euro.

Und so zerbricht das Lebenswerk von Jörg Haider nun mit jedem neuen Tag. Der Landesverband Wien teilt sich halb in Blau, halb in Orange. In Kärnten will der jetzt orange gewendete FPÖ-Landesverband Altmitglieder ausschließen.

Am Donnerstag schloss die verbliebene FPÖ den Übervater Haider aus den eigenen Reihen aus, was der – komischeren

weise – als „Hinrichtungsakt“ empfand. Der Dritte Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn verkündet indes gutgelaunt, dass er in der FPÖ verbleibe – gleichzeitig aber mit Orange sympathisiere. Verwirrung komplett.

Am kommenden Wochenende will sich das neue Haider-Bündnis als Partei gründen. Die Ausrichtung des BZÖ, so heißt es, sei demokratisch, familienorientiert und heimatverbunden.

Nach der Implosion seines Koalitionspartners verfügt Kanzler Schüssel im Parlament noch über eine Mehrheit von vier Stimmen. 17 der insgesamt 18 FPÖ-Parlamentarier haben geschworen, Haider die Treue zu halten. Trotzdem gibt sich Schüssel überzeugt: „Wir werden unsere gute Arbeit für Österreich weiterführen können.“ Kein Wort darüber, dass er nun aufs engste an den Egozentriker Haider gebunden und seine politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist.

Immerhin baut der Kanzler vor. Im Januar 2006 soll Österreich die EU-Präsidentschaft übernehmen. Deshalb ließ Schüssel vorige Woche eine Verpflichtungserklärung verfassen. Schriftlich müssen die Minister aus Haiders Orange-Bewegung und die BZÖ-Parlamentarier im Nationalrat versichern, dass sie weiterhin zur Koalition stehen und die EU-Präsidentschaft nicht gefährden.

Jörg Haider hat damit keine Probleme. Er habe schon immer zu Europa gestanden, sagt er. Er sei ja auch für den Beitritt der Türkei zur EU. Aber einen Maulkorb, fügt der Kärntner dann sogleich mit drohendem Unterton hinzu, lasse er sich nicht umbinden. So war es immer, so bleibt es auch.

JÜRGEN KREMB



ner „Überfremdung“ warnt. Auch EU-Parlamentarier Andreas Mölzer musste sich angesprochen fühlen, ein bekennender Deutsch-Nationaler, der eine Woche zuvor aus der FPÖ ausgeschlossen worden war.

Das Schlusswort gab sich Haider selbst. Man habe sich entschlossen, eine „flotte, junge Partei zu gründen“. Feierlich nestelten die Wortführer ein Leinentuch von einer Plakatwand: „BZÖ – Bündnis Zukunft Österreich“ stand in orangenen Pastellfarben darauf.

* Mit Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark, sowie Ehefrau Brigitte beim Wiener Opernball am 3. Februar.

USA

Der Zweck und die Mittel

Abu Ghureib und Guantanamo: Die Sondergesetze im Kampf gegen Terroristen, die das Weiße Haus durchsetzte, lassen sich nicht länger halten. Dafür sorgen Gerichte und konservative Senatoren wie John McCain, der grausame Verhörmethoden anprangert.



Soldatin England mit gepeinigtem Iraker in Abu Ghureib: *Sadistische Nachtschicht*

Blanke Wut beherrscht jetzt diesen Mann. Das ist nicht mehr der leise, souveräne Senator John McCain, einer der wenigen Politiker, denen es die Nation nicht übel nimmt, wenn sie gegen den beliebten Präsidenten auftreten. Er darf das; er ist so gut wie makellos, ein konservativer Republikaner, dem niemand Profilsucht vorwirft. Eine Ausnahme unter den Senatoren, der Typus, aus dem, nach Bush, ein Präsident werden könnte.

Der Zorn hat ihn in einer Sitzung des Streitkräfte-Ausschusses gepackt, Verursacher ist ein Vizeadmiral. Albert Church hat im Auftrag von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld untersucht, wer die Schuld an der Folterung von Gefangenen im US-Gewahrsam trägt. Herausgefunden hat er erwartungsgemäß: niemand so richtig, außer eben den berühmten faulen Äpfeln, die es schließlich in jeder Armee gebe und die selbstverständlich auch bestraft würden. Kein Ergebnis, mit dem McCain sich abfinden will. Church rasselt Zahlen herunter: Todesfälle in US-Haft (er nennt 6,

später korrigiert das Pentagon auf 26), Verfahren gegen Peiniger in Uniform (bislang 15). McCains Hände ballen sich zu Fäusten. Er will nicht wieder nur über die Soldaten reden. Sondern über Politiker, über die wirklich Verantwortlichen.

„Gibt es nach der Genfer Konvention einen Unterschied zwischen einem Taliban-Kämpfer, der in Afghanistan gefangen



Senator McCain
Eine Art Ursünde der US-Außenpolitik

wurde, und einem Terroristen, den wir in Omaha festsetzen?“, fragt der Senator. Es ist eine Fangfrage, und Church rutscht auf seinem Stuhl unruhig hin und her. Die ganze Welt kennt die Antwort. Ein Terrorist hat keinen Anspruch auf die Schutzgarantien, welche die Genfer Konvention für Kriegsgefangene vorsieht. Ein im Afghanistan-Krieg festgenommener Taliban-Soldat aber hat Ansprüche darauf, wenn denn die Regierung Bush sich nicht weigerte, ihn als Kriegsgefangenen zu behandeln. Das war der Anfang des fragwürdigen Sonderrechts im Kampf gegen den Terrorismus.

Was das bedeutet, hat McCain am eigenen Leibe erfahren. „Wissen Sie, dass auch die Nordvietnamesen amerikanische Gefangene so eingestuft hatten?“, fährt der Senator den Admiral an.

McCain war fünfeinhalb Jahre lang Gefangener der Nordvietnamesen, 1967 schossen sie den jungen Piloten über Hanoi ab. „Frankenstein“ nannte er seinen Aufseher und Peiniger, der ihn trat, bis die Zähne splitterten und die Rippen brachen. McCain wollte sterben.

Zweimal versuchte er, sich in seiner Zelle mit einem Hemd aufzuhängen. Die Wärter haben es verhindert.

Heute sieht der Senator in der Präsidenten-Entscheidung, die Genfer Konvention außer Kraft zu setzen, eine Art Ursünde amerikanischer Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten befürchteten nach dem 11. September 2001 weitere Anschläge und suchten nach Informationen, um das zu verhindern. Wer in Gefangenschaft geriet, sollte um jeden Preis zum Sprechen gebracht werden. Die Genfer Konvention, die vorschreibt, dass ein Gefangener lediglich seinen Namen, sein Geburtsdatum und den militärischen Rang angeben muss, stand da nur im Wege. „Die Grausamkeiten entstanden“, schrieb die „New York Times“ über den Church-Auftritt, „weil die Spitze der Bush-Regierung entschied, sich künftig nicht mehr an die Regeln zu halten.“

Seit nunmehr elf Monaten müssen die Amerikaner mit der beunruhigenden Gewissheit leben, dass auch eigene Soldaten

und Geheimdienstagenten zu Grausamkeiten fähig sind, um den Willen ihrer Gefangenen zu brechen. Dafür stehen die Bilder von Abu Ghureib, die Bilder der zu menschlichen Pyramiden aufgetürmten oder an Hundeleinen über den Gefängnis-Korridor gezerrten irakischen Häftlinge. Die Soldatin Lynndie England wird deshalb ab Mai vor Gericht stehen.

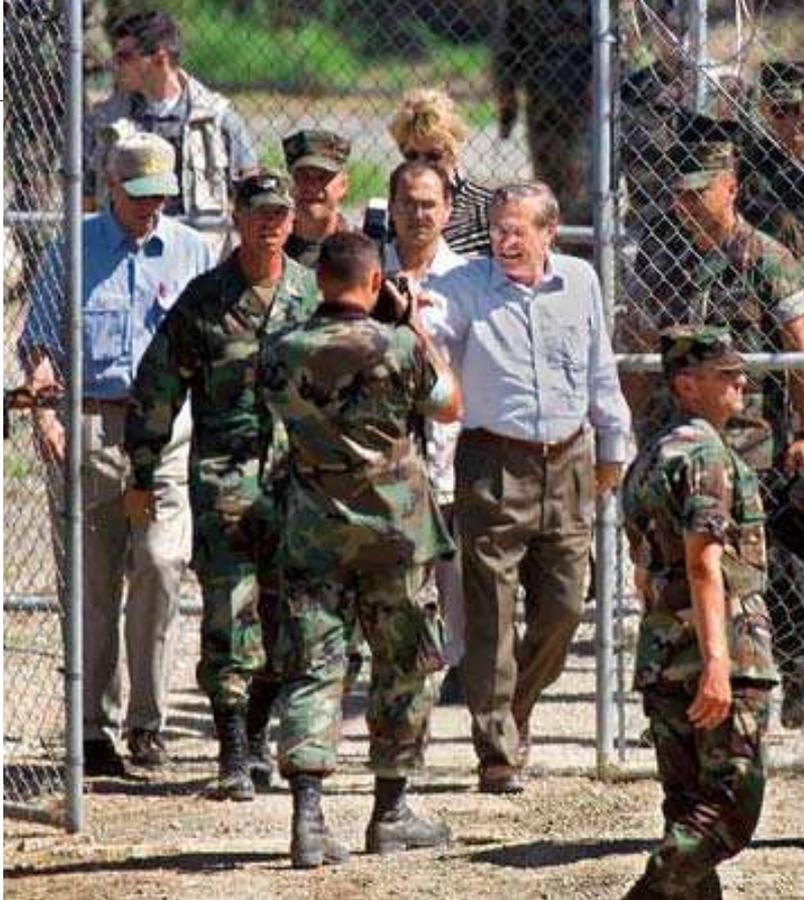
Das alles sei das Werk einer einzelnen, sadistischen Nachtschicht gewesen, erklärte die US-Regierung, und so will es auch Church glauben machen. Aber Abu Ghureib war auch anderswo.

Es gibt Berichte über Häftlinge im Irak, in Afghanistan und in Guantanamo, denen brennende Zigaretten in die Ohren und Klistiere in den After geschoben wurden. Die kotbeschmiert in külschrankkalten Räumen ausharren mussten und stundenlang mit Rockmusik beschallt wurden. Über Hundeführer, die Wetten eingingen, welcher Delinquent sich zuerst in die Hose machen würde, wenn sie ihre Tiere von der Leine ließen. Über Soldaten, die fünf Tage lang die Beine eines Häftlings malträtierten, bis er starb. Über Scheinexekutionen und Folter, bei der das Opfer immer wieder unter Wasser getaucht wird, bis es glaubt zu ertrinken.

Wie Senator McCain plädieren auch Demokraten im Kongress für umfassende parlamentarische Untersuchungen. Vor allem die noch immer geheimen Einzelheiten des „Rendition“-Programms wollen sie jetzt aufgeklärt wissen – die von der CIA organisierte Überstellung von Terrorverdächtigen an Staaten mit Foltertradition.

Die CIA-eigenen Jets, welche die Häftlinge transportierten, sind in 40 Ländern 600-mal gelandet. Ziele waren die Brennpunkte des internationalen Terrors: 30-mal Jordanien, 19-mal Afghanistan, dazu häufige Stopps im Irak, in Ägypten, Libyen, Guantanamo und anderswo.

Lange Zeit nahm Amerika den Rechtsbruch als patriotischen Preis im Krieg gegen den Terrorismus hin. Die Nachsicht mit der Regierung scheint jedoch vorbei zu sein. Nicht einmal Haftbefehle gegen amerikanische Agenten werden CIA-intern inzwischen ausgeschlossen. In Europa ermitteln Staatsanwaltschaften, weil mindestens drei der ins Visier amerikanischer Terrorfahnder geratenen Verdächtigen gekidnappt wurden. Sie lebten in Schweden, Italien und Deutschland. Khaled el-Masri



Pentagon-Chef Rumsfeld (M.) in Guantanamo (2002): Demütigung und Folter

J. SCOTT APPLEWHITE / AP

aus Ulm brachte eine Namensverwechslung vier Monate in einer Zelle in Afghanistan ein. Immerhin hat sich die US-Regierung für den Irrtum und die Entführung entschuldigt.

„Folter ist nicht akzeptabel, wir überstellen niemanden in ein Land, in dem gefoltert wird“, behauptet Präsident Bush. Das klingt gut. Aber einige der Verantwortlichen, die sich vorwerfen lassen müssen, die Exzesse begünstigt zu haben, hat er sogar belohnt und befördert.



Vizeadmiral Church
Rechtsbruch als patriotischer Preis

DENNIS COOK / AP

Der Jurist Jay Bybee, der im August 2002 das berichtigte Memo mitverfasste, wonach der Präsident jede Art Verhörmethode genehmigen darf, solange der Delinquent nicht stirbt oder bleibende physische Schäden erleidet, ist inzwischen Bundesrichter. Alberto Gonzales, der als Rechtsberater des Präsidenten das Gutachten ohne Widerspruch weiterleitete, brachte es zum Justizminister. Vor seinem Amtsantritt erklärte er bei der Senatsanhörung, dass US-Geheimdienstler Gefangene misshandeln dürften, solange es sich dabei nicht um amerikanische Staatsbürger handele und solange sie im Ausland gefoltert würden.

Der Zweck heiligt die Mittel, das ist die Logik dieses Sonderrechts.

Mittlerweile haben sich allerdings Gerichte gefun-

den, die anderer Ansicht sind. Sie verlangen faire Verfahren für die Insassen von Guantanamo. Sie verweigern die Überstellung Verdächtiger zum Beispiel an den Jemen, solange die Garantie fehle, dass diese dort nicht gefoltert würden. Und im März hat ein Gericht verfügt, dass der seit knapp drei Jahren einsitzende US-Bürger José Padilla, der angeblich eine sogenannte schmutzige Bombe zünden und damit radioaktive Strahlung freisetzen wollte, binnen 45 Tagen angeklagt oder aber freigelassen werden muss.

Die Regierung führte erst kürzlich einen Prozess, um zu verhindern, dass geheime Unterlagen über Folterzwischenfälle an Menschenrechtsorganisationen übergeben werden, und verlor ihn. Nun sind Zehntausende Dokumente aus dem Pentagon und dem FBI zugänglich und widerlegen die Behauptung, Übergriffe hätten nur vereinzelt stattgefunden.

In Bagdad wiesen Häftlinge Brandspuren im Nacken und blaue Flecken im Gesicht auf; zwei Militärs fotografierten, wie einem Gefangenen immer wieder ins Gesicht geschlagen wird. Sie zeigten einem Vorgesetzten die Bilder, der sie sofort konfiszierte. Einem Sergeanten, der Meldung über Misshandlungen machte, attestierte sein Vorgesetzter, er sei psychisch auffällig.

„Wahnsinn in Ramadi“ heißt ein Video mit Kriegserlebnissen von Nationalgardisten aus Florida: Einem Schwerverletzten wird ins Gesicht getreten, ein GI dreht einen Sterbenden so, dass der Kameramann Ein- und Austrittswunde der Kugel

filmen kann. Weil Offiziere das Verhalten nur als „unangemessen“ einstufen, wurde kein Verfahren eingeleitet.

Die erschreckendsten Schilderungen stammen nicht aus dem blutigen Chaos des Irak, sondern aus dem Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba. Sie stützen sich nicht etwa auf die womöglich zweifelhaften Berichte Freigelassener, sondern auf Aussagen dort eingesetzter Soldaten.

„Am anderen Ende des Flurs fand ein sehr lautes Verhör statt, ich habe mich entschieden, es mir lieber nicht anzuschauen“, schrieb ein Kriminalbeamter in einer E-Mail an einen Kollegen. Seine Vorgesetzten protestierten beim kommandierenden General gegen die Verhörmethoden der verantwortlichen Soldaten. Doch der fertigte den Einspruch ab. „Das FBI mag seine Art haben, mit diesen Dingen umzugehen, wir haben unsere Marschorder vom SecDef“, womit der „Secretary of Defence“ Rumsfeld gemeint ist.

Erik Saar arbeitete sieben Monate als Arabisch-Dolmetscher in Guantanamo. Der ehemalige Feldwebel hat über diese Zeit und seine Erlebnisse ein Buch geschrieben, das bald erscheinen soll. Noch ist nicht klar, welche seiner Schilderungen aus dem Innenleben des Lagers die Zensoren des Pentagon im vermeintlichen Sicherheitsinteresse der Nation streichen werden.

Saars Enthüllungen, von denen bereits Auszüge kursieren, lesen sich wie das Skript für einen schlechten Pornofilm. Er schildert Soldatinnen, die sich vor angeketteten Häftlingen entblößen, ihre Brüste an ihnen reiben und jede Erektion bejubeln. Das sei als Taktik deklariert worden, um die Gefangenen durch Demütigung zum Sprechen zu bringen, schreibt Saar.

Häufig hätten die Frauen gegenüber ihren Gefangenen obendrein behauptet, ihre Periode zu haben. Gläubige Muslime fühlten sich danach als unrein.

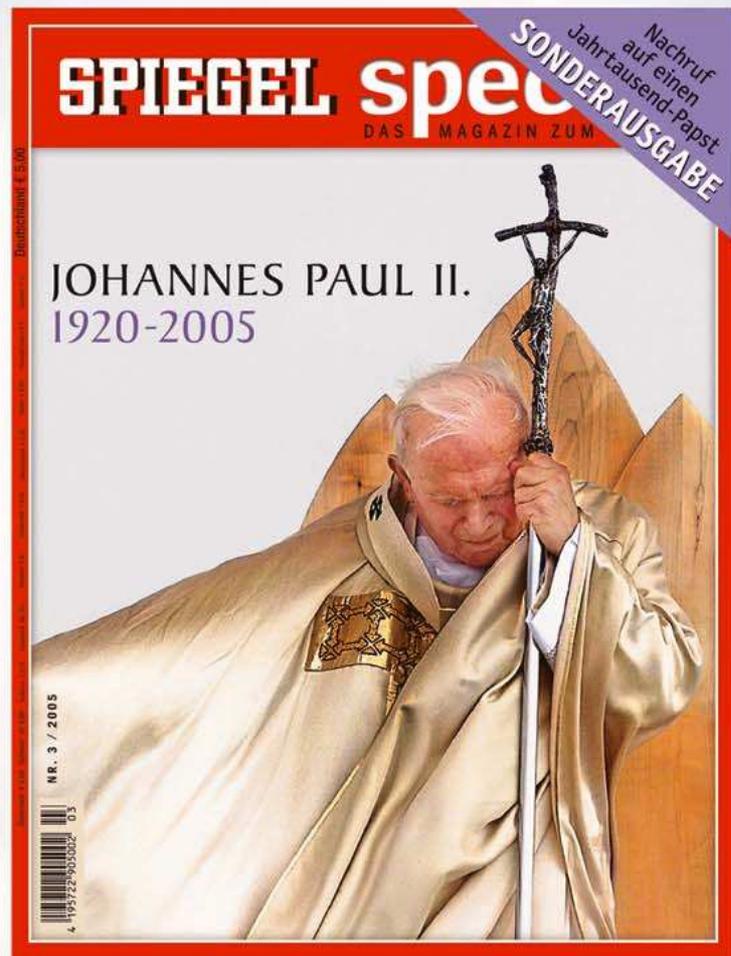
Viele der Praktiken, welche die Bush-Regierung in den ersten Jahren nach den Anschlägen in New York und Washington anwandte, gibt es nach Versicherung von Insidern heute nicht mehr.

Beim Geheimdienst CIA laufen insgesamt sechs interne Untersuchungen; eine neue Dienstanweisung verpflichtet die Agenten, sofort den Schauplatz zu verlassen, sollte das Militär „Techniken jenseits von Fragen und Antworten“ anwenden.

Das ist ein schwacher Trost für Senator McCain, den die Quälereien seiner vietnamesischen Folterer gezeichnet haben. Er hat oft erklärt, es sei „unser Respekt vor allen Menschenrechten“, der Amerika fundamental von Terroristen und „Schurkenstaaten“ unterscheide. Und für diesen Unterschied will er weiter kämpfen: gegen Admiräle, das Pentagon und den Präsidenten – wer auch immer die Grenzen überschreitet.

GEORG MASCOLO

WIRE.



Superstar, Friedenskämpfer, Reformfeind: Wie kaum einer seiner Vorgänger hat Johannes Paul II. das Bild seiner Kirche geprägt. Er war ein Papst, der die Welt zugleich faszinierte und polarisierte. Sein Leben, sein Werk, sein Leiden.

Jetzt in SPIEGEL special.

Jetzt im Handel oder direkt bestellen:
Telefon: 040/30 07-48 88
www.spiegel.de/shop

SPANIEN

Zweigleisiges Produkt

Die Nationalisten wollen die Regionalwahlen im Baskenland zu einem Referendum machen – über die endgültige Loslösung von Madrid.

Ibarretxe, 48, seit 1999 Ministerpräsident der Autonomen Region Baskenland und nun erneut Spitzenkandidat der Nationalisten, lächelt mit breitgezogenen Mundwinkeln und fast geschlossenen Augen. Dann legt er los: „Wir, die wir hier leben und arbeiten, wo immer wir auch geboren sind, wollen im Baskenland bestimmen.“ Dass Entscheidungen, die das baskische Volk betreffen, in einem Madrider Büro ausgehandelt werden – unmöglich so etwas. Seine Anhänger toben.

Der Baskenpräsident jongliert wirkungsvoll mit übersteigter Heimatliebe und

selbst zu verwalten. Zudem flossen aus Madrid reichlich Subventionen für den Autobahnbau, für Industrie und Kultur in die Region. Das tat seine Wirkung: Selbst viele treue Wähler der Nationalisten teilen die Sezessionspläne nicht.

Ibarretxe, ein Ökonom mit Diplom der Universität Bilbao, behauptet, dass es den Basken viel besser ginge, dürften sie über alle Belange selbst bestimmen. Deshalb erhofft er am Wahltag „eine Menschenflut“. „Wir sind das einzige Produkt auf dem Markt, das zweigleisig fährt“, ruft er in Getxo – ausgerechnet in jener Stadt, in der die militante Eta, die seit über 30 Jahren einen eigenen Baskenstaat herbeibomben will, 15 Morde begangen hat. „Wir sagen Nein zur Gewalt – und Ja zu politischen und zivilen Rechten für alle.“

Natürlich flirtet der scheinbar so harmlose Landeschef mit den extremen Nationalisten. Das Umfeld der Bande, so sein Kalkül, könnte ihm die fehlenden Stimmen zur absoluten Mehrheit verschaffen – und so dem Spaltungsplan zum Durchbruch verhelfen. Denn erstmals wird keine Liste der Eta-Unterstützer zugelassen.

Der sozialistische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero ist voriges Jahr mit dem Versprechen angetreten, alle Nationalisten in das pluralistische Modell des spanischen Staates mit seinen 17 Autonomen zu integrieren. Da kam ihm Ibarretxe in die Quere. Ende Dezember brachte er für sein Autonomieprojekt überraschend die Mehrheit des Baskenparlaments hinter sich – mit den Stimmen des politischen Arms der Eta. In Madrid dagegen, im Zentralparlament, schmetterten 90 Prozent der Abgeordneten den Sezessionswunsch ab.

Wenn ihm die Wahl am Sonntag das gewünschte Mandat bringt, will Ibarretxe schon tags darauf „in Madrid verhandeln“: Die Regierung dort müsse sich geschäftsbereit zeigen, man könne den Konflikt schlecht mit „Ohrfeigen regeln“. Umfragen räumen der Baskenpartei gute Chancen ein, auch künftig mit Hilfe der kommunistisch dominierten Vereinigten Linken regieren zu können. Doch die absolute Mehrheit von 38 Sitzen ist Ibarretxe nicht sicher.

Den Gegnern – Sozialisten und konservativer Volkspartei – fehlte vor vier Jahren nur ein Sitz, um mit der Baskenpartei gleichzuziehen. „Ibarretxes Plan gibt der Eta Recht“, sagt die Konservative María San Gil, 40, aus San Sebastián, die Lehendakari werden will. 1000 Menschen seien der Eta zum Opfer gefallen. Deshalb dürfe aus dem Baskenland keinesfalls das werden, was die Mörder wollten: ein quasi unabhängiger Staat.

San Gil hat es schwer. Ans Volk wendet sie sich meist nur aus der Distanz. Sie führt ihren Wahlkampf hauptsächlich in geschlossenen und gesicherten Räumen. Sie muss befürchten, zur Zielscheibe der Eta zu werden.

HELENE ZUBER



REFA RVAS / AFP

Basken-Premier Ibarretxe, Anhänger in Bilbao: „Wir wollen selbst bestimmen“

Wenn der Mann mit den schrägen Augenbrauen und dem finsternen Blick in den Fernsehnachrichten auftaucht, wenden sich die Gäste in den Madrider Bars unter Gemurmel wieder ihrem Essen zu. Aber es schmeckt ihnen nicht mehr so recht.

Der Redner auf dem Bildschirm hat sein Kinn angriffslustig nach vorn geschoben und gestikuliert weihevoll wie ein Priester. Der schwarze Ring an seiner linken Hand blitzt bedrohlich. Und das Publikum in den noblen Cafés der spanischen Hauptstadt raunt: Der Baske Juan José Ibarretxe wird Spanien zerbrechen.

Bei ihm zu Hause sehen solche Szenen ganz anders aus. Da steht derselbe Mann ziemlich linkisch auf der Bühne. Ganz so, als wäre er eben erst vom Bauernhof seiner Großeltern ins Dorf Llodio gezogen, wo der Vater in einer Fabrik arbeitete.

Aber das tut hier nichts zur Sache, hier ist er der unumstrittene Liebling. Begeistert feuert ihn die Menge auf einem Platz in Getxo nahe Bilbao an: „Ari, ari, ari, Ibarretxe Lehendakari“ – „Erster unter den Anwesenden“, so nennen die Basken ihren Landesvater. Alte und Junge schwenken Landesfahnen mit dem weißen und grünen Kreuz auf hellrotem Grund.



FRANCOIS LENOIR / REUTERS

Spanischer Regierungschef Zapatero
Pluralistisches Modell

Verachtung für die Españolistas. Die Wahlen am kommenden Sonntag will er zum Votum über jenen Plan ummünzen, der seinen eigenen Namen trägt und einer Loslösung von Madrid gleichkommt: Dabei geht es nicht mehr nur um weitgehende Autonomie, wie sie die spanische Verfassung bereits gewährt, sondern um Souveränität fürs baskische Volk.

Nur noch als Freistaat sollen die drei Provinzen Alava, Vizcaya und Guipúzcoa mit Spanien verbunden sein – der Zentrale bliebe, geht es nach den Nationalisten, lediglich die Hoheit über Militär, Währung und Außenpolitik. Jetzt schon haben die Basken das Recht, ihre Steuereinnahmen



Tennisprofi Scharapowa: „Sie hat einen unglaublichen Willen, den Erfolg zu erzwingen“

NICK LAHAM / GETTY IMAGES

TENNIS

Russisches Doppel

Ein ehrgeiziger Finsterling und seine begabte Tochter erobern die Tenniswelt: Seit dieser Woche ist Marija Scharapowa die Nummer zwei der Rangliste, der Werbeindustrie ist die Schöne zehn Millionen Dollar wert. Doch wie lange erträgt die fast 18-Jährige noch die Bevormundung des Vaters?

Den ersten Punkt holt sie bereits, bevor das Match beginnt. Die Sonne Südkaliforniens scheint auf das Tennisstadion in Indian Wells, als Marija Scharapowa auf den Centre Court schreit, stolz und schön wie eine Filmdiva. Ihre Haare sind lang und blond, ihre Beine lang und braun. Die Russin trägt zur goldenen Halskette einen gelben Dress. Der Einteiler ist sehr kurz und sehr eng, die Fernsehkameras sind schon verliebt. „Oh, my goodness“, jauchzt ein älterer Herr auf der Tribüne, und ein junger Fan jöhlt: „Marija, du bist so heiß!“ Die Angebetete winkt ins Publikum.

Dann wird Tennis gespielt. Scharapowa überrollt ihre Gegnerin, sie spielt schnell und hart. Bei jedem Schlag verzerren sich ihre Gesichtszüge, sie quietscht und kreischt in einer Lautstärke, dass man gern taub wäre. Nach 68 Minuten ist das Spektakel vorbei: 6:1, 6:2 gegen die Amerikanerin Angela Haynes. Scharapowa trippelt in die Mitte des Platzes und haucht Kuss-hände in alle vier Himmelsrichtungen.

Marija Scharapowa, 17, ist die Supernova des internationalen Damentennis. Es gab in den letzten Jahren etliche Spielerinnen, die sich um diese Rolle bewarben. Doch die Schönen, wie Anna Kurnikowa,

trafen die Bälle nicht präzise genug, und die Erfolgreichen, wie Lindsay Davenport, waren zu bieder oder zu burschikos, zu dick oder zu durchgedreht. Im schlimmsten Fall waren sie alles zusammen. Marija Scharapowa hingegen sieht so gut aus, dass sie bereits vor anderthalb Jahren einen Modelvertrag unterschrieben hat, bei derselben Agentur, für die auch Heidi Klum läuft. Sie spielt ein so aggressives Tennis, dass sie im Juli in Wimbledon ihr erstes Grand-Slam-Turnier gewann und im November in Los Angeles Weltmeisterin wurde. Bei ihren ersten fünf Turnierauftritten 2005 erreichte sie mindestens das Halb-



Model Scharapowa: „In ein paar Jahren wird ihr Name eine globale Marke sein“

finale, kassierte zweimal den Siegerscheck. Ab diesem Montag führt die Weltrangliste sie an Nummer zwei.

Eine halbe Stunde nach dem Match gegen Haynes, auf der Pressekonferenz: Scharapowa sitzt frisch geduscht und perfekt frisiert auf einer kleinen Bühne. Ihr Gesicht ist offen und freundlich. Sie sagt, sie sei auf einem guten Weg, die beste Spielerin der Welt zu werden. Die braunen Augen sind weit aufgerissen. Vor ihr hocken zwei Dutzend Männer und gaffen ihr auf die knappen Shorts.

„Können Sie uns sagen, was für ein Mensch Ihr Vater ist?“, will ein Reporter wissen.

Scharapowas Strahlen erfriert. „Ich glaube nicht, dass ich den Leuten eine Erklärung schuldig bin“, sagt sie. Scharapowa hasst dieses Thema, aber sie kann es nicht abschütteln.

Ihr Vater heißt Juri, und er begleitet sie wie ein Schatten. Der gelernte Ingenieur ist ein Fanatiker, unerbittlich mit sich und anderen. Ein stämmiger Finsterling, der seine Tochter zum Champion drillen ließ. Juris Auftreten erinnert an berühmte Tennisväter wie Jim Pierce, Peter Graf und Stefano Capriati.

Seine Mission begann 1992. Marija, geboren im westsibirischen Njagan, war fünf, sie spielte seit einem Jahr Tennis und startete bei einem Sichtungsturnier in Moskau. Dort wurde Martina Navratilova auf sie aufmerksam, die Tennislegende war für einen Schaukampf in der Stadt. Eine schicksalhafte Begegnung.

Navratilova ist heute 48, sie hat noch immer ein Kreuz wie eine Diskuswerferin. In Indian Wells, wo sie Doppel spielt, schreibt sie nach dem Training hastig Autogramme. „Marija hatte alles, was du brauchst, um ein Star zu werden“, sagt sie. „Es war die Art, wie sie sich bewegt hat, wie sie gelaufen ist. Ich habe gedacht: Wow, ist die Kleine gut.“

Navratilova riet Juri, mit seiner Tochter nach Amerika zu gehen. Nur dort könne ihr Talent richtig gefördert werden.

Für Juri war es der Marschbefehl. Seine Tochter war sieben, als er mit ihr in ein Flugzeug nach Miami stieg, im Gepäck angeblich nicht viel mehr als 700 Dollar und die Sehnsucht nach Ruhm. Marijas Mutter Jelena durfte die beiden nicht begleiten, weil sie kein Visum erhalten hatte. Erst zwei Jahre später folgte sie der Tochter und dem Ehemann.

Weder Juri noch Marija haben bis heute viel über das geredet, was nach ihrer Ankunft in Florida geschehen ist. Jetzt sitzt Scharapowa im Tennispark von Indian Wells an einem runden Tisch, vor sich eine rosa Handtasche. Die Hände zwischen die Knie geklemmt, knipst sie ein zauberhaftes Lächeln an und sagt: „Wir kamen in ein neues Land, eine komplett andere Kultur – es war, als ob du gegen eine Mauer knallst.“ Ihr Vater habe „gewaltige Opfer“ gebracht, damit sie Karriere machen könne. Sie erzählt völlig emotionslos.

Juri und Marija zogen in eine kleine Wohnung in Venice, einer Stadt an der Westküste. Sie konnten sich kein Auto leisten, teilten sich ein Fahrrad. Marija schlief auf einer Matratze, die auf dem Boden lag. Juri arbeitete als Müllmann und Kellner, stanzte auf Golfplätzen die Löcher ins Grün. Und er organisierte Trainingspartner für seine Tochter, die er „Mascha“ nennt.

Der Zufall wollte es, dass Marty Newcomer das Mädchen spielen sah. Sie war begeistert, und sie hat gute Beziehungen. Ihre Tochter war seinerzeit mit Mark McCormack verheiratet, dem Gründer der International Management Group. IMG, dem weltgrößten Sportmarkter, gehört die Nick Bollettieri Tennis Academy im nahe gelegenen Bradenton.

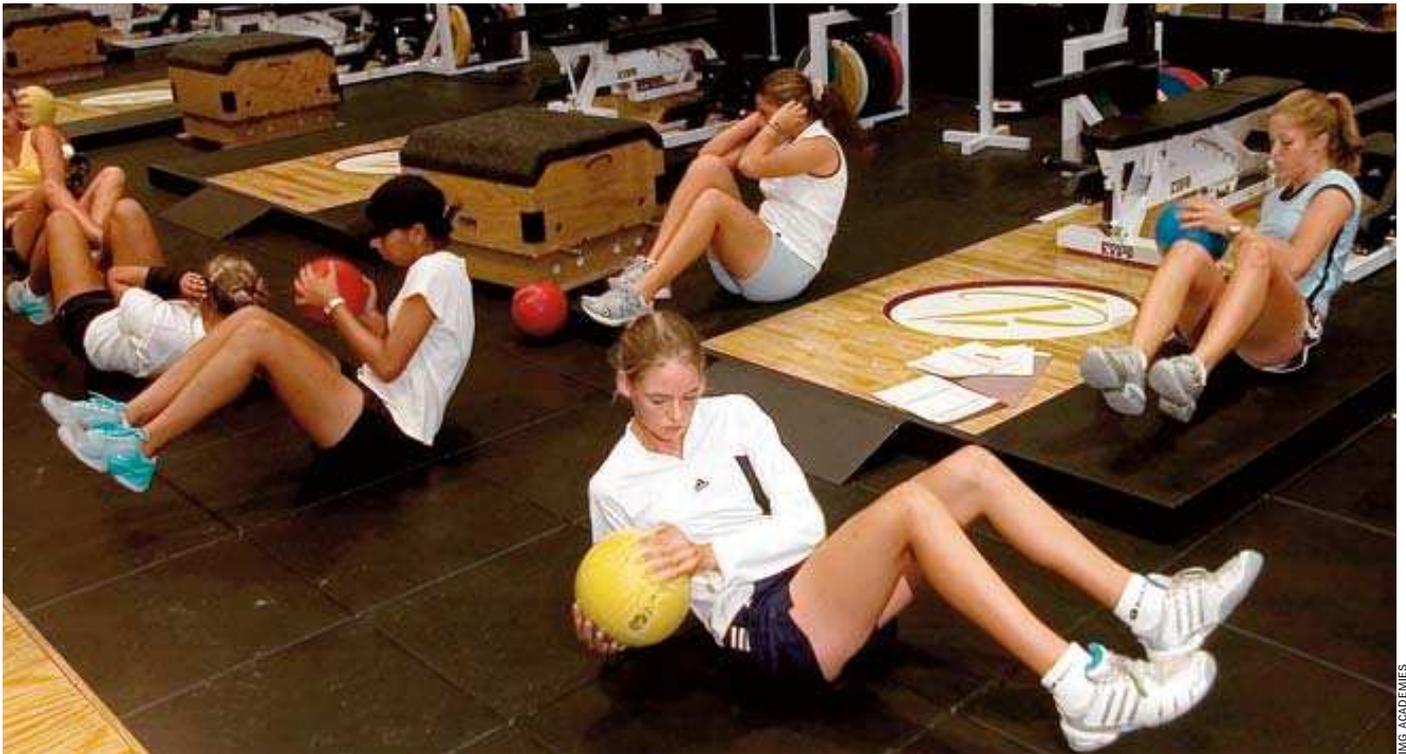
Marija durfte vorspielen, bekam einen Platz in der Nachwuchsschmiede. Juri konnte das Glück kaum fassen. Noch heute schwärmt er von der Akademie als „Mekka für Träume“. Man kann sie aber auch als Tenniskaserne bezeichnen. Schon Monica Seles, Jim Courier und Mary Pierce wurden dort nach militärischem Vorbild geschliffen. Wer verstehen will, warum Scharapowa auf dem Platz so verbissen ist, muss sich nur im Camp umschauen.

Hinter einem Schlagbaum liegen 72 Tennisplätze, ein Clubhaus im Kolonialstil, ein medizinisches Zentrum, ein Krafraum und zweistöckige Wohnheime. Zwölf Monate Ausbildung kosten inklusive Kost und Logis 30100 Dollar. Scharapowa erhielt ein Stipendium, kurz darauf nahm IMG sie unter Vertrag.

In der Akademie wird Tennis gearbeitet von morgens halb sechs bis abends um neun. Jedes Match wird analysiert, jedes Ergebnis von den Ausbildern notiert. Wer trinkt oder raucht, fliegt raus. Jeweils acht Absolventen leben in einer Wohnung, sie schlafen in Etagenbetten, im Gemeinschaftszimmer gibt es ein Sofa, einen Fernseher, ein Regal und Schließfächer. Es gilt die Faustregel: In 10 000 Stunden Training vom Talent zum Profi.

Scharapowa war zehn Jahre alt, als sie sich auf dem Campus vorübergehend ein Apartment mit drei deutlich älteren Schülerinnen teilte. Von ihren Mitbewohnerinnen fühlte sich Marija schikaniert.

„Ich bin um acht Uhr ins Bett gegangen, die um elf. Aber vorher haben sie mich immer geweckt und gesagt: Hey, du hast



Training in der Nick Bollettieri Tennis Academy (in Florida): In 10 000 Stunden vom Talent zum Star

unser Zimmer noch nicht geputzt“, erzählt sie.

Ihr Vater musste nach dem Job als Bauarbeiter eine Stunde lang laufen, um sie sehen zu können. Marija, die bis heute keine richtige Schule besucht hat, brachte sich selbst Englisch bei. Sie las viel, darunter „Pippi Langstrumpf“, die Geschichten vom mutigen Mädchen, das sich ohne Eltern behauptet. „Ich war unglücklich, aber ich habe nie geweint“, sagt Marija.

Nick Bollettieri, der die Akademie 1978 gegründet hat, trainiert gerade eine Gruppe Kinder zwischen neun und elf Jahren. Einer seiner drei Assistenten bellt: „Bälle sammeln! Ihr habt 60 Sekunden!“ Bollettieri, 73 und im blauen Muskelshirt, guckt zufrieden. Er sagt: „Als ich Marija das erste Mal getroffen habe, war sie so dünn, man konnte sie von der Seite nicht sehen. Aber sie hat einen unglaublichen Willen, den Erfolg zu erzwingen. Ich glaube, sie kann Eisen biegen.“ Bollettieri brachte ihr saubere Grundschläge bei.

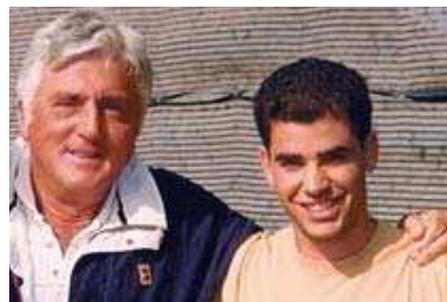
Juri reichte das nicht. Er fuhr seine Tochter von einem berühmten Trainer zum nächsten. Im September 1998 sah er im Fernsehen, wie Lindsay Davenport die U.S. Open gewann. Er war fasziniert von ihrer kraftvollen Vorhand und beschloss: Das muss meine Mascha auch können. Juri engagierte Robert Lansdorp, Davenports früheren Coach, der zuvor auch Pete Sampras und Tracy Austin unterrichtet hatte.

Nun feilte Marija abwechselnd drei Wochen bei Bollettieri in Florida und zwei Wochen bei Lansdorp in Kalifornien an ihrem Spiel. Als Chefcoach begleitet Lansdorp sie zu allen wichtigen Turnieren. Der

gebürtige Holländer hat dichtes graues Haar, sein rechter Unterarm ist dick wie ein Baumstamm. Lansdorp sitzt in Indian Wells in der Sonne, sein Gesicht glüht.

„Ich bin ein Sklaventreiber“, sagt er. „Ich habe Marija beigebracht, konstanter zu spielen, mit mehr Power.“ Sie müsse jedoch noch lernen, öfter ans Netz zu gehen. Und Juri, „dieser Hurensohn“, mische sich zu sehr in die Arbeit seiner Tochter ein. Wenn sie trainiere, „quatscht er pausenlos dazwischen. Marija mag das nicht. Deswegen findet sie es gut, wenn ich da bin – weil ich ihm sage, er soll still sein“. Es wundere ihn überhaupt nicht, dass Juri in der Branche einen üblen Ruf genieße. „Er ist ja auch ein übler Typ.“

Juris Problem ist, dass er keine Distanz zu seiner Tochter hält. Während eines Matches ruft er ihr auf Russisch Anweisungen zu. Er beböbelt Zuschauer und beleidigt Gegnerinnen. Im August 2003 verspottete er die Russin Nadja Petrowa derart, dass deren Trainer nach dem Spiel auf ihn losging. „Irgendwann muss Juri fünf Millio-



Trainer Lansdorp, Schützling Sampras (1992)
„Ich bin ein Sklaventreiber“

nen Dollar Strafe zahlen, weil er jemanden verprügelt hat“, prophezeit Lansdorp.

Der Vater, dessen Mundwinkel stets senkrecht nach unten zeigen, kann Tennis und Privatleben nicht trennen. „Er will jede Sekunde wissen, wo ich bin“, sagt Scharapowa. Mauricio Hadad, einer von Bollettieris Mitarbeitern, reiste zwei Jahre lang als Travelling Coach mit Marija um die Welt – aber nie durfte er allein mit ihr essen gehen. Als Scharapowa im Wimbledon-Finale Serena Williams deklassierte, jubelte Juri: „Wir haben es geschafft!“ Wir.

Nach dem Triumph riet Hadad, Marija möge vor den U.S. Open pausieren. Aber Juri bestand darauf, dass sie bei zwei Turnieren in Asien startet. Er wollte ihren Status zementieren, Start- und Preisgelder kassieren. Er feuerte Hadad.

Abweichende Meinungen, Widerworte gar, pflegt Juri rustikal aus dem Weg zu räumen. So wie neulich im La Quinta Resort & Club, einer exklusiven Anlage umgeben von den Santa Rosa Mountains. Hier soll Scharapowa einen Schaukampf spielen.

Doch als Marija und Juri den Club betreten wollen, gibt es ein Problem. Sie können sich nicht ausweisen, und der Wachmann, ein Schwarzer namens Will, kennt sie nicht. „Sie wissen nicht, wer Scharapowa ist?“, blökt Juri. Er kenne nur die Williams-Schwestern, antwortet Will. Juri fuchtelt mit den Armen, schüttelt den Kopf. „Seine Attitüde war so feindselig“, meint Will später, „er hat sich aufgeführt, als wäre er etwas Besseres.“

Scharapowa verliert den Schaukampf gegen Meghann Shaughnessy. Sie sitzt nach

dem Spiel im Schatten. Nebenbei trainiert Andre Agassi. Steffi Graf guckt zu, ihr Sohn Jaden Gil bespritzt Daddy mit einer Wasserpistole. Es wird viel gelacht. Marija guckt nicht hin. Stattdessen macht Juri ihr gestenreich klar, dass ihr Auftritt peinlich war.

Bewusst kapselt sich Scharapowa von anderen Profis ab. Zumeist bewegt sie sich nur innerhalb ihres Clans, bestehend aus Juri und Lansdorp, Fitnesstrainer, Coach, Manager. „Ich brauche keinen Kontakt zu meinen Konkurrentinnen“, sagt sie. „Ich könnte ihnen nie vertrauen – ich wüsste nie sicher, was sie für mich empfinden. Ich weiß nur, dass sie mich besiegen wollen.“ Ihre einzige Freundin auf der Tour ist die 18-jährige Russin Marija Kirilenko.

Wer andere Spielerinnen nach Marija und Juri fragt, erntet meist Schweigen, Abwinken, rollende Augen. Die Deutsche Julia Schuff sagt: „Keiner hat eine Meinung über sie, weil keiner sie kennt.“

Als eine von wenigen hat sich die Russin Anastassija Myskina, 23, aus der Deckung gewagt. Die French-Open-Gewinnerin bekam auch schon Juris choleric Art zu spüren. Sie sagt, Marijas Russisch habe „einen vulgären Akzent“ und Juri benehme sich unmöglich: „Mit Leuten wie ihm will ich nichts zu tun haben.“ Sie will dieses Jahr nicht für ihr Land im Fed-Cup antreten, sollte Marija ins Team kommen.

Es ist aber auch nicht leicht hinzunehmen, dass Scharapowa nach ihrem Wimbledon-Sieg Werbeeinnahmen in Höhe von zehn Millionen Dollar kassiert, während sich Myskina nach ihrem Paris-Sieg mit gerade einmal einem Zehntel begnügen muss. Myskina ist nach wie vor eine von mehreren aufstrebenden russischen Topspielerinnen, Scharapowa ist nun Werbegerin der Uhrenmarke TAG Heuer – und damit in einer Liga mit Brad Pitt, Tiger Woods und Uma Thurman.

Seit Wimbledon rotiert die Heldenmaschine, am Hebel sitzt Max Eisenbud, Marijas Manager. In den ersten fünf Tagen nach dem Erfolg erhielt er 600 E-Mails mit Angeboten von Firmen, die sich mit Marija schmücken wollen.

In Indian Wells klingelt ständig Eisenbuds Handy. 20 IMG-Leute in den USA, Asien und Europa betreuen Scharapowa, Eisenbud ist der Kopf des Teams. Er hat ihr weltweite Verträge besorgt mit



Tennisstar Scharapowa: „Keiner hat eine Meinung über sie“

Motorola und Canon, in Japan wirbt sie für Pepsi und Honda. Im September soll ihr eigenes Parfum auf den Markt kommen.

„In ein paar Jahren wird der Name Marija Scharapowa eine globale Marke sein, so wie Calvin Klein, Mercedes und Rolex“, sagt Eisenbud, ein blasser Mann mit schütterem Haar. Das Männermagazin „FHM“ wollte seine Klientin erotisch fotografieren, so wie Anna Kurnikowa. Eisenbud hat abgelehnt. „Wir verkaufen keinen Sex. Wir wollen Marija bekannt machen über ihre Erfolge und die Vertragspartner.“ 300 Anfragen für Fotoshootings sind bei Eisenbud in den letzten Monaten eingegangen, nur einmal hat Scharapowa Modell gestanden, für „Vogue“.

Bei einer Signierstunde in Indian Wells kritzelt Scharapowa, bewacht von fünf Bodyguards, ihren Namen auf Kappen, Fotos, Programmhefte. Sie mustert die Leute gelangweilt, nur Kinder lächelt sie an.



Wimbledon-Siegerin Scharapowa, Vater Juri: „Wir haben es geschafft“

Fotos sind nicht erwünscht, aber dann gestattet Eisenbud einem Fotografen, ein Motiv mit drei kleinen Jungen zu stellen. Er verkauft das Produkt Marija nicht nur, er stylt es auch.

Von 700 Interview-Wünschen der Presse hat Eisenbud 2 erfüllt. In welche Talkshow Marija geht, entscheidet er streng nach Einschaltquote und Zielgruppe. „Ich will Marija schützen“, erklärt Eisenbud, sie sei erst 17 und habe „nie richtiges Medientraining“ gehabt.

Das ist charmant gelogen. Dass Scharapowa ihrem Gesprächspartner fest in die Augen schaut und auf kritische Fragen diplomatisch nichts sagend antwortet, wurde ihr in Bollettieris Akademie eingepflichtet. Mit 13 musste sie sich regelmäßig dem Kreuzverhör der Trainer stellen: Kannst du dir vorstellen, die amerikanische Staatsbürgerschaft anzunehmen? Wie reagierst du, wenn du in der Kabine von einer Lesbe angemacht wirst? Scharapowa wurde gefilmt, zwei Psychologen analysierten ihr Verhalten. Sie erklärten ihr, wie sie besser antworten soll, wie sie die Hände halten, wie sie gucken soll.

Ihr Vater hat sich noch nie einem Medienvertreter gestellt. Selbst russische Reporter, die seit Jahren über seine Tochter berichten, behandelt er wie Luft. Juri sagt: „Es geht um Marija, nicht um mich.“

Diese Erkenntnis ist der größte Unterschied zu all den Tenniseltern, deren Kinder frühzeitig gestrandet sind. Damir Dokic und Stefano Capriati haben die Karrieren ihrer Töchter zunächst gefördert, später blockiert. Mary Pierce gewann die French Open erst, nachdem sie sich von ihrem Vater befreit hatte.

Scharapowa wird nächsten Dienstag volljährig, vielleicht will auch sie bald eigene Wege gehen.

In Indian Wells trainiert sie Aufschläge. Sie trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „Fasten your seatbelts“, bitte anschnallen. Es gucken mehr Leute zu als bei einem Spiel der Männer.

Juri befiehlt: „Tiefer in die Knie! Mehr Slice!“ Dann baut er an der Aufschlaglinie ein Türmchen aus vier Bällen. 50 Dollar, wenn Marija beim ersten Mal trifft; für jeden Fehlversuch werden zehn Dollar abgezogen. Sie schlägt fünfmal daneben, aber probiert es weiter. Erst der 13. Aufschlag trifft. Scharapowa ruft: „Papa, das war dein Arsch!“

MAIK GROSSEKATHÖFER

FUSSBALL

Laufende Litfaßsäulen

Darf eine Mannschaft auf dem Hintern Werbung tragen? Arminia Hannover klagt nun gegen das Nein des DFB vor einem Zivilgericht.

Wie so manch skurrile Idee nahm auch diese ihren Anfang bei zapfrischem Bier. Jürgen Scholz, 38, Vorsitzender des heruntergewirtschafteten Traditionsclubs Arminia Hannover, saß mit einem Freund in der Altstadtkneipe „Teestübchen“ zusammen. Der Chef des Amateur-Oberligisten klagte über die chronisch leere Vereinskasse und den Zwang, „neue Einnahmequellen zu finden“.

Der Kumpel, ein Boutiquenbesitzer, der gerade erst eine lokalpatriotisch angehauchte Wäschekollektion herausgebracht hatte, auf der groß „Kanzlerstadt“ aufgebügelt steht, war zur Hilfe bereit. Die beiden kamen überein, das Label auf den Hintern der Arminen-Kicker zu platzieren. Po-Werbung zu tragen, so etwas hatte in Deutschland noch nie eine lizenzierte Fußballmannschaft gewagt.

Eine ungeheuerliche Provokation für die Tugendwächter des Sports. Seit Arminia Hannover im Herbst 2003 in der vierten Liga erstmals mit dem Reklameslogan über dem Gesäß antrat, ist deshalb ein juristisches Muskelspiel im Gange. Zweimal haben Sportgerichte des Niedersächsischen

Fußball-Verbands den Club zu Geldbußen von insgesamt 300 Euro verdonnert, weil Werbung in Deutschland lediglich auf den Trikots erlaubt sei und dort auch nur vorn. Scholz ignorierte die Urteile, sieht er sich doch weiterhin im Recht, so zu werben, wie er möchte.

Jetzt strengt der Vereinsboss einen Zivilprozess an und hat den Deutschen Fußball-Bund (DFB) beim Landgericht Frankfurt am Main verklagt (Aktenzeichen 2-06 O 101/05). Er will damit jene „Vorschriften über die Beschaffenheit und Ausgestaltung der Spielkleidung“ kippen, die der DFB erst im vergangenen Oktober verschärft hat und die ihm schlichten Herrenausstatterdeutsch münden: „Als Werbefläche dienen ausschließlich die Vorderseite und ein Ärmel im Oberarmbereich des Trikots.“

Was zunächst nach einer lokalen Petitesse um einen vielleicht schon totgerittenen PR-Gag klingt, birgt in Wahrheit die Antwort auf die spannende Frage, ob in Deutschland bald Proficlubs wie Bayern München ihre Kicker fast nach Belieben mit Stickern bepflanzen und einen Po-Sponsor als Co-Sponsor akquirieren dürfen. In Ländern wie Belgien, Spanien oder Frankreich lassen es die Verbandsoberen zu, dass Hosen und Stutzen vermarktet werden. In Österreich laufen die Spieler gar bunt gescheckt wie Litfaßsäulen auf – ein Horrorbild für den DFB, dessen National-



ULRICH ZUR NIEHEN

Hannoversche Po-Werbung
„Es geht ums Prinzip“

spieler zwar für Bier-Reklame machen, der aber in Fragen des Outfits auf eine ordentliche Erscheinung seiner kurzbehosten Repräsentanten bedacht ist.

Die juristische Argumentation der Frankfurter Regelhüter ist jedoch eher dünn. Denn im Juli 2003 strich der Fußball-Weltverband Fifa aus seinen Bestimmungen jene zwei Sätze, die es den Clubs verboten, woanders als auf den Trikots zu werben. Damit erlaubt die Fifa offiziell eine Praxis, die sie zuvor schon klammheimlich toleriert hatte. Dass der DFB von dieser Linie abweicht, hält Scholz für reine Willkür: „Er könnte

morgen ja auch auf die Idee kommen, dass niemand mehr mit weißen Schuhen oder langen Haaren auflaufen darf, nur weil ihm das geschmacklich nicht in den Kram passt. Und: Warum provoziert Po-Werbung den deutschen Verband, aber warum nicht den österreichischen oder spanischen?“

Fast wörtlich steht der Vergleich mit den Schuhen und den Haaren auch in der 24-seitigen Klageschrift, die Rechtsanwalt Scholz selbst formulierte. Der DFB hat es also nicht mit einem übellaunigen Provinzfürsten zu tun, sondern mit einem Volljuristen und Insider: Einige Zeit saß der Master of European Law Niedersachsens Fußball-Verbandsgericht vor, zudem berät er Profis in Rechts- und Vertragsfragen.

Scholz wusste, wie obszön es auf die konservativen Anzugträger in der Spitze des DFB wirkt, wenn Spieler mit beschriftetem Hintern herumlaufen – und dass sie deshalb nie freiwillig nachgeben würden. „Eine Genehmigung einzuholen konnte ich mir schenken. Es war ein Test“, sagt Scholz, „mir geht es ums Prinzip.“ Darum, dass einem klammen Verein wie dem SV Arminia die Geldquellen in Sichtweite versiegen, weil die Geschmacksnerven des Präsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder irritiert sind. „Diese arrogante Haltung“, sagt Scholz, „ärgert mich am meisten.“

Seitdem er die Klage eingereicht hat, ist der „Kanzlerstadt“-Slogan vorerst von den Pobacken verschwunden: um nicht weiter zu provozieren, wie Scholz sagt, und dem Gericht vor einem möglichen Prozess guten Willen zu zeigen.

Sollte das DFB-Verdict aufgehoben werden, will der Vereinsboss einen neuen Sponsor suchen – einen, der etwa 15000 Euro pro Saison zu zahlen bereit ist. Denn bisher floss wegen der ungeklärten Rechtslage kein Geld. Die hannoversche Boutique hat lediglich die mit dem Schriftzug „Kanzlerstadt“ bedruckten Hosen geliefert.

DETLEF HACKE



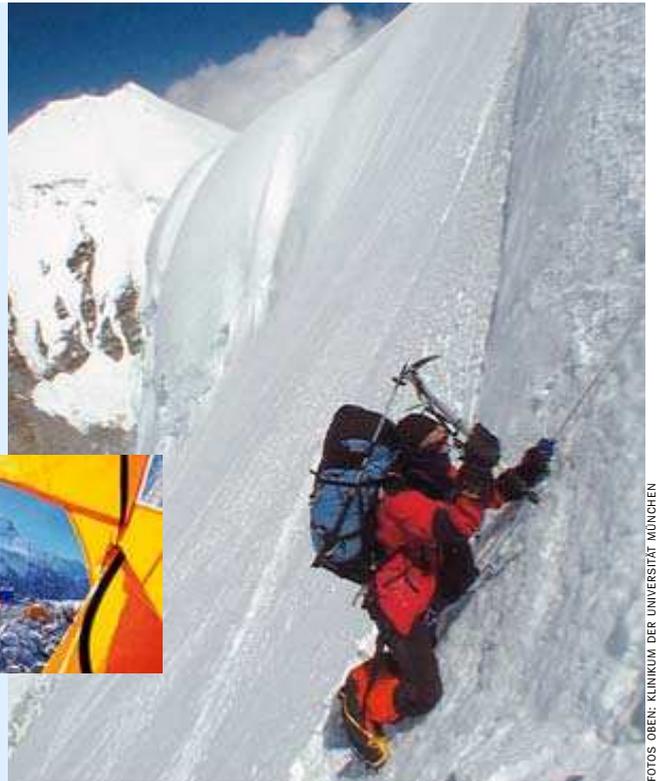
ANDREAS TROESTER / GEPÄ / SPORTIMAGE

Spieler mit Hosenwerbung (in Österreich): Provokation für Tugendwächter

HÖHENKRANKHEIT

Lauschen am Ohr

Ein internationales Team um den Münchner Hals-Nasen-Ohren-Arzt Klaus Mees hat sich drei Tonnen Material ins Basislager am Mount Everest schaffen lassen. Ziel der Gruppe: Jenseits von 7500 Metern über dem Meeresspiegel will sie der Höhenkrankheit auf die Spur kommen. Höhenbergsteigen ist heute ein Massenphänomen. Rund eine halbe Million „Höhentouristen“ sind jedes Jahr in Gebirgen wie den Anden oder dem Himalaja oberhalb von 5000 Metern unterwegs. Viele von ihnen werden höhenkrank, begleitet von Übelkeit, Kopfweh und Schlaflosigkeit. Etwa zwei Prozent leiden sogar an Höhenödemen, darunter teils Schwellungen des Gehirns, die von Schwindel und Halluzinationen begleitet werden und unbehandelt nach 48 Stunden zum Tod führen. Bislang fällt es schwer, diese Hirnödeme früh genug zu erkennen. Doch mit einer Art Spezialkopfhörer, den Mees derzeit vor Ort testet, kann der Höhenmediziner verräterische Anzeichen erkennen. Der Trick: Höhenhirnödeme sind meist von Hörstörungen begleitet. Diese will Mees messen, indem er mit einem Hochleistungsmikrofon in den Gehörgang seiner Probanden hineinhorcht, um dort „otoakustische Signale“ zu analysieren: das fast unhörbar leise Rauschen der Haarzellen im Innenohr. Ist es im Ohr auffällig leise, droht eine gefährliche Hirnschwellung, vermutet Mees. Die Stille im Ohr sei ein dringendes Signal, mit dem Abstieg zu beginnen.



Basislager, Expeditionsarzt Mees (auf 6800 Metern)

FOTOS OBEN: KLINIKUM DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN



Illustration eines FEGs

ENERGIE

Fliegende Windmühlen

Windräder am Himmel, in einer luftigen Höhe von 5000 Metern schwebend, könnten billig Strom herstellen, zum Schleuderpreis von unter zwei Cent pro Kilowattstunde. Das zumindest glaubt Bryan Roberts, Professor an der University of Technology im australischen Sydney. Erste Tests mit sogenannten Fliegen-

den Elektrischen Generatoren (FEG), die Roberts wie einen Hubschrauber aufsteigen ließ und dann mit einem Drahtseil am Boden verankerte wie einen Drachen, seien erfolgreich verlaufen, sagt der Ingenieur. Im Vergleich zu Windkraftträdern am Boden lasse sich die Effizienz teils verdreifachen, weil Winde in der Höhe

weitaus zuverlässiger wehen als unten: „Höhenwinde sind die konzentrierteste Quelle von erneuerbarer Energie auf der Erde“, so ein Klimaexperte. Gemeinsam mit der Firma Sky WindPower aus dem amerikanischen San Diego soll nun ein Prototyp im Luftraum über der kalifornischen Wüste getestet werden, die Genehmigung der Luftfahrtbehörden liegt vor. Nur finanziell fehlt der Aufwind für das drei Millionen Dollar teure Testprojekt: Die Investoren zeigen sich skeptisch.

TIERE

Fischfund in Höhle

Der Fisch sieht aus, als handle es sich um ein wieder zum Leben erwachtes Kalkstein-Fossil aus der Saurierzeit: ein dünner Körper, nur neun Zentimeter lang, dazu wuchtige Brustflossen und hauchdünne Barteln. Ein bisschen wirkt er wie eine Miniversion des urtümlichen Quastenflossers. Zufällig hat der österreichische Unterwasserfotograf Werner Thiele die neue Art in einer Höhle auf der indonesischen Insel Tomia entdeckt – ein seltener Glücksfall bei Süßwasserfischen. Erstmals gesehen hatte er den Fisch bei einem Höhlentauchgang im Mai 1998. Das Tier schien ihm ungewöhnlich, aber dass es sich dabei um eine unbekannte Art handeln könnte, kam Thiele zunächst nicht in den Sinn. Er schickte also Fotos und Beschreibungen zur Smithsonian Institution in den USA. Doch die Fischexperten (Ichthyologen) brauchten zur Bestimmung mehr als ein Foto. So reiste Thiele im August 2002 erneut nach Indo-



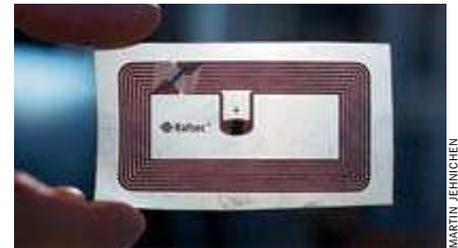
„Grammonus thielei“

nesien, um ein Exemplar zu fangen. In einem 28 Meter tiefen Schacht wurde er schließlich fündig. Bei einer internationalen Fachtagung in Brasilien wurde der kleine Höhlenfisch zum ersten Mal vorgestellt. Seit der Beschreibung in der Fachzeitschrift „The Beagle“ durch zwei Ichthyologen hat das Tier auch einen Namen: „Grammonus thielei“.

INFORMATIONSTECHNIK

Gedudel vom Funkchip

RFID-Chips, winzige Funketiketten, gelten Kritikern als Datenschutzrisiko. Nun könnten sie obendrein noch zu Ruhestörern und Nervensägen aufgerüstet werden: Wer ein RFID-belegtes Produkt kauft, könnte in Zukunft an der Kasse beim Einscannen des Codes mit einer Werbemelodie belohnt werden. Dieses Szenario hat der Karlsruher Informatikstudent Florian Wesch entwickelt, mitsamt einem dafür notwendigen Bonsai-Programm. Im Rahmen einer Hausarbeit speicherte er auf dem winzigen Funkchip nicht nur eine Produktnummer, sondern zusätzlich auch noch eine kurze Melodie, die zum Lesegerät gesendet und abgespielt wird. Die Musikdaten komprimierte er mit einer Methode, die noch aus einer Zeit stammt, als Speicherplatz teuer und knapp war: mit der Audiotechnik „SID“ seines alten C64-Rechners. Auf eine Note allerdings wartet er derzeit noch immer: die seines Professors.



Etikett mit RFID-Technik

MARTIN JEHNICHEN



Testanlage „Specs“-Überwachungssystem (Großbritannien)

VERKEHR

Blitzen ohne Blitz

Unauffälligkeit, Beharrlichkeit und Understatement: Mit britischen Tugenden kommt die neueste Methode der Verkehrsüberwachung in England daher. Statt herkömmliche Radarfallen am Straßenrand zu postieren, soll die Insel bald flächendeckend mit Digitalkameras über der Fahrbahn ausgerüstet werden, welche die Geschwindigkeit von Autofahrern überprüfen. „Specs“ heißt das System der Firma Speed Check, das derzeit getestet wird. Das Prinzip ist einfach, die Computertechnik dahinter anspruchsvoll: Jede Kamera fotografiert alle Autos, erkennt automatisch die

Nummernschilder, sendet die Daten übers Netz an die nächste Kamera ein paar Kilometer weiter, welche ihrerseits die Nummernschilder vergleicht und die Zeit stoppt. So lassen sich nicht nur momentane, sondern auch Durchschnittsgeschwindigkeiten ermitteln. Die Gegner bezeichnen die blitzlosen Blitzer als Big-Brother-Technik, weil sie das Erstellen weiträumiger Bewegungsprofile ermöglicht. Die Behörden dagegen lieben „Specs“: Die Raserfallen sind wartungsfreundlich und stellten sich bei Testläufen als wahre Gelddruckmaschinen heraus: In London und Nottinghamshire gingen so viele Temposünder ins Netz, dass jedes Kamerapaar monatlich weit über 100 000 Euro an Strafgeldern in die Kassen spülte.

MEDIZIN

„Wir brauchen einen Ärzte-TÜV“

Matthias Rothmund, 62, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, über fehlerhafte Behandlungen im Krankenhaus und die Notwendigkeit einer „Fehlerkultur“

SPIEGEL: Sie schrieben vorige Woche in einem Artikel, dass Fehler im Krankenhaus zu den zehn häufigsten Todesursachen gehören. Sie rangierten damit vor Brustkrebs, Aids und Verkehrsunfällen. Haben Sie genaue Zahlen dazu?

Rothmund: Leider gibt es keine statistischen Erhebungen in Deutschland. Aber überall, wo Menschen arbeiten, werden Fehler gemacht. Das gilt auch für Ärzte und andere Mitarbeiter.



Rothmund

SPIEGEL: Hochgerechnet aus Erhebungen aus den USA müssten hierzulande mindestens 15 000 Patienten pro Jahr durch fehlerhafte Behandlungen in Krankenhäusern sterben.

Rothmund: Ja, Zahlen in dieser Größenordnung muss man vermuten. Deswegen brauchen wir dringend eine Fehlerkultur: Wir dürfen nicht weiter Probleme unter den Teppich kehren, sondern müssen offen darüber reden.

SPIEGEL: Wie könnte das aussehen?

Rothmund: In vielen Kliniken im Ausland gibt es „Morbidity- und Mortalitätskonferenzen“, wo über alle Sterbefälle geredet wird, um Schwachstellen herauszufinden. Solche Konferenzen sind bei uns leider viel zu selten.

SPIEGEL: Mitunter halten Mitarbeiter der Flugsicherung Vorträge vor Krankenhauspersonal. Ist das sinnvoll?

Rothmund: Die Fluggesellschaften sind uns Ärzten Jahrzehnte

voraus, was Fehlervermeidung angeht. Die haben alle sicherheitsrelevanten Bereiche mit Netz und doppeltem Boden abgesichert. Mir hat hier gerade ein Kollege gesagt: „Wenn ein Pilot mit einer zweimotorigen Maschine feststellt, dass ein Triebwerk nicht funktioniert, dann startet er eben nicht. Ein Arzt dagegen würde wahrscheinlich losoperieren, selbst wenn nicht alles stimmt.“ Genau das müssen wir ändern.

SPIEGEL: Bräuchte man so etwas wie einen Ärzte-TÜV?

Rothmund: Ja. Man wird hierzulande mit Anfang 30 Facharzt, und dann wird man nie wieder geprüft. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In Kanada gibt es regelmäßige Evaluationen, um zu sehen, wie kompetent Ärzte sind. Das Ergebnis dabei lautet grob vereinfacht: 90 Prozent der Geprüften bestehen den Test; 5 Prozent schaffen es beim zweiten Mal; aber bei 5 Prozent der Ärzte sind die Schwächen nicht zu beheben. Die sollten sich einen anderen Beruf suchen.



Biologe Anselm mit Kita-Kindern im Wald (in Hamburg): Hingerissen das Biotop Totholz erforschen

RONALD FROMMANN

BILDUNG

„Wie weinen Krokodile?“

Seit der Pisa-Studie ist klar: Schon von klein an gilt es, Kindern Wissen zu vermitteln. Inzwischen haben die meisten Bundesländer Bildungspläne für Kindergärten erstellt – doch überall fehlen Mittel, die hehren Ziele umzusetzen. Unterstützt von privaten Initiativen, helfen viele Kitas sich selbst.

„Menschen bilden bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“

ARISTOPHANES

Di kim die Pilizie, ih, wis is din dis?“ 21 Kinder verharren, kichernd, und singen dann weiter zur Gitarre: „Zwie Chinisin mit dim Kintribiss!“ Jetzt: großes Gelächter, und schon tanzt die vierjährige Sara – Strohhut und Schild weisen sie aus als „Chinese 1“ – weiter im Kreis und schlägt ihre Essstäbchen aufeinander, gefolgt von den Chinesen 2 und 3. „Dro Chonoson mot dom Kontroboss ...“

Jedes Kind kennt das schlichte Spaßlied mit dem Kontrabass. Und doch steckt viel mehr darin als nur Musik: Mathematik zum Beispiel. Sprachrhythmus. Artikulation. Und natürlich Buchstaben. Groß gedruckt auf laminierte Kärtchen halten die Kinder in der Kreismitte sie hoch, damit auch die Zweijährigen schon erkennen, wie I und O aussehen.

Knausern bei den Kleinen

Öffentliche Ausgaben pro Kind im Elementarbereich (drei bis sechs Jahre) 2001 in Euro



DER SPIEGEL



Es ist Kinderkonferenz. In dem lichten Gruppenraum des Evangelischen Kinderhauses im bayerischen Günzburg haben sich Zwei- bis Sechsjährige zusammengefunden, von denen einige, Sara zum Beispiel, schon lesen, schreiben und sogar addieren können. Und heute ist Montag; da gilt es, den Aktivitätenplan für die gesamte Woche zu erstellen. Das machen die Kinder selbst.

Das Kinderhaus war Modellprojekt für den bayerischen Bildungsplan, eines der ersten Werke dieser Art, die in den vergangenen Jahren auf Geheiß der Kultusministerkonferenz in jedem Bundesland erstellt worden sind. Inzwischen haben die meisten Länder nachgezogen; nur Hamburg hinkt hinterher.

Die Bildungspläne unterscheiden sich als Produkte föderaler Selbstbestimmung recht deutlich voneinander. Allein schon im Umfang: Während das bayerische Konvolut auf über 320 Seiten bis ins letzte De-

tail vorschreibt, wie es in Kitas zuzugehen hat („Jede Gelegenheit, bei der ein Vater in die Kindertageseinrichtung kommt, sollte genutzt werden, um ihn anzusprechen“), beschränkt sich Nordrhein-Westfalen mit 24 Seiten aufs Wesentliche.

Unterschiedlich geregelt ist auch, wie verbindlich die Pläne sein sollten oder ob schon Zweijährige teilhaben könnten am neuen Bildungsschub. Doch der Trend ist klar: Frühlingsliedchen trällern, Filzhasen kleben, Mobiles basteln – dies alles gilt nun als gestrig. En vogue sind Englisch, Zählen und Kiesgruben-Ökologie.

Schuld am Vorstoß der Bildungsbeamten in die Kindergärten der Republik ist die OECD-Studie Pisa. Die hatte ergeben, dass, wer in die Vorschule gegangen ist, noch als 15-Jähriger bei Leistungstests merklich besser abschneidet als jene ohne diese Form der Frühförderung. Wenn Hänchen also nicht lernt, spürt Hans dieses Versäumnis selbst nach acht bis zehn weiteren Schuljahren noch. Besonders Schüler aus sozial benachteiligten Familien profitieren offenbar von frühkindlicher Bildung.

Sollen fortan also schon Kleinkinder brav an Tischen sitzen und auf Tafeln starren, wo Kita-Lehrerinnen $1+1=2$ hinma-

kleinen Kopf interessant, alles will erfasst, verstanden, erinnert werden. Eine untere Altersgrenze gibt es dabei nicht. „Bildung beginnt bei der Geburt“, sagt Gerd Schäfer, der an der Universität Köln einen der gerade mal fünf deutschen Lehrstühle für Frühpädagogik besetzt (für Japanologie gibt es deutlich mehr).

Kitas allerdings eignen sich derzeit eher schlecht als Lernstätten. „Nur drei von zehn Tageseinrichtungen sind gut bis sehr gut“, urteilt der Frühpädagoge Wolfgang Tietze von der FU Berlin. „Zwei Drittel sind Mittelmaß und zwei bis drei Prozent gehören sofort geschlossen.“ Kinder, die eine Kita mit funktionierendem Bildungskonzept und motivierten Erzieherinnen besuchen, haben ihren Altersgenossen aus einer bloßen Aufbewahrungsanstalt ein ganzes Jahr in ihrer Entwicklung voraus.

So stellte denn eine weitere OECD-Studie, auch Baby-Pisa genannt, im November vergangenen Jahres den deutschen Tageseinrichtungen ein miserables Zeugnis aus. Die Bildungsexperten bemängelten das Fehlen einer „langfristigen und schlüssigen Perspektive“ in der frühkindlichen Betreuung; es sei unklar, „wo Deutschland hin will und was vonnöten wäre, um dieses Ziel zu er-

von Sprache, Schriftkultur und Mathematik; die Kindergärtnerin muss Aggregatzustände von Wasser oder Eigenschaften der Luft erklären und kindgerecht im Experiment veranschaulichen können.

Trotz der in Deutschland üblichen Gruppengröße von 24 Kids soll sie natürlich die „Individualität jedes Kindes berücksichtigen und fördern“ (saarländischer Bildungsplan) und dessen Entwicklung schriftlich dokumentieren, gern auch mit Film und Fotos. Auch die „Reflexion der eigenen Haltung Eltern gegenüber“ (hessischer Bildungsplan) wird verlangt. Nebenbei kommen dann noch Teamsitzungen und Fortbildungen hinzu. Und nicht zuletzt, fast vergessen: Natürlich trocknet die Kindergärtnerin auch weiterhin Tränen, wischt soßenverschmierte Mäulchen ab, bindet Schnürsenkel und wechselt nasse Hosen.

Christine Krijger, die Leiterin des Günzburger Kinderhauses, ist so eine Modell-Erzieherin, wie die Bildungspläne sie fordern. In ihrer Kita dürfen die Kleinen sich austoben in einer echten Werkstatt mit Säge, Werkbank und Bohrstanter; sie backen und führen naturwissenschaftliche Experimente durch. Vor allem aber erarbeiten sie sich Projekte, in denen sie sich ihre ganz



Kinderkonferenz (in Günzburg), Schallexperimente beim Science-Lab-Kurs (in Berlin): Frühlingsliedchen trällern gilt als gestrig

len? Das dann doch nicht: Mit schulischen Curricula haben die neuen Kita-Bildungspläne wenig gemein. Niemand will Wissen in die Jüngsten pressen. Vielmehr ist den Pädagogen daran gelegen, den kindlichen Forscherdrang spielerisch herauszufordern, Werte sollen den Kindern nahe gebracht werden. Und vor allem geht es darum, dass die Kleinen schon vor der Schule das Lernen lernen.

Lernen – darin erweisen sich Kinder als Meister. Fragen wie „Mami, warum löst sich Salz denn auf?“ oder „Wie weinen Krokodile?“ gehören zum Standardrepertoire schon zweieinhalbjähriger Kids. Und ein Vierjähriger muss nicht hochbegabt sein, wenn er sich ein Buch über die Herkunft des Homo sapiens wünscht. Alles zwischen Himmel und Erde erscheint dem

reichen“. Die OECD-Truppe habe „sich ziemlich gewundert“, berichtet Tietze, „wo dieses Land, das den Kindergarten ja praktisch erfunden hat, inzwischen gelandet ist“.

Bildungspläne allein jedenfalls, das ist sicher, werden die Misere nicht beheben können. „Als Orientierung können sie sinnvoll sein“, meint Schäfer. Doch unter den gegebenen Bedingungen sei der Job der Erzieherin ohnehin schwierig genug. „Und jetzt wird durch die Bildungspläne auch noch der Anspruch erhöht!“

Künftig darf die Erzieherin nicht mehr nur Basteltante sein – laut Bildungsplänen soll sie, die zumeist nach der Real- nur noch drei Jahre die Erzieherinnen-Fachschule besucht hat, plötzlich Lehrerin für „gelebte Demokratie“ (bayerischer Bildungsplan) sein, für spielerisches Erlernen

eigenen Fragen selbst beantworten. Zum Beispiel: „Wie schwer ist ein Pandabär?“ Nach langen Gesprächen der Kinder untereinander (Sara: „Ein Pandababy wächst in’ Bauch und schlüpft am Popo raus, wie bei den Menschen“) und komplizierten Experimenten mit Waage und diversen Gegengewichten haben sie es raus: Ein Pandabär wiegt so viel wie 150 Milchtüten.

Solche Konzepte für kindgerechtes Lernen kommen nicht von nichts: Krijger hat ihre Mitarbeiterinnen „mit Fortbildungen gefüttert“. Sie selbst hat neben der klassischen Erzieherinnenausbildung das Fachabitur gemacht, dann Sozialmanagement gelernt; außerdem hat sie einen Abschluss als Fachwirtin für Organisation und Führung. Der Lohn der Mühe: Das Ansehen der Erzieherinnen ist mies, die Be-



Frühpädagoge Schäfer, Erzieherinnen in Ausbildung: Mieses Ansehen, dürftige Bezahlung

zahlung dürftig. „Gemessen an meiner Verantwortung schneide ich schon schlecht ab“, konstatiert Krijger nüchtern.

Die Ausbildung muss verbessert werden – das finden alle, vom Frühpädagogik-Professor bis zu den Erzieherinnen selbst. „Das Abitur sollte Voraussetzung sein“, meint etwa Doris Beneke, beim Diakonischen Werk zuständig für die Tageseinrichtungen. Vor allem aber müsste die dürftige Bezahlung der Erzieherinnen erhöht werden: Eine 31-Jährige verdient gerade mal 2330 Euro im Monat (siehe Grafik).

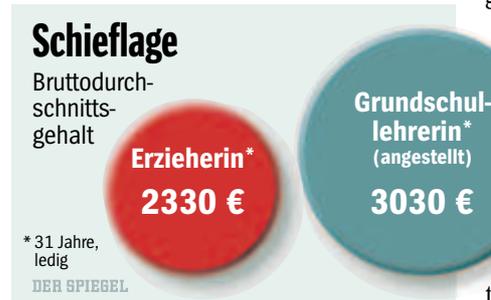
Und dann ist da die Gruppengröße: Wie soll eine Erzieherin, nur mit einer noch dürftiger ausgebildeten Kinderpflegerin an der Seite, mit 25, 26 Kindern eine Konferenz abhalten? Oder gar naturwissenschaftlich experimentieren? Wenn dann noch eine Kollegin erkrankt, wird es dramatisch. Zumal die Gruppengrößen derzeit eher noch erhöht werden. „In Nordrhein-Westfalen kommen auch schon mal 28, 29 Kinder auf zwei Fachkräfte“, sagt Frühpädagoge Schäfer. In Island oder Dänemark hingegen würde eine Erzieherin nur fünf bis sieben Kinder betreuen. Tatsächlich schneidet Deutschland hier unter allen OECD-Ländern am schlechtesten ab.

Umsonst aber wird Qualität nicht zu haben sein. Und nirgends zeichnet sich der Geldregen ab, der über die Kitas niedergehen müsste, um all die nötigen Verbesserungen zu erreichen – die Bundesregierung ist vielmehr immer noch dabei, Geld umzuverteilen, um überhaupt Krippenplätze zu schaffen. Weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder gibt die öffentliche Hand nur 0,42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Kitas aus, im Jahr 3448 Euro pro Kind (siehe Grafik Seite 142).

Die Bildungspläne haben eine Lücke gerissen zwischen Anspruch und politischem Willen einerseits und der dürren Realität in deutschen Kindergärten andererseits – und damit ironischerweise Platz geschaffen für eine Vielzahl privater Initiativen, die ganz konkret ihre Vorstellungen von frühkindlicher Bildung in die Kitas tragen.

So fördert die Nordmetall-Stiftung mit 100 000 Euro das Projekt „Versuch macht klug“; Experimentierstationen für Hamburger Tageseinrichtungen werden darin entwickelt und erprobt. Der Arbeitgeberverband Nordmetall will damit Nachwuchs heranzüchten, da er es „in einigen Jahren mit einem Mangel an technischen Fachkräften zu tun haben“ werde.

Aus ähnlichen Gründen beteiligt sich die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft an der Finanzierung des Projekts KidZ – Kindergarten der Zukunft. Unter anderen profitieren Sara und ihre Freunde im Günzburger Kinderhaus davon: Grundschullehrerinnen bringen über drei Jahre hinweg, ganz vorsichtig und kindgerecht,



den Kleinen schon einmal den Stoff der ersten Klasse bei. Die Schlaumeier werden dann gleich in die zweite Klasse eingeschult.

Und schließlich gibt es ganze Firmen, die von der Bildungslücke leben: Science-Lab zum Beispiel. Die beiden Gründerinnen Heike Schettler und Sonja Stuchtey haben eine Serie naturwissenschaftlicher Experimente entwickelt, die sie in Kursen à 14 Stunden gemeinsam mit Vier- bis Neunjährigen durchführen. Da wird zum Beispiel das Thema Schall behandelt, indem die kindlichen Forscher Dosentelefone basteln, Stimmgabeln ins Wasser halten, um die „Schallwellen“ zu sehen, oder in Luftballons hineinrufen, um den Schall als Vibration der Gummihaut mit den Händen zu spüren.

Der Freiburger Mathematikdidaktiker Gerhard Preiß wiederum will Kindergartenkinder die Liebe zu Zahlen lehren. Dazu lässt er sie vorwärts und rückwärts über mit Ziffern bedruckte Teppichfliesen hüpfen. Auch Zahlentische und Ziffernfähnchen gibt es, Zahlentürme, Zahlentore und Zahlengärtchen – eine ganze Produktpalette bietet Preiß Kindergärten zum Kauf: „Die Welt der Zahlen“, so die Philosophie, soll für die Jüngsten „mit fröhlichen Erfahrungen verbunden“ werden.

Speziell das Preißsche Modell empfindet Frühpädagoge Schäfer jedoch als „eine Form der Kinderverdummung“. Er hält Privatinitiativen, die von außen in den Kita-Alltag stoßen, aus pädagogischer Sicht für fragwürdig: „Darauf kann man kein Bildungskonzept aufbauen.“

Denn kleine Kinder lernen anders: höchst individuell, jedes zu einer anderen Zeit und mit ganz eigenen Fragen. Solche wie die nach den Tränen der Krokodile zum Beispiel verlangen gar nicht unbedingt nach einer biologisch korrekten Antwort – vielleicht möchte das Kind einfach nur ein Gespräch anstoßen. Daher, sagen die Pädagogen, sei es wenig sinnvoll, Kindern eine Stunde geballte Schall-Experimente vorzusetzen, schon gar nicht von wildfremden Leuten vorgeführt.

Vielmehr müsse sich jede Kita ein für sie passgenaues Bildungskonzept überlegen – so wie das Günzburger Kinderhaus. Eines, das den Kindern erlaubt, auch am Tag nach dem Waldspaziergang noch die Erzieherin zu fragen, wie ein Tausendfüßler, den man gerade noch still und brav auf dem Händchen sitzen hatte, sich so plötzlich aus seiner Starre lösen und haste, was kannste in den Ärmel krabbeln konnte.

So war es der fünfjährigen Paula aus Hamburg ergangen, die mit Michael Anselm, dem hauseigenen Biologen der Kita Caprivistraße, auf der üblichen Dienstagsexkursion in den Wald gewandert war.

Hingerissen hatten die Kinder das Biotop Totholz erforscht und sich des Gewimmels darunter bemächtigt: Asseln, Spinnen, Würmer – fürs Kind die reine Freude.

Kita-Leiter Thomas Wulf, als studierter Sozialpädagoge und Mann Teil einer winzigen Minderheit in der Branche, hat seiner Einrichtung das neuartige Bildungskonzept verpasst; integriert in das Erzieherinnenteam, beschäftigt er neben dem Biologen eine Lehrerin für musikalische Früherziehung und eine muttersprachliche Englischlehrerin; eine pensionierte Studienrätin kümmert sich um die Vorbereitung der älteren Kinder auf die Schule.

Seit Januar aber wird auch in Hamburg gespart an den Kitas; bis zu 15 Prozent weniger Geld, sagt Wulf, habe er nun im Topf. Dabei ist seine Wunschliste noch lang: „Spontan fällt mir ein: ein Tanzpädagoge, ein Yoga-Lehrer und ein Handwerker.“

RAFAELA VON BREDOW

LUFTFAHRT

Billigflug mit Rückenwind

Auf den Spuren Lindberghs will ein deutscher Pilot in dieser Woche den Ozean überqueren. Sein Kleinflugzeug tankt Diesel. Die Spritkosten liegen bei nur 100 Euro.

Mit Schafstiefeln und Lederhelm bestieg Charles Lindbergh seine „Spirit of St. Louis“. Er stopfte sich Watte in die Ohren. Vor ihm wölbte sich ein Spezialtank, gefüllt mit 1707 Liter Benzin, der die Sicht nach vorn versperrte. Der Pilot blickte durch ein Periskop – als säße er in einem U-Boot.

33 Stunden lang steuerte der Amerikaner über die „wüstengleiche Schönheit des Ozeans“ hinweg nach Osten. Er sauste durch Nebelbänke und blickte nachts zu den Sternen. Erst als er die Mündung der Seine sah, holte er ein Sandwich hervor. Zur Parade auf den Champs-Élysées kamen fast eine Million Franzosen.

Das war vor bald 80 Jahren. Diesmal wird es schlichter zugehen. Ende dieser



BEN BEHNKE

Montage von Thielert-Motoren: Mechanikwunder aus Germany

Woche soll ein Kleinflugzeug vom Typ „Diamond Star“ von New York aus in die Luft steigen und das Weltmeer nonstop überfliegen. Der Clou: Das Vehikel verbraucht Diesel. Die Spritkosten bis nach Paris liegen bei nur 100 Euro.

Der Mann, der den Rekordtrip plant, hat helle Stoppelhaare, er trägt einen blauen Maßanzug. Frank Thielert, 40, ein Meister der Kfz-Kunde, empfängt gern in seinem verglasten Stammsitz in Hamburg. Im Erdgeschoss werden Hochleistungskomponenten für Prototypen von Bugatti, Porsche oder Lotus gefertigt.

Seit einiger Zeit mischt der schnelle Automan auch am Himmel mit. Seine Firma Thielert Aircraft Engines fertigt einen neuartigen Flugmotor. Er heißt Centurion

und leistet 135 PS. Herzstück des Triebwerks ist eine Hochdruckpumpe mit diamantharten Wandungen. Sie erzeugt Drücke bis zu 1350 bar und sprüht feinste Dieselstäube in die Zylinder.

Im Segment der Sportfliegerei ist die Entwicklung neu. Rund 220 000 Miniflieger (bis sechs Sitze) umschwirren den Globus. Fast alle brauchen hochwertigen Superkraftstoff, das Avgas. Es hat 100 Oktan und wird zusätzlich mit Blei aufgemotzt.

Der Grund: Flugmotoren werden enorm beansprucht. Wie im Rennsport arbeiten sie zumeist im hohen Lastbereich.

Das neue Mechanikwunder aus Germany gibt sich dennoch mit tragem Diesel und sogar mit Kerosin zufrieden, mit dem auch die großen Passagierjets betankt wer-



Sportflugzeug „Diamond Star“ mit Dieselmotor: „Bei Gegenwind fallen wir ins Wasser“

den. Dessen Schmierfähigkeit ist noch schlechter, etwa wie die von Heizöl. Wer das Zeug in den Autotank kippt, dem droht der Kolbenfresser.

Aber einen großen Vorteil hat Kerosin. Es ist billig und auf den Startbahnen in Massen verfügbar. Immer wieder wurde deshalb versucht, diesen Kraftstoff auch für kleine Flugmotoren zu nutzen. Doch die Branchenführer Lycoming und Continental (beide USA) sind an technischen Problemen gescheitert. Der französische Hersteller SMA steht nach einem Abenteuer mit Dieselaggregaten sogar am Rande des Ruins.

Einzig die Hamburger Schmiede meldet Erfolge. Über 300 Motoren sind bereits in der Luft im Einsatz. Eingebaut werden sie

in Zweisitzer des österreichischen Herstellers Diamond. Aber auch die Marktführer Cessna und Piper zeigen Interesse.

Zudem ist der Centurion sehr sparsam. Er verbraucht nur etwa die Hälfte der bisherigen Benzinmotoren. Mit etwa sieben Litern schafft er hundert Flugkilometer.

Entsprechend gut gehen die Geschäfte. In Lichtenstein/Sachsen schrauben mittlerweile 150 Leute die neuen Aggregate zusammen. Für dieses Jahr ist ein Ausstoß von 700 Stück geplant.

Die US-Konkurrenz wirkt dagegen wie ausgebrannt. Lycoming stellt klobige Gussblöcke her, die seit den fünfziger Jahren praktisch unverändert sind. Hinzu kommt Schlamperei. Nach einer Serie von Kurbelwellenbrüchen steht das Unternehmen

juristisch am Pranger. Im Februar wurde es zu 96 Millionen Dollar Strafgeld und Schadensersatz verurteilt – ein „juristisches Waterloo“, wie das Fachblatt „Pilot und Flugzeug“ barmte.

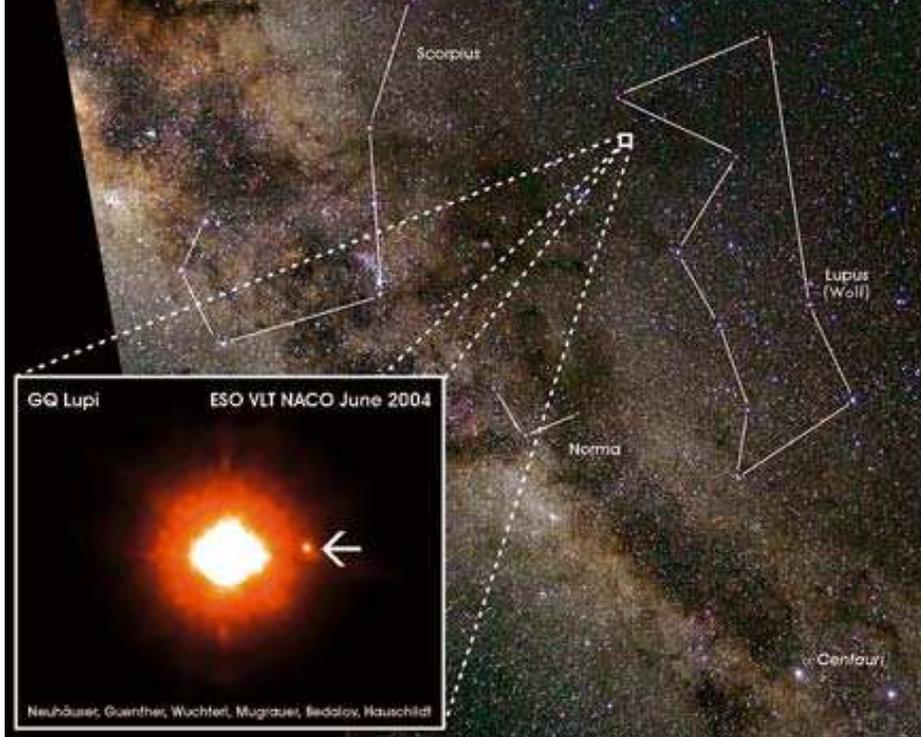
Aber auch der neue Hightech-Diesel aus Sachsen steht nun vor einer gefährlichen Probe. Mit nur 400 Liter Treibstoff soll Werkspilot Sören Pedersen von einer Startbahn in Farming Dale im US-Bundesstaat New York abheben. Vor ihm liegt eine Strecke von 5800 Kilometern. Thielert: „Bei Gegenwind fallen wir ins Wasser.“

Um Treibstoff zu sparen, soll die Maschine auf 7600 Meter Höhe klettern und sich in den Jetstream einklinken. Pilot Pedersen braucht eine Sauerstoffmaske. Im Notfall hat er 44 Minuten Zeit herabzugleiten, um in der Nähe eines Schiffes zu wassern.

Der Volksheld Lindbergh saß am Ende todmüde am Steuerknüppel. Immer wieder senkte er seine Maschine fast in die Wellenkämme, um sich mit der aufspritzen Gischt zu erfrischen. Auch öffnete er eine Kapsel mit Riechsalz. Dann aber umkreiste er den Eiffelturm, hellwach. Was für ein Triumph, welche Begeisterung!

Die Landung des deutschen Diesel-Avionikers in Paris wird wohl eher bescheiden ausfallen. 16,5 Stunden soll der Flug dauern. Pedersen: „Vielleicht kommt meine Familie.“

MATTHIAS SCHULZ



Stern „GQ Lupi A“, Planet (Pfeil) am Sternbild „Wolf“: 1200 Erdjahre für eine Umrundung

ASTRONOMIE

„Das war nur der Auftakt“

Der Jenaer Sternenforscher Ralph Neuhäuser, 38, über seine Jagd nach Planeten jenseits unseres Sonnensystems und das weltweit erste Foto eines solchen Himmelskörpers

SPIEGEL: Bislang wurden Planeten außerhalb unseres Sonnensystems immer nur indirekt nachgewiesen. Nun ist Ihnen offenbar erstmals gelungen, auch einen zu fotografieren: den Planeten „GQ Lupi b“ beim Sternbild „Wolf“. Was war Ihr Trick?

Neuhäuser: Wir sind einfach seit Jahren auf junge Sterne mit einem Alter von höchstens 100 Millionen Jahren spezialisiert und suchen gezielt nach Begleitern solch junger Sterne. Im Abstand von bis zu 500 Lichtjahren rund um die Erde gibt es etwa tausend davon, darunter einige hundert, die wir in den neunziger Jahren selbst entdeckt haben. Der Vorteil dieser Objekte ist, dass junge Sterne von jungen Planeten umgeben sind, die oft noch so heiß sind, dass sie sich vergleichsweise gut mit Infrarotsensoren abbilden lassen. Der von uns fotografierte Begleiter des Sterns „GQ Lupi A“ zum Beispiel hat eine Temperatur von 1700 Grad Celsius.

SPIEGEL: Was ist so interessant an Himmelskörpern, die so weit weg sind, dass ihr Licht, wie in diesem Beispiel, 460 Jahre braucht, um zu uns zu gelangen?

Neuhäuser: Sie können indirekt Aufschluss geben über die Entstehung der Erde. Massereiche Planeten könnten zum Beispiel viel schneller entstanden sein, als wir bisher dachten. Der neue Planet ist nur eine Million Jahre alt und trotzdem offenbar schon ausgewachsen. Wahrscheinlich war er sogar schon nach einigen hunderttau-

send Jahren fertig, komplett mit Atmosphäre und allem. Erdähnliche Planeten dagegen brauchen wohl eher einige Millionen Jahre für die Entstehung.

SPIEGEL: Kritiker behaupten, dass es sich bei „GQ Lupi b“ vielleicht gar nicht um einen Planeten handelt, sondern um einen „Braunen Zwerg“, also einen Mini-Stern, der nicht so recht gezündet hat.

Neuhäuser: Wir sind zuversichtlich, dass es wirklich ein Planet ist. Normalerweise spricht man von einem Braunen Zwerg, wenn seine Masse mindestens 13-mal so groß ist wie die des Jupiter. Wir dagegen sind mit zwei verschiedenen theoretischen Modellen auf eine nur etwa doppelte Jupiter-Masse gekommen.

SPIEGEL: Wann hätten Sie Sicherheit?



Neuhäuser (vor Garching ESO-Sternwarte) Wasserdampf in der Planeten-Atmosphäre

Neuhäuser: Dazu müssten wir aufgrund der Umlaufbahn auf die Masse schließen, den Planeten also „wiegen“. Aber „GQ Lupi b“ braucht rund 1200 Erdjahre für eine Umrundung seines Zentralgestirns. Ein paar hundert Jahre noch werden wir also mit einer Restunsicherheit leben müssen: Wenn wir Pech haben, liegen wir um den Faktor zehn daneben, und wir haben es tatsächlich mit einem Braunen Zwerg zu tun.

SPIEGEL: Für die Beobachtung haben Sie das europäische „Very Large Telescope“ (VLT) in Chile genutzt. Waren Sie vor Ort?

Neuhäuser: Ich selbst nicht. Aber Doktoranden von mir waren dort, Markus Mugrauer zum Beispiel und Ana Bedalov, die beide Co-Autoren bei der Entdeckung sind.

SPIEGEL: Um beobachten zu können, muss man nicht am Ort des Teleskops sein?

Neuhäuser: Nein. Wir beantragen ganz normal unsere Beobachtungszeit. Dazu reicht es meist, die genaue Teleskopstellung in Auftrag zu geben; das nennt sich „Service Mode“. Ein paar Monate später werden uns dann die Bilder per Internet zugesandt.

SPIEGEL: Was war die größte Herausforderung bei der Jagd nach dem Wolfsplanet?

Neuhäuser: Dieser Planet ist extrem schwer zu beobachten. Wir brauchten deshalb ganz besonders gutes Wetter, sonst verzerrten atmosphärische Störungen das Bild. Letzten August zum Beispiel mussten wir die Beobachtung abbrechen, weil plötzlich das Wetter umschlug. Im September hatten wir dann mehr Glück. Da konnten wir ein schönes Spektrum aufnehmen.

SPIEGEL: Also brauchen Sie eigentlich ein Weltraumteleskop, das außerhalb der störenden Atmosphäre um die Erde kreist ...

Neuhäuser: Ja, das wäre ideal für unsere Zwecke. Die Europäische Weltraumagentur zum Beispiel plant, unter dem Namen „Darwin“ eine Reihe von Weltraumteleskopen im Formationsflug fliegen zu lassen, um besonders lichtschwache Objekte abzubilden, wie etwa Planeten. Aber das Projekt wird frühestens in zehn Jahren starten.

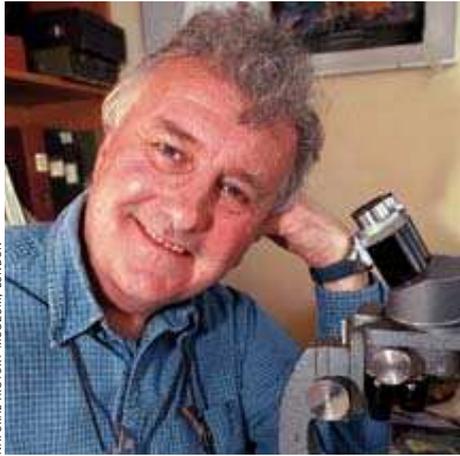
SPIEGEL: Sie haben den neu entdeckten Himmelskörper auch spektroskopisch auf die Zusammensetzung seiner Atmosphäre untersucht. Könnte es dort Leben geben?

Neuhäuser: Nein, dafür ist er viel zu jung und seine Temperatur viel zu hoch. Aber immerhin können wir sagen: Die Atmosphäre enthält Kohlenmonoxid und Wasserdampf, also mögliche Lebensbausteine.

SPIEGEL: War das Auffinden des neuen Wandelsterns ein einzigartiger Glücksfall, oder ist noch mehr von dort zu erwarten?

Neuhäuser: „GQ Lupi b“ war nur der Auftakt. Denn vielleicht handelt es sich um ein ganzes Planetensystem. Wir suchen jetzt intensiv nach weiteren Begleitern, die in engeren Umlaufbahnen um das Zentralgestirn „GQ Lupi A“ kreisen. Mit etwas Glück können wir dann schon bis zum Ende dieses Jahres einen weiteren Planeten fotografieren.

INTERVIEW: HILMAR SCHMUNDT

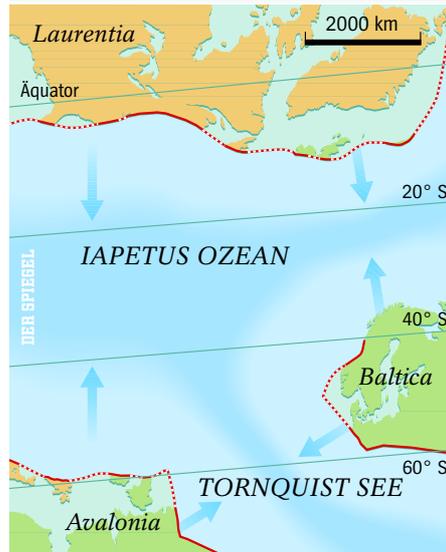


Paläontologe Fortey, Trilobitenfossil
Eigenwilliges Experiment der Natur



Weltkarte der Vorzeit

Anhand von Fossilien lassen sich vergangene Kontinente rekonstruieren. Vor knapp 500 Millionen Jahren etwa trennte der Iapetus Ozean den Urkontinent Laurentia vom heutigen Europa. Auch inmitten Europas tat sich ein Meer auf: die Tornquist See, die „Baltica“ von „Avalonia“ trennte. Vor etwa 400 Millionen Jahren hatten sich diese Ozeane dann geschlossen; Laurentia, Avalonia und Baltica hatten sich zu einem Superkontinent zusammengeschoben. Erst wesentlich später, vor etwa 150 Millionen Jahren, öffnete sich dann ein neuer Ozean: Der Atlantik entstand.



Rund die Hälfte aller 5000 bekannten Trilobitengattungen finden sich in den Schubladen des Londoner Museums. Bei Hunderten firmiert Fortey als Erstbeschreiber. In Marokko und Neufundland, Spitzbergen, China und Australien hat er sie aus dem Fels geklopft. Einige dieser urtümlichen Tiere sind groß wie Autoreifen, andere klein wie Marienkäfer. Viele strotzen von bizarren Stacheln; andere zeigen Bisswunden im Panzer, die wohl von Anomalocaris, dem mächtigen Räuber der kambrischen Ozeane, herrühren; wieder andere, gänzlich erblindet, besiedelten die ewige Finsternis der Tiefe.

Doch Fortey geht es um mehr als nur darum, die untergegangene Welt seiner Lieblingstierchen wiederauferstehen zu lassen. Er sieht in den Trilobiten einen Schlüssel, das Leben selbst besser zu begreifen; sie dienen ihm als Wegweiser zum Verständnis des Planeten Erde.

Schon einmal hat Fortey als Buchautor den Schritt vom kleinen Trilobiten zum großen Ganzen gewagt: In „Leben – eine Biografie“ schilderte er den Weg von der ersten Mikrobe bis zum Homo sapiens. Die Trilobiten werden dabei als besonders eigenwilliges Experiment der Natur vorgestellt. Unvermittelt tauchen sie in der fossilen Chronik des Lebens auf, genau zu jenem Zeitpunkt vor etwa 530 Millionen Jahren, da plötzlich die Vielfalt der Kreaturen zu explodieren schien.

In einem weiteren Buch, das jetzt auf Deutsch erschienen ist, versucht sich der Fossilienexperte nun erneut am Blick über die Grenzen seines Spezialgebiets*. Diesmal ist der Planet Erde sein Thema. Fortey nimmt den Leser mit auf eine faszinierende Reise zu Vulkanen, Erzminen, Felstempeln und Tiefseeegräben. Auf fast allen Kontinenten macht Fortey Station, und jede Erkundung der Landschaft gerät ihm dabei zur Exkursion in die Erdgeschichte.

Am Golf von Neapel etwa verortet Fortey gleich in zweierlei Hinsicht die Geburtsstätte der Geologie: Hier schilderte Plinius der Jüngere erstmals mit geradezu wissenschaftlicher Akribie ein geologisches Phänomen: den Ausbruch des Vesuvs. Aus 30 Kilometer Entfernung beobachtete er, wie Asche die Stadt Pompeji einhüllte und pyroklastische Ströme über Herculaneum hinwegrasten. Und nur wenige Kilometer von dem Vulkan entfernt, im Küstenstädtchen Pozzuoli westlich von Neapel, inspizierte er später die eigenartigen Bohrspuren von Meeresmuscheln an einigen antiken Säulen Charles Lyell, den Begründer der modernen Wissenschaft der Erde, zu seiner Hypothese, dass die Erde beständiger, langsamer Veränderung unterliege.

Am Grand Canyon wiederum, den der Colorado im Verlauf der Jahrtausende ge-

GEOLOGIE

Halb Krebs, halb Kellerassel

Ein britischer Fossilienforscher hat eine Erdgeschichte geschrieben. Er rekonstruiert darin einen Ozean, der sich einst zwischen Nord- und Süddeutschland auftat.

Der Durchgang zu Richard Forteys Büro ist leicht zu übersehen. Ein Riesenfaultier verstellt den Blick. Aber Fortey beachtet das nilferdgroße Tier, das gerade seine langen Krallen in die Rinde eines Baumstamms schlägt, ebenso wenig wie den delphinartigen Ichthyosaurier, der, fast sieben Meter lang, an der Wand gegenüber hängt. „In den Ferien ist hier immer viel Betrieb“, knurrt er, während er sich den Weg durch die umherwuselnden Schulkinder bahnt. „Die interessieren sich natürlich für alles, was riesig ist und gruselig aussieht.“

Forteys Interesse gilt kleineren und weit aus älteren Tieren. Im Labortrakt des Londoner Museums für Naturgeschichte lebt er unter versteinerten Trilobiten. Wie eigenartige Chimären, halb Flusskreb, halb Kellerassel, muten diese Meeresbewohner an. Und mit diesem Design waren sie offenbar

bestens gerüstet, rund 300 Jahrmillionen lang die Weltmeere zu bevölkern. Vor 250 Millionen Jahren starben sie dann aus; die Ära der Dinosaurier war da noch längst nicht angebrochen.

In seinem Büro wird Fortey lebendig. „Sehen Sie, ist dieser hier nicht verrückt?“, fragt er und zeigt auf einen Trilobiten, der eine dreizackige Lanze vor sich herzutragen scheint. „Niemand weiß, wozu er die brauchte. Vielleicht, um Weibchen zu imponieren?“ Nur dass dieses Tier ständig den Kopf in den Nacken warf, lasse sich sicher sagen: „Sonst wäre es mit seinem Dreizack dauernd im Sediment stecken geblieben.“

„Oder dieser“, Fortey ist längst schon beim nächsten Exemplar, aus dessen Kopf die Augen, bestehend aus je 560 einzelnen Kristall-Linsen, in Gestalt mächtiger Halbzylinder herausragen. „Wir haben ihn ‚twin towers‘ – Zwillingstürme – getauft.“

* Richard Fortey: „Der bewegte Planet – eine geologische Reise um die Erde“. Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg; 434 Seiten; 30 Euro.



Sedimentschichten im Grand Canyon, Lavafluss auf Hawaii: Ritt in die Vergangenheit, Blick in die Zukunft

graben hat, lässt sich Fortey auf einem Maulesel reitend abwärts tragen – nicht nur in die Tiefe, sondern auch in die Vergangenheit. Das Gestein und die darin verborgenen Kriechspuren und Fossilien offenbaren ihm, wie sich an diesem Ort im Laufe der Jahrmillionen lebensfeindliche Wüsten, subtropische Flusslandschaften und korallenreiche Schelfmeere abwechselten.

Die Inselwelt von Hawaii dagegen bietet Fortey die Gelegenheit zum Blick in die Zukunft: Hier wird, schnell wie an kaum einem anderen Ort auf Erden, neues Land geboren. Unermüdlich fließt die Lava dem Pazifik entgegen. Und in nur 50 000 Jahren, erdgeschichtlich also in nicht mehr als einem Wimpernschlag, wird südöstlich von Hawaii der nächste Vulkan aus den Wellen auftauchen.

„Meinen Tieren“ aber, wie Fortey die Trilobiten nennt, begegnet er auf seiner Reise um die Erde vor allem in Neufundland, und sie erlauben ihm eine spektakuläre Exkursion in die Geschichte der Kontinente. Vor rund 475 Millionen Jahren nämlich, so beweist das Studium der Fossilien, lebten im Osten des heutigen Neufundland gänzlich andere Arten als im Westen. Während die westlichen Trilobiten seinerzeit offenbar ein tropisches Meer bevölkerten, lebten ihre Verwandten im Osten in polaren Breiten. Dazwischen finden sich heute, eingeschlossen in uralte Gesteine, Splitter alten Ozeanbodens.

Einst, so lässt sich daraus schließen, tat sich zwischen den beiden Teilen der Insel ein gewaltiger Ozean auf; Iapetus nennen ihn die Geo-

logen. Auch Edinburgh und London, Chicago und New York hätten an verschiedenen Rändern dieses Urmeeres gelegen (siehe Grafik Seite 150). Erst vor gut 400 Millionen Jahren schloss sich der Ozean Iapetus; als dabei zwei Urkontinente zusammenprallten, türmte sich ein Gebirge auf, von dem heute noch erodierte Reste im Osten der USA, in Neufundland, Schottland und Norwegen zeugen.

Fortey war einer derjenigen, die die Weltkarte jener Zeit zusammenpuzzelten. „Einen Großteil meines Arbeitslebens habe ich damit zugebracht, die Welt neu zu erschaffen“, meint er schmunzelnd. Abends, so erzählt er, frage ihn im Pendlerzug nach Henley-on-Thames öfter einmal ein Bekannter danach, was er denn den Tag über gemacht habe. „Damals war ich bekannt dafür, dass ich Antworten gab wie: ‚Och, heute habe ich Afrika um 600 Kilometer nach Süden verschoben.‘“

Sogar einen ganzen Ozean entdeckte er beim Hin- und Herrücken der Landmassen. Als er die Trilobiten, die vor knapp 500 Millionen Jahren das heutige Europa

besiedelt haben, verglich, stellte er fest: Wo sich heute das Rheinische Schiefergebirge erstreckt, muss sich damals ein Urmeer aufgetan haben, das Nord- und Süddeutschland voneinander trennte. „Tornquist See“ taufte Fortey dieses Gewässer. „Anfangs wollte uns das keiner abnehmen“, erzählt er. „Und noch immer gibt es Skeptiker, die nicht an die Existenz der Tornquist See glauben. Aber im Großen und Ganzen scheint es, als hätten wir die Schlacht gewonnen.“

Deshalb wirft er sich nun in die nächste. Diesmal wendet er sich nicht den Bewegungen von Krustenplatten, sondern den Wechselfällen des Klimas zu. Doch auch da stammen die entscheidenden Hinweise von Trilobiten.

Einem kurzen Zeitfenster vor rund 450 Millionen Jahren gilt jetzt Forteys Interesse. Damals endete die Periode des Ordoviziums; das Silur brach an. „Genau in dieser Zeit, so scheint es, finden sich plötzlich überall auf der Welt diese langweiligen Viecher hier“, erzählt er und zeigt auf eine Schieferplatte aus Thüringen, auf der ein paar unscheinbare Rückenpanzer zu erkennen sind. Sie stammen von einer Trilobitengattung, die sich im warmen Meer der Tropen tummelte.

Die Erde, so schließt Fortey aus der plötzlichen Ausbreitung dieser Tiere, wurde in jener Zeit von einem Hitzeschock heimgesucht. Rund eine halbe Million Jahre lang schwitzte die Erde im Treibhausklima. Dann, das beweisen typische Schleifspuren von Gletschern auf Steinen im Sediment, schob sich Eis vom Südpol aus gen Norden. Kälte umfing die Erde.

Viele Tiere überlebten das Wechselbad des Klimas nicht: Eines der großen Massensterben der Erdgeschichte war die Folge. Unter den Opfern: Moostierchen, Armfüßer, aber auch viele Trilobiten.



Küstenlandschaft in Neufundland: Ozeansplitter im Gestein

JOHANN GROLLE



Krankenstation in Luanda

„Es geht darum, die Gesunden zu retten“

phenhelferin. „Es darf einfach nichts Kontaminiertes nach draußen dringen.“

Nicht alle Angolaner verstehen den Sinn der Maßnahmen. In der Seuchenregion Uíge sind Fahrzeuge der Ärzte ohne Grenzen und der WHO angegriffen worden. Der Anblick verummter westlicher Mediziner, die Angehörige aufgreifen und auf Isolierstationen verbannen, weckt Ängste. Trotzdem folgen den Ärzten nun auch For-

SEUCHEN

Killervirus aus der Höhle

Über 180 Angolaner sind bereits am Marburg-Virus gestorben. Der bislang heftigste Ausbruch des Erregers könnte endlich verraten, von welchem Wirt er stammt.

Die Kranken leiden fürchterliche Qualen. Ihre Muskeln zucken. Aus Augen und Ohren quillt Blut. Binnen Tagen verwandeln sich Teile ihres Gewebes in einen breiigen Schleim.

Doch Christa Kitz darf keinen Gedanken an diese Leiden verschwenden. Auch Mitleid muss sie unterdrücken. „Es ist furchtbar, nicht helfen zu können. Aber es geht vor allem darum, die Gesunden zu retten“, sagt die gebürtige Düsseldorferin. Sie will verhindern, dass das aggressive Marburg-Virus, das seit einigen Wochen in Angola wütet, noch mehr Opfer findet.

Deshalb zieht Kitz durch die Krankenhäuser der Hauptstadt Luanda, wo das Virus mittlerweile angekommen ist. Zwei Lagen Handschuhe sowie Augen- und Mundschutz sollen sie selbst vor einer Infektion bewahren. „Wer die Gefahr kennt, kann sie auch beherrschen“, so ihr Credo.

Hat Kitz einen Kranken mit den typischen Symptomen identifiziert, ordnet sie die Überweisung in eine improvisierte Isolierstation an, die sie gemeinsam mit anderen Medizinern der Organisation Ärzte ohne Grenzen aufgebaut hat.

Diesmal, so fürchten die Verantwortlichen bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), handelt es sich um mehr als nur ein kurzes lokales Aufflackern der Seuche. Die große Zahl der Opfer (inzwischen fast 200) und die extrem hohe Todesrate (nur jeder Zehnte überlebt die Infektion) riefen die Virologen auf den Plan.

Im Gegensatz zu seinem Verwandten, dem Ebola-Virus, ist über das Marburg-Virus nur wenig bekannt. Zum ersten Mal ist es, daher auch sein Name, 1967 bei Mitarbeitern der Behringwerke in Marburg



Marburg-Viren, Forschung im Hochsicherheitslabor*: „Der Erreger schmurgelt vor sich hin“

ausgebrochen. Sie hatten sich durch Laboraffen aus Uganda angesteckt.

„Während Ebola sich wie ein Buschfeuer verhält, schmurgelt Marburg zunächst im Verborgenen vor sich hin“, sagt der Marburger Virologe Stephan Becker, der in einem Hochsicherheitslabor an den Viren forscht und unlängst auf eine vielversprechende Behandlungsmethode gestoßen ist.

Auch in Angola hatte das Virus zunächst nur geschwelt. Schon vor über fünf Monaten gab es Verdachtsfälle in der Provinz Uíge im Norden des Landes. Im März starben dann plötzlich Dutzende Kinder in der Pädiatrie des Zentralkrankenhauses. Die italienische Ärztin Maria Bonino, 51, steckte sich dort ebenfalls mit dem Erreger an, schleppte sich ins Flugzeug nach Luanda und verstarb kurz darauf. Auch infizierte Angolaner kamen in die Drei-Millionen-Stadt.

Die Ankunft des Erregers in einer Metropole setzte die Mühlen der westlichen Virenjäger in Bewegung. „Am Karfreitag erhielt ich den Anruf von der WHO, um sechs Uhr am Ostersonntagmorgen saß ich im Flugzeug nach Luanda“, sagt Kitz.

Panik hat das von Bürgerkriegen verarmte Land ergriffen. Die Menschen aus dem Norden, darunter auch Pfleger und Ärzte, fliehen aus dem Epizentrum der Seuche. Das ohnehin desolate Gesundheitssystem droht vollends zu kollabieren.

Auch die Isolierstation, die Kitz aufgebaut hat, ist ein Notbehelf. „Wir haben Gruben ausgehoben. Da verbrennen wir Abfall und Fäkalien“, sagt die Katastro-



pher. Sie wollen wissen, wo das Virus unter den Menschen seinen Lauf begonnen hat. „Wir werden wohl Schwierigkeiten haben, einen Patienten Nummer eins zu finden“, sagt Matthias Borchert, deutscher Epidemiologe mit Lehrauftrag in London, der auf seinen Ruf in die Krisenregion wartet. „Denn seit seinem Tod ist schon viel Zeit verstrichen.“

Dennoch weiß Borchert aus Erfahrung von früheren Ausbrüchen, wonach er suchen muss: einer Höhle. Denn in vergangenen Fällen scheinen Höhlen Ursprung der Epidemien gewesen zu sein. „Das Marburg-Virus lebt dort sehr wahrscheinlich unbehelligt in einem Tier und springt dann auf einen Menschen über“, erklärt Borchert.

So auch bei einem Marburg-Ausbruch in der Demokratischen Republik Kongo, wo Borchert zusammen mit einem Expertenteam auf Goldminen stieß, in denen die meisten der Verstorbenen gearbeitet hatten. „Zehntausende Fledermäuse klebten an den Decken“, erinnert sich Borchert.

In Schutzanzügen fingen sie Hunderte Tiere ein, entnahmen Blut- und Gewebeproben. Doch die Analysen, unter anderem am Hamburger Bernhard-Nocht-Institut, fielen enttäuschend aus. Nirgends fand sich der Erreger. „Dabei weiß man, dass sich Fledermäuse mit Marburg infizieren lassen, aber nicht erkranken“, sagt Borchert. Genau das sei das Charakteristikum eines sogenannten Reservoirwirts, in dem das Virus bis zur nächsten Attacke schlummert.

Ein schlüssiger Beweis jedoch wäre nur eine Marburg-infizierte Fledermaus in freier Wildbahn. Borchert: „Vielleicht verrät sich das Virus diesmal, und wir werden in Angola fündig.“

GERALD TRAUFFETTER

* Links: eingefärbte Aufnahme eines Transmissions-Elektronenmikroskops; rechts: in Marburg.



SCHULTE DESIGN

Neue Mercedes-S-Klasse*: Beim Fahren nur noch auf den Bildschirm blicken?

AUTOMOBILE

Lesebrille im Frontgrill

Die neue S-Klasse von Mercedes wird ein sehendes Auto sein. Radar- und Infrarotsensoren erkunden das Umfeld auf Gefahren – und sollen beim Bremsen helfen.

Erlaubt wäre es nicht, Unfug allemal, technisch jedoch bald möglich: das Autofahren in totaler Finsternis ohne Licht.

Zu danken ist dies dem Nachtsichtgerät, das in den neuen Luxuslimousinen der S-Klasse gegen Aufpreis erhältlich sein wird. Während bisherige Produkte nur schemenhafte Umrisse aus dem Dunkel holten, erstrahlt nun auf dem Monitor im Armaturenbrett etwa die Bildqualität des Schwarzweißfernsehens der Adenauer-Ära. Eine neue Infrarot-Laserkamera amerikanischer Herkunft erlaubte den Technologiesprung.

Doch wem nützt er? Werden die Eigner der größten Mercedes-Limousine beim Fahren nur noch auf den Bildschirm

* Computersimulation.

blicken, so dass ihnen etwa das Freikratzen vereister Frontscheiben ganz erspart bleibt? Das Gerät, beteuern die Entwickler, soll nur unterstützend wirken, etwa bei blendendem Gegenverkehr oder Nebel.

Im Herbst kommt die neue Version des Schwaben-Flaggschiffs auf den Markt, und im Zeichen hochkomplexer Sicherheitstechnik soll sie stehen. Dies ist die letzte Domäne, in der die Erfinder des Automobils, geplagt von Finanzmisere und Qualitätsdebakeln, noch immer höchstes Ansehen genießen. Bis heute hat kein anderer Hersteller auf diesem Sektor mehr Innovationen vorzuweisen als Mercedes-Benz.

Doch die Luft wird dünn im Forschungs-Hochland der Unfallsicherheit. Der Crash-Schutz moderner Karosserien ist bei vielen Herstellern inzwischen auf höchstem Niveau. Hier scheinen die technischen Möglichkeiten weitgehend ausgereizt. Die Entwicklung aktiver Fahrhilfen fand ihre Krönung im Schleuderschutz ESP, einst von Mercedes und Bosch zur Serienreife gebracht und inzwischen in fast allen Autos aller Klassen erhältlich.

Erneuten Vorsprung vor der Konkurrenz versprechen sich die Mercedes-Entwickler nun von verbesserter Sensorik, verborgen im Frontgrill der neuen S-Klasse: Das Auto soll sehen lernen, vor möglichen Kollisionen warnen und diese – wenn möglich – aktiv verhindern.

Durch das Zusammenspiel eines bereits bewährten und eines neuen Radargeräts

wird der Luxuswagen über den gesamten vor ihm liegenden Straßenverlauf auf 150 Meter Entfernung Hindernisse erkennen (siehe Grafik). Der bisher für Tempomaten mit Abstandsregelung verwendete Apparat arbeitet mit Hochfrequenz (77 Gigahertz) und taugt deshalb nur zum Blick in die Ferne. Im Nahbereich unter 30 Metern ist er jedoch zu ungenau.

Den deckt das zweite Gerät ab, eine Art Radar-Lesebrille, die mit 24 Gigahertz arbeitet, was Autoherstellern nun behördlich erlaubt ist. Bislang war diese Frequenz den Satelliten vorbehalten.

Das Auto kann jetzt Gefahren besser erkennen. Drängt ein Lkw auf die Fahrspur der heranbrausenden Limousine, merkt diese das womöglich früher als ihr Fahrer.

Was aber macht ein Automobil mit solchem Wissen? „Es folgt nach wie vor dem Wunsch des Fahrers“, beteuert Thomas Breitling, verantwortlich für die Entwicklung der aktiven Sicherheitssysteme bei Mercedes. „Es kann diesen jetzt aber besser erfüllen.“

Vor allem soll es ihn dort unterstützen, wo der Mensch am Steuer seinen wohl größten Makel hat: beim Bremsen. Selbst in der größten Not treten die meisten Autofahrer nicht mit voller Kraft aufs Pedal und verschenken dabei wertvolle Meter.

Um diese psychische Hemmung technisch zu kompensieren, führte Mercedes vor neun Jahren den „Brems-Assistenten“ ein, eine Sensorik, die am Aufbau des Pedaldrucks den Wunsch nach einer Vollbremsung erkennt und diese dann automatisch ausführt.

Manch Fahrer jedoch verhält sich auch dafür noch zu schüchtern. Breitling: „Einige bremsen so schwach, dass sie nicht einmal den Brems-Assistenten aktivieren.“

Hier hilft künftig das Radar-Signal. Der „Brems-Assistent Plus“ der neuen S-Klasse schärft sich bereits, wenn der Sensor die Kollisionsgefahr erkennt, und löst dann bei der ersten Berührung des Pedals die Vollbremsung aus.

Bei Versuchen mit 100 Testpersonen am DaimlerChrysler-Fahrsimulator in Berlin verglichen die Ingenieure die Wirksamkeit des neuen Systems mit derjenigen des bisherigen Brems-Assistenten: In kritischen Fahrsituationen sank die Unfallquote von 44 auf 11 Prozent.

Noch effektiver könnte das Gerät arbeiten, wenn es bremsen dürfte, bevor der Fahrer auf das Pedal tritt. Bei Lastwagen wird Mercedes diese vollautomatische Notbremsung im kommenden Jahr anbieten.

Pkw jedoch können wesentlich besser ausweichen; für den Bordrechner ist es deshalb erheblich schwerer, zweifelsfrei zu bestimmen, dass nur die Bremsung einen Unfall verhindern kann. „Erst wenn wir uns da absolut sicher sein können“, erklärt Breitling, „werden wir auch den Pkw automatisch bremsen.“

CHRISTIAN WÜST

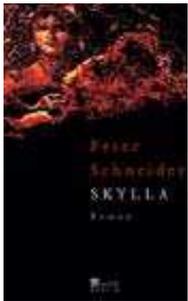


DER SPIEGEL

LITERATUR

Tierische Frau

Der notorischen Italien-Sehnsucht der Deutschen setzt Peter Schneiders neuer Roman „Skylla“ ein rundum überraschendes Denkmal. Diesmal begnügt sich der politisch ambitionierte Erzähler und Polemiker mit einer im Plauderton dargebotenen Abenteuergeschichte ohne Botschaft an jene Linksideologen, mit denen er sonst so gern rauft – weil er selbst einmal zu ihnen gehört hat. Schneider, 64, schildert, wie drei Berliner – der Anwalt Leo, seine polnische Frau Lucynna, beider Tochter Lara – sich in Latium südlich von Rom in einen Hügel am Meer vergucken; wie sie es schaffen, dort ein Haus zu bauen; und wie sie dabei in eine Seelenverwirrung mit kriminalistisch kokelnden Krisenmomenten geraten, die das idyllische Traum- und



Eingangsbild vom sonnendurchglühten Horizont mit den „elefantengrauen Bergrücken“ über dem „ungeheuren Meer“ merklich verdüstern. Lucynna ist passionierte Archäologin. Die Passion steigert sich ins Fieberhafte, als bei den Fundamentarbeiten

für ihr Haus ein antikes Mosaik entdeckt wird, auf dem das homerische See-Ungeheuer Skylla zu erkennen ist. Der Fund gibt viele Rätsel auf. Lucynna will sie auf eigene Faust lösen. Sie verlässt Mann und Tochter nach einer wüsten nächtlichen Umarmung, in der sie, bellend und beißend wie ein Hund, sozusagen als Skylla die Zweite, beinahe Leo umbringt. Eine starke Episode, stärker ist nur jener Moment, in dem Leo, auf der Suche nach seiner Frau, oben auf dem Rand der Steilküste stehend das Meer als „dunklen, leicht atmenden Magneten“ erlebt, der ihn zum Sprung in den Tod hinabzuziehen droht. Wenig später sieht er Lucynna in der Nähe, anscheinend zu eben diesem Sprung bereit ... 1973 erschien Schneiders berühmte Erzählung „Lenz“: Ein wütender Revoluzzer wird in Italien zum Menschen. Der Süden entkrampft den deutschen Weltverbesserer – dies Motiv kennt auch „Skylla“. Neu ist jetzt die liebevolle Beschwörung der „gefährlichen Kraft“ uralter Legenden, ein Hauch von Postmoderne nach dem Motto: Ich schreibe, als könnte die Welt mir nichts mehr anhaben.

Peter Schneider: „Skylla“. Rowohlt Berlin Verlag, Berlin; 316 Seiten; 19,90 Euro.



Munkácsi-Bild „Akt mit Sonnenschirm“ (1935)

FOTOGRAFIE

Denkender Reporter

Über der amerikanischen Ostküste lag dichter Nebel, als es krachte: Ein Feuerschiff kollidierte mit dem Auswandererdampfer „Olympic“ und sank. Martin Munkácsi, Passagier an Bord der „Olympic“, machte sich sofort an die Arbeit: Er fotografierte. Mit den Bildern der Havarie „verdiente er 2000 Dollar, bevor er auch nur einen Fuß an Land gesetzt hatte“, schrieb die „New York Post“ über Munkácsis Einreise in die USA im Jahr 1934. Bereits in Berlin hatte der gebürtige Ungar zu den berühmtesten Fotografen gehört: Munkácsi (1896 bis 1963) fotografierte Sportler, Strandschönheiten und Nazi-Aufmärsche; für die „Berliner Illustrierte Zeitung“ reiste er 1930 bis nach Liberia („Vier Wochen im modernen Negerstaat“). In den USA feierte man ihn vor allem für seine revolutionären Modeaufnahmen: Statt in starren Studioposen zu verharren, tollten Munkácsis Models übermütig über den Strand. Doch erst jetzt – zur Eröffnung des neuen „Hauses der Photographie“ in den Hamburger Deichtorhallen am Donnerstag dieser Woche – werden viele seiner besten Arbeiten erstmals in einer Rückschau ausgestellt: „Think while you shoot!“, Munkácsis Motto, zeigt rund 340 Bilder aus fünf Jahrzehnten (bis 24. Juli; der Katalog erscheint im Steidl-Verlag).

OPERA

Tönender Orwell

Auf den Konzertpodien der Welt ist Lorin Maazel, 75, der Inbegriff des strahlend-eleganten Maestros. Doch offenbar pflegt der Pultveteran auch seine düsteren Seiten: Am 3. Mai soll im Lon-



Maazel

doner Royal Opera House Maazels erste Oper uraufgeführt werden, eine Bearbeitung von George Orwells Anti-Utopie „1984“, die Maazel auf Anregung des mittlerweile verstorbenen Münchner Intendanten August Everding geschrieben hat. Dreieinhalb Stunden dauert es dann, bis Orwells Rebell Winston – gespielt vom britischen Starbariton Simon Keenlyside – den Manipulationen des allgewaltigen „Großen Bruders“ und seines Agenten O'Brien (Richard Margison) erliegt; auch Winstons Geliebte Julia (Nancy Gustafson) kann da nicht mehr helfen. Regie führt Robert Lepage, der kanadische Fachmann fürs Morbide. Ohrenqualen soll es allerdings keine geben: Maazel hat, wie er sagt, „Pop-Elemente, Jazz, Rap, viele Melodien, aber auch Zwölfklänge“ gemixt – und wird selbst dirigieren, Ehrensache.

KUNST

Alte junge Wilde

Um sich „Arm- und Lebensfreiheit gegenüber den wohlangeessenen älteren Kräften“ zu verschaffen, taten sich 1905 vier Dresdner Architekturstudenten zu der Künstlervereinigung „Brücke“ zusammen. Ihre Mitglieder – zu den Gründern Fritz Bleyl, Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel und Karl Schmidt-Rottluff stießen später Max Pechstein und Emil Nolde – gelten heute als wichtigste Repräsentanten des Expressionismus. Gleich über ein Dutzend Kunsthäuser quer durch die Republik feiern in diesem Jahr das Gründungsjubiläum der Brücke. Als eine der Ersten eröffnete vergangenes Wochenende die Kunsthalle Bremen die Ausstellung „100 Jahre Brücke“ (bis zum 12. Juni). Einen Schwerpunkt bilden rund 60 Druckgrafiken und Zeichnungen zum beliebten Brücke-Thema „Weiblicher Akt“. Außerdem zei-



Heckel-Holzschritt

NACHLASS ERICH HECKEL, HEMMENHOVEN

INGEBORG & DR. WOLFGANG HENZE/KETTERER, WICHTRACH / BERN / VG BILDKUNST, BONN 2005



Jahresmappendruck des „Brücke“-Künstlers Kirchner (1909)

gen die Bremer – eine Rarität – vollständig die sieben Jahresmappen der jungen Wilden; Handdrucke, die zwischen 1906 und 1912 an die bis zu 70 „passiven Mitglieder“ vergeben wurden und der Selbstvermarktung der Maler dienten.



Böwe in „Katze im Sack“

„**Katze im Sack**“ lässt sich mit einem charmanten Streuner (Christoph Bach) und einer spröden Kellnerin (Jule Böwe) durch eine Stadt düster-sinnlicher Versuchungen treiben: Leipzig. Voller Lust an der Stilisierung zeigt Regisseur Florian Schwarz in seinem Debütfilm, dass in der sächsischen Metropole nachts mitnichten alle Katzen grau sind: Da singt ein Spanner plötzlich Karaoke, und zwei Schwestern spannen sich die Liebhaber aus. Für seinen wild romantischen Liebesfilm, der sich nur manchmal etwas zu sehr in seiner eigenen Coolness gefällt, erhielt Schwarz im vorigen Jahr den deutschen Nachwuchspreis für Filmschulabsolventen, den First Steps Award.

„**Nobody Knows**“. Mama hat einen Knall: Sie ist selbst verhuscht und verspielt wie ein Kind und lebt mit

Kino in Kürze

ihren vier Kindern (von vier Vätern) in einer Wohnung in Tokio. Doch die Existenz der drei jüngeren ist ein Geheimnis, von dem kein Nachbar weiß; nur der 12-jährige Älteste kümmert sich als Familienoberhaupt um den Erhalt dieser Innenwelt, die aus den Ängsten und Phantasien der Kleinen entsteht. Und dann ist Mama verschwunden. Klingt bizarr, beruht aber auf einer wahren Geschichte, und der wunderbar sensible japanische Außenseiter-Regisseur Hirokazu Kore-Eda, 42, hat im Lauf eines Jahres in einer 40-Quadratmeter-Wohnung mit seinem kleinen Darstellerquartett improvisierend ihr schönes, verstörendes, unglaubliches Lebensabenteuer entwickelt. Man traut seinen Augen nicht.



Szene aus „Nobody Knows“

JEFFILM VERLEIH

RAPID EYE MOVIES

SACHBÜCHER

Hass und Selbsthass

Kurz nach den Anschlägen vom 11. September fragte Günter Grass: „Warum hassen sie uns so?“ Später schlug Deutschlands Großautor vor, als Geste gegenüber der islamischen Welt eine Kirche in eine Moschee umzuwandeln. Dazu kam es nicht, aber es sind solche Ideen präventiver Unterwerfung, die im Dialog mit dem Islam immer wieder zur Friedenssicherung empfohlen werden. Freilich: „Der Krieg gegen den Westen“ hat nicht erst 2001 begonnen. Darum geht es dem Historiker Ian Buruma und dem Philosophen Avishai Margalit: zu zeigen, dass die „Selbstmordattentäter und heiligen Krieger nicht unter einer einzigartigen Krankheit leiden, sondern von Ideen befeuert werden, die eine Geschichte haben“. Wurzel des Terrors sei nicht die „Kritik am Westen“, die auf radikale Weise artikuliert wird, sondern eine aggressive Bigotterie, „die eine ganze Gesellschaft oder Zivilisation auf eine Masse seelenloser, dekadenter, geldgieriger, entwerteter, ungläubiger und gefühlloser Parasiten“ reduziert. Diese Haltung findet sich auch in der westlichen Kultur, vor allem bei jenen, die in der „Selbstaufopferung für einen höheren Zweck“ den Sinn des Lebens sehen. „Sie“ verachten uns, weil wir uns selbst nicht mögen. Hass und Selbsthass bilden eine Einheit. Da wird es nicht helfen, aus ein paar Kirchen Moscheen zu machen.

Ian Buruma, Avishai Margalit: „Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde“. Aus dem Englischen von Andreas Wirthenson. Hanser Verlag, München; 160 Seiten; 15,90 Euro.

STREITFALL

„Klischees haben Recht“

Der Schweizer Schriftsteller Hugo Loetscher, 75, über die vergangene Woche von einem Berliner Gericht abgewiesene Klage der Dürrenmatt-Witwe Charlotte Kerr gegen Passagen seines Buches „Lesen statt klettern“ (2003)



Loetscher

noch so genau daran erinnern?

Loetscher: Es geht um knapp 20 Seiten in meinem Buch. Den Text habe ich damals bald nach den Ereignissen geschrieben und liegen lassen. Dafür gibt es Zeugen – ich traue mich ja kaum noch, etwas zu sagen, ohne Zeugen zu benennen. Es hieß sogar, ich sei bei der Abdankungsfeier im Haus überhaupt nicht dabei gewesen. Ich musste einen

Freund fragen: „Kannst du bestätigen, dass ich dabei war?“ Der schaute mich etwas irritiert an.

SPIEGEL: Wie lautet Ihr Fazit des Prozesses?

Loetscher: Ich darf meinen Eindruck vermitteln, das kann mir niemand verbieten. Sonst könnte man ja überhaupt nichts mehr schreiben.

SPIEGEL: Und Ihr Urteil über die Dichterin?

Loetscher: Sie hat versucht, alle wegzuschieben, die mit ihm befreundet waren. Bei mir war das schwierig, weil wir denselben Verleger hatten. Natürlich bin ich dagegen, dass Dürrenmatt Witwengut ist.

SPIEGEL: Und was lernen wir daraus?

Loetscher: Dass es schon unheimlich ist, wie Klischees Recht haben können. Frau Kerr entspricht für mich dem Klischee der Witwe, die alles für sich okkupieren möchte.

SPIEGEL: Herr Loetscher, Sie sind selbst nach Berlin gefahren und haben vor Gericht erfolgreich gegen die Witwe Ihres alten Freundes Friedrich Dürrenmatt gestritten, die Ihnen verbieten lassen wollte, einige Eindrücke von der Dürrenmatt-Trauerfeier 1990 zu schildern. Warum?

Loetscher: Ich bin jetzt 75 und erstmals ein Beklagter. Ich hätte nicht erscheinen

müssen, das wusste ich nicht. Es war dann aber gut, dass ich gekommen war. So konnte ich manches direkt klarstellen.

SPIEGEL: Es ging um Details wie die Frage, ob die Hände des Toten gefaltet waren. Können Sie sich



PETER PEITSCH

Ehepaar Dürrenmatt

STÄDTEBAU

„Der König lässt bitten“

Im Herbst letzten Jahres stritten die Münchner über Hochhäuser: ob sie welche wollten und warum überhaupt bei 2,3 Millionen Quadratmeter Büro-Leerstand. Die Hochhausgegner setzten sich mit einem Bürgerentscheid durch: keine Bauten mehr über 100 Meter. Spätestens seitdem gelten die Münchner bei Stadtplanern als fortschrittsfeindlich. Nun haben in der Bayern-Metropole Bauarbeiten für ein Quartier zwischen Hauptbahnhof und Königsplatz begonnen, das an Konzepte der Vormoderne erinnern soll: moderat hohe Häuser, verdichtet zu einer „Mischnutzung“ – für Luxusbüros, -wohnungen und ein Hotel. Mit 300 Millionen Euro ist es eines der teuersten Münchner Bauprojekte, der Freistaat hat das Areal, auf dem vorher Uni-Institute standen, an Investoren verkauft. Vor allem der Name des Viertels soll an alte Zeiten erinnern: „Lenbach Gärten“, weil in



Modellbild der „Lenbach Gärten“

FRANKONIA / CADMAN

der Nähe im 19. Jahrhundert der Maler Franz von Lenbach gelebt hat. Das Projekt wird angepriesen mit Schnörkel-Design und historischen Anspielungen („Der König lässt bitten“). Zwei Münchner Architekturbüros werden es im klassischen – nicht klassizistischen – Stil bauen: Hilmer & Sattler und Albrecht sowie das Büro des verstorbenen Otto Steidle. Ärgerlich für diejenigen, die von Münchens neu-alter Retro-Seligkeit genervt sind: Das Ganze scheint zu funktionieren. Die Hälfte der gewerblich nutzbaren Fläche ist vergeben, obwohl alles erst 2007 fertig sein wird. Fortschritt auf Münchner Art.



Nazarener-Gemälde von Joseph von Führich*: *Die Sehnsucht nach Bildern einer vagen Religiosität ist merkwürdig aktuell*

AUSSTELLUNGEN

Club der malenden Mönche

Sie zogen aus, um Gott in der Kunst zu suchen – in der „heiligen Stadt“ Rom. Mit ihren betenden Bildern schufen die Nazarener, wie die deutschen Maler genannt wurden, im 19. Jahrhundert eine neue Ästhetik. Früher belächelt, wird sie nun in Frankfurt gefeiert.

Es war ein verwegener Haufen junger Männer, der da in einem verlassenen römischen Kloster hauste. Mit langem welligem Haar, mit wallenden Gewändern und breitkrepigen Hüten auf dem Kopf

streiften die Jungs umher und suchten Erbauung in der ewigen Stadt. Sie kamen aus Wien und wollten die Kunst erneuern – aus dem Geiste einer alten Religion.

Nach dem heiligen Lukas, dem Schutzpatron der Maler, nannten sie ihren christlichen Verein junger Männer Lukasbund. Und weil sie selbst aussahen wie der Hei-

land aus dem biblischen Nazareth oder wenigstens so, wie sich die Leute um 1800 den Herrn vorstellten, bekamen die jungen Männer mit dem frommen Gehabe von den Italienern einen Spitznamen verpasst: Nazarener. Das Etikett blieb kleben.

Und sie malten, was sie für gottgefällig hielten. Marien en masse, heilige Familien,

* „Gott schreibt Moses auf dem Berg Sinai die zehn Gebote auf zwei steinerne Tafeln“ (1835).

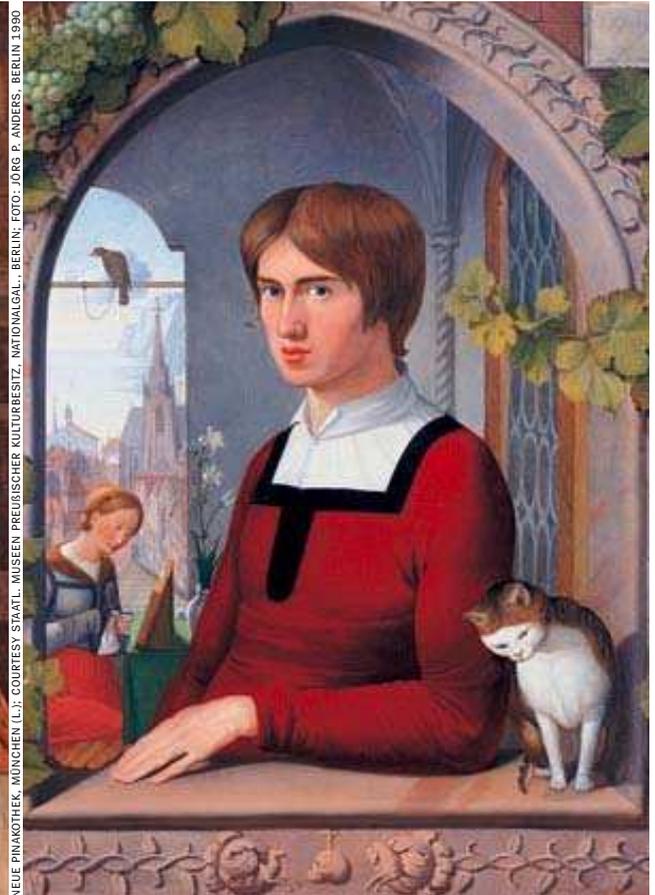
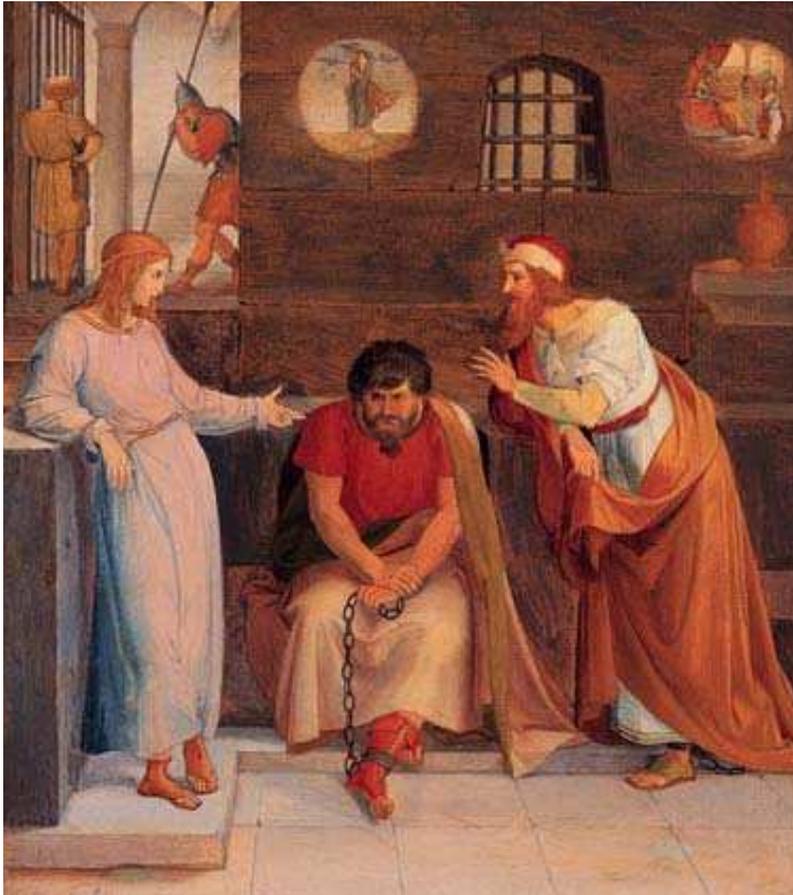
Jesus mit und ohne Jünger. Eine verschworene Bruderschaft wollten sie selbst sein. Sie wandelten – mit Pinsel und Palette – auf Christi Spuren; ein Künstler-CVJM, irgendwo pendelnd zwischen Club und Klausur, ein weltlicher Orden malender Mönche. Das Fähnlein der damals gerade mal 20-jährigen Schwärmer und Sektierer gruppierte sich um den Lübecker Senatorensohn Friedrich Overbeck (1789 bis 1869) – sozusagen der Abt im weltlichen Kloster.

Fall tritt in der Kunstgeschichte zum ersten Mal ein, dass bedeutende Talente Lust haben sich rückwärts zu bilden, in den Schoß der Mutter zurückzukehren und so eine neue Kunstepoche zu begründen.“

Erst 1977 versuchte eine große Ausstellung im Frankfurter Städel dem malenden Männerbund späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Doch lange hat dieser verdienstvolle Liebesdienst an den Halbvergessenen nicht nachgewirkt.

gruppe wie die der Nazarener merkwürdig aktuell.

Die Französische Revolution von 1789 hatte Gott ins Volksgefängnis der Unmündigen gesperrt, und die Aufklärung hatte die Vernunft selbst als höchstes Wesen und Vorbild aller Vernunftbegabten ausgerufen. Auch geopolitisch herrschte bittere Not. Napoleon hatte die Österreicher 1805 bei Austerlitz vernichtend geschlagen und sollte sie vier Jahre später noch einmal bei Wa-



NEUE PINAKOTHEK, MÜNCHEN (L.); COURTESY STAATL. MUSEEN PREUBISCHER KULTURBESITZ, NATIONALGAL., BERLIN; FOTO: JÖRG P. ANDERS, BERLIN 1990

Gemälde „Joseph im Gefängnis“ von Schadow (1816), Overbeck-Porträt von Pforr (um 1810): Christlicher Verein junger Männer

Die Kunstgeschichte konnte mit der Italo-Andacht der Nazarener wenig anfangen. Ihre Altarbilder ohne kirchlichen Auftrag galten schon ideologisch als heillos antiquiert – in deutschen Landen hatte die Säkularisation gerade stattgefunden, dem römischen Kirchenstaat stand sie 1860 allerdings noch bevor.

Zu süßlich und frömmelnd kamen den Gelehrten wie dem Publikum die Gemälde von Overbeck, Franz Pforr, Peter Cornelius, Wilhelm von Schadow und Konsorten vor – vor allem aber schienen die bunten Bilder, kurios variiert, aus einer längst vergangenen Zeit zu stammen. Aber gerade dieser verzückte Blick zurück, quasi über die Schulter der Kunstgeschichte, war den Nazarenern Programm und Antrieb zum Aufbruch ins Neue.

Sie waren tatsächlich ein bis dato einzigartiges Phänomen. Johann Wolfgang von Goethe erkannte das glasklar: „Der

Nun, fast dreißig Jahre später, versucht die Frankfurter Schirn Kunsthalle abermals eine Rehabilitation. In der Schau „Religion Macht Kunst“ (vom 15. April bis zum 24. Juli) soll vor allem eines herausgestellt werden: die erstaunliche Modernität der Altvorderen. Die Qualität ihrer Malerei steht nur nebenbei zur Diskussion.

Aber sie passt gut in eine Situation, in der die Religion – oder die Sehnsucht nach sinnstiftender Spiritualität, nach geistiger Orientierung jenseits materieller Vorteile, nach wegweisenden Werten und Maßstäben – wieder nachgefragt wird. In Zeiten, in denen zwar ewige Jugend, Schönheit und Gesundheit von den Kanzeln des Konsums gepredigt werden, aber auch gleichzeitig der Tod eines lange gebrechlichen 84-jährigen Papstes den trauernden Massen aus aller Welt eine spektakuläre Pilgerfahrt nach Rom wert ist – in diesen Zeiten wirkt eine trotzig-religiös grundierte Künstler-

gram besiegen. Der Habsburger-Staat, aber auch das stolze Preußen waren durch den unbändigen Eroberungswillen des Korsen zutiefst gedemütigt – man suchte als Kompensation, zumindest in den Künsten, sein Heil in der Heimeligkeit.

Der romantische Kult des weltabgewandten Gefühls, mit seinen Standardthemen Liebe und Tod, hatte sich längst als Gegenbewegung zur aufgeklärten, macht-bewussten Rationalität formiert. Das bürgerliche Biedermeier mit seiner beschaulichen Gemütlichkeit löste sehr bald höfisches Empire und Klassizismus ab.

Innigkeit war gefragt – nicht nur in der Liebe, auch in Bezug zu Natur und Geschichte. Diese Sehnsucht nach einer vagen Religiosität, die auch an die Stelle der verblässenden strengen Kirchlichkeit treten könnte, begünstigte und ermöglichte letztlich das wundersame Wirken der Nazarener. Wie eine Verheißung von Dauer im

historischen Wandel malten die Deutschen ihre Retrogemälde. Zu den Heiligenbildern gesellten sich bald Rückverweise auf die große Zeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation mit seinen Ritterhelden und siegreichen Kaisern. Nazarener-Kunst war Balsam sowohl fürs geschundene nationale Selbstbewusstsein als auch für Gemüter, die am zunehmend nüchternen Zeitgeist litten.

Und so scheut sich die Frankfurter Schau auch nicht, dieser Gruppe eine bislang kaum gewürdigte Bedeutung für die Moderne zu attestieren. „Die Nazarener sind ganz anders, als wir gedacht haben“, behauptet Schirn-Chef Max Hollein, 35, denn auch etwas keck und sagt, die nazarenische Bruderschaft öffne „keine fragwürdige Seitengasse der Kunstgeschichte in Richtung Vergangenheit, sondern einen Weg in die Zukunft“. Meint er etwa eine Abwendung vom Konsum-Individualismus als Hinwendung zu einer neu-alten Ehrfurcht vor Gott und seinen Tempelhütern?

Gewiss – und das mutet wirklich modern an – sind die Nazarener aus Rebellion entstanden. Die Wiener Kunstakademie war ihnen zu eng, der Lehrplan zu rigide und die vermittelte klassizistische Kunst zu kalt. Unter Protest verließen sie die Lehranstalt, schnürten bald ihr Bündel und pilgerten gen Rom.

Die Jungmaler waren die erste autonome Künstlergruppe, die sich auch als solche definierte, zusammengehalten durch ein fest umrissenes Programm, auf das sie sich im Geiste gegenseitig verpflichtet hatten. Die „Brücke“, „Der Blaue Reiter“ oder gar „Fluxus“ und alle anderen Gruppierungen, die sich im 20. Jahrhundert noch bilden sollten, können sich zu Recht auf diese Vorreiterrolle der Nazarener berufen.

Und diese seltsamen Deutschen in Rom erfanden als Erste eine moderne Produktionsform. Sie warteten nicht mehr auf Aufträge von Höfen und Kirchen (die sie später, als sie berühmt waren, dennoch bekamen), sondern boten die Ware Kunst regelmäßig auf dem freien Markt an. Bewusst beschränkten sie sich auf wenige Motive und einen einheitlichen Stil. Nazarenische Malerei hat hohen Wiedererkennungswert.

Von klarer, nicht besonders raffinierter Farbigkeit und streng linearen Konturen geprägt, wirken die Werke wie blankgeputzte Bilder in Kunstkaleidoskopen, eigenartig kalt und unpersönlich.

So modern die Organisationsform der Rebellen war, so altertümlich kam ihre Formensprache daher. Als sie an der Wiener Kunstakademie studierten und unzufrieden wurden mit dem dort Gelehrten, besannen sie sich auf die Großmeister der Renaissance und des ausgehenden Mittelalters.

Besonders Raffael (1483 bis 1520) mit seinen in sich versunkenen, nie süßen Madonnen erkoren die Nazarener zu ihrem Götterboten aus der guten alten Zeit, in der

visualisierte Ideal von „Schönheit als metaphysischem Wert“.

Dieses Ideal verführt zur makellosen Perfektion einer Oberflächenkunst ohne den „Schmutz“ des Wirklichen und reizt, da sie mehr das Studium der Stile als die Auseinandersetzung mit Realität voraussetzt, zur Nachahmung. Den im 19. Jahrhundert aufkommenden Möglichkeiten, Kunstwerke billig und bunt zu reproduzieren, verdanken die Nazarener denn auch ihre massenhafte Banalisierung.

Der von ihnen kreierte Typus der Heiligenbilder, besonders das des langhaarigen, gütig lächelnden Christus, wurde im 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert als lieblich-kitschiger Druck in Kleinbürgerhaushalten künstlich am ästhetischen Leben gehalten. Als sogenanntes Schlafzimmerbild im billigen falschen Goldrahmen wachte der nazarenische „Gute Hirte“ über manchem Ehebett und breitete über Katholiken wie Protestanten segnend seine Arme im Abendrot einer Heidelandchaft aus.

So wie die Kunst der Nazarener verwässert wurde, so unspektakulär vorhersehbar endete, ab 1820, auch die Klostersgemeinschaft im ewigen Rom. Die meisten Herren bekamen Posten an führenden Akademien in deutschsprachigen Ländern, wurden Professor oder Museumsdirektor und malten für gutes Geld Kirchen, Königsresidenzen oder Rathäuser aus. Der Protestclub der Langhaarigen verabschiedete sich in aller Freundschaft in die Bürgerlichkeit.

Einzig Friedrich Overbeck hielt in Rom die Stellung – als Letzter der Gruppe der gottsuchenden Maler-Jünger, die ausgezogen waren, ein neues, schöneres, von Materialismus und Egoismus befreites Gemeinschaftsleben zu führen.

Es muss ihm besonders wehgetan haben, was der malende Naturpoet Caspar David Friedrich – künstlerisch ein Einzelgänger – ihm und den Seinen Unfreund-

liches über ihr gutgemeintes Wirken zu sagen hatte: „Wenn große Leute wie die Kinder in die Stube scheißen wollten, um damit ihre Unschuld oder Schuldlosigkeit beweisen zu wollen, möchte das wohl nicht geglaubt werden.“

Ein brüske, beleidigende Abfuhr für die Prediger mit dem Pinsel. Doppelt schmerzhaft, dass sie nicht von einem aufgeregten Aufklärer kam, sondern von einem wirklich großen Romantiker. Gerade ihn hätten die Nazarener so gern als Mitbruder gewonnen.



Nazarener-Vorbild Raffael*: Götterbote aus guter Zeit

die Religion die Kunst noch wirklich beflügelte. Das deutsche Erbgut ihrer national ausgerichteten Kunst besorgten sie sich unter anderem bei Raffaels Zeitgenossen Albrecht Dürer (1471 bis 1528), dem großen Menschendarsteller.

Es geht dieser komplizierten nazarenischen Kunst nicht um Individualität, sondern sie beschwört, wie es im Ausstellungskatalog heißt, „eine objektiv verstandene Bildwelt“. Was bleibt, ist das

* „Madonna del Granduca“ (um 1504/05).

FILM

Maultier Maria

Hunderte kolumbianische Drogenkuriere sind Tag für Tag durch die Welt unterwegs.

„Maria voll der Gnade“ erzählt eine exemplarische Fallgeschichte.

Wer Bescheid weiß, spricht von „Maultieren“, und in Kolumbien scheint der Begriff recht geläufig zu sein. Maultiere sind die niedrigsten Hilfskräfte des Drogenhandels: einfache Leute, die als Touristen getarnt in die USA oder nach Europa fliegen – im Bauch Kokain oder Heroin, je nach Konstitution ein Pfund oder auch ein Kilogramm, säuberlich abgepackt in Zehn-Gramm-Portionen, die sie vor dem Abflug geschluckt haben und am Ziel, wo ein Dealer sie in Empfang nimmt, mit Hilfe von Abführmitteln möglichst rasch ausscheiden.

Das relative Risiko für jedes Maultier besteht darin, am Zoll geschnappt zu werden, und die Regel, mit der man sich diese Gefahr kleinredet, heißt: Wenn einer erwischt wird, kommen die anderen umso leichter durch. Das absolute Risiko, das man nur verdrängen kann, liegt darin, dass eins der Giftpakete in den Eingeweiden platzen könnte – mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Kurierflug dann zum Trip in den Tod.

Der Film „Maria voll der Gnade“, der ein paar Maultiere nach New York begleitet, zieht eine ambivalente Spannung daraus, wie die Zuschauer mit diesen Verbrechern aus Elend, Not, Hoffnungslosigkeit bangen, dass ihnen ihr Verbrechen gelingen möge, doch er versagt sich das sentimentale Schmiermittel von Musik, und sein Kamerablick bleibt ungerührt: Er registriert das kleine Unglück einer Verhaftung wie das große eines Horrortodes, zeigt aber auch das Glück der pummeligen kleinen Blanca (Yenny Paola Vega), die – stolz wie auf einen Lottohauptgewinn – mit ein paar tausend Dollar in der Tasche nach Hause fliegt. Das sei genug Geld, sagt sie, um in ihrem Dorf ein Haus für die ganze Familie zu kaufen.

Die Hauptdarstellerin des Films, die Kolumbianerin Catalina Sandino Moreno, 23, erinnert sich in Interviews an einen der schrecklichsten Augenblicke ihres Lebens: Wie sie einmal – das muss nun gut drei Jahre her sein – auf dem Flughafen John F. Kennedy (JFK) von der Zollfahndung aus der Reihe der Einreisenden herausgegriffen und der Routine-Inquisition für Drogenkuriere unterzogen wurde. „Man fühlt sich sofort schuldig.“ Sie brach verzweifelt in Tränen aus und schrie um Hilfe, denn eines war ihr klar: Ihre Erklärung, sie werde in New York erwartet, um in einem amerika-

nischen Film als Heroin-Maultier die Hauptrolle zu spielen, würde an diesem Ort als absurdeste aller Lügengeschichten erscheinen.

Vor der Kamera dann, als 17-jährige „Touristin“ namens Maria Alvarez in derselben Verhörsituation, hatte sie abermals mit Tränen und Lügen zu kämpfen, doch inzwischen ist Catalina Sandino Moreno, die nie zuvor schauspielerisch berufstätig war, als „Maria voll der Gnade“ in Berlin als beste Darstellerin mit einem Silbernen Bären und in Hollywood mit einer Oscar-Nominierung ausgezeichnet worden. Ein Filmplakat, auf dem sie – andächtig wie eine Gläubige, wenn sie die Hostie empfängt – den Mund für eine Heroin-Portion öffnet, kündigt „Maria voll der Gnade“ nun auch in unseren Kinos an.

Der Film gewinnt Form und Überzeugungskraft dadurch, dass er in aller Bescheidenheit – mit Laiendarstellern, beweglicher Handkamera und halb improvisierten Dialogen – stets auf Augenhöhe mit seiner Heldin bleibt: Er steht zu ihr, zu der Akkordarbeiterin von einer ländlichen Rosenplantage, die naiv genug ist, im „superleichter“ Maultier-Job die einzige Chance zur Flucht aus einem voraussehbar gleichförmigen Leben in Armut zu sehen – und Catalina Sandino Moreno hat auch in Trotz und Verbiesterung so viel Liebreiz, dass man keinen Blick von ihr lässt.

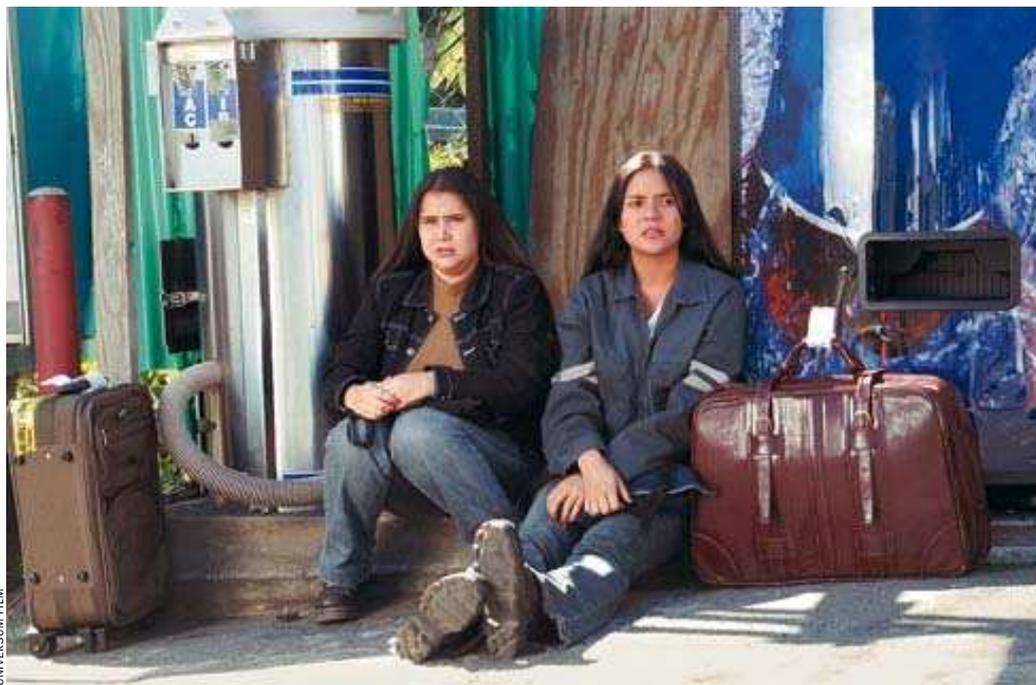
Der Kalifornier Joshua Marston, 36, der auf allerlei Umwegen zum Filmemachen gekommen ist, nennt sein Interesse daran vor allem „anthropologisch“. Deshalb die Geschichte von Maria Alvarez, die, wie er sagt, „auf tausend wahren Geschichten beruht“. Es ist sein erster Spielfilm, und die sichtbarste Konzession ans Kinomäßige besteht wohl darin, dass er nicht einen ausgemergelten Arbeitslosen, sondern ein

strahlend anmutiges junges Mädchen als exemplarisches Maultier nahm.

Bei seinen Recherchen in New York hatte Marston einen Mann namens Orlando Tobón kennen gelernt, den Betreiber eines kleinen Reisebüros, der unter den Exil-Kolumbianern in ihrem spezifischen Biotop im Stadtteil Queens den ehrenden Spitznamen „Bürgermeister von Klein-Kolumbien“ trägt, weil er mit dem Charme eines besonders dicken und besonders hässlichen Mannes jedem notleidenden Landsmann zu helfen versucht und jeden Heimwehkranken tröstet. Es muss zur Rundung der Filmstory unvermeidlich gewesen sein, dass Maria Alvarez, in New York blindlings auf der Flucht vor der Drogenmafia, bei einer Figur dieser Art Beistand findet – und weil sich dafür kein überzeugender Darsteller finden ließ, hat am Ende, mit allem rührenden Schwergewicht, Orlando Tobón sich selbst gespielt.

Das wahre Ausmaß des Handels, von dessen ärmsten Hunden „Maria voll der Gnade“ erzählt, ist schwer zu schätzen. Allein auf dem JFK-Airport wurden vom Zoll im Jahr, als der Film gedreht wurde, 14 512 Maultiere festgenommen. Orlando Tobón, der „Bürgermeister“, hat auch den traurigeren Spitznamen „Totengräber der Maultiere“: Er kümmert sich in seinem Reisebüro darum, dass die Körper tödlich verunglückter Drogenkuriere in die Heimat zurückkommen; mehr als 400 solcher Transporte hat er im Lauf der Jahre organisiert. Die Geschichte der Maria Alvarez aber wird von einer Art Optimismus wider alle Vernunft getragen; es ist die Geschichte einer jungen Frau, die von heute auf morgen mit einem Sprung, einem Schritt, einer Reise über ihr ganzes Leben entscheidet.

URS JENNY



„Maria voll der Gnade“-Darstellerinnen Vega, Moreno: Lottogewinn im Drogenhandel



ROBERT MILLARD

Gesangsstars Villazón, Netrebko in „Roméo et Juliette“*: Aktuelles Traumpaar der Oper

MUSIK

Klopffzeichen des Schicksals

In nur sechs Jahren hat sich der mexikanische Tenor Rolando Villazón an die Weltspitze gesungen. Im Sommer will er erstmals in Salzburg auftreten.

Er wollte als Priester predigen oder als Clown Faxen machen, doch schließlich nahm er Schauspiel- und Ballettunterricht – und wurde erst mal Grundschullehrer. Der Wirrwarr der Berufe und Berufungen in Rolando Villazóns Leben legte sich erst, als er seine Bestimmung gefunden hatte: die Opernbühne.

Heute, nach nur sechs Jahren internationaler Gesangspraxis, gilt Villazón, 33, als herausragende Begabung unter den jungen Tenören, gebucht in Los Angeles wie in New York oder Salzburg. Seine Auftritte werden bejubelt, seine beiden Arien-Alben – zuletzt eine CD mit französischem Repertoire – sind Verkaufshits. Kritiker attestieren ihm „Ausnahmestärke“.

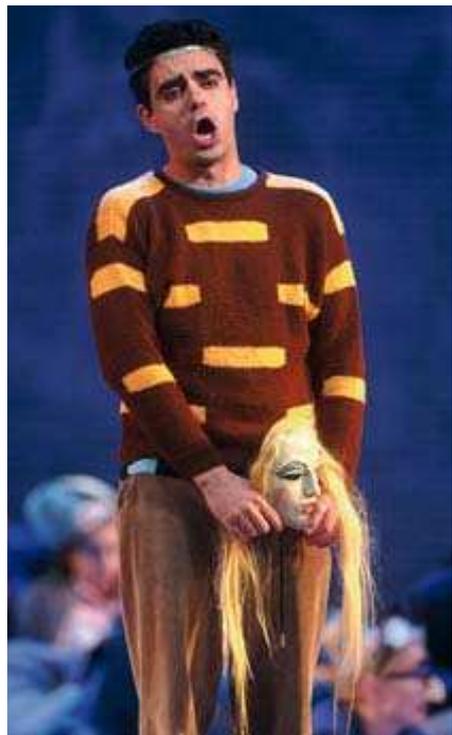
„Wir, die junge Generation“, sagt Villazón selbstkritisch über seine Blitzkarriere, „brauchen den schnellen Erfolg, wir müssen aber gleichzeitig ernsthaft und geduldig sein, damit wir uns nicht zu etwas zwingen, wozu wir noch nicht reif sind.“ Spätestens seit der „Carmen“-Premiere Ende des vergangenen Jahres an der Berliner Staatsoper unter den Linden wissen auch die deutschen Musikfreunde, dass der Mexikaner reif für Superlative ist.

Dort interpretierte er Carmens eifersüchtigen Liebhaber Don José als einen an sich selbst leidenden Mörder wider Willen, und die ansonsten nicht zu Überschwang

neigende „Frankfurter Allgemeine“ überschüttete den Sänger mit einer Lobeshymne, für die sich eine PR-Agentur wegen unverfrorener Unbescheidenheit schämen müsste: „Für diesen jungen mexikanischen Tenor allein lohnt es sich, dieser Tage in die Lindenoper zu laufen“, hieß es dort, „oder, wenn es sein muss, bis ans Ende der Welt.“

Und die Fans kommen in Scharen nicht nur wegen seiner Stimme, die kraftvoll, aber nicht protzig tönt und in der Höhe mit lyrischem Schmelz glänzt – der Mann mit den schwarzen Locken und dem leidenschaftlichen Blick kann auch noch spielen. Mit vollem Einsatz stürzt er sich in die Rollen und macht aus Museumsstücken der Musikgeschichte zeitlose Lebensdramen.

Für die Opernbühne wurde Rolando Villazón erst spät entdeckt. Er begann als Elfjähriger in seiner Geburtsstadt Mexico



DRAMA

Sänger Villazón*
Seelsorge per Telefon

* Oben: in der Los Angeles Opera; unten: in der Donizetti-Oper „L'elisir d'amore“ in der Berliner Staatsoper (2002).

City an einer Musikakademie zu studieren, aber es dauerte sieben Jahre, bis ihm der Bariton Arturo Nieto Mut machte, es mit der Oper zu versuchen.

Erst als er sein Pädagogikstudium beendet und für kurze Zeit als Geschichtslehrer gearbeitet hatte, absolvierte Villazón Meisterklassen bei der emeritierten Operndiva Joan Sutherland in San Francisco und ein Engagement beim „Young Artists Program“ der Oper von Pittsburgh mit ersten Auftritten in Bellini- und Donizetti-Produktionen. Aber erst als er 1999 den zweiten Platz im Operalia-Gesangswettbewerb von Plácido Domingo belegte, wurden die großen Opernhäuser der Welt hellhörig. Noch im selben Jahr sang Villazón in Genua den Chevalier Des Grieux in „Manon“ von Massenet, danach war sein Terminkalender voll.

Die Ochsentour durch die Provinz blieb ihm erspart. Villazón musste und durfte sich aus dem Stand bewähren und trat bald schon mit Anna Netrebko auf, der russischen Beauty des Belcanto. In Los Angeles sang er mit der jungen Primadonna in Gounods „Roméo et Juliette“. In diesem Sommer ist das aktuelle Traumpaar der Opernszene bei den Salzburger Festspielen für „La Traviata“ engagiert.

Man müsse sich um ihn nicht sorgen, sagt der Sänger, er habe sich bei seinem internationalen Blitzstart durchaus „reif für die großen Bühnen“ gefühlt: „Die Chance klopft bei dir an, und du klopfst bei der Chance an.“ Solche Klopffzeichen des Schicksals zu überhören wäre fatal. Plattenindustrie, Opernbetrieb, aber auch das Publikum haben kaum noch Geduld mit jungen Talenten: Top oder Flop.

Weil Villazón so rasant durchstartete, ist sein Repertoire immer noch klein und beschränkt sich im Kern auf die schmachtenden Helden aus der Evergreen-Abteilung, Marke „Tosca“ oder „La Traviata“.

So arbeitet er weiter an der Technik und an den Rollen und hofft, „nicht die Kunst an den Ruhm und das glanzvolle Leben“ zu verraten. Aber auch die Seele braucht Pflege. Regelmäßig konsultiert Villazón immer noch seinen in Mexico City residierenden Psychoanalytiker, der ihm sogar beruflichen Rat erteilt – wenn es sein muss per Telefon.

20 Jahre auf der Opernbühne hat der Sänger erst einmal im Visier. In diesem Zeitraum will er sich das schwerere Tenorfach erarbeiten und, wenn es denn hin- und her, wie sein Vorbild Domingo auch zu Richard Wagners Helden wechseln.

„Bis ich 50 bin, will ich alles singen, was ich mir zu singen vorgenommen habe. Danach werden wir sehen.“ Zur Not, scherzt er, könne er immer noch in Paris auf dem Montmartre-Hügel vor der Kirche Sacré Cœur als Karikaturist arbeiten. Denn Cartoons zu zeichnen ist Villazóns Hobby. Und mindestens das hat er mit dem Größten seines Fachs gemeinsam: mit Enrico Caruso.

JOACHIM KRONSEIN

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Schuldig, weil ich überlebte“

Der jüdische Autor Edgar Hilsenrath über seine Jahre im Ghetto, den Beruf des Schriftstellers und seinen neu-aufgelegten Roman über das Massaker an den Armeniern

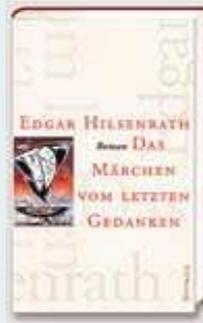


OLIVER MARK

Edgar Hilsenrath

wurde 1926 in Leipzig als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren und überlebte – in einem Ghetto in der Ukraine – den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Nach der Befreiung ging er für einige Zeit nach Palästina und später in die USA, wo er seine schriftstellerische Karriere begann. Seine Romane „Nacht“ (1964) und „Der

Nazi & der Friseur“ (1971) machten ihn bekannt und verhalfen ihm weltweit zu Millionenauflagen. Im Rahmen der Werkausgabe des Dittrich-Verlags ist gerade neu der 1989 erstmals publizierte Roman „Das Märchen vom letzten Gedanken“ (648 Seiten; 24,80 Euro) erschienen, in dem Hilsenrath vom Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich erzählt.



SPiegel: Herr Hilsenrath, Sie haben in Ihren Romanen vom Leben und Überleben im Ghetto erzählt. Manche Leser hat es verstört, dass die Ghettoerfahrung bei Ihnen durch Humor und Satire gebrochen ist. Können Sie das nachvollziehen?

Hilsenrath: Wenn ich dafür Verständnis hätte, würde ich nicht so schreiben. Ich habe nun mal eine groteske Sicht auf die ganze Holocaust-Geschichte.

SPiegel: Das gilt manchen als anstößig.

Hilsenrath: Es gibt in Deutschland so eine Art Wiedergutmachung an den Juden, indem man versucht, sie als Edelmenschen darzustellen. Das waren die Juden im Ghetto aber genauso wenig wie die Menschen sonst irgendwo auf der Welt. Wer mir vorhält, ich würde die Juden in meinem Roman „Nacht“ als skurril, armselig und gemein darstellen, dem kann ich nur entgegnen: Ich habe in „Nacht“ gar nicht die Juden beschrieben, sondern einfach die Armut im Ghetto ...

SPiegel: ... und das, was Menschen aus Menschen machen. „Nacht“, Ihr erster Roman, ist eine Höllenfahrt mit schrecklichsten Details. War Ihnen von Anfang an klar, dass Sie ein literarisches und kein dokumentarisches Buch schreiben wollten?

Hilsenrath: Ja, ich wollte ein literarisches Werk schaffen. Ich hatte schon mit 14 Jahren beschlossen, Schriftsteller zu werden.

SPiegel: Hat das Ghetto, das Sie in „Nacht“ schildern, Ähnlichkeit mit jenem, das Sie selbst erlebt haben, in Mogiljow-Podolski in der Sowjet-Ukraine?

Hilsenrath: Es ist eigentlich dasselbe Ghetto, nur unter anderem Namen.

SPiegel: Tatsächlich? In Ihrem autobiografischen Roman „Die Abenteuer des Ruben Jablonski“ gewinnt man eher den Eindruck, dass Sie und Ihre Familie zur privilegierten Schicht im Ghetto zählten.

Hilsenrath: Stimmt. Ich habe nie so gelebt wie die Gestalten in meiner „Nacht“.

SPiegel: Woran lag das?

Hilsenrath: Ich bin dort mit einer ganzen Gruppe von Juden aus Siret, aus der Bukowina, angekommen. Und der Anführer der Gruppe war mit dem für das Ghetto zuständigen Stadtkommandanten bekannt. Der stellte uns nicht nur ein altes Schulgebäude zur Verfügung, sondern auch Papiere, so dass wir nicht weiterdeportiert wurden. Die ganze Gruppe, etwa 40 Leute, war in drei Schulräumen einquartiert. Alle Menschen im Ghetto litten Hunger, es gab überhaupt nichts. Wir aber hatten Schmuck, Pelzmäntel, Kleider und andere Wertsachen ins Ghetto geschmuggelt, obwohl das bei Todesstrafe verboten war.

SPiegel: Sie haben damit Schwarzhandel getrieben?

Hilsenrath: Ja. Wir sind nachts raus aus dem Ghetto und haben diese Sachen bei den Bauern in der Umgebung gegen Lebens-

Das Gespräch führten die Redakteure Martin Doerry und Volker Hage.

mittel eingetauscht, um die dann an die Menschen im Ghetto zu verkaufen. So hat die Gruppe aus Siret überlebt.

SPIEGEL: War Ihre ganze Familie im Ghetto?

Hilsenrath: Nein, mein Vater war in Frankreich untergetaucht. Ich bin ja in Halle aufgewachsen und dann 1938 mit meiner Mutter und meinem Bruder zu meinen Großeltern in die Bukowina gezogen, weil es in Deutschland zu gefährlich für uns wurde. Die ganze Atmosphäre wurde unerträg-



AKADEMIE DER KÜNSTE, EDGAR-HILSEN RATH-ARCHIV

Schüler Hilsenrath (o.) in Siret (1936)*
„Atmosphäre, die mir entsprach“

lich. Meine Schule in Halle war eine richtige Nazi-Schule, ich musste mich jeden Tag mit den anderen Jungen prügeln, sie gaben mir irgendwelche üblen Spitznamen, die Lehrer schikanierten mich.

SPIEGEL: In Siret war es besser?

Hilsenrath: Ja, da war ich glücklich, es war ein Wunder. In der Bukowina wurde Deutsch gesprochen, ich habe mich da sehr wohl gefühlt, hatte viele Freunde und lieb-

te die jüdische Musik. Außerdem gab es viele Zigeuner, Zigeunermusik. Es war eine Atmosphäre, die mir entsprach. Sicher, es war ziemlich schmutzig: die Leute, die schlammigen Straßen. Aber es gab dort eine große Herzlichkeit und Gemütlichkeit. Ich habe mich sehr wohl gefühlt.

SPIEGEL: Auch deswegen, weil Ihre Großeltern etwas wohlhabender als die meisten anderen Menschen im Shtetl waren?

Hilsenrath: Sie waren wohlhabend, ja.

SPIEGEL: Wann mussten Sie Siret verlassen?

Hilsenrath: 1941, als dort der Krieg ausbrach. Alle Juden aus unserer Stadt wurden in das Innere von Rumänien deportiert. Zunächst nach Craiova, dann zurück in eine Nachbarstadt von Siret, nach Radautz. Dort waren wir zwei Monate und lebten von der Hand in den Mund. Plötzlich tauchten in der ganzen Stadt Plakate auf, ein Befehl des rumänischen Marschalls Antonescu, dass alle Juden aus der Bukowina nach Osten deportiert würden. Um 6 Uhr früh mussten wir am Bahnhof sein, wer zu Hause angetroffen wird, so hieß es, wird erschossen. Zwei Tage lang fuhren wir in Güterwagen gepfercht über Czernowitz durch ganz Bessarabien bis zu einer kleinen Stadt namens Ataki, die liegt am Dnjestr. Am anderen Ufer war die ukrainische Großstadt Mogiljow-Podolski, eine Ruinenstadt. Mit Flößen wurden wir am nächsten Morgen an das andere Ufer gebracht, ins Ghetto. Wir blieben dort bis März 1944, bis die Russen kamen.

SPIEGEL: Ranek, die Hauptperson in Ihrem Roman „Nacht“, erlebt das Ghetto aus einer ganz anderen Perspektive als Sie. Er gehört zu den Ärmsten der Armen und überlebt am Ende nicht. Warum haben Sie ihn zum Helden der Geschichte gemacht?

Hilsenrath: Ich wollte die unterste Schicht im Ghetto beschreiben.

SPIEGEL: Warum?

Hilsenrath: Weiß ich nicht. Vielleicht weil ich ein schlechtes Gewissen hatte, ja.

SPIEGEL: Sie haben sich in Wahrheit schuldig gefühlt, weil es Ihnen nicht so schlecht ging wie anderen?

Hilsenrath: Schuldig gefühlt, dass ich überlebt habe.

SPIEGEL: Solange Sie im Ghetto lebten, sind immer wieder Menschen von dort in die Vernichtungslager deportiert worden. Haben Sie geahnt, was mit diesen Menschen geschehen würde?

Hilsenrath: Es hieß nur, es geht zum Bug. Der Bug war ein Fluss weiter im Osten, am anderen Ufer stand deutsche SS. Die Rumänen haben viele Juden über den Fluss abgeschoben, und die SS hat sie gleich erschossen. Wir wussten das. Aber darüber hat man nicht nachgedacht.

SPIEGEL: Sie lebten nicht in Todesangst?

Hilsenrath: Also für mich, ich war damals 15 Jahre alt, für mich war es ein Abenteuer. Man hörte von den Dingen, die in Polen geschahen, aber man wusste nichts Genauer. Wir lebten von einem Tag zum anderen.

* Mit Mutter (r.), Bruder Manfred und einer Tante.



SUDEDEUTSCHER VERLAG

Jüdische Kinder im Warschauer Ghetto (um 1942): „Für mich war es ein Abenteuer“

SPIEGEL: Durften Sie zurück nach Siret, als die Russen das Ghetto erobert hatten?

Hilsenrath: Nein, als die Russen kamen, mussten alle Männer, die mindestens 18 Jahre alt waren, zum Militär. Es war kurz vor meinem 18. Geburtstag, und ich bin sofort abgehauen, zu Fuß durch Besarabien.

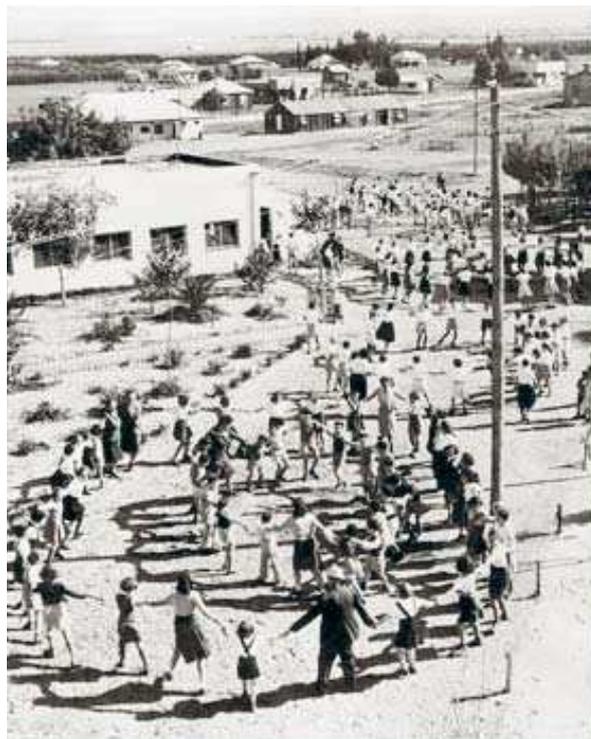
SPIEGEL: Genau so, wie Sie es im Roman „Die Abenteuer des Ruben Jablonski“ beschrieben haben?

Hilsenrath: Ja, ich kam bis Czernowitz. Dort aber haben die Russen mich nachts aus dem Bett geholt und verhaftet, nun sollten wir alle in die Kohlengruben nach Donbass geschickt werden. Beim Appell traf ich einen Cousin aus Polen. Der konnte gut Russisch und verstand sich auch auf das Fälschen von Papieren. Er machte mich zwei Jahre jünger, ging zum russischen Kommandanten und sagte: „Der Junge ist erst 16, den könnt ihr nicht deportieren.“ Da haben sie mich freigelassen, und ich bin am nächsten Tag in das unbesetzte Rumänien, 40 Kilometer zu Fuß von Czernowitz bis Siret. Dort versammelte sich dann nach und nach meine ganze Familie wieder. Nach etwa sechs Monaten kam eine Delegation von Zionisten aus Bukarest, die brauchten junge Leute für Palästina. Und ich sagte: „Okay.“

SPIEGEL: Aus Abenteuerlust oder weil Sie ein Zionist waren?

Hilsenrath: Sicher spielte beides eine Rolle. Die Zionisten hatten einen

Zug arrangiert, der von Bukarest über Bulgarien und die Türkei nach Palästina fahren sollte. Doch in Bulgarien haben uns die Russen verhaftet, weil wir angeblich illegale waren, sie haben uns zwei Monate in ein Internierungslager gesteckt, erst dann kam Ben-Gurion persönlich nach Sofia und hat uns rausgeboxt. Die Fahrt hat zwei Monate gedauert.



Kibbutz in Israel (um 1948): „Jeden Tag Feldarbeit“

SPIEGEL: Wann sind Sie angekommen?

Hilsenrath: Im Januar 1945, wir bekamen richtige Papiere, einen britischen Stempel und waren frei. Die Zionisten haben uns dann eingeteilt in verschiedene Kibbuzim. Ich kam in einen Kibbutz in Galiläa. Da ging es mir zwar sehr gut, aber es war langweilig. Ich hatte keine Lust, jeden Tag Feldarbeit zu machen. Am Ende bin ich zum Zuständigen für die Jugend-Alija nach Jerusalem gefahren und habe gefragt: „Kannst du mich nicht irgendwo hinschicken, wo Bukowiner sind?“ Da hat er gesagt: „Okay, ich kenne einen Kibbutz, wo Bukowiner leben.“

SPIEGEL: Das heißt, Sie hatten Heimweh?

Hilsenrath: Ja. Aber in dem neuen Kibbutz haben sie mich nach zwei Monaten wieder rausgeschmissen, weil ich keine Lust hatte, an den Hebräisch-Kursen teilzunehmen, jeden Tag nach der Arbeit. Ich habe schon damals in jeder freien Minute meine Novellen geschrieben.

SPIEGEL: Weiterhin auf Deutsch?

Hilsenrath: Auf Deutsch.

SPIEGEL: Und Sie hatten kein Bedürfnis, Hebräisch zu lernen?

Hilsenrath: Nein, überhaupt nicht. Der Kibbutz gab mir ein freies Busticket nach Haifa. Da bin ich hingefahren, habe diverse Jobs gemacht, als Tellerwäscher gearbeitet, mir noch eine schwere Malaria eingefangen.

SPIEGEL: Sie haben offenbar keine innere Beziehung zu Palästina bekommen?

Hilsenrath: Die Mentalität der Israelis war doch ganz anders als meine, die hatten überhaupt kein Verständnis für Menschen wie mich. Die konnten nicht verstehen, warum ich im Ghetto war. Mir waren sie völlig fremd.

SPIEGEL: Sie haben dann also die erstbeste Gelegenheit genutzt und sind nach Frankreich ausgewandert?

Hilsenrath: Zunächst musste ich zwei Jahre warten, bis ich überhaupt einen Pass bekam ...

SPIEGEL: ... und sahen dann die Familie wieder.

Hilsenrath: Ja, meine Mutter und mein Bruder waren schon vorher illegal aus Rumänien nach Frankreich ausgewandert, über Ungarn, Österreich und Deutschland.

SPIEGEL: Neun Jahre lang hatten Sie Ihren Vater nicht gesehen. War er mit Ihrem Berufsziel Schriftsteller auf Anhieb einverstanden?

Hilsenrath: Nein! Mein Vater war ganz gegen mein Schreiben. Ich sollte Kürschner werden. Aber wie

AFP

Sie sehen, habe ich mich nicht daran gehalten.

SPIEGEL: Den Roman „Nacht“ haben Sie erst auf Ihrer nächsten Station, in Amerika, fertig geschrieben, später dann auch Ihr berühmtestes Buch: „Der Nazi & der Friseur“.

Hilsenrath: Das habe ich zu drei Vierteln in Deutschland geschrieben. Ich hatte meinem amerikanischen Verleger damals gesagt: „Das kann ich nur im deutschen Sprachraum machen.“

SPIEGEL: „Der Nazi & der Friseur“ erschien erst mit sechs Jahren Verspätung in Deutschland, 1977. Warum? Der Roman war doch schon ein Bestseller in den USA.

Hilsenrath: Die Verleger hier haben gesagt, das deutsche Volk sei noch nicht reif, so ein ernstes Thema dürfe man nicht satirisch angehen. Die Sprache hat Ihnen nicht gefallen, die offene Sexualität.

SPIEGEL: Veröffentlicht hat es dann ein kleiner Verlag. Das Buch wurde ein Riesenerfolg, aber selbst Heinrich Böll, der Ihren Roman in der „Zeit“ rezensierte, schrieb, dass er beim Lesen der ersten Kapitel gewisse „Ekelschwellen“ überwinden musste. Hat Sie das verletzt?

Hilsenrath: Nein, amüsiert. Empfindliche Leser haben nun einmal Probleme mit meinen Büchern. Eine Freundin von mir arbeitete damals beim Bayerischen Rundfunk. Und als ich ihr „Das Märchen vom letzten Gedanken“ schickte, hat sie mich später entsetzt angerufen. Sie habe eben die Passage gelesen, in der beschrieben wird, wie ein alter Mann, er ist 97 Jahre, mit einem neunjährigen kurdischen Mädchen schläft. Sie könne das Buch nicht weiterlesen. Aber so ist das nun einmal mit meinen Büchern.



Ermordete Armenier (1909): „Die Türken haben das verdrängt“

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Buch angefangen habe, wollte ich noch ein Holocaust-Buch schreiben, aber dann bin ich auf die Armenier gestoßen, ich habe Quellenstudien gemacht, bis nach San Francisco bin ich deswegen gefahren. Inzwischen hat man mich sogar zum Mitglied im armenischen Schriftstellerverband gemacht – ehrenhalber natürlich.

SPIEGEL: Der Genozid an den Armeniern ist im allgemeinen Bewusstsein bei weitem nicht so verankert wie der Holocaust ...

Hilsenrath: Überhaupt nicht mehr.
SPIEGEL: Darf man einen Vergleich zwischen diesen beiden Völkermorden wagen?

Hilsenrath: Die Armenier waren die Juden der Osmanen, obwohl es dort außerdem noch Juden gab – aber die Armenier galten als verfluchte Rasse, waren im Osmanischen Reich als Geschäftemacher, als geldgierig verrufen, was gar nicht stimmte, weil die meisten Armenier Bauern waren.

SPIEGEL: Zum Genozid gehören Opfer und Täter.

Hilsenrath: Aber die Türken haben dieses Kapitel ihrer Geschichte ganz verdrängt. Es ist ja verboten, sie dürfen es nicht erwähnen – möglicherweise aus Angst, die Armenier könnten dann materielle Forderungen stellen.

SPIEGEL: Können Sie sich unter diesen Umständen einen EU-Beitritt der Türken vorstellen?

Hilsenrath: Ich muss Ihnen gestehen, ich habe irgendwie Angst vor dem Islam, andererseits: Vielleicht ist es auch eine Chance, dass von der Türkei ein positiver Einfluss auf die übrige islamische Welt ausgeht.

SPIEGEL: Herr Hilsenrath, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL: Sie haben etwa fünf Millionen Bücher weltweit verkauft. Dennoch ist Ihr Name nie so populär geworden wie der von Böll, Lenz oder Grass. Eine Erklärung?

Hilsenrath: Nein, ich habe nun mal überhaupt kein günstiges Verhältnis zum Ruhm. Das geht nicht mit fairen Dingen zu.

SPIEGEL: In diesen Tagen erscheint Ihr Roman „Das Märchen vom letzten Gedanken“ neu innerhalb der Werkausgabe. Sie behandeln darin den Genozid an den Armeniern. Das Thema ist nun, 90 Jahre nach den Ereignissen, plötzlich wieder aktuell. Würden Sie das bereits 1989 veröffentlichte Buch heute genauso schreiben?

Hilsenrath: Ja, ja, ich glaube sogar, es ist mein bester Roman. Das „Märchen“ ist reine Poesie, das ganze Buch ist Poesie mit schwarzem Humor.

SPIEGEL: Hat Ihnen die Distanz geholfen – dass es dieses Mal nicht um Ihre eigene Geschichte ging?

Hilsenrath: Der Genozid an den Armeniern war ja auch ein Holocaust, aber eben nicht meiner. Um ehrlich zu sein: Als ich das

Belletristik

- 1 (2) **Dan Brown** Sakrileg
Lübbe; 19,90 Euro

 - 2 (1) **Dan Brown** Diabolus
Lübbe; 19,90 Euro

 - 3 (3) **Henning Mankell** Tiefe
Zsolnay; 21,50 Euro

 - 4 (4) **Alina Reyes** Die siebte Nacht
Bloomsbury Berlin; 12 Euro

 - 5 (5) **John Grisham** Die Begnadigung
Heyne; 22,90 Euro

 - 6 (6) **Frank Schätzing** Der Schwarm
Kiepenheuer & Witsch; 24,90 Euro

 - 7 (7) **François Lelord** Hectors Reise
Piper; 16,90 Euro

 - 8 (8) **Cecelia Ahern**
Für immer vielleicht
W. Krüger; 16,90 Euro

 - 9 (10) **Anna Gavalda** Zusammen ist man
weniger allein Hanser; 24,90 Euro

 - 10 (9) **Nedjma** Die Mandel
Droemer; 18 Euro

 - 11 (-) **Santo Cilauro/Tom Gleisner/
Rob Sitch**
Molwanien
Heyne; 14,90 Euro
- Das Land Molwanien
gibt es nicht, den Reise-
führer schon: Satire
voller Seitenhiebe auf
osteuropäische Staaten**


- 12 (13) **Ian Caldwell/Dustin Thomason**
Das letzte Geheimnis Lübbe; 19,90 Euro

 - 13 (14) **Minette Walters** Der Außenseiter
Goldmann; 22,90 Euro

 - 14 (16) **Marc Levy** Bis ich dich wiedersehe
Knaur; 16,90 Euro

 - 15 (12) **Wilhelm Genazino**
Die Liebesblödigkeit Hanser; 17,90 Euro

 - 16 (11) **Per Olov Enquist** Das Buch von
Blanche und Marie Hanser; 19,90 Euro

 - 17 (15) **T. C. Boyle** Dr. Sex
Hanser; 24,90 Euro

 - 18 (17) **Roger Willemsen** Kleine Lichter
S. Fischer; 17,90 Euro

 - 19 (19) **Wolfgang Hohlbein** Anubis
Lübbe; 19,90 Euro

 - 20 (20) **Eric-Emmanuel Schmitt**
Das Kind von Noah Ammann; 16,90 Euro

Sachbücher

- 1 (2) **Peter Hahne** Schluss mit lustig
Johannis; 9,95 Euro

- 2 (1) **Sabine Kuegler** Dschungelkind
Droemer; 19,90 Euro

- 3 (6) **Alexander von Schönburg**
Die Kunst des stilvollen Verarmens
Rowohlt Berlin; 17,90 Euro

- 4 (-) **Rolf Bossi** Halbgötter in Schwarz
Eichborn; 22,90 Euro

- 5 (5) **Corinne Maier** Die Entdeckung
der Faulheit Goldmann; 12 Euro

- 6 (3) **Ben Schott**
Schotts Sammelsurium
Bloomsbury Berlin; 16 Euro

- 7 (4) **Jürgen Neffe** Einstein
Rowohlt; 22,90 Euro

- 8 (8) **Susanne Fröhlich** Moppel-Ich
W. Krüger; 13,90 Euro

- 9 (14) **Johannes Paul II.** Erinnerung und
Identität Weltbild; 14,90 Euro

- 10 (10) **Werner Tiki Küstenmacher/
Lothar J. Seiwert**
Simplify your life Campus; 19,90 Euro

- 11 (9) **Frank Schirrmacher**
Das Methusalem-Komplott
Blessing; 16 Euro

- 12 (-) **Waris Dirie mit Corinna Milborn**
Schmerzenskinder
Marion von Schröder; 18 Euro

- 13 (15) **Götz Aly** Hitlers Volksstaat
S. Fischer; 22,90 Euro

- 14 (13) **Désirée Nick** Gibt es ein Leben
nach vierzig? Lübbe; 14,90 Euro

- 15 (16) **Dietrich Grönemeyer**
Mein Rückenbuch
Zabert Sandmann; 19,95 Euro

- 16 (11) **Rüdiger Safranski**
Schiller oder Die Erfindung des
Deutschen Idealismus
Hanser; 25,90 Euro

- 17 (18) **Oskar Lafontaine** Politik für alle
Econ; 19,95 Euro

- 18 (12) **Werner Bartens** Lexikon der
Medizin-Irrtümer Eichborn; 22,90 Euro

- 19 (19) **Uwe Müller** Supergau Deutsche
Einheit Rowohlt Berlin; 12,90 Euro

- 20 (-) **Henrik Eberle/Matthias Uhl (Hg.)**
Das Buch Hitler
Lübbe; 24,90 Euro

**Aus Moskauer Archiven:
Zwei Hitler-Vertraute
verraten in sowjetischer
Gefangenschaft Details
über den Nazi-Diktator**



AUTOREN

In einem anderen Leben

Mystische Seelenverwandtschaft: Mit diesem Romanthema macht der literarische Außenseiter Marc Levy in Frankreich Furore – nun auch in Deutschland.



Autor Levy (in Paris): Mit viel Gefühl den Tod besiegen

Wie ist dieser schwindelerregende Erfolg überhaupt möglich – ein französischer Autor, der globale Bestseller von der Stange produziert? Seit seinem unerwarteten Einbruch in die literarische Szene ist Marc Levy, 43, der am meisten gelesene Romancier Frankreichs. Als vor fünf Jahren sein erstes Buch erschien („Solange du da bist“), hielt es sich 70 Wochen lang auf den französischen Bestsellerlisten. Steven Spielberg zahlte zwei Millionen Dollar, um die Filmrechte für seine Firma Dreamworks zu erwerben.

Inzwischen hat Levy drei weitere Romane verfasst – manche sagen wohl lieber: verbrochen – und weltweit über acht Millionen Exemplare verkauft, in mehr als 30 Übersetzungen. Nun ist sein jüngster, auf seine Weise wohl perfektester Roman, der in

Frankreich 400 000 Käufer fand, auf Deutsch erschienen und auch hierzulande auf Anhieb ein Reißer*.

Levy, von vornehmer Blässe, sorgfältig unrasiert, meist in seine Lieblingsfarbe Schwarz gekleidet, gibt sich bescheiden und ratlos: „Ich glaube ganz einfach, dass es zu 80 Prozent Glück ist, dazu 10 Prozent Phantasie und 10 Prozent Arbeit.“ Er brauche 15 Sekunden, um die Idee für eine Geschichte zu finden, 7 Monate, um sie auszumalen, und 4 Monate, um sie zu schreiben.

Streng genommen verfasst Levy keine Literatur, er produziert Unterhaltungs-

zur Schnulze bewegt. Nur ist er geschickt genug, die rote Linie des Kitsches in der Regel nicht zu überschreiten. „Bis ich dich wiedersehe“ ist eine ebenso spannende wie unterhaltsame Mischung aus Thriller, Liebesgeschichte und Mystizismus, eine gelungene Synthese aus Joanne K. Rowling, Dan Brown, Umberto Eco und Paulo Coelho. Levy, ursprünglich Rot-Kreuz-Sanitäter, später Büroausstatter, ist ein Spezialist des Virtuellen und Synthetischen; 1984 war er nach San Francisco ausgewandert, wo er ein Unternehmen für Computerbilder gründete.

Sein neuer Roman spielt in der Welt der Kunst, die Schauplätze sind Boston und London, Paris kommt mit dem unterirdischen Forschungs- und Restaurationszentrum des Louvre nur am Rande vor. Zwei US-Freunde, der Auktionator Peter und der Gutachter Jonathan, Experte für die Malerei des 19. Jahrhunderts, stehen vor dem größten Coup ihres Lebens: dem Verkauf von fünf Bildern des (fiktiven) russischen Malers Wladimir Radskin durch das Auktionshaus Christie's.

Darunter befindet sich ein lange verschollenes Werk, das auf rätselhafte Weise im Besitz der schönen Londoner Galeristin Clara wiederaufgetaucht ist. Aus unerklärlichen Gründen ist das Meisterstück nicht signiert, so dass Jonathan all sein Können aufwenden muss, um die Echtheit zu bestätigen. In die mysteriöse Geschichte des letzten Radskin-Bildes mischen sich Habgier, Neid und Mord durch bössartige Giftmischer. Aber der Tod kann überwunden werden, durch Seelenwanderung und Wiedergeburt. Lebensquelle der Seele ist das Gefühl – Liebe oder Hass, wie eine silberhaarige Expertin des Übernatürlichen, die an der Hotelbar gern dem Bourbon zuspricht, den verdutzten Jonathan belehrt.

Der ungläubige Kunstfreund muss schon bald an seinen eigenen Schwindelanfällen erleben, dass zwei Seelen, die sich lieben, für immer voneinander abhängen. Sie werden von Leben zu Leben immer wieder zusammenfinden – so wie Jonathan und Clara in einem eigenartigen Déjà-vu-Erlebnis bald überzeugt sind, sich schon einmal begegnet zu sein, in London vor über einem Jahrhundert.

Die Liebe ist stärker als der Tod: Aus diesem Topos der Romantik, der zunächst Schlimmes befürchten lässt, flicht Levy eine fröhliche, eingängige Geschichte. Er schreibt nach der Maxime, die er seinem Sohn Louis, 15, mit auf den Lebensweg geben will: „Wenn du einen Traum hast, hab den Mut, ihn bis zum Ende zu gehen.“

Das ist nicht Levys letztes Wort. In seinem nächsten Buch möchte er sich mit seinem Vater beschäftigen, einem dekorierten Helden der Weltkrieg-II-Résistance – er sprang aus dem letzten Zug, mit dem er von Toulouse nach Auschwitz deportiert werden sollte.

ROMAIN LEICK



Buch-Cover
„80 Prozent Glück“

* Marc Levy: „Bis ich dich wiedersehe“. Aus dem Französischen von Bettina Runge und Eliane Hagedorn. Knauer Verlag, München; 300 Seiten; 16,90 Euro.

KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

„Keine Zeit für Inszenierungen“

Die preisgekrönte AP-Fotografin Anja Niedringhaus, 39, über Kriegsfotografie

SPIEGEL: Sie sind die erste deutsche Fotografin, die zusammen mit neun AP-Kollegen mit dem amerikanischen Pulitzerpreis ausgezeichnet wurde – für Ihre Bilder des Irak-Kriegs. Was ist ein gutes Bild vom Krieg?

Niedringhaus: Da gibt es keine Regel. Ich bin zum Beispiel nicht nur an der Frontlinie. Mich interessieren mehr die Menschen im Hinterland, wo der Krieg



Niedringhaus

ebenso tiefe Spuren hinterlässt. Einmal, in Falludscha, war ich auch „embedded“, also innerhalb der Truppen. Aber unter Kontrolle zu arbeiten ist auf Dauer nichts für mich.

SPIEGEL: Wie viel wert ist die Wirklichkeit in Zeiten der digitalen Bildbearbeitung, wo überall retuschiert werden kann?

Niedringhaus: Wir haben für Montagen und Inszenierungen

gar keine Zeit – und es wäre bei uns auch ein Kündigungsgrund.

SPIEGEL: Der Irak-Krieg war jedenfalls nicht Ihr erster Kriseneinsatz.

Niedringhaus: Nein, ich war auch in Afghanistan und schon 1992 in Jugoslawien. Krieg in Europa, das war bis dahin ja nicht vorstellbar. Es war erschreckend und interessant.

SPIEGEL: Wie gut können Sie während des Jobs Emotionen ausschalten?

Niedringhaus: Das ist schwierig. Im Kosovo etwa habe ich über Monate die Flüchtlinge gesehen, die mit nichts an mir vorbeizogen. In solchen Momenten wollte ich lieber für „Ärzte ohne Grenzen“ arbeiten.

SPIEGEL: Gab es Situationen, wo Sie die Kamera weggelegt haben?

Niedringhaus: Ja, in Sarajevo. Da habe ich Verletzte ins Krankenhaus gefahren, weil wir über die Vereinten Nationen noch an Sprit gekommen sind. Erst hinterher dachte ich: „Du hast ja gar keine Fotos.“

SPIEGEL: Gibt es eine Ästhetik des Grauens?

Niedringhaus: Nein, das heißt ... Ich weiß nicht. Ja, wohl doch. In Bosnien etwa war es jeden Tag grauenhaft. Aber ich habe immer Leute getroffen, die noch lachen konnten. Einfach, weil sie einen Tag überlebt haben.

SPIEGEL: Wurden Sie im Irak als Frau in Ihrem Beruf behindert?

Niedringhaus: Es trat eher das Gegenteil ein. Ich wurde mitunter nicht ernst genommen als Frau in dieser Männerdomäne – das war ein Vorteil. Wenn etwa nach Autobombenattentaten meine männlichen Kollegen von der Bevölkerung angegriffen wurden, ließ man mich machen.



ANJA NIEDRINGHAUS / AP

Prämiertes Niedringhaus-Foto (US-Soldaten während des Irak-Kriegs in Falludscha)

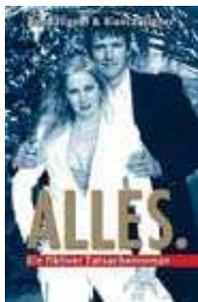
BOULEVARD

Schlüpfriges Comeback

Knapp vier Jahre nach dem Ende seiner Fußballkarriere versucht der frühere Nationaltorwart Bodo Illgner ein Medien-Comeback. Der ersten Interviewtournee (Premiere, DSF) folgen in dieser Woche Auftritte im NDR-Magazin „Das!“ und beim DSF-„Doppelpass“ sowie nächste Woche vormittags im ZDF und bei Stefan Raabs „TV total“. Anlass für die neuerliche Dauerpräsenz des vergessenen Weltmeisters von 1990 ist das Erscheinen des delikaten Tatsachenromans „Alles“, in Auszügen nun in „Bild am Sonntag“ gedruckt. Illgner gewährt Einblicke durchs Schlüsselloch der Mannschaftsquartiere: Hinter einer angelehnten Hoteltür offenbaren sich „splitterfasernackt auf dem Bett“ Kameraden der Nationalelf, wie sie sich „von jeweils einer Frau verwöhnen“ lassen. In dem Erstlingswerk,

das Illgner mit seiner als provozierend schrill bekannten Ehefrau und Managerin Bianca verfasste, bleibt kaum ein Branchenklischee unbestätigt: Bundesligaprofis verabreden sich in ihrem Stammbordell zur Tortenschlacht, zwei Trainer des Torwarts wollen dessen Gattin an die Wäsche. „Die Handlung ist unser Leben“, verrät Bianca Illgner, „80 Prozent“ der Schilderungen seien wahr. So sei die Affäre der Heldin mit einem

verheirateten Teamgefährten des Torhüters durchaus nicht erfunden. Ähnlichkeiten etwa zwischen der Trainerfigur Hans Eckenbauer und Franz Beckenbauer oder dem Einzelgänger Jo Becker und dem stürmenden Bäckerssohn Jürgen Klinsmann leugnen die Autoren nicht. „Der Leser kann Detektiv spielen“, sagt Illgners Gattin. Die Redaktion von Johannes B. Kerner lud das Paar nach Lektüre des schlüpfrigen Werks wieder aus: „Das Thema ist nichts für uns.“



Bodo Illgner & Bianca Illgner: „Alles. Ein fiktiver Tatsachenroman“. Edition Steffan, Köln; 368 Seiten; 21,90 Euro.

TV-Vorschau

Hierankl

Montag, 20.45 Uhr, Arte

Familienzwist statt Alpenglühn: Der preisgekrönte Debütfilm von Hans Steinbichler ist ein Heimatfilm der etwas anderen Art. Tochter Lene (großartig: Johanna Wokalek) kehrt zum 60. Geburtstag ihres Vaters nach langen Jahren Abwesenheit zurück in die Chiemgauer Heimat. In „Hierankl“, so der Name des Familienanwesens, scheint alles beim Alten. Unter der Oberfläche aber brodelt es gewaltig: Vater Lukas (Josef Bierbichler) hat eine Geliebte, Mutter Rosemarie (Barbara Sukowa) ein Verhältnis mit dem jungen Vinzenz (Alexander Beyer). Und dann taucht auch noch der attraktive Götz (Peter Simonischek) auf, ein Studienfreund der Eltern – und mit ihm kommen die düsteren Schatten der Vergangenheit. Beim Geburtstagsdiner schließlich entlädt sich das emotionale Gewitter.

Fliege Spezial: Pfarrertausch

Montag bis Donnerstag, 15 Uhr, ARD

1:0 fürs ZDF: Wegen der erfolgreichen Telenovela „Bianca“ räumt die



Pfarrervertreter Fliege (r.)

ARD ihr Nachmittagsprogramm um. Nach der neuen Talk- und Spielsendung „NachTisch“ öffnet Jürgen Fliege nun eine Stunde früher seine Sorgenstube, um Quotenverluste auszugleichen. Zum elften Jahrestag seiner Show verlässt er diese Woche ausnahmsweise den Talkessel: Für eine Woche waltete Fliege, der einst 15 Jahre als Pfarrer gearbeitet hatte, über die 3000 Seelen der evangelischen Kirchengemeinde im sauerländischen Olpe, während der dortige Pfarrer ins gelobte Land nach Jerusalem reiste. So dürfen wir sehen, wie

Fliege, von Opernarien und seichter Klaviermusik begleitet, neben Gottesdiensten, Trauung und Taufe auch noch einen Gospelchor gründet und 30 000 Euro für den Umbau des Kindergartens sammelt.

Kriegskinder in Mitteldeutschland – Der Zusammenbruch

Dienstag, 22.05, MDR

Hunderte Kinder warten in Landwirtschaftsheimen auf das Ende des



Deutsche Kriegsflüchtlinge aus dem Osten (1945)

Leidens. Traumatisierte Waisen irren durch Trümmerlandschaften, und kilometerlange Flüchtlingsstrecks schieben sich, auf der Suche nach Unterkünften, durch die Straßen. Die Lage der Wehrmacht wird immer aus-

sichtsloser. Dennoch gehen SS-Schergen bei der Hitler-Jugend auf Heldenfang und schicken noch in den letzten Kriegswochen verblendete Kinder an die Front. In der heutigen zweiten Folge dieser Dokumentation berichten Zeitzeugen.

Mauer des Schweigens

Freitag, 20.45 Uhr, Arte

Betrunken läuft der 17-jährige Jamie (Callum Callaghan) durch einen düsteren Londoner Vorort und gerät in Streit mit den dort herumlungernenden Jugendlichen. Die kennen kein Erbarmen. Mit Baseballschlägern und Fußtritteln prügeln sie ihn zu Tode. Obwohl das halbe Viertel Zeuge des Vorfalls wurde, will später niemand etwas gesehen haben. Ein ums andere Mal trifft Kommissar Tony Cottis (Phil Davis) auf verschlossene Mienen. Doch er gibt nicht auf und sucht, im Rücken die verzweifelte Familie des Jungen, hartnäckig weiter nach aussagebereiten Zeugen. Das eindrucksvolle TV-Drama (Regie: Christopher Menaul) beruht

auf einer wahren Begebenheit: Im August 1997 wurde Jamie Robe Opfer einer Londoner Jugendgang. Erst zwei Jahre später konnten drei der Mörder vor Gericht gebracht und verurteilt werden.

TV-Rückblick

37 Grad: Kampf ums Kind

5. April, ZDF

Beinahe jeden Tag verschwindet in Deutschland ein Kind – entführt von dem eigenen Vater oder der eigenen Mutter. Ein Jahr lang recherchierten die ZDF-Autoren Victor Grandits und Jessica Krauß in Sachen „Kindesentziehung“, drei Fälle stellten sie in ihrer Dokumentation vor: Gerhard, dessen ehemalige Lebensgefährtin über Nacht mit den gemeinsamen Kindern nach Florida verschwand; Leila, die mit Töchterchen Alisha vor ihrem amerikanischen Freund flüchtete; Sandra, die seit Monaten nichts von ihrer dreijährigen Tochter gehört hat. Dass die Grenzen zwischen „Opfern“ und „Tätern“ fließend sind und letztlich alle Beteiligten – vor allem aber die Kinder – aus den Beziehungsdramen als Verlierer

herausgehen, machten die Autoren von Anfang an deutlich. Die emotionalen Berichte der verzweifelten Betroffenen berührten. Nicht ganz geklärt wurden allerdings die juristischen Hintergründe: Wann erfüllt ein Sich-Absetzen mit dem Kind im rechtlichen Sinne den Straftatbestand der Entführung?



Streitobjekt Alisha in „37 Grad“



ZDF-Experte Beckenbauer, WM-Endspielort Berliner Olympiastadion, ARD-Analyse-Team Netzer, Delling: Fußball soll quasi rund um die Uhr und

TV-SPORT

Prestige statt Profit

Mit einem internationalen Medientreffen in München beginnt in dieser Woche die heiße Vorbereitungsphase für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006. In Erwartung von Rekordquoten und Sponsoren-Millionen planen die Sender eine Programmschlacht ohne Beispiel.

Der Kongress, der Anfang dieser Woche in München beginnt, ist so elitär wie international besetzt. Seine insgesamt 260 Teilnehmer, die im noblen Hilton Park am Englischen Garten untergebracht werden, kommen aus Trinidad, Korea und Australien. Ihre Arbeitgeber sind die führenden Medienunternehmen der jeweiligen Länder – und die haben Millionen investiert, um bald live und exklusiv aus der bayerischen Metropole sowie elf weiteren deutschen Städten zu berichten.

Und endlich geht es bei der Deutschland-Berichterstattung mal nicht um Hartz IV oder Feinstaub, Neonazis oder Massenarbeitslosigkeit. Angelockt werden die Medienkonzerne vom größten Spektakel, das die Republik nächstes Jahr zu bieten hat: der Fußball-Weltmeisterschaft 2006.

Auf Einladung des Schweizer Sportrechtshändlers Infront und seiner Techniktochter HBS kommen die Medienmacher nach München, um sich zum ersten Mal detailliert die Pläne für die Übertragung des Weltereignisses erklären zu lassen.

Es wird ums große Ganze gehen, aber auch um vermeintliche Nickelkeiten wie

die Perspektiven der mindestens 25 Kameras pro WM-Stadion.

Ein kleineres Grüppchen darf vorab schon mal die Großbaustelle der Allianz-Arena besichtigen. Und am Montagabend wollen CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber und Franz Beckenbauer, Chef des nationalen Organisationskomitees (OK), bei einem Abendessen Stimmung verbreiten für den Stand-, Spiel- und Sportort Deutschland: G'sund samma, rund samma.

Mit der Konferenz in München, an der auch die WM-Beauftragten der hiesigen Rechteinhaber ARD, ZDF, RTL und Premiere teilnehmen, beginnt 423 Tage vor dem Anstoß des Eröffnungsspiels die heiße Phase in der Vorbereitungsschlacht der Medien auf ein Großereignis, gegen das nach dem Willen der Verantwortlichen alles bisher Gesehene und Gesendete eher televisionäre Regionalliga gewesen sein soll.

In allen beteiligten Sendern tagen deshalb schon seit Monaten regelmäßig Arbeitsgruppen mit nur einem Thema: die WM 2006. Es geht um die schrägsten Formatideen, die prominentesten Experten, den exklusivsten Zugang und den entscheidenden Vorsprung vor der Kon-

kurrenz. Denn eines steht längst fest: Die WM wird quasi rund um die Uhr und auf fast allen Kanälen den Schirm beherrschen – auch bei denen, die keine Übertragungsrechte erworben haben.

Weit fortgeschritten sind vor allem die Planungen der ARD, bei der im Vor-WM-Fieber eine regelrechte Kommissionitis ausgebrochen ist: Unter Leitung von WDR-Chefredakteur Ulrich Deppendorf, den die Intendanten zum Gesamtkoordinator berufen haben, gibt es mit dem Sport-Urgestein Heribert Faßbender einen „Teamchef“ für die Sportberichterstattung, einen ARD-Programmchef 2006 und einen „ARD-Off-Air-Beauftragten“.

Neben einer ARD-Koordinierungsgruppe tagt ein gemeinsamer Lenkungsausschuss mit dem ZDF. Selbst ein „WDR-Kreativteam WM 2006“ wurde gegründet.

Intern wurde das bisherige Ergebnis der Bemühungen kürzlich präsentiert. Ein 32-seitiges Papier beschreibt gewaltige Pläne, um die „Stärkung des Profils als Sportsender Nummer eins“ voranzutreiben.

So plant die ARD eigens ein mondänes Sonderstudio am Pariser Platz in Berlin, östlich des Brandenburger Tors, als



auf allen Kanälen das beherrschende Programm werden

„multifunktionale“ WM-Sendezentrale, aus dem an den Spieltagen von früh an praktisch den ganzen Tag lang gesendet werden soll – vom morgendlichen „WM-Studio“ über eine Infotainment-Show namens „Die Welt zu Gast bei Freunden“ bis zu WM-Sonderausgaben von „Brisant“. Derzeit sind Architekten mit den Entwürfen befasst, die Präsentation zeigt ein dreistöckiges Glashaus.

Nach den Spielübertragungen sollen wie gewohnt Gerhard Dellling und Günter Netzer auch noch den letzten Hackentrick in Grund und Boden analysieren, für 23.30 Uhr ist eine „Tagesthemen“-Sendung geplant, bevor um 23.45 Uhr Harald Schmidt den Spieltag abschließend kommentieren soll. An Nichtspieltagen ist der Schmidt-Einsatz schon um 23 Uhr vorgesehen.

Selbst der Nachwuchs soll mit Sonder-sendungen bedacht werden. Anvisiert sind WM-Spezialausgaben des Kinderkanal-Hits „Wissen macht Ah!“ oder der „Sendung mit der Maus“. Es wird kein Entrinnen geben vor der Fußball-Vollversorgung.

Pikant wird es auf Seite 24 des Positionspapiers, denn dort schlägt sich offensichtlich die aktuelle Programmfehde zwischen ARD und ZDF nieder – trotz gemeinsamer und auf Harmonie bedachter Lenkungsgruppe.

An ZDF-Spieltagen plant das Erste demnach ein „Sport-Gegenprogramm“, etwa mit Spielfilmen, die das fußballmüde weibliche Publikum locken sollen. An RTL-Sonntagen sieht das Konzept dagegen schlicht „Regelprogramm“ vor.

Es handle sich bei dem Papier „um Vorschläge, die noch weiterentwickelt werden“, sagt Deppendorf. „Das endgültige Gesamtkonzept werden wir den Intendanten im Juni präsentieren.“

Auch beim Zweiten ist die WM Chefsache. Neben Chefredakteur Nikolaus Brenner als zuständigem Direktor sind vor allem der neue Sportchef Dieter Gruschwitz als „Teamchef“ sowie ein interner „Projektleiter“ mit dem Mammutprojekt betraut.

Gruschwitz hat noch manche Nuss zu knacken, denn das arrivierte ZDF-Gesicht Beckenbauer wird aufgrund seines OK-Jobs deutlich seltener zum Einsatz kommen als noch bei der EM in Portugal. Wunschkandidat Rudi Völler hat bei der Konkurrenz von RTL unterschrieben.

Stattdessen ist jetzt Mainz-05-Trainer Jürgen Klopp unter Vertrag. Ex-Sportchef Wolf-Dieter Poschmann und Béla Réthy werden kommentieren, Johannes B. Kerner führt durch die Übertragungen. Wie bei der EM lädt das ZDF Fans in das Sony-Center am Potsdamer Platz. Und in der Unterhaltungsabteilung wird versucht, eine „Wetten, dass ...?“-WM-Ausgabe auf die Beine zu stellen. Wie bei der ARD soll sich das Gekicke durchs gesamte Programm ziehen.

Der allgemeine Eifer ist verständlich, denn rund um die WM dürfte das lahmen Werbe- und Sponsoringgeschäft kräftig anziehen. Besonders die Rechte-Inhaber müssen versuchen, möglichst viel von diesem Kuchen abzugreifen, denn die Lizenzkosten waren enorm. ARD und ZDF zahlen zusammen etwa 180 Millionen Euro für 48 Begegnungen, RTL immerhin 25 Millionen für 8 Sonntagsspiele. Das Bezahlfernsehen Premiere, das als einziger Anbieter alle 64 Spiele live im Angebot hat, rund 25 Millionen.

Dass sich diese Kosten wieder einspielen lassen, damit rechnet bei den Sendern niemand. Bei der WM im eigenen Lande geht es in erster Linie ums Prestige, nicht um den Profit. Umso engagierter fällt der

Kampf der Sender aus, wenigstens die erwarteten Verluste zu minimieren. Und wenn sportliche Höchstleistungen aus deutscher Sicht derzeit auch noch fraglich scheinen – Superlative wird es auf jeden Fall geben, nämlich bei den Werbespot- und Sponsoringpreisen.

„Es werden mit Sicherheit alle Rekorde gebrochen, die Spot-Preise werden abenteuerliche Höhen erreichen“, glaubt Christof Baron, Geschäftsführer der Media-Agentur Mindshare. „Wir rechnen mit Spitzenpreisen von bis zu 250 000 Euro pro 30-Sekunden-Block, je nach Form der deutschen Elf sogar bis 300 000 Euro.“ Jens-Uwe Steffens von der Hamburger Pilot Group kann sich bei einem Halbfinale mit deutscher Beteiligung gar „gut Preise jenseits der 300 000 Euro vorstellen“.

Bislang liegt der teuerste Werbespot der deutschen TV-Geschichte bei 189 000 Euro. T-Mobile schaltete ihn in der Pause der Fußball-EM-Partie Deutschland gegen Lettland. Die ARD-Werbung, bestätigt Marketingdirektor Robert Lackner, werde „während der WM auf jeden Fall Angebote machen, die über dieser Marke liegen“.

Begünstigt wird die Preistreiberei durch den Umstand, dass die Werbeflächen rund um die Live-Fußballbilder knapp sein werden – sehr knapp sogar. ARD und ZDF dürfen nach 20 Uhr keine Werbung ausstrahlen. Für sie wird die Auslosung und damit die Attraktivität der Nachmittagsspiele entscheidend sein. Erst dann wollen sie auch in die Spot-Vermarktung einsteigen.

Premiere, das einen 24-Stunden-WM-Kanal schalten und zeitweise bis zu fünf Kanäle der WM-Berichterstattung widmen möchte, will komplette Kanäle sponsern lassen sowie Spot-Flächen und Sonderwerbformen und vor allem Werbung nach

„Nur Kluge werden klüger“

Der Medienpsychologe Peter Winterhoff-Spurk über Charaktervorbilder im TV-Programm, falsches Lächeln und das Leben als Seifenoper



Winterhoff-Spurk, 59, lehrt Medienpsychologie an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

20 Uhr anbieten. Preisvorstellung für das umfassendste Sponsorpaket: 848 000 Euro.

Zusätzlich eng werden die Werberäume, weil die offiziellen Fifa-Sponsoren ein Vorkaufsrecht bei Spots und Sponsoring haben. Die wichtigsten Pakete sind denn auch längst verkauft. Bei ARD und ZDF haben sich die Deutsche Telekom, McDonald's, Coca-Cola und Bitburger eingekauft, Telekom und die Biermarke präsentieren zudem die Studiosendungen. Auch hierfür werden Rekordsummen bis zu 15 Millionen aufgerufen.

Und auch bei RTL, wo man rund um das Sendergesicht Günther Jauch und die Fußballgrößen Völlner und Reiner Calmund derzeit eine eigene „RTL-WM-Mannschaft“ zusammenstellt, ist man über die Resonanz aus der Werbewirtschaft „extrem positiv überrascht“, sagt Informationsdirektorin Ingrid Haas.

Kein Wunder, dass sich auch TV-Anbieter ohne Bildrechte ein Stück vom Millionenkuchen erhoffen, zumal viele schon lange vor dem Anstoß mit dem fußballerischen Begleitprogramm beginnen werden, etwa beim Deutschen Sportfernsehen, das schon Erfahrung im Spiel ohne Ball hat.

„Das DSF wird der WM-Sender bis zur WM“, hofft Senderchef Rainer Hüther. Bis zum Ereignis will er neben 14 WM-Qualifikationsspielen von diesem April an monatlich ein Spielerporträt der deutschen Elf, diverse Gesprächssendungen und WM-Reportagen zeigen.

Beim ebenfalls „rechtlosen“ Sender ProSieben gilt Unterhaltungschef Jobst Benthus zufolge das WM-Motto „Flach spielen, hoch gewinnen“. Er setze auf seine „offensiv ausgerichtete Unterhaltungs-Dreierkette Stefan Raab, Oliver Pocher und Elton“ – auch wenn keiner der Sendermanager weiß, wie viel Fußball die Zuschauer am Ende ertragen oder gar goutieren werden.

Derweil grübeln die Rechteinhaber auch über Technikfragen, etwa: Werden ARD und ZDF im herkömmlichen 4:3-Format oder in dem von Infront als Basissignal angebotenen Breitbildformat 16:9 senden? Nach einem 16:9-Versuch bei Uefa-Pokalpartien hatte es gegen ARD und ZDF kürzlich Proteste gehagelt. Grund: Wer nicht über einen Breitbildfernseher verfügt, sieht unschöne schwarze Balken. RTL hat sich bereits für das gewohnte Format entschieden, Premiere bietet beides.

Für Gesprächsstoff bei der Münchner Tagung ist also gesorgt, zumal es auch Ärger um zusätzliche Kameras für virtuelle Analysegrafiken gibt, wie sie bei der EM im Einsatz waren – etwa zur Veranschaulichung von Abseitspositionen. Die Sender hätten den Schnickschnack gern im Angebot, die Organisatoren stellen sich bislang quer. „Es wäre ein Armutzeugnis“, schimpft ein Senderverantwortlicher, „wenn wir ausgerechnet bei der WM im eigenen Land hinter die eigenen Standards zurückfielen.“

MARCEL ROSENBACH, JENS TODT

SPIEGEL: Herr Professor Winterhoff-Spurk, seit Jahren analysieren Sie das Fernsehen und wie die Menschen mit ihm umgehen. Wie viele Fernseher haben Sie daheim?

Winterhoff-Spurk: Zwei – aber sie laufen nicht mehr. Nach der letzten Kabelgebührenerhöhung habe ich gekündigt und wollte mir eine Satellitenschüssel zulegen, habe es dann aber vergessen.

SPIEGEL: Der Medienprofessor sieht privat nicht fern?

Winterhoff-Spurk: Kaum noch. Und ich kann Ihnen sagen: Meine Lebensqualität ist enorm gestiegen. Ich lese jetzt viel mehr als früher, treibe mehr Sport und gehe öfter ins Theater. Mein Kopf ist klarer geworden.

SPIEGEL: Nun möchten Sie offenbar, dass andere es auch so machen. Ihr jüngstes Buch präsentiert dazu viele Zahlen und Befunde – demnach sind die Normalfernseher dabei, sich in „Kalte Herzen“ zu verwandeln*. Was soll das heißen?

Winterhoff-Spurk: Das Fernsehen verändert den Sozialcharakter. Immer schnellerer Nervenkitzel versetzt den Zuschauer in einen andauernden emotionalen Ausnahmezustand. Fernsehkonsum erzeugt, wenn ich die Ergebnisse vieler Studien zusammenfasse, genau das, was klinische Psychologen seit einiger Zeit als „Histrio“ bezeichnen. Das heißt lateinisch Schauspieler.

SPIEGEL: Ist Zuschauen nicht eher etwas Passives?

Winterhoff-Spurk: Es geht doch darum, was das Fernsehen aus uns macht. Histriotypen sind Menschen, die emotional aufdringlich und selbstdarstellerisch, kurzzeitig erregbar und leicht zu beeinflussen sind; verführungsbereit, aber auch sexuell in Not, zudem egozentrisch und labil.

SPIEGEL: Vom Bildschirm kennt jeder solche Leute. Aber färben die schrillen Gestalten wirklich auf das Publikum ab?

Winterhoff-Spurk: Allerdings, das kann man nachweisen. Vielseher denken impressionistisch, handeln sprunghaft und sind un-

entwegt auf der Suche nach dem nächsten Kick – den die Sender ihnen liefern.

SPIEGEL: Das kann doch nur für völlig Bildschirm-süchtige zutreffen.

Winterhoff-Spurk: Das sind wir ja. Im Durchschnitt sehen Deutsche heute pro Tag dreieinhalb Stunden fern. Im Durchschnitt! Das entspricht rund fünf Schulstunden, wobei weniger Gebildete am meisten gucken: Arbeiterkinder sehen etwa doppelt so lange fern wie Kinder aus intellektuellen Haushalten. Das Fernsehen ist der heimliche Erzieher unserer Gesellschaft.

SPIEGEL: Hat es nicht viel mehr mit Unterhaltung und Zerstreuung zu tun?

Winterhoff-Spurk: Ja, wer schlechte Laune hat, sieht mehr fern. Auch darum wird Fernsehen immer unterhaltender präsentiert – bis hin zu Stilmitteln wie dem Einsatz von Musik bei Nachrichtensendungen.

SPIEGEL: Weshalb nennen Sie die Berieselung dann gleich Erziehung?

Winterhoff-Spurk: Berieselung ist mir ein zu schwacher Ausdruck für das, was da passiert. Selbst wenn Sie nebenbei lesen oder bügeln: Es wirkt, ob Sie wollen oder nicht. Es gibt Zuschauer, die mit Fernsehfiguren reden wie mit guten Bekannten. Klaus Jürgen Wussow, der Doktor aus der „Schwarzwaldklinik“, wurde oft um Rat bei allen möglichen Wehwehchen gebeten. Das mögen Extremfälle sein, aber der Erfolg des Fernsehens beruht mit auf solch „parasozialen Bindungen“, wie das in der Fachsprache heißt.

SPIEGEL: Mutter Beimers Wohl und Wehe in der „Lindenstraße“ anstelle realer Nachbarschaft? Klingt fast nach einer Verschwörungstheorie.

Winterhoff-Spurk: Nein, die Zuschauer haben ja die Wahl. Es ist ein System wechselseitiger Beeinflussung, zum Beispiel über die Quote. Weil Gefühlsfernsehen so erfolgreich ist, bringen die Sender immer mehr davon. Die Zuschauer verlangen dann eine immer stärkere Dosis Emotion und Sensation – ein Teufelskreis.

SPIEGEL: Stimmt das denn? Sind die Zuschauer nicht doch klüger als das Medium?

Winterhoff-Spurk: Schön wär's. Studien belegen: Fernsehen macht allenfalls Kluge klüger; Dumme bleiben dumm. Die erste „Big Brother“-Staffel haben zwar auch viele meiner Studenten angeschaut – aus Profi-Interesse. Aber was zählt, ist der Trend: Die Prägung des Verhaltens zu immer inszenierterem Darstellertum. Denken Sie

* Peter Winterhoff-Spurk: „Kalte Herzen. Wie das Fernsehen unseren Charakter formt“. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart; 272 Seiten; 19,50 Euro.

nur an Guido Westerwelles lächerlichen Besuch im „Big Brother“-Container.

SPIEGEL: Wollen Sie dafür allein das Fernsehen verantwortlich machen?

Winterhoff-Spurk: Das Fernsehen verstärkt eine Tendenz im System. Wie ein Durchlauferhitzer fördert es eine Entwicklung, die in den letzten Jahrzehnten dramatisch zugenommen hat – in Richtung von Bindungsunsicherheit, quer durch alle Lebensalter. Wer das eigene Leben als Seifenoper begreift, mit sich selbst in der Hauptrolle, hat keine Skrupel mehr, die Nebendarsteller gelegentlich auszuwechseln.

SPIEGEL: Haben nicht Rollenspiele früher weit mehr als heute die Gesellschaft bestimmt – vom Ständekleid des Mittelalters über den Reifrockpomp bis zum honorigen steifen Kragen der Bismarck-Ära?

Winterhoff-Spurk: Mag sein, aber das war Gruppenzwang. Seit der Aufklärung haben sich die Bräuche äußerlich gelockert. Individualität ist Trumpf; eigentlich muss

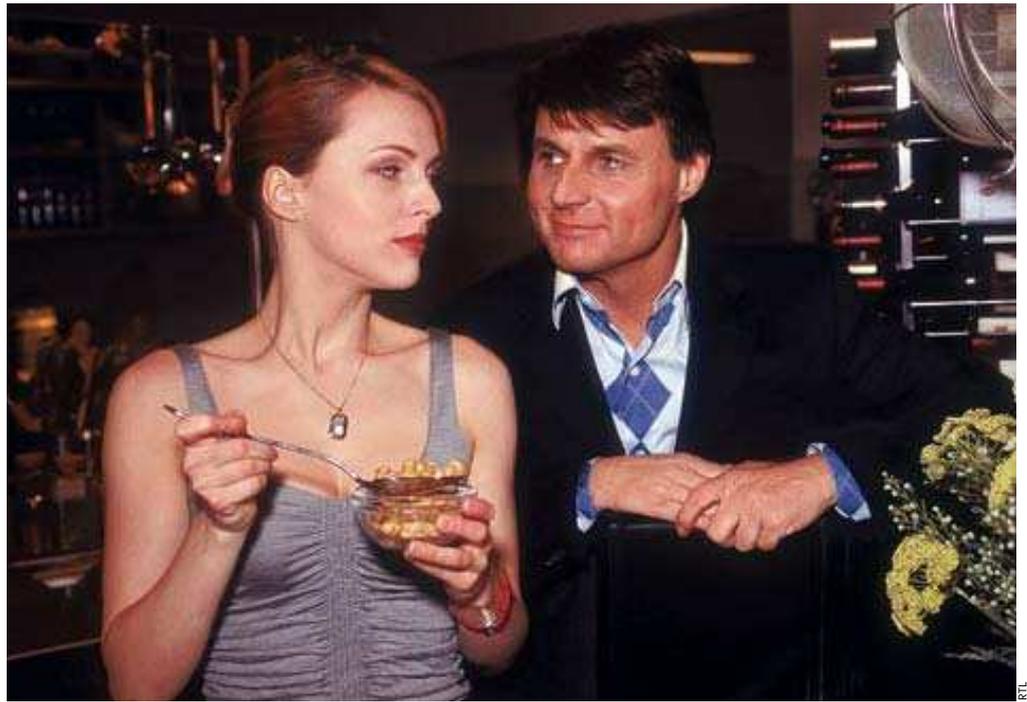
sich das Individuum nicht mehr inszenieren. Aber nun wird das Konzept überdreht, Inszenierung ersetzt die Individualität.

SPIEGEL: Ist das für Sie der Endpunkt der Entwicklung: Ich selbst bin die Botschaft, Auftreten genügt – wie bei der lustigen Schönheitschirurgenwitwe Tatjana Gsell oder Verona Pooth, ehemals Feldbusch?

Winterhoff-Spurk: Zumindest haben solche Selbstdarsteller keinen fassbaren individuellen Kern mehr. Rudolph Moshammer war auch so ein Fall; ihn als Modemacher zu bezeichnen wäre doch verwegen. Endpunkt? Da ist sicher noch viel Grelleres denkbar.

SPIEGEL: Aber ohne Erfolgsgarantie: Die „Apprentice“-Show, wo Kandidaten sich um einen Managerposten beim New Yorker Immobilienhai Donald Trump bewerben konnten, war in den USA ein Hit, doch bei uns sind ähnliche Sendungen mit John de Mol und Reiner Calmund durchgefallen.

Winterhoff-Spurk: Vielleicht waren die Nachahmungen nur schlecht gemacht. Außer-



Szene aus der RTL-Serie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“*: Fernsehhelden als gute Bekannte?

dem kommt aggressives Durchsetzen bei uns nicht gut an. Unsere beliebtesten Typen ähneln eher Daniel Küblböck: Verlierer mit guten Geistern im Hintergrund.

SPIEGEL: Trotz des globalen Inszenierungstrends gibt es also nationale Eigenheiten?

Winterhoff-Spurk: Natürlich. Das eine Publikum ist empfindsamer, das andere forscher. Aber ich sehe schon so etwas wie einen Geleitzug der Industriegesellschaften in eine gemeinsame Richtung.

SPIEGEL: Und die USA fahren vornweg?

Winterhoff-Spurk: Kommerziell vermutlich ja. Aber wir liegen auch ganz gut im Inszenierungsrennen. Und die Holländer sind im Fernsehen sehr, sehr weit.

SPIEGEL: Spielt der Titel Ihres Buchs deshalb auf Wilhelm Hauffs Märchen „Das kalte Herz“ an, in dem der Köhlerjunge Peter Munk beim bösen „Holländer-Michel“ sein Herz gegen ein steinernes eintauscht?

Winterhoff-Spurk: Ein gutes Beispiel ist die Moderatorin Linda de Mol. Dieses falsche

Lächeln, diese unechten Gesichtsausdrücke – das macht sie entsetzlich gut. Wir analysieren hier am Institut häufig Mimik, da wird so etwas schnell klar.

SPIEGEL: Über Günther Jauchs Mienenspiel ist schon viel gesagt worden. Aber transportieren Sendungen wie „Wer wird Millionär?“ neben Emotion und Unterhaltung nicht auch einiges an Wissen?

Winterhoff-Spurk: Ja, aber die Wissensform des Histrion: punktuelles Faktenwissen. In keiner dieser Sendungen lernt man

Hintergründe oder analytisches Denken. Stattdessen wird suggeriert, jemand sei gebildet, der viel lexikalisches Wissen hat.

SPIEGEL: Nehmen Sie Nachrichtensendungen von dieser Kritik aus?

Winterhoff-Spurk: Nein. Auch dort zählen Rührstücke – die Live-Berichte über das Sterben des Papstes zeigen es wieder.

SPIEGEL: Wird Information irgendwann ganz auf der Strecke bleiben?

Winterhoff-Spurk: Ich fürchte ja. Inzwischen gibt es auch noch die Konkurrenz durch das Internet. Nach der Tsunami-Katastrophe konnte man im Netz Amateurfilme sehen, in denen Menschen ertrinken. Die Sensationsspirale dreht sich immer weiter.

SPIEGEL: Markt und Öffentlichkeit wird niemand abschalten können. Was also tun?

Winterhoff-Spurk: Rezepte habe ich nicht zu bieten. Ich bin Psychologin und Soziologin – gewiss kein Revolutionär. Aber ich sehe, dass die Politik keine Antworten mehr gibt. Wo früher die Utopien herkamen, findet heute fast nur noch Machterhaltung statt.

SPIEGEL: Müssen es gleich Utopien sein?

Winterhoff-Spurk: Ich glaube schon. Es muss etwas da sein, wofür Menschen sich langfristig begeistern, wofür sie auf Events und raschen Glanz verzichten. Aber das sind Fernziele. Viel näher liegt es, Kinder Distanz im Umgang mit Medien zu lehren.

SPIEGEL: Was ist denn überhaupt für Sie gutes, fesselndes Fernsehen?

Winterhoff-Spurk: Bildungsprogramme, Dokumentationen, die meine Neugier anregen, „Tagesschau“ und „Sportschau“. Sendungen, wo es um die Sache geht, ohne Hetze – und ohne dass gleich alles in Gefühlsdunst gehüllt wird.

INTERVIEW: JOHANNES SALTZWEDEL,
MARTIN WOLF



Selbstdarstellerin Gsell: Die Botschaft bin ich

* Mit Natalie Alison, Wolfgang Bahro.

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen**für Texte und Grafiken:**

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris
 Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD

Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
 E-Mail: service@spiegel.de
 www.spiegel.de/shop

Abonnenten-Service

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
 20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif
 Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif
 Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070
 E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz

DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
 Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
 E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
 Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
 E-Mail: info@bliista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
 E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementpreise

Inland: zwölf Monate € 145,60
 Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 465,40
 Studenten Inland: zwölf Monate € 101,92 inkl.

6-mal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-
 Europa: zwölf Monate € 200,20
 Außerhalb Europas: zwölf Monate € 278,20
 Halbjahresaufträge und befristete Abonnements
 werden anteilig berechnet.

Abonnementbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
 20637 Hamburg.

Oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 2,80 pro Ausgabe (Normallieferung)
 für € 8,95 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am
 Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
 Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte
 Hefte bekomme ich zurück.

Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL,
 das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP05-004

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (v. l. s. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper (stellv.). Redaktion: Annette Bruhns, Per Hinrichs, Carsten Holm, Dr. Hans Michael Kloth, Bernd Kühnl, Merlind Theile. Autoren, Reporter: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darmstadt, Hartmut Palmer, Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Gabor Steingart, Jan Fleischhauer (stellv.), Konstantin von Hammerstein (stellv.). Redaktion Politik: Ralf Beste, Petra Bornhöft, Markus Feldenkirchen, Horand Knap, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Christoph Schmitz, Christoph Schulz, Alexander Szandar. Reporter: Matthias Geyer. Redaktion Wirtschaft: Sven Afthippe, Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Wolfgang Johannes Reuter, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

Autoren: Dirk Kurbjuweit, Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND Leitung: Clemens Höges, Michaela Schieffl (stellv.). Redaktion: Dominik Cziesche, Michael Fröhlingdorf, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. Autoren, Reporter: Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Markus Deggerich, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO Leitung: Heiner Schimmöller. Redaktion: Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Irina Repke, Sven Röbel, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. Redaktion: Beat Balzli, Julia Bonstein, Dietmar Hawranek, Alexander Jürg, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klavitter, Jörg Schmitt, Thomas Schulz, Janko Tietz

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). Redaktion: Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falkscho, Joachim Hoelgens, Siegesmund von Isemann, Marion Kraske, Jan Puhl, Dr. Stefan Simons. Autoren, Reporter: Klaus Brinkbauer, Dr. Erich Follath, Dr. Olaf Ihlau, Susanne Koellb, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. Redaktion: Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbrock, Julia Koch, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimitz-Köster, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Trauffetter, Christian Wüst

KULTUR Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. Redaktion: Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterbug, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronstein, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. Autor: Urs Jenny

GESELLSCHAFT Leitung: Lothar Gorriss, Cordt Schimmben. Redaktion: Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goss, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. Reporter: Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Thomas Huetlin, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weinzierl. Redaktion: Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Leitung: Stephan Burgdorff, Norbert F. Pötzel (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Joachim Mohr, Manfred Schniedenharn, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

HAUSMITTEILUNG, INFORMATION Hans-Ulrich Stoldt

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Dieter Gellrich, Bianca Hunekehl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirikka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Claudia Jeczowitz, Matthias Krug, Anke Wellnitz, Josef Casallos, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Dilia Regnier, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Karin Weinberg. E-Mail: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe; Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershon Schwalfenberg, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Cobahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalbach, Carlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Andreas Wassermann; Christoph Pauly, Oberland 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Bettina Musall, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 454950, Fax 4549525

STUTTGART Felix Kuz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (003811) 2669987, Fax 3670356

BRÜSEL Hans-Jürgen Schlamp. Autor: Dirk Koch, Bd. Charlemaigne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 4615, Jerusalem 91046, Tel. (009722) 561192-6 oder -7, Fax 5611928

KAIRO Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Matthias Matussek, 3 Northumberland Place, Richmond, Surrey TW10 6TS, Tel. (004420) 8605 3893, Fax 8605 3894

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Walter Mayr, Uwe Klufmann. Autor: Jörg R. Mettke, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007095) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-20581518

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golt Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Frank Hornig, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42968022

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323544, Fax 65325453

PRAG Jiřská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, Rio de Janeiro-RJ, CEP 22290-970, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smolczyk, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Marco Evers, 1452 Bush St, Apt 6, San Francisco, Ca 94109, Tel. (001415) 441 3705, Fax 358 4522

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, An Sheng Garden 263, Huqingping Rd. 1357, Qingpu District, Shanghai 201702, Tel. (008621) 5988 6646, Fax 5988 6645

Warschau P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warszawa, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Georg Mascolo, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Jürgen Kremb, Herrngasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DUKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.), Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bött, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eitzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immissch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gassek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sidow, Rainer Lübbert, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Olmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Andrea Sauerbier, Maximilian Schärer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Arja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szim, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 1. Januar 2005

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2475

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Druck: Gruener Druck, Itzehoe

Dresdner Druck- und Verlagshaus

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum.
 K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 2. 4.

VATIKAN I Papst Johannes Paul II. stirbt um 21.37 Uhr nach langer Krankheit im Alter von 84 Jahren in seiner Wohnung im obersten Stock des Apostolischen Palastes in Rom.

SONNTAG, 3. 4.

VATIKAN II Nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. trauern Millionen Menschen rund um den Erdball. Politiker und Religionsführer aus aller Welt würdigen den Verstorbenen als Mann des Friedens und Mitgestalter der Weltgeschichte, zumal bei der Entmachtung kommunistischer Diktaturen.

MONTAG, 4. 4.

VATIKAN III Der präparierte Leichnam des Papstes wird für vier Tage im Petersdom zu Rom aufgebahrt. Hunderttausende Gläubige warten stundenlang vor dem Dom, um sich von Karol Wojtyla zu verabschieden.

SPENDEN Die Deutsche Welthungerhilfe warnt vor dem Versickern gespendeter Gelder in den Staatsapparaten der vom Tsunami zerstörten Länder Asiens und

fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt an örtliche nichtstaatliche Organisationen zu wenden.

ÖSTERREICH Der umstrittene Rechtspopulist Jörg Haider gründet mit dem Bündnis Zukunft Österreich eine neue Partei und besiegelt damit die Spaltung der Freiheitlichen Partei.

DIENSTAG, 5. 4.

ARBEITSMARKT Während die Bundesagentur für Arbeit Erwerbslose verstärkt in Jobs in der Landwirtschaft vermitteln will, erklären die deutschen Landwirte, sie zögen Erntehelfer aus Osteuropa vor.

GAZASTREIFEN Jüdische Siedler zeigen sich erstmals zu einem Umzug aus dem Gazastreifen an die Mittelmeerküste Israels bereit.

WAFFENEMBARGO Außenminister Joschka Fischer stellt sich gegen die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China und lässt es auf eine Kraftprobe mit Bundeskanzler Gerhard Schröder ankommen.

HAI-INVASION Tausende Haie schwimmen bis auf wenige hundert Meter an die Küste Floridas heran. Mehrere Strände müssen geschlossen werden.

MITTWOCH, 6. 4.

WAHL Der Kurde Dschalal Talabani wird vom irakischen Parlament zum Staatspräsidenten gewählt. Zu seinen Stellvertretern werden der Schiit Adil Abd al-Mahdi und der Sunnit Ghazi Jawir bestellt.

VATIKAN IV Der römische Zivilschutz ruft neueintreffende Pilger dazu auf, nicht mehr in die überfüllte Stadt zu kommen.

DONNERSTAG, 7. 4.

VATIKAN V Das 15-seitige Testament von Papst Johannes Paul II. wird veröffentlicht. In ersten Interpretationen heißt es, der Papst habe im Jahr 2000 ernsthaft erwogen, sein Amt niederzulegen.

FREITAG, 8. 4.

VATIKAN VI In Rom findet die Beisetzung des Papstes statt, eine Trauerfeier der Superlative: die größte in der Geschichte, mit 4 Millionen Pilgern und etwa 200 Staatsoberhäuptern aus aller Welt. Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger hält die Trauerrede.

SPIEGEL TV

MONTAG, 11. 4.
22.45 – 23.15 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Spuren lügen nicht – Neue Einsätze für das Unfallkommando

Sie sind die Kriminalisten der Straße: Die Beamten vom Verkehrsunfalldienst Hannover vernehmen Zeugen, sichern Beweise, analysieren Spuren. Im Winter wird ihre Arbeit zusätzlich erschwert: Bei Neuschnee oder eisglattem Asphalt sind Spuren kaum zu entziffern.



Spurensicherung

DONNERSTAG, 14. 4.
22.35 – 23.30 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Auferstanden aus Ruinen – Ein Kaufhaus für Potsdam

Nachdem das ehemalige Konsum-Warenhaus ausgebrannt war, mussten die Potsdamer zehn Jahre auf ein Kaufhaus warten. Am 10. März war es so weit: Karstadt eröffnete in der Potsdamer Innenstadt.

FREITAG, 15. 4.
21.55 – 23.55 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

The Staircase – Tod auf der Treppe Teil 3: Der Prozess

Der Schriftsteller Michael Peterson wird wegen Mordes an seiner Frau Kathleen angeklagt. Er beteuert seine Unschuld. Vor Gericht versuchen Anklage und Verteidigung, ihre gegensätzlichen Theorien zu beweisen. War es ein Unfall oder Mord?

SAMSTAG, 16. 4.
21.55 – 24.00 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

The Staircase – Tod auf der Treppe Teil 4: Das Urteil

Fünf Tage lang beraten die Geschworenen. Fünf Tage, die alle Beteiligten als unendlich nervenaufreibend empfinden. Wie lautet das Urteil? Ist Michael Peterson schuldig oder nicht schuldig?

SONNTAG, 17. 4.
23.20 – 0.10 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Heroin, Koks und Ecstasy – Drogenfahnder auf der Jagd nach Dealern; **Angsttherapie für Kriegsveteranen** – wie US-Soldaten das Irak-Trauma am PC verarbeiten; **Fliesenleger-Schwemme** – über die Tricks osteuropäischer Billiglöhner.



Nasa-Mitarbeiter betrachten am Mittwoch die Raumfähre „Discovery“ in Cape Canaveral, Florida. Ihr geplanter Start Mitte Mai scheint wegen Sicherheitsmängeln fraglich.



OBSERVATORE ROMANO / ANSA / DPA

RECONQUISTA 2005

Das öffentliche Sterben des Papstes hat Millionen Menschen in aller Welt bewegt. Geht vom Tod des Pontifex auch eine Re-Christianisierung Deutschlands aus? Eine SPIEGEL-ONLINE-Analyse.

►► POLITIK

Wankende Bastion: Rot-Grün bangt in Nordrhein-Westfalen um die Macht. SPIEGEL ONLINE berichtet vom Kampf um die Wählerstimmen.

►► WIRTSCHAFT

Zeit zum Handeln: KarstadtQuelle präsentiert die Geschäftszahlen. Gibt es noch Hoffnung für den angeschlagenen Konzern?

►► UNISPIEGEL

Feiner Zug: Im „Career Express“ zur Hannover-Messe treffen Bewerber auf Personalchefs. SPIEGEL ONLINE fährt im Sonderzug mit.

►► SPORT

Glück auf Schalke: Fußball-Lehrer Ralf Rangnick spricht im Interview über den Titelkampf mit Bayern, Rudi Assauer und das schöne Gelsenkirchen.

►► Dazu täglich mehr als 100 weitere aktuelle Nachrichten, Reportagen und Hintergründe bei SPIEGEL ONLINE.

**Jeden Tag.
24 Stunden.**

www.spiegel.de
Schneller wissen, was wichtig ist.

GESTORBEN

Saul Bellow, 89. Er war der Senior des US-amerikanischen Romans, von alten wie jungen Kollegen neidlos akzeptiert: „Bellow sieht mehr, als wir sehen – sieht, hört, riecht, schmeckt, berührt. Verglichen mit ihm nehmen wir Übrigen bloß ab und zu etwas wahr“, schrieb unlängst der Brite Martin Amis. Bellow, der in Kanada geborene Sohn russisch-jüdischer Einwanderer, kam als Jugendlicher nach Chicago, das auch zum Schauplatz vieler seiner Werke wurde. Der spätere Nobelpreisträger (1976) veröffentlichte 1944 sein erstes Buch und wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Romanen wie „Herzog“ (1964), „Mr. Sammlers Planet“ (1970), „Humboldts Vermächtnis“ (1975) und „Der Dezember des Dekans“ (1982) zum internationalen Literaturstar. Mit seinem späten Roman „Ravelstein“ (2000) rundete er souverän seine Erzählerkarriere ab. Saul Bellow starb am 5. April in Brookline, Massachusetts.



PRESSENSBILD HELLBURG / DPA

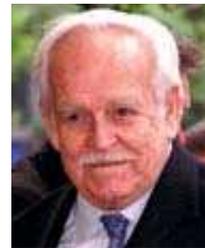
Marie Louise Fischer, 82. Mit Titeln wie „Verbotene Liebe“, „Liebe meines Lebens“, „Liebe im Grandhotel“ oder „Mit den Augen der Liebe“ erreichte die studierte Germanistin ein Millionenpublikum. Ihre in 23 Sprachen übersetzten Romane haben allein in Deutschland eine Auflage von mehr als 70 Millionen erreicht. Insgesamt hat die Bestsellerautorin mehr als 100 Romane und Krimis sowie 75 Kinder- und Jugendbücher geschrieben. Der Jungmädchentraum der Düsseldorfer Kaufmannstochter, einmal Schriftstellerin zu sein, ist damit in Erfüllung gegangen. Marie Louise Fischer starb am 2. April in Prien am Chiemsee.



FLORENTINA KERNHART / DPA

Fürst Rainier III. von Monaco, 81. Er stand dem winzigen Fürstentum am Mittelmeer mit soignierter Gelassenheit und eleganter Attitüde vor. Was von Ferne wirkte wie die leichthändige Administration einer antiquierten Operetten-Monarchie, war über lange Jahre der Versuch, den finanziell bedrohten Zwergstaat im Süden Frankreichs über Wasser zu halten. Rainier gelang das Kunststück mit seiner Casino- und Hotelgesellschaft, der Société des Bains de Mer, die er wieder profitabel machte, und dem Ausbau seines Landes zu einem Steuerparadies. Durch die Heirat mit dem amerikanischen Filmstar Grace

Kelly 1956 sorgte der Fürst auch noch für den Glamour, den seine Herkunft vermissen ließ. Rainiers Mutter Charlotte war die uneheliche, später legitimierte Tochter von Fürst Louis II. und einer Bürgerlichen. Mit fast 56 Jahren Dienstzeit war der Chef des Hauses Grimaldi der am längsten regierende Monarch Europas. Fürst Rainier III. von Monaco starb am 6. April in Monte Carlo.



JOCHEN LUEBKE / DDP

Konrad Reiss, 47. Wenn Not am Mann war, packte er mit an. Zum Beispiel, als sein gechartertes Schiff bei einem Segeltörn im Mittelmeer leckschlug. Mit vereinten Kräften schöpfte die Crew das Wasser aus dem Boot und erreichte den Hafen. Zupackend und teamorientiert – so arbeitete Reiss auch für die Deutsche Telekom, wo er als Vorstandsmitglied für den auf Geschäftskunden spezialisierten Konzernbereich T-Systems verantwortlich war. Im vergangenen Jahr führte der frühere Debit-Manager den pannenträchtigen Maut-Betreiber Toll Collect aus der Krise und sorgte im Januar endlich für einen reibungslosen Start der Lkw-Maut, eine Leistung, die ihm viel Anerkennung brachte und die Erwartungen an ihn beflügelte. Konrad Reiss starb am 6. April im Urlaub in Südafrika an Herzversagen.

Max von der Grün, 78. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft erlernte der Sohn eines Schuhmachers das Maurerhandwerk und ging ab 1951 unter Tage schuften. Mit der Veröffentlichung seines zweiten Romans „Irrlicht und Feuer“ (1963) endete seine Laufbahn als Kumpel: Er wurde entlassen. Sein sozialkritisches Buch erzürnte nicht nur seine Arbeitgeber, auch von Gewerkschaftsseite wurde er heftig kritisiert. Das focht den „gelernten Ruhrgebietler“, wie er selbst sich nannte, aber nicht an. In seinen folgenden Werken, von denen viele verfilmt wurden, widmete er sich weiterhin der anderen Seite des Wirtschaftswunders. Der Erfolg gab dem Schriftsteller, der sich als einer der Ersten seiner Zunft mit der Gefahr des Rechtsradikalismus auseinandersetzte, Recht. Auch mit seinem Jugendbuch „Vorstadtkrokodile“ (1976) setzte der gebürtige Bayreuther Maßstäbe, es gehört zu den meistgelesenen Romanen dieses Genres. Max von der Grün starb am 7. April in Dortmund.



ERWIN ELSNER / DPA

Das Abenteuer Wirklichkeit.

Das XXP-Abendprogramm vom 11. bis 17. April 2005

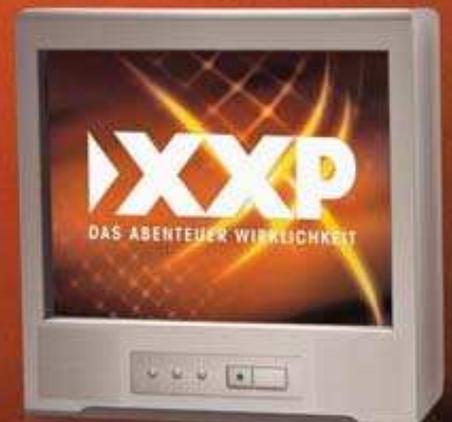
<p>MONTAG, 11. 4. Tagesthema: Gegenwart 19.00 Uhr: XXP Aktuell 19.30 Uhr: Punkt X Gast: Professor Horst Herrmann, Theologe, über die Papst-Nachfolge 20.00 Uhr: XXP Nachrichten 20.15 Uhr: SPIEGEL TV Magazin U. a.: Schießwütige Polizei – Wildwest in Thüringen 21.00 Uhr: Berlin – Eine Stadt erwacht SPIEGEL TV Reportage 21.25 Uhr: Böses Erwachen – wenn Schönheitsoperationen hässlich machen SPIEGEL TV Extra 22.10 Uhr: XXP Wirtschaft 22.45 Uhr: SPIEGEL Thema „Die Macht der Kirche“ Ulrich Schwarz, DER SPIEGEL, im Gespräch mit Dr. Heiner Geißler, Dr. Jazek Lepiaz, Polnische Presseagentur, und Gotthold Hasenhüttl, Theologieprofessor 23.15 Uhr: XXP Mobil Thema: Techno Classica in Essen – die größte Oldtimer-Messe der Welt 23.35 Uhr: Zeitzeugen Filmemacher Lothar Wameke</p>	<p>DIENSTAG, 12. 4. Tagesthema: Vergangenheit 19.30 Uhr: Punkt X Gast: Lutz Hachmeister und Michael Kloft über ihren Film „Das Goebbels-Experiment“ 20.00 Uhr: XXP Nachrichten 20.15 Uhr: XXP History Magazin zur Zeitgeschichte mit Michael Kloft Thema u. a.: Das Ende im Führerbunker 21.00 Uhr: „Sturm auf Berlin“ Am Ende des Zweiten Weltkriegs ist Berlin von sowjetischen Armeen eingeschlossen; die Eroberung der Hauptstadt wird zum blutigen Straßen- und Häuserkampf. SPIEGEL TV-Dokumentation 22.30 Uhr: Die Nazi-Rächer Eine jüdische Spezialeinheit machte nach 1945 Jagd auf ehemalige SS- und Gestapo-Angehörige. SPIEGEL TV-Dokumentation 23.15 Uhr: Punkt X 23.35 Uhr: Zeitzeugen Filmemacher Lothar Wameke</p>	<p>MITTWOCH, 13. 4. Tagesthema: Zukunft 19.00 Uhr: XXP unterwegs 19.30 Uhr: Punkt X Gast: Andres Veiel, Regisseur, über sein Projekt „Der Kick. Spurensuche eines Mordes“ 20.00 Uhr: XXP Nachrichten 20.15 Uhr: BBC Exklusiv: Apokalypsen des Altertums Sodom und Gomorra 21.00 Uhr: BBC Exklusiv: Apokalypsen des Altertums Der Untergang der Maya 21.45 Uhr: XXP Mobil Thema: Techno Classica in Essen – die größte Oldtimer-Messe der Welt 22.15 Uhr: Gelebt, geliebt und ausgestopft – Die konservierte Kreatur SPIEGEL TV Extra 22.30 Uhr: XXP Medizin & Forschung Thema: Die Pille für den Mann Moderation: Corinna Lampadius</p>	<p>DONNERSTAG, 14. 4. Tagesthema: Lebensart 19.00 Uhr: KulturCheck 19.30 Uhr: Punkt X Gast: Eva-Maria Hagen 20.00 Uhr: XXP Nachrichten 20.15 Uhr: Lebensart 21.00 Uhr: Auf Biegen und Brechen – Die Stuntmenfabrik, Teil 1 SPIEGEL TV Extra  Stuntman 21.45 Uhr: XXP Kino U. a. über den Film „Das Goebbels-Experiment“ 22.15 Uhr: Bitter Moon Thriller, F/GBR 1993 Regie: Roman Polanski</p>
<p>FREITAG, 15. 4. Tagesthema: Kontinente 19.30 Uhr: Punkt X Gast: Efrain Vedder, ehemaliges Mitglied der Sekte Colonia Dignidad in Chile 20.00 Uhr: XXP Nachrichten 20.15 Uhr: XXP Reise Unterwegs mit Traumschiffen 21.00 Uhr: BBC Exklusiv: Tierisch daneben 21.45 Uhr: Toyota World of Wildlife Speed – die Geschwindigkeit der Tiere  Leopard 22.15 Uhr: Faszination Tierpark Der SafariPark Hodenhagen, Teil 1 22.45 Uhr: XXP Auslandsspiegel 23.15 Uhr: Ultimative Menschen: Joachim Schlömer dctp-Kontext</p>	<p style="text-align: center;">PROGRAMMTIPP DER WOCHE MITTWOCH, 21.00 UHR: BBC EXKLUSIV: APOKALYPSEN DES ALTERTUMS DER UNTERGANG DER MAYA</p>  Tempelanlage in Tikal, Guatemala Die Maya entwickelten eine der beeindruckendsten Hochkulturen der Menschheit. Schon im 8. Jahrhundert hatten sie eine eigene Schrift und verfügten über Kenntnisse auf dem Gebiet der Astronomie und Mathematik. Doch vor 1200 Jahren ereignete sich offenbar eine Katastrophe: Innerhalb von nur 100 Jahren war die Hochkultur der Maya verschwunden. Warum das geschah, blieb lange Zeit eines der großen Rätsel des Altertums.	<p>SAMSTAG, 16. 4. Tagesthema: Gesellschaft 19.30 Uhr: Punkt X Das Interview der Woche 19.55 Uhr: XXP Wochenrückblick 20.15 Uhr: Wendepunkte Süddeutsche TV 22.05 Uhr: Pferdezeit Dressur, Klausur, Parcours – Reiten im K.-o.-System 23.05 Uhr: Crash Drama, CAN/GBR 1996 Mit Holly Hunter, Rosanna Arquette, James Spader SONNTAG, 17. 4. Tagesthema: Kultur 19.00 Uhr: Pferdezeit 100 Jahre Deutsche Reiterliche Vereinigung – Im Dienst für Pferd und Reiter 20.15 Uhr: BBC Exklusiv: Venom ER – Gift im Blut und Zum Ende des Dritten Reichs dctp-Kontext 23.25 Uhr: Kozure Okami – Japanische Samurai</p>	

Ansprechpartner für Werbung bei XXP: Marco Stolze,
 Tel. +49/ 40/ 30 07-30 42, marco.stolze@xpp.tv

XXP ist der Fernsehsender von SPIEGEL TV und dctp

XXP ist zu empfangen:

in Kabelnetzen in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sowie in Leipzig;
 über Astra digital 24 Stunden täglich;
 über Astra analog täglich von 06.00 bis 08.00 und von 19.55 bis 24.00 Uhr
 auf dem Kanal von TV Travelshop  www.tvtravelshop.de



Montags:
Gegenwart

Dienstags:
Vergangenheit

Mittwochs:
Zukunft

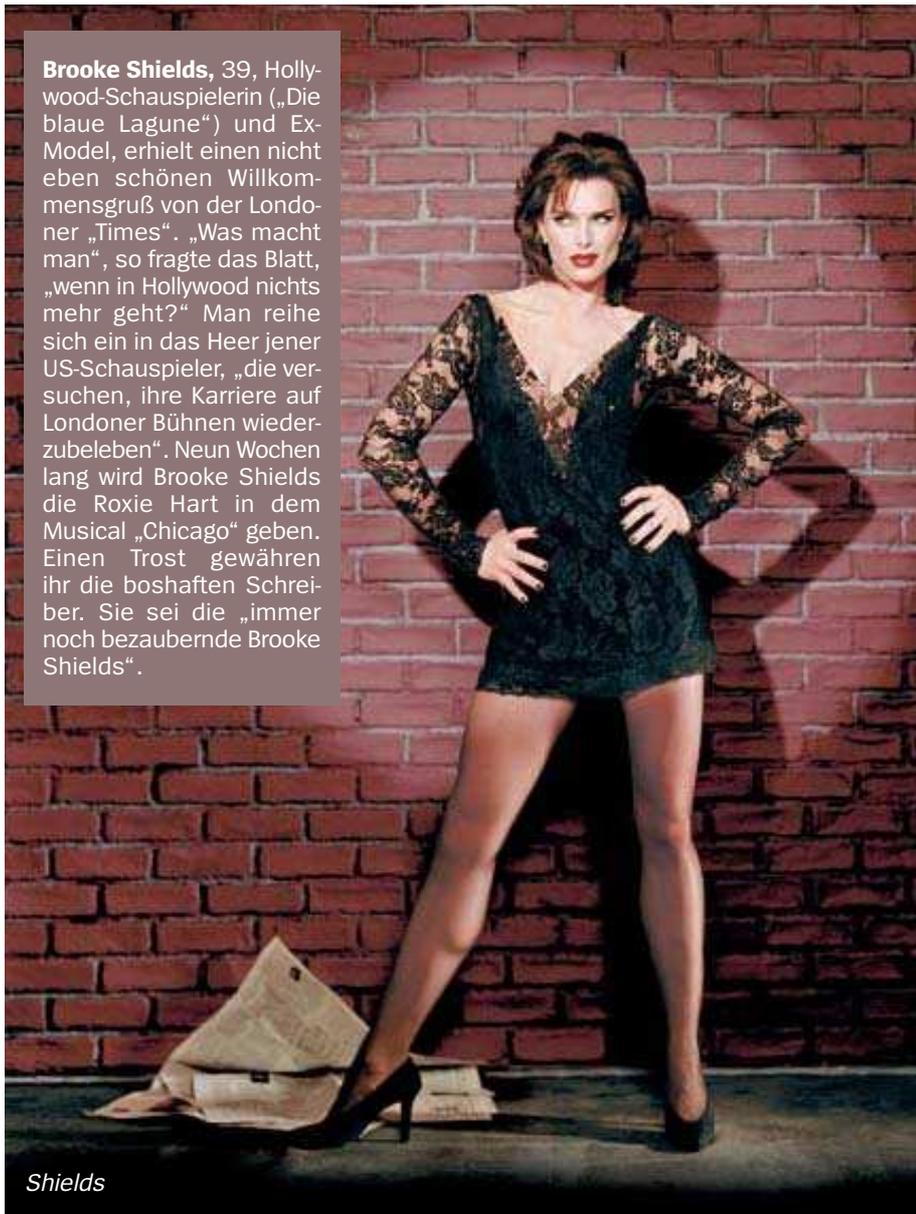
Donnerstags:
Lebensart

Freitags:
Kontinente

Samstags:
Gesellschaft

Sonntags:
Kultur

Brooke Shields, 39, Hollywood-Schauspielerin („Die blaue Lagune“) und Ex-Model, erhielt einen nicht eben schönen Willkommensgruß von der Londoner „Times“. „Was macht man“, so fragte das Blatt, „wenn in Hollywood nichts mehr geht?“ Man reihte sich ein in das Heer jener US-Schauspieler, „die versuchen, ihre Karriere auf Londoner Bühnen wiederzubeleben“. Neun Wochen lang wird Brooke Shields die Roxie Hart in dem Musical „Chicago“ geben. Einen Trost gewähren ihr die boshaften Schreiber. Sie sei die „immer noch bezaubernde Brooke Shields“.



Shields

Hinterbänkler mit dem beziehungsreichen Namen (Bacon = Schinkenspeck) hat sich für die britischen Schweinemäster bereits im Parlament mit Anfragen und Anträgen stark gemacht. Er sei ein „großer Anhänger des British pig“, sagt er, und in seinem Wahlkreis South Norfolk gebe es viele Schweinehalter, die müssten angemessen im Parlament repräsentiert werden. Auch deshalb bestreite er seine Werbekampagne mit Fotos, auf denen er, ein fröhlich sympathieheischender Mr. Bacon, mit einem Schweinchen in den Armen zu sehen ist.

Yann Wehring, 33, bisher kaum wahrgenommener neuer Nationalsekretär der französischen Grünen (seit Januar 2005), sorgte mit einer verbotenen Schwimmaktion in der Seine für dringend notwendige Eigenwerbung. Er sprang zusammen mit drei Parteikollegen vor staunenden Passanten gegenüber dem Louvre in die 12 Grad kalte Seine. Der jüngste Parteichef in der Geschichte der französischen Grünen wollte mit der Aktion die anhaltend schlechte Wasserqualität des Flusses kritisieren. Gleichzeitig erinnerte Wehring Präsident Jacques Chirac an ein nicht eingelöstes Versprechen: Der Staatschef und frühere Pariser Bürgermeister hatte 1988 angekündigt, er werde bald in der Seine baden, weil das Wasser in Kürze sauber sein werde. „Jacques Chirac hat sein Vorhaben bisher nicht in die Tat umgesetzt, aber wir machen es jetzt. Allerdings mit Schutzanzügen, denn der Kontakt mit dem Flusswasser wäre gesundheitsgefährdend.“



Chirac / SIPA PRESS
Wehring

Bernhard Vogel, 72, Chef der christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung, traf letzte Woche auf einem Besuch in China einen alten Bekannten wieder: Pekings Ex-Botschafter in Deutschland, Mei Zhaorong. Ihre erste Begegnung, erinnern sich beide, verlief unter weniger angenehmen Umständen: 1994 hatte Vogel als thüringischer Ministerpräsident den damaligen chinesischen Regierungschef Li Peng empfangen und ein diplomatisches Desaster erlebt. Li, einer der Verantwortlichen für das Tiananmen-Massaker am 4. Juni 1989, verlangte bei seinem Besuch des Goethe-Hauses in Weimar beleidigt, den Vorplatz räumen zu lassen. Dort protestierten Demonstranten, darunter etliche Sozialdemokraten, laut gegen den chinesischen Funktionär. Doch Vogel weigerte sich – und der Pekinger Gast brach seine Visite in Thüringen erzürnt ab. Elf Jahre danach, mit einem inzwischen pensionierten Li, haben die Chinesen dem Deutschen offenkundig verziehen.

Christian Weber, 58, Präsident der bremsenden Bürgerschaft, lässt populistische Zweifel am Weitblick seiner Politikerkollegen erkennen. Große öffentliche Investitionsentscheidungen würde der Sozialdemokrat in dem hochverschuldeten Bundesland am liebsten nicht mehr ihnen allein überlassen. Ähnlich wie bei Gericht, wo Schöffen bei der Urteilsfindung ein „gewichtiges Wörtchen“ mitreden, könnten Politiker bei anstehenden „wesentlichen finanziellen Entscheidungen“ von stimmberechtigten Laien, von „Steuer-Schöffen“, unterstützt werden, regte Weber an. Wie das im Einzelnen funktionieren soll, hat sich der Parlamentspräsident noch nicht überlegt. Aber der „Laienblick“ könne ja auch „wirklich manchmal nicht schaden“. Weber: „Die Bürgerinnen und Bürger sind doch schließlich nicht dümmer als wir Politiker.“

Richard Bacon, 42, konservativer Abgeordneter im britischen Unterhaus, glaubt bei den Parlamentswahlen am 5. Mai beste Resultate zu erzielen, wenn er in der Öffentlichkeit Ferkel herzt, statt wie seine Konkurrenten Babys zu küssen. Der Tory-



Bacon



FRANK OSSEBRINK

Rüttgers, Sohn Lucas

Jürgen Rüttgers, 53, CDU-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, krepelte zu Beginn des Wahlkampfes noch mal die Ärmel hoch. Mit Sohn **Lucas**, 9, machte er sich an die Arbeit im heimischen Garten und pflanzte Stiefmütterchen und Bellis. Die Frau des Hauses, die derweil die Termine per Handy verwaltete, bat energisch um gute Ergebnisse: „Macht es bitte ordentlich, sonst kann ich alles zweimal machen.“ Was wiederum den milde gestimmten Hausherrn zu der Bemerkung veranlasste, man müsse sich „in jede Arbeit erst mal von neuem wieder reinknien“.

Jürgen Richter, 63, Ex-Vorstandsvorsitzender des Axel Springer Verlags, lieferte sich mit seinem ehemaligen Brötchengeber in der vorigen Woche ein deftiges mediales Scharmützel. Per Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ rechnete Richter mit seinen Nachfolgern und der „Bild“-Zeitung ab, die er 30 Jahre lang gelesen habe, auf die er aber heute verzichte, weil ihm „ein solider, neutraler Überblick über Wirtschaft und Politik“ fehle. Auch finde er „bedenklich“, dass das Blatt inzwischen gar pornografische Texte drucke. „Bild“ reagierte auf ihre sehr eigene Art und prominent auf Seite 1. „Alexandra ist sauer auf Ferrari-Jürgen“, textete das Blatt neben der barbusigen Titelheldin und setzte platzierte Seitenhiebe wie „Der flotte Jürgen – nix als heiße Luft“ oder „Je größer der Flitzer, desto kleiner der Schalt-Knüppel.“ Es folgte: ein



„Bild“-Ausschnitt

Feixen und Schenkelklopfen in der Medienbranche. Schließlich ist Richters Ferrari-Faible dort allseits bekannt.

Günter Nooke, 46, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Berlin und Bürgerrechtler in der ehemaligen DDR, traut seinen Parteifreunden nur geringe Glaubensfreude zu. Auf einer Diskussionsveranstaltung, „60 Jahre Berliner CDU“, ging es um den Lebensweg des ersten Ost-CDU-Generalsekretärs Georg Dertinger. Dessen jüngster Sohn Christian stellte am Ende der

Diskussion klar, dass sein Vater, damals DDR-Außenminister, vom Regime beinahe zum Tode verurteilt worden wäre, weil er auf einem Parteitag der Ost-CDU die Äußerung gewagt hatte: „Alles Böse dieser Welt hat seinen Ursprung in der Abkehr von Gott.“ Die Versammelten hätten 15 Minuten stehend applaudiert. Eine Woche später sei Dertinger verhaftet und nach Bautzen verbracht worden. Nooke lobte Georg Dertinger als „einen wirklichen Gründer der neuen CDU“, gestand aber ein, er wisse nicht, ob Dertingers Spruch, „zitiert auf dem nächsten Parteitag der Bundes-CDU, noch fünf Minuten Applaus“ bekäme. Das sage „ja auch schon einiges“.

Christian Lindner, 26, FDP-Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, setzt auf Bananen. In der vergangenen Woche ver-



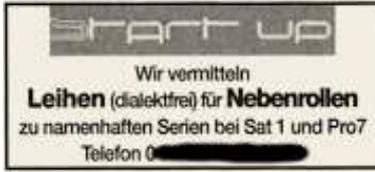
URICH BAUTZ

Lindner

teilte er von Freitagmorgen bis Samstag in der Frühe 24 Stunden lang die gelben Südfrüchte. Der Jung-Liberale will damit keineswegs an DDR-Zeiten erinnern, sondern dafür sorgen, dass sein Wahlkreis im Bergischen Land „gelb wird“. Auf die Banane ist er gekommen, weil die Form des Wahlkreises für Phantasiebegabte der gelben Frucht ähnelt. Damit hat sich Lindner allerdings viel vorgenommen, seit 1954 hat die FDP in NRW nie wieder einen Wahlkreis direkt gewonnen.

Hohlspiegel

Aus dem „Weser-Kurier“: „Die Folge: Die Kunden würden nicht selten saftige Preise zahlen, obwohl es mitunter auch mehrere hundert Prozent preiswerter ginge.“



Stellenanzeige aus dem „Stuttgarter Wochenblatt“

Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Verneigen wir uns an dieser Stelle vor dem schier unglaublichen Mut des jungen Andersen und seinen durcheinanderwimmelnden Talenten, die ihm zu allen Knopflöchern seiner schlotternden Kleider herausflogen.“

2 Uhr: Notoperation – mitten in der Nacht wird ein drei Wochen altes Foto operiert, das am Abend mit Koliksymptomen eingeliefert wurde.

Aus dem Pferdemagazin „St. Georg“

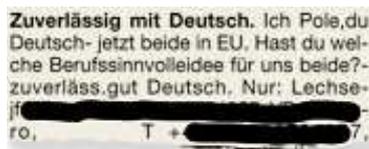
Aus der Programmzeitschrift „TV Spielfilm“: „Der Jungstar brettete nach Drehende mit seinem Porsche Spider in den Tod, wurde aber – wie bereits im Jahr zuvor – posthum für den Oscar nominiert.“

Nutzkälber im Höhenflug

Ingolstadt (oh) Einen wieder- | schnittlich entwickelte Kä
um sehr positiven Verlauf des | jungen Alters mit dem 7?

Aus dem „Donaukurier“

Aus dem Jahrbuch des Stader Athenaeums: „Die Klassenbuchführung – inklusive Feststellen der Fehlzeiten – lag bei Annika in niemals nörgelnden Händen.“



Aus einer Anzeige in der Zeitschrift „Truck Offers“

Aus dem „Tagesspiegel“: „Die Politiker sollten aber mit beiden Augen auf die Probleme blicken: mit dem einen auf das Angebot, mit dem anderen auf die Nachfrage.“

Rückspiegel

Zitate

Die „Welt“ zum SPIEGEL-Buch „Tsunami“, herausgegeben von Cordt Schnibben bei DVA:

Das neuerliche Beben vor der Küste Sumatras und die daraus resultierende Angst vor einer weiteren Flutwelle haben in der vergangenen Woche gezeigt, dass der verheerende Dezember-Tsunami ... mittlerweile zu einem kollektiven Trauma avanciert ist. Cordt Schnibben ist es in dem von ihm herausgegebenen Band freilich weniger um die effekthascherische Mythisierung und passfertige Katalogisierung der Katastrophe zu tun als vielmehr um deren akurate Rekonstruktion. In zehn Kapiteln zeichnen gut 20 SPIEGEL-Reporter getreulich und über weite Strecken sehr packend Genesis, Verbreitung und Folgen des asiatischen Seebebens nach. In dieser spannenden, dem Magazin seit je eigenen Erzählweise liegt indes auch die einzige Gefährdung von Schnibbens ambitioniertem Projekt: des Lesers Risiko nämlich, das eindringlich geschilderte Grauen als enthistorisierten Abenteuer-Thriller zu rezipieren, der intendierte Aufklärung schließlich doch in Mythos umschlagen lässt. Ungeachtet dessen: ein bewegendes zeitgeschichtliches Dokument.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zur Rechtschreibreform und zur Orthografie des SPIEGEL:

Tatsächlich hat sich diese Art des Umgangs mit der Reform – also das Ausnützen aller Varianten, bis die neue Rechtschreibung fast schon der alten gleicht – in vielen Printmedien schnell durchgesetzt. Gäbe es das „ss“ nicht, gliche die Orthografie des SPIEGEL heute weitgehend wieder der alten Rechtschreibung – und dabei wird nach den Vorgaben des Duden redigiert. Und die Leser scheinen mit dieser weichen Art der Rücknahme der Reform durchaus einverstanden zu sein.

Der „Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Titel „Benzin-Preis – Wie hoch noch?“ (Nr. 29/1981):

Es ist schon etwas länger her, dass der SPIEGEL seinen Titel mit einem deutschen Michel zierte, der sich eine Zapfpistole an die Schläfe hielt, bereit zum Suizid angesichts extremer Spritpreise. Damals, liebe Kinder, kostete der Liter Super ungefähr 1,50 Mark. Das waren schöne Zeiten, denn heute wird der durchschnittliche Preis nach der dritten Preiserhöhung in dieser Woche auf 1,22 Euro klettern. Das wäre erst recht ein Grund, ins Jenseits zu flüchten, müssten wir nicht argwöhnen, dass dort auf Auto-Junkies allenfalls eine klapprige Carrera-Bahn wartet und nicht 70 jungfräuliche 3er-BMWs in gleißendem Halleluja-Metallic.